



# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Zwischen Liberalismus und Nationalismus.  
Programmatische Transformationsprozesse in der  
Geschichte des dritten Lagers in Österreich nach 1945“

Verfasser

Joachim Neurieser

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, Juli 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 311 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Geschichte

Betreuer: Univ. Prof. Dr. Gerhard Jagschitz

„Die Partei bekennt sich zu verschiedenen, im Rahmen der freiheitlichen Bekenntnisse bekannten Zielsetzungen, wobei sie bedingungslos für oder gegen eine Entwicklung in die angestrebte Zielrichtung eintritt, um sich in konsequenter Behauptung des eigenen Standpunktes alle anderen Möglichkeiten offenzuhalten.“

Peter Orthofer,  
Das Universalparteibuch (Wien 1985)

„Seit über einem Jahrhundert strecken sich die Ideologien dieses Lagers von einem weltoffenen, kosmopolitischen Liberalismus, dem nichts Menschliches fremd ist, zu einem engstirnigen, barbarischen nationalen Chauvinismus, dem nichts Fremdes menschlich ist.“

Walter B. Simon,  
(Die Furche, 1985)

„Jene Parteien aber, in denen sich tatsächlich disparate ‚Generallinien‘ gegenüberstehen, deren Programmatik daher ein unpräzises Korsett und deren Praxis primär von funktionalen Erfolgs- und Machtansprüchen geleitet ist, werden sich bei Strafe ihrer Existenzbedrohung oder wenigstens schmerzlicher Bedeutungseinbußen um die Klärung ihres Wollens und ihrer Ziele bemühen müssen.“

Friedhelm Frischenschlager - Erich Reiter,  
Liberalismus in Europa (Wien/München 1984)

## Inhalt

I. EINLEITUNG .....	5
„Die Natur der FPÖ“ – Vom politischen Wesen einer Partei .....	5
Motiv – Aufgaben – Zielsetzung .....	6
Erscheinungsbild und Darstellung politischer Parteien .....	7
Kritisches und Apologetisches: eine kleine Literaturübersicht .....	9
Anmerkungen zum politischen Lagerdenken in Österreich .....	11
Zur Typologie des dritten Lagers .....	14
Zur Identität des dritten Lagers .....	15
II. ZUR REKONSTRUKTION DES DRITTEN LAGERS IN ÖSTERREICH NACH 1945 (1949-1956) .....	20
Problem der Entnazifizierung – „Programm zum Sinneswandel“ .....	20
Drei Parteien – Zwei Lager. Die Frage nach der Vierten Partei .....	22
Weder Partei noch Ideologie: Die Gründung des Verbandes der Unabhängigen .....	26
„Recht, Sauberkeit, Leistung“ – Verbandsprogramm und soziales Manifest .....	31
Im Zeichen des Nationalismus – Das „Ausseer Programm“ .....	37
Historische Legitimation. Die Dreilager-Theorie .....	39
„Glaube – Treue – Opferbereitschaft“: Die Gründung der FPÖ .....	40
Zu den „Richtlinien freiheitlicher Politik“ .....	45
Zusammenfassung .....	47
III. ZWISCHEN ISOLATION UND INTEGRATION – VOM NATIONALEN GHETTO ZUR LIBERALEN ERNEUERUNG (1956-1970) .....	51
„Salzburger Bekenntnis“ zur Tradition des politischen Liberalismus und der politischen Mitte .....	53
„Die freiheitliche Aufgabe in der modernen Welt“ – „Opposition allein ist zu wenig“ .....	55
Nationaler Widerstand: NDP, Nationalfeiertagsdebatte, Ischler Programm .....	57
Zusammenfassung .....	61

IV. POLITISCHE AKZEPTANZ UND IDEOLOGISCHE PROFILIERUNG (1970-1986) .....	63
Generationswechsel und Intellektualisierung. Der Atterseekreis .....	64
Das Freiheitliche Manifest zur Gesellschaftspolitik .....	65
Erbe und Berufung auf eine Tradition des nationalliberalen Lagers .....	71
Liberaler Schein und nationale Wirklichkeit. Das politische Bewusstsein der Parteibasis .....	72
Zusammenfassung .....	74
A. „GÖTZ-EFFEKT“ UND NATIONALKONSERVATIVE REIDEOLOGISIERUNG (1979) .....	77
Die FPÖ als Protest- und Reformbewegung. Vorstellungen für ein Programm der politischen und moralischen Erneuerung .....	78
Liberaler Weiterentwicklung oder deutlicher Rechtsruck? .....	80
FPÖ und Liberale Internationale .....	83
Versuch einer nationalen Kurskorrektur als Zwischenspiel .....	84
Zusammenfassung .....	86
B. DIE IDEE VON DER LIBERALEN REFORMPARTEI: VISION UND WIRKLICHKEIT (1980-1986) .....	88
Was ist und wem gehört der Liberalismus? Eine Ideologiediskussion .....	88
Nationalliberales Traditionsbekenntnis .....	89
Stärkung eines liberalen Selbstverständnisses und erste Regierungsbeteiligung .....	91
„Freiheit gilt uns als höchster Wert“ – das neue Parteiprogramm .....	93
Gründe für das Scheitern des liberalen Experiments in der FPÖ .....	95
Innsbruck 1986: Sammlung und Aufbruch des dritten Lagers .....	97
Zusammenfassung .....	99
V. VON DER IDEOLOGISCHEN PROGRAMMPARTEI ZUR POPULISTISCHEN VOLKSBEWEGUNG (1986-1999) .....	101
Programmatische Kontinuität oder Abkehr vom Liberalismus? Zu den internen Reaktionen .....	101
Rechtsextremismus oder Rechtspopulismus? Zum Außenbild der „Haider FPÖ“ .....	104

Zurück zu den Gründervätern. Rückbesinnung auf traditionelle Werte und oppositioneller Protest.....	107
Die „Haider-FPÖ“, eine neue Partei? Eine politische Bewertung.....	109
Änderungen der politischen Rahmenbedingungen als Voraussetzung für den Aufstieg der „Haider FPÖ“:.....	110
Dekonzentration und Heterogenisierung des politischen Systems.....	111
Populismus: Bestimmungskriterien eines politischen Phänomens.....	111
Von den Modernisierungsgewinnern zu den Modernisierungsverlierern: Die Sozialstruktur der freiheitlichen Wählerschaft – demoskopische Befunde .....	114
Die FPÖ als politisch-moralische Erneuerungsbewegung.....	116
Exkurs: Die Abspaltung des Liberalen Forums. Chance für eine Renaissance des Liberalismus? .....	118
Grundsatzpositionen liberaler Parteiprogrammatik.....	121
Rechtskonservativer Wertekatalog. Thesen zur politischen Erneuerung.....	123
Gegen Parteienstaat und repräsentative Demokratie – Die Dritte Republik .....	125
Von der Freiheitlichen Partei zur F-Bewegung und zurück.....	126
Vom alten Deutschnationalismus zum neuen Österreichpatriotismus .....	128
Christlich-Abendländisches Traditionsbewusstsein statt ideologisches Denken .....	130
Auf dem Weg zu einem neuen Parteiprogramm. Brüche und Kontroversen .....	132
Das Linzer Programm – Analyse und Kritik.....	135
Zusammenfassung.....	138
 VI. ZWISCHEN POPULISMUS UND PRAGMATISMUS: DIE REGIERUNGSBETEILIGUNG DER „HAIDER-FPÖ“ (2000-2005).....	 144
Richtungsstreit und Führungskrise .....	144
„100 Prozent freiheitlich!“. Knittelfeld und die Folgen.....	146
Perspektiven für eine Post-Haider FPÖ .....	148
FPÖ versus BZÖ – Die Spaltung in „wahre“ und „echte“ Freiheitliche.....	150
FPÖ – Die soziale Heimatpartei.....	153

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS .....	156
Freiheitliche Materialien .....	156
FP- Publikationen / Periodika.....	157
Sonstige Primärquellen, Dokumente, Quellensammlungen .....	157
Literatur.....	158
Zeitungen und Zeitschriften.....	164
Abkürzungen .....	165
ANHANG .....	166

- Programmentwicklung der Freiheitlichen Österreichs nach 1945
  - Vom VdU zur FPÖ
  - Die Parteiprogramme der FPÖ
- Das Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs (Kurzfassung)
  - [Beschlossen am außerordentl. Bundesparteitag, Linz am 30. Oktober 1997]
- Tabelle: Nationalratswahlen in Österreich 1945–2006. Freiheitliche Ergebnisse
  - Grafik: Nationalratswahlen in Österreich seit 1945
- Programmatische Gegenüberstellung – Übersicht
  - [Die Programmatik der FPÖ. Lehr- und Arbeitsheft 1, hrsg. Freiheitliches Bildungswerk. Politische Akademie der Freiheitlichen Partei Österreichs (Wien o.J.) S.5-7]
- FPÖ-Parteivorsitzende (1956–2006)

Kurzfassung

Lebenslauf

## I. EINLEITUNG

### **„Die Natur der FPÖ“ – Vom politischen Wesen einer Partei**

Als im Februar 2000 die Regierungskoalition zwischen der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) gebildet wurde, hatte dieser Beschluss sowohl im In- als auch im Ausland zu ungewöhnlich heftigen Reaktionen geführt. Der Grund für diese Aufregtheit lag darin, dass mit der FPÖ eine Partei in die Regierung kam, die zumindest seit der Führung durch ihren Obmann Jörg Haider als der Inbegriff für einen prononcierten Rechtsruck in Österreich und damit als eine Gefahr für die Demokratie des Landes angesehen wurde.

Dem Regierungsprogramm wurde sogar – ein einmaliger Akt in der österreichischen Verfassungsgeschichte – eine vom Bundespräsidenten reklamierte Erklärung als sogenannte Präambel mit dem Titel „Verantwortung für Österreich – Zukunft im Herzen Europas“ vorangestellt, die ein Bekenntnis zu den fundamentalen Werten der Europäischen Gemeinschaft wie Toleranz, Demokratie, Humanismus sowie Schutz und Förderung der Menschenrechte ablegen sollte. Politische Positionen, vereinzelte Äußerungen verschiedener Politiker und nicht zuletzt die als ausländerfeindlich kritisierte Form der Nationalratswahlkampfwerbung der FPÖ (insbesondere der Wiener Landesgruppe) hätten eine solche Deklaration notwendig gemacht.

Besonders auf internationaler Ebene, wo Österreich in der Regel keine besondere Beachtung geschenkt wird, prägte das negative Image einer deutschnationalen, fremdenfeindlichen, autoritären Führerpartei die FPÖ. Wie schon mehrmals zuvor, bei der Amtsübernahme Haiders und auch noch Jahre später bei der Abspaltung des Liberalen Forums wurden – allerdings noch im Auftrag der Liberalen Internationalen, der Dachorganisation aller liberalen Parteien – Kommissionen eingesetzt, die den Zustand der Partei auf personeller, organisatorischer, historischer und besonders ideologischer Ebene untersuchen sollten.

Diesmal jedoch wurde die Rolle der FPÖ als Regierungspartei als derart schwerwiegend betrachtet, dass die übrigen vierzehn Staaten der Europäischen Union (EU-XIV) kurzfristig beschlossen, die diplomatischen bilateralen Beziehungen zu Österreich auf Kanzler- und Ministerebene einzufrieren und in weiterer Folge den Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) damit beauftragten, einen sogenannten „Weisenrat“ aus drei anerkannten Experten (Ahtisaari, Oreja, Frowein) einzusetzen, der in einem Bericht über das Mitglied Österreich unter anderem „die Entwicklung der politischen Natur der FPÖ“ untersuchen sollte (Beschluss vom 29. Juni 2000).

Als Ergebnis des Untersuchungsberichts wurde die FPÖ schließlich als „rechtspopulistische Partei mit extremistischer Ausdrucksweise“ qualifiziert, wobei jedoch – so der Bericht in seiner Schlussfolgerung – die Entwicklung hin zu „einer verantwortungsvollen Regierungspartei [...] nicht ausgeschlossen [ist].“<sup>1</sup>

Die nachfolgende Arbeit versteht sich als weiterer Versuch zur Bestimmung des politisch-ideologischen Erscheinungsbildes der FPÖ als wichtigste Vertreterin des dritten Lagers in Österreich hinsichtlich ihrer unterschiedlichen historisch-politischen Entwicklungsphasen seit 1945 beizutragen.

### **Motiv – Aufgaben – Zielsetzung**

Die angesprochenen Turbulenzen in und um die FPÖ in den letzten Jahren bieten den geeigneten Anlass, sich in einer umfassenderen Analyse mit den dieser Partei zugrundeliegenden ideologischen Rahmenvorstellungen, programmatischen Grundsatzpositionen und Leitsätzen, kurz mit ihrer "Weltanschauung" näher auseinanderzusetzen. Diese soll sowohl auf ihren inneren Gehalt, als auch im Hinblick auf ihre Festigkeit untersucht werden, wobei aufgrund parteitaktischer Manöver und Überlegungen als notwendig erachtete Modifikationen in der programmatischen Ausrichtung der Partei entsprechend zu berücksichtigen sind.

Zu den Besonderheiten dieses politischen Lagers gehört eine historisch bedingte ideologische Ambivalenz zwischen Nationalismus und Liberalismus, den beiden ideengeschichtlichen Säulen freiheitlicher Programmatik und Politik. Unter dem Aspekt der Wechselbeziehung zwischen ideologischem Anspruch und politischer Praxis soll jenes die Partei in ihrem Selbstverständnis auszeichnende Spannungsverhältnis auch im Hinblick auf die innerhalb und außerhalb der Partei geführte "Ideologiediskussion" um die grundsätzliche Vereinbarkeit beider Ideen untersucht werden, welche, so der Politikwissenschaftler Albert Kadan, "im Spannungsfeld zwischen liberalen, die Freiheit in allen Lebensbereichen herausstreichenden Werthaltungen und deutschnationalem, auch völkischem Gedankengut mit illiberalen Bestrebungen"<sup>2</sup> liegen. In Hinsicht auf diesen für den ideologisch-weltanschaulichen Charakter der Partei wesensimmanenten Zwiespalt zweier einander – scheinbar oder tatsächlich – konkurrierender inhaltlicher Grundideen, wird die jeweilige ideologisch-programmatische Orientierung der FPÖ in den unterschiedlichen Phasen ihrer historischen Entwicklung aufgezeigt.

---

<sup>1</sup> Martti Ahtisaari – Jochen Frowein – Marcelino Oreja, Bericht an die Französische EU-Präsidentschaft, angenommen am 8. September 2000 in Paris, Abs.106 S.30.  
<http://www.austria.gv.at/bundesreg/Bericht.pdf>

<sup>2</sup> Albert Kadan – Anton Pelinka, Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien. Dokumentation und Analyse (St. Pölten 1979) S.39.



Die vorliegende Arbeit kann jedoch nicht sämtliche politischen und gesellschaftlichen Sachbereiche in gebührender Form behandeln, sondern wird sich vornehmlich auf einige ausgewählte repräsentative Themenfelder beschränken, an denen eine freiheitliche Einstellung gemäß des dahinterstehenden ideologischen Weltbildes unverwechselbar zum Ausdruck kommt und eine mehr oder weniger deutliche ideologische Ausrichtung – soweit sie also den Begriffen national oder liberal zugeordnet werden kann – erkennbar wird. Danach sollte eine Bestimmung des jeweiligen politisch-ideologischen Standorts der FPÖ sowohl hinsichtlich ihres Selbstverständnisses als auch objektiven Erscheinungsbildes möglich sein.

### **Erscheinungsbild und Darstellung politischer Parteien**

Für die hinreichende Darstellung des Erscheinungsbildes einer politischen Partei sind zumindest drei wesentliche Bestimmungsfaktoren zu nennen:

- Ideologie und Programmatik (Zielfindungsfunktion),
- die innerparteiliche Organisationsform und die Sozialstruktur ihrer Mitglieder und Wähler,
- schließlich die Ebene des praktischen politischen Handelns,

wobei freilich alle diese Faktoren zueinander in einer Wechselbeziehung stehen und daher nicht isoliert betrachtet werden können. Unter diesem Gesichtspunkt soll im folgenden der Bereich der ideologisch-programmatischen Orientierung in Geschichte und Gegenwart der FPÖ untersucht werden.

Politische Parteien konstituieren sich zu dem Zweck und treten mit dem Anspruch auf, Staat und Gesellschaft nach eigenen Vorstellungen und Grundsätzen zu beeinflussen und durch die unmittelbare Beteiligung am politischen Willensbildungsprozess eine entsprechende Umgestaltung des öffentlichen Lebens herbeizuführen. Jede Partei definiert sich auf der Grundlage eines bestimmten inneren Wertesystems, das ihr als geistiger Hintergrund zur Rechtfertigung und Legitimierung von politischen Handlungen und Zielen dient, wobei in der idealistischen Annahme (und im politischen Alltagsgeschäft nur allzu oft widerlegt), ein möglichst harmonischer Zusammenhang zwischen ideologischem Anspruch und praktischer Wirklichkeit bestehen sollte. Parteien verfügen somit über eine Ideologie als ein theoretisches System von politischen Wertvorstellungen, auf deren Basis politische Ideen und Ziele unter der Berücksichtigung der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen realisiert werden sollen.

In diesem Sinn hat sich die FPÖ jahrelang als Weltanschauungspartei im Unterschied zu einer reinen Protest- und Interessenspartei verstanden, obwohl, wie noch zu zeigen sein wird, immer wieder handfeste Interessenspolitik und ein, die ideologischen Grundfeste zeitweise außer Kraft setzender, opportunistischer Geist einen anderen Eindruck erweckten.

Allgemein ist an dieser Stelle jedoch zu sagen, dass keine Partei von Entideologisierungstendenzen verschont bleibt, wenn es darum geht, den Erwartungen einer jeweiligen potentiellen Wählerklientel zu entsprechen, ob dabei nun ideologische Glaubenssätze angetastet werden oder nicht. Fragen des Kalküls waren seit jeher wesentliche Antriebs- und Beeinflussungsfaktoren der Politik.

Zum Zweck der politischen Zielfindung werden Programme ausgearbeitet, die als Gesamtheit ihrer programmatischen Leitsätze die ideologische Grundlage einer Partei bilden und somit eine Art formales politisches Glaubensbekenntnis darstellen. Diese spiegeln dabei den dynamisch-gesellschaftlichen Charakter ihrer Parteien wider, "formulieren (so) das Gesellschaftsverständnis, den Wertkodex der Partei, sie haben Bekenntnischarakter und sind für einen relativ langen Zeitraum formuliert."<sup>3</sup> In solchen Parteiprogrammen werden in konzentrierter Form die ideologisch-weltanschaulichen Grundsatzpositionen und -gedanken sowie aufgrund geänderter Umweltbedingungen Richtlinien für eine Politik im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich als Idealziele festgelegt, die nun einmal festgeschrieben und von der Parteispitze getragen und bestätigt, gleichsam ihre inhaltliche Rahmenverfassung bilden und somit für eine Zeit lang feste Gültigkeit haben.

Die in den Grundsatzprogrammen formulierten Zielvorstellungen richten sich dabei gemäß ihrer doppelten Funktionsweise einmal nach außen, mit dem Ziel potentielle Wählergruppen anzusprechen und an die Partei zu binden (in diesen sogenannten Außenbereich fallen also Öffentlichkeitsarbeit, PR-Maßnahmen zur Profilierung eines eigenen positiven Erscheinungsbildes auch im Sinn einer betonteren Abgrenzung gegenüber den politischen Gegnern etc.); zum anderen erfüllen Grundsatzprogramme aber in erster Linie eine Binnen- und Integrationsfunktion, wonach im Interesse eines starken innerparteilichen Konsenses sowohl die Bindungs- und Identifikationsfähigkeit von Mitgliedern als auch – normativ – von Funktionären und Mandataren zur Partei verstärkt und intensiviert werden soll.

Parteiprogramme können – auch wenn sie einen sehr wichtigen Teil der programmatischen Produktion einer Partei ausmachen – freilich nicht allein als Grundlage für eine Analyse des ideologischen Charakterbildes einer Partei herangezogen werden, da sie zumeist einen Kompromiss zwischen den unterschiedlichen Meinungen und Einstellungen innerhalb einer Partei darstellen und die Vielfalt des innerparteilichen Meinungsspektrums – gerade für die stark heterogen zusammengesetzte Mitglieder- und Wählerschaft der FPÖ spielt dies eine Rolle – nicht adäquat zum Ausdruck bringen können.

Und genauso wenig wie Verfassungen die Wirklichkeit eines Staates hinreichend wiedergeben können, so reichen auch offizielle Grundsatzprogramme nicht aus zur Beschreibung der Wirklichkeit einer Partei. Daher wird es, um die politisch-ideologischen

---

<sup>3</sup> Kadan – Pelinka, Grundsatzprogramme S.7.

Wertvorstellungen einer Partei annähernd begreifen zu können, zunehmend nötig sein, auch andere Materialien aus dem umfangreichen Programmbestand als zusätzliche Quellen (für eine derartige Analyse) heranzuziehen. Neben den Grundsatzprogrammen, grundsatzpolitischen Beschlüssen und Resolutionen der Bundesparteitage, sind auch die sachpolitische Forderungen in den Vordergrund stellenden Aktionsprogramme, als auch die Inhalte propagandistischer Wahlprogramme, sowie entsprechende Erklärungen und Aussagen von unterschiedlichen Repräsentanten der Partei zu berücksichtigen.

### **Kritisches und Apologetisches: eine kleine Literaturübersicht**

Anfang der 1980er Jahre herrschte in Fachkreisen (Ermacora, Reimann und Reiter) darüber Einigkeit, dass es ein unbefriedigendes Defizit an wissenschaftlicher Literatur über die FPÖ, insbesondere auch ihrer Programmatik gäbe.

Die politische Isolierung der FPÖ in den ersten eineinhalb Jahrzehnten ihres Bestandes schien auch für die Medien und die Politikwissenschaft zu gelten. Die FPÖ fristete nicht nur auf der politischen Bühne des Landes ein höchstens geduldetes Außenseiter- oder Stiefmütterchendasein, sondern wurde auch als möglicher Gegenstand journalistischer und wissenschaftlicher Untersuchungen weitgehend ignoriert. Ein Grund für diesen Umstand mag in einer von FPÖ-Seite beklagten "Koalitionsgeschichtsschreibung" liegen. Lediglich ihre Bedeutung als "Zünglein an der Waage" im Spiel um Mehrheiten oder ihre Rolle, wenn es darum ging, Protestpotential zu binden, war Inhalt von Kommentaren und Analysen der Presse.

Die erste breitere Untersuchung über die FPÖ, allerdings unter besonderer Akzentuierung des deutschnationalen Elements, wurde von Roland Stäuber, einem Schweizer Historiker 1974 vorgelegt. In diesem Jahr, in dem der VdU (Verband der Unabhängigen), die Vorläuferorganisation der FPÖ, sein 25jähriges Jubiläum beging, wurden auch vermehrt erste Bilanzen der politischen Wirkungsweise der dritten Kraft in der Zweiten Republik veröffentlicht. Aber auch in den 1970er Jahren, in denen die FPÖ zum akzeptierten innenpolitischen Faktor aufgestiegen ist, wurde sie von der politischen Forschung weiterhin nicht besonders wahrgenommen. Ihr Bild war in der Öffentlichkeit nach wie vor geprägt als das einer politisch bedeutungslosen Kleinpartei, die höchstens im Zusammenhang mit Bezügen zur NS-Vergangenheit und rechtsradikalen Ausfällen Aufmerksamkeit erregte, die ihrerseits wiederum ihren Niederschlag in den Berichten und politischen Zustandsanalysen der Medien fanden.

Mit der Publikation des vom Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW) Wolfgang Neugebauer herausgegebenen Buches "Rechtsextremismus in Österreich nach 1945", das 1979 veröffentlicht wurde und seither in mehreren Auflagen neu erschienen ist, wurden erstmals in ausführlicher Form und in

wissenschaftlich-analytischer Weise Tendenzen und Ausformungen rechtsradikaler und neofaschistischer Ideologie in der Politik und Gesellschaft des Landes beschrieben, wobei insbesondere der Ideologie der FPÖ breiter Raum gewidmet wurde, was auch prompt die freiheitlichen Abgeordneten Haider und Frischenschlager zum Anlass für eine parlamentarische Anfrage an den Innenminister nahmen.<sup>4</sup> Auch Friedrich Peter forderte 1982 den Unterrichtsminister auf, wegen der darin enthaltenen "Verzerrungen und Entstellungen" das Buch als Unterrichtsbehelf aus dem Medienkoffer für Zeitgeschichte zu nehmen.<sup>5</sup>

Am Anfang der 1980er Jahre zu Beginn der Ära Steger erschienen erstmals mehrere Bände, die die Geschichte der FPÖ seit ihren Anfängen behandelten.<sup>6</sup> Deren Quellenwert wird allerdings dadurch bestimmt, dass die Autoren "freiheitlich" gesinnt sind und dadurch die Dinge nicht immer mit dem nötigen kritischen Abstand betrachten, weshalb ihre Werke zuweilen anfällig für apologetische Tendenzen sind. Diese Arbeiten entsprangen zweifellos auch einem stärkeren Bedürfnis nach Selbstdarstellung, das dem liberalen Profilierungskurs der Administration Steger Rechnung tragen sollte.

Aber erst seit der Machtübernahme durch Jörg Haider im Jahr 1986 und dem damit verbundenen spektakulären Aufstieg der Partei ist ein gesteigertes publizistisches Interesse gleichermaßen von Journalisten und Wissenschaftlern an der FPÖ, ihrer Geschichte und Ideologie festzustellen. Allerdings konzentrierten sich die meisten dieser Arbeiten allzu sehr auf die Person des Parteiführers, wobei sowohl die Kritiker, als auch die Sympathisanten seiner Politik – freilich aus unterschiedlichen Motiven – der Faszination des "Phänomens Haider" (Sully) erlagen, das sogar für sprachwissenschaftliche und sozialpsychologische Studien Anlass gab.<sup>7</sup>

Während von kritischer Seite – auch zum Teil in wissenschaftlich fragwürdiger Form<sup>8</sup> – Haider als geistiger Erbe Hitlers und ergo demokratiepolitisch gefährlicher Rechtsextremist dämonisiert wird, stilisieren ihn seine Anhänger in wohl ebenso unzulässiger Überzeichnung

---

<sup>4</sup> Parlamentskorrespondenz, 7.11.1979.

<sup>5</sup> Parlamentskorrespondenz, 14.12.1982.

<sup>6</sup> Kurt Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik (Wien 1982); Viktor Reimann, Die Dritte Kraft in Österreich (Wien/München/Zürich/New York 1980); Erich Reiter, Programm und Programmentwicklung der FPÖ (=Österreichische Schriftenreihe für Rechts- und Politikwissenschaft 5, hrsg. Felix Ermacora, Wien 1982).

<sup>7</sup> Harald Goldmann – Hannes Krall – Klaus Ottomeyer, Jörg Haider und sein Publikum. Eine sozialpsychologische Untersuchung (Klagenfurt 1992); Klaus Ottomeyer, Die Haider-Show. Zur Psychopolitik der FPÖ (Klagenfurt 2000).

<sup>8</sup> So etwa Brigitte Galanda, Ein deutsches Land. Die rechte Orientierung des Jörg Haider. Eine Dokumentation (Wien 1987); Schlagwort Haider. Ein politisches Lexikon seiner Aussprüche von 1986 bis heute, hrsg. Gudmund Tributsch (Wien 1994). Diese und ähnliche Darstellungen sind in erster Linie reine Zitatensammlungen, die den ideologischen Bereich isoliert betrachten und nicht in Beziehung zum politischen Umfeld setzen. „Man sammelt braune Sprüche und offensichtliche Lügen, reproduziert sie bienenfleißig in Sendungen, Zeitschriften und Büchern, meint, damit sei das Wichtigste gesagt und Haider als Nazi und Faschist enttarnt.“ (Volksstimme, 24.10.1996).

zum "österreichischen Kennedy"<sup>9</sup> oder brachialer zum "Eisbrecher in der spezifischen österreichischen Polit-Arktis".<sup>10</sup>

Auch auf universitärem Gebiet ist in den letzten Jahren eine Reihe von Arbeiten erschienen, die sich mit der FPÖ beschäftigen, dabei aber den deutschnationalen Aspekt stark in den Vordergrund stellen.<sup>11</sup>

Das Buch "Haiders Kampf" des Journalisten Hans Henning Scharsach, das mit Hilfe eindeutiger Analogien in Symbolik, Taktik und Rhetorik zu Hitler und dem Dritten Reich der FPÖ Rechtsextremismus nachzuweisen versucht, führte sogar monatelang die heimischen Sachbuch-Bestsellerlisten an, und mit der Filmdokumentation "Der Wahlkämpfer" (Regie: Helmut Grasser, Uraufführung: 25. Mai 1993) gelangte die FPÖ, wenn auch ihre Wähler die Hauptdarsteller sind, gar in die Kinos.

Mit der Ära Haider ist aber auch ein erhöhtes Bedürfnis der Partei nach Selbstdarstellung in historischer und ideologischer Hinsicht wohl als Teil einer propagandistischen Offensive zu erkennen.<sup>12</sup>

Trotz der quantitativen Zunahme FPÖ kritischer Literatur ist jedoch eine umfassende Untersuchung im Sinn einer objektiv-kritischen Langzeitanalyse der Geschichte und der programmatischen Entwicklung der FPÖ noch ausständig.

Jedenfalls erregte kein anderes Thema der österreichischen Innenpolitik so großes mediales Interesse wie der wahlpolitische Höhenflug der FPÖ unter ihrem Parteiohmann Jörg Haider, der wie kein anderer österreichischer Politiker die Berichterstattung diverser heimischer Medien dominierte.<sup>13</sup>

### **Anmerkungen zum politischen Lagerdenken in Österreich**

Der bekannte österreichische Historiker Adam Wandruszka definierte die politische, soziale und ideell-kulturelle Struktur des Landes als durch die Existenz dreier politischer Lager: des sozialistischen, christlichsozial-konservativen und national-freiheitlichen, gegeben. Der Begriff Lager steht dabei übergreifend für Bewegungen, Parteien und Gruppen und "umreißt in gleicher Weise die Militanz der politischen Parteien und ihrer sozialen Vorfelder wie deren

<sup>9</sup> Erich Bruckberger, Jörg Haider: Eine Gefahr für Österreich? (Wien 1986).

<sup>10</sup> Andreas Mölzer, Jörg! Der Eisbrecher. Jörg Haider und die Freiheitlichen – Perspektiven der politischen Erneuerung (Klagenfurt 1990).

<sup>11</sup> u.a. Andreas P. Pittler, Deutschvölkische Tendenzen in der FPÖ (phil. Dipl., Wien 1991), Walter Paulhart, Die extreme Rechte in Österreich (phil. Dipl., Wien 1989), Karin Hasieberger, Rechtsextremismus in der FPÖ seit ihrer Gründung im Jahre 1956 (phil. Dipl., Wien 1990).

<sup>12</sup> Als Beispiel sei an dieser Stelle die Herausgabe einer dreiteiligen Videodokumentation erwähnt, bestehend aus den Titeln „Abenteuer Freiheit“, einer Darstellung der Entwicklung des dritten Lagers in Österreich, „So herrschen Sie“, einer Bestandsaufnahme großkoalitionärer Proporz Herrschaft und „Vision Österreich“, einer visuellen Präsentation freiheitlicher Programme und Thesen zur politischen und moralischen Erneuerung des Landes.

<sup>13</sup> So liegt etwa in einer Statistik des Nachrichtenmagazins „profil“, was die Anzahl der Personen-Cover von 1970 bis 2001 betrifft, Jörg Haider deutlich an erster Stelle noch vor Bruno Kreisky!

gegenseitige Intransigenz."<sup>14</sup> Nach Wandruszka hat sich "diese Gliederung [...] über alle Umwälzungen hinweg als derart stabil erwiesen, daß man mit Recht von einer ‚natur- oder gottgewollten Dreiteilung Österreichs‘ sprechen konnte."<sup>15</sup> Zwar sind Natur und Gott keine sozialwissenschaftliche Kategorien, doch die Stabilität dieser Konstellation blieb tatsächlich im (west)europäischen Vergleich lange Zeit ungebrochen.

Erst mit dem Auftreten der Grünen als der vierten Kraft und dem Umstand, dass auch der Liberalismus (zumindest vorübergehend) eine eigene parteipolitische Vertretung gefunden hat, wurden diese traditionellen Strukturen des Landes aufgebrochen. Jahrelang war die politische Landschaft in Österreich durch das sogenannte "hinkende" Zweiparteiensystem charakterisiert, wobei die FPÖ neben den historischen Großparteien SPÖ und ÖVP das „hinkende“ Element repräsentierte. Durch die in den letzten Jahren sich immer deutlicher abzeichnende Erosion der Lager ist aber das von Wandruszka entworfene Konzept der Lagerparteien für die politische Situation in der Zweiten Republik, nur mehr sehr bedingt aufrechtzuerhalten.

Insbesondere heute, da das Ende der klassischen Lagerparteien gekommen ist, scheint ein derartiges festes ideologisches Koordinatensystem für die Bestimmung der weltanschaulichen Grundpositionen der politischen Parteien nicht mehr ausreichend. Hervorgerufen durch einen sozioökonomischen Struktur- und ideologischen Wertewandel, verstärkt durch das Phänomen der Parteienverdrossenheit und daraus resultierend neuer Wege der politischen Partizipation außerhalb der Parteien etwa in Form verschiedener Basis- und Bürgerrechtsbewegungen, geriet das politische (Parteien)system in Österreich in eine Phase der Dekonzentration, die seit 1986 mitverantwortlich für den Aufstieg und Erfolg der FPÖ als populistische Protestpartei werden sollte.

Diese Aufweichungstendenzen der traditionellen Lager betreffen auch die programmatisch-ideologische Ebene der Parteien: die weltanschaulichen Gegensätze treten immer mehr in den Hintergrund, und auch für die Wählerschaft sind die ideologischen Glaubenssätze einer Partei längst nicht mehr ausschlaggebendes Motiv ihres Stimmverhaltens. Auch wenn in der österreichischen Geschichte der Zweiten Republik die Phasen der Re- und Entideologisierung in Politik und Gesellschaft einander öfters abwechselten, ist das traditionelle Lagerdenken der einzelnen Parteien zugunsten eines verbreiteten Strebens nach Konkordanz und politischer Mitte auch unter Aufgabe bisheriger angestammter Positionen gewichen.

---

<sup>14</sup> Margareta Mommsen-Reindl, Österreich. In: Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa, hrsg. Frank Wende (Stuttgart 1981) S.443.

<sup>15</sup> Adam Wandruszka, Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen. In: Geschichte der Republik Österreich, hrsg. Heinrich Benedikt (Wien 1954; Nachdruck 1977) S.291.

Die Auflösung der Lagergrenzen trägt zu einer Verwischung der ideologischen Konturen bei, sodass bald keine klaren weltanschaulichen Trennlinien mehr erkennbar sind und damit eine ideelle Unverwechselbarkeit der einzelnen Parteien nicht mehr gegeben scheint. Dies und der damit einhergehende Abbau der dahinterstehenden Lagermentalitäten führt zu einer weitgehenden Ungültigkeit traditioneller Etiketten, die heute längst nicht mehr zur Charakterisierung der politischen Landschaft ausreichen.

Neben der ÖVP, die sich gemäß ihrem Selbstverständnis als Volkspartei traditionell zur Mitte bekennt (Programm), ist auch in der SPÖ ein ideologisch pragmatischerer Kurs hin zur "links-liberalen Volkspartei" festzustellen.

Die FPÖ schließlich präsentierte sich seit dem Auftreten von Jörg Haider als ideologiefreie Bürgerrechtsbewegung mit dem Anspruch möglichst breite Volksschichten im Kampf gegen Korruption, Privilegien und Parteibuchwirtschaft zu gewinnen, wobei sich gerade auch die FPÖ immer als Partei der Mitte zwischen den ideologisch exponierten Großparteien sehen wollte. So ist auch das aktuelle Parteiprogramm aus dem Jahr 1997 geprägt von der Absage an ideologisches Denken, um stattdessen den Begriff der Mitte zur philosophischen Grundlage seiner Überlegungen zu erheben.<sup>16</sup>

Jene ideologische Annäherung der verschiedenen Parteien zeichnet sich nicht allein immer mehr in der politischen Praxis und Alltagsarbeit ab, sondern lässt sich auch besonders deutlich in den Texten der jeweiligen Parteiprogramme ablesen, anhand derer ja doch noch eine eindeutige Identifikation der einzelnen Parteien möglich sein sollte; doch auch dort werden generell inhaltlich-substantielle Aussagen mehr und mehr durch inhaltslose Leerformeln und phrasenhafte Allgemeinplätze ersetzt, die auf Kosten ideologischer Eindeutigkeit gehen und damit auch für den Bereich der festgeschriebenen Programmatik eine deutliche Abgrenzung untereinander zunehmend erschweren.

Für die FPÖ bestätigte Parteiobmann Haider diese Entwicklung: "Aus meiner Sicht sind die traditionellen Ideologien einschließlich der weltanschaulichen Positionierungen, die unser Lager repräsentiert hat, in Wirklichkeit zusammengebrochen."<sup>17</sup> Also: "Nicht national und nicht liberal, sondern freiheitlich"<sup>18</sup> heißt die Parole, und man meint damit das Problem um die historisch bedingte ideologische Vielschichtigkeit in der Partei auf einfache und angenehme Art lösen zu können.

---

<sup>16</sup> siehe Die Neue Mitte, freie Argumente. Freiheitliche Zeitschrift für Politik 4 (1997).

<sup>17</sup> zit. nach Mölzer, Eisbrecher S.210.

<sup>18</sup> „Wir sind nicht liberal, nicht national, nicht radikal, nicht ewig gestrig, sondern freiheitlich im besten Sinne des Wortes, das heißt, wir treten ein für ein Leben frei von Furcht und Not in Würde und Achtung jedes einzelnen, frei von staatlicher Vormundschaft und Kammernzwang.“ Jörg Haider (FPD, 1.5.1989).

## Zur Typologie des dritten Lagers

Bevor nun in einer historischen Rückschau auf die ideologische Entwicklung des dritten Lagers und dessen wichtigster Repräsentantin der FPÖ, eingegangen wird, sollen kurz einige Besonderheiten, die dieses politische Lager kennzeichnen, besprochen werden.

Gemäß der klassischen These des Historikers Adam Wandruszka, wonach "die österreichische Innenpolitik, ja die gesamte soziale, ideelle und kulturelle Struktur des Landes [...] von 1918 bis zur Gegenwart [...] durch das Neben-, Gegen- und Miteinander der drei großen Lager: des christlichsozial-konservativen, des sozialistischen und des nationalen (beherrscht sei),"<sup>19</sup> sieht sich die FPÖ als die legitime Nachfolgerin und zugleich wichtigste Vertreterin des nationalen, des sogenannten dritten Lagers.

Wie seit jeher die einzelnen historischen Parteien des dritten Lagers, so wies auch die FPÖ im Gegensatz zum Typus der Volks- und Massenpartei den Charakter einer dezentralisierten Honoratiorenpartei auf, als deren charakteristische Eigenschaften ein föderalistischer Aufbau mit einer nur geringen Organisationsdichte, die Ausbildung lokaler Eliten und die nur mangelhafte Einbeziehung der Basis in den politischen und programmatischen Diskussions- und Entscheidungsprozeß angegeben werden.

Zudem ist die FPÖ als klassische Wählerpartei zu bezeichnen, die nur über einen verhältnismäßig geringen Stock von Mitgliedern verfügt. Stark steigenden Wählerzahlen, bei den Nationalratswahlen 1999 erreichte die FPÖ 1.244.087 Stimmen, stehen etwa 52.000 Personen als eingeschriebene Mitglieder der Partei gegenüber, was einem Mitgliederanteil von nur 0,04 % entspricht. (laut Tätigkeitsbericht des Parteitages vom 1. Mai 2000 verfügt die Partei zu diesem Zeitpunkt über 52.064 Mitglieder). Erst im Zuge der großen Wahlerfolge ab Mitte der 1980er Jahre und dem Versuch die Partei in eine möglichst schichtübergreifende sogenannte „Bürgerbewegung“ umzuwandeln, konnte die FPÖ mit einiger Berechtigung als „Volkspartei“ charakterisiert werden, wiewohl darauf aufmerksam gemacht werden muss, dass es heute den „reinen“ Parteientypus wie er in den politikwissenschaftlichen Klassifikationsschemata entwickelt wurde, in der Realität eigentlich nicht mehr gibt; vielmehr haben sich aufgrund des politischen und gesellschaftlichen Wandels, dem auch Parteien in ihrer Geschichte unterworfen sind, „Mischtypen“ herausgebildet, die sich eben nicht mehr so eindeutig einem bestimmten Schema zuordnen lassen.

Typisch für die Wählerschaft des dritten Lagers ist ihre heterogene Zusammensetzung, die – obgleich aus soziologisch-strukturellen oder strategischen Gründen mehrmals "umgeschichtet" (wurde) – traditionell mehrheitlich Männer, Akademiker und Selbständige, vorwiegend jedoch dem Staat und der Kirche kritisch bis ablehnend gegenüberstehende

---

<sup>19</sup> Wandruszka, Österreichs politische Struktur S.291.



Personen, sowie zu allen Zeiten ein nicht unbeträchtliches Protestpotential, bei dem ideologische Fragen kaum eine Rolle spielen, aufweist.

Ein weiteres charakteristisches Merkmal des dritten Lagers sind dessen interne ideologisch-geistigen Richtungskämpfe, die einerseits zwar mit einer hohen Individualität und Toleranz der innerparteilichen Meinungsfreiheit erklärt werden – "das Problem des nationalliberalen Lagers war seit jeher gewesen, daß es über viele ausgeprägte Individualisten verfügte, die in ihren Meinungen ein weites Spektrum von links nach rechts oder umgekehrt abdeckten."<sup>20</sup> – aber zugleich wohl auch Ausdruck jenes grundsätzlichen Dilemmas sind, das aufgrund der Ambivalenz der ideologischen Grundfesten gleichzeitig sowohl die Prinzipien des Liberalismus als auch die Interessen eines prononcierten Deutschnationalismus gebühlich zu vertreten, gegeben ist.

Zu dieser inneren Widersprüchlichkeit kommt ein politisch motivierter oppositioneller Widerspruchsgeist, der diesen Gegensatz noch um eine taktische Variante vertieft. Dieser besondere innere Gegensatz war es auch, der, wenn er auch zeitweise durch die Abspaltung des liberalen Flügels aufgehoben schien, im Zusammenhang mit politstrategischen Überlegungen hauptverantwortlich für die ständigen internen Auseinandersetzungen und Spannungen in der Geschichte des dritten Lagers war.

### **Zur Identität des dritten Lagers**

Auch wenn von maßgeblichen Vertretern der FPÖ zuweilen tief in die historische Schatzkiste<sup>21</sup> gegriffen wird, um eine ideengeschichtliche Tradition des freiheitlichen Lagers zu begründen, wird der Beginn der Wirkungsweise von Liberalismus und Nationalismus als politische Strömungen, wie sie von den Freiheitlichen reklamiert werden, seriöserweise wohl in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts angesiedelt werden müssen.

Der Liberalismus als geistesgeschichtlich kulturelle Idee bezog seinen Ursprung aus dem Geist der Aufklärung, der – mit einiger Verspätung – auch für den Herrschaftsraum der Habsburgermonarchie wirksam wurde. Während der Liberalismus als geistig-ideologische Strömung große Bedeutung erlangte, hatte er es auf politischer Ebene als eigenständige Kraft ungleich schwerer, sich durchzusetzen.

<sup>20</sup> Wilhelm F. Kroupa, Der Freiheitliche Beitrag zur Geschichte Österreichs (=FBW-Informationen. Zeitung des Freiheitlichen Bildungswerkes Folge 4/1984) S.33.

<sup>21</sup> Werden einmal die Lehre Martin Luthers und die Ideen des Tiroler Bauernführers Michael Geißmayr (sic!) (beide 16. Jhd) als „frühes Beispiel für die Wirksamkeit freiheitlicher Strömungen und Tendenzen“ genannt (Kroupa, Der Freiheitliche Beitrag zur Geschichte Österreichs S.8), so geht Jörg Haider noch weiter in die Vergangenheit zurück, wenn er an die „studentisch-akademischen Gruppierungen [...] der hochmittelalterlichen Universitäten“ erinnert, welche die Idee der „Freiheit in unserer Geschichte“ als erste hochhielten (Jörg Haider, Die Freiheit, die ich meine. Das Ende des Proporzstaates. Plädoyer für die Dritte Republik (Frankfurt a.M./Berlin 1993) S.36), und Gerulf Stix geht sogar so weit, die Inkas (sic!) zu Ahnherm freiheitlicher Grundvorstellungen zu machen (Gerulf Stix, Die nationale Bedeutung einer freiheitlichen Ordnung. In: FA 3 (1974) S.3f.).

Die Blütezeit des österreichischen politischen Liberalismus dauerte nur kurz, von 1867 bis 1879. Zu seinen politischen Forderungen und teilweisen Errungenschaften gehörte der konstitutionelle Rechtsstaat, der Parlamentarismus, die Betonung von Grundrechten, die Freiheit des Individuums, Toleranz, die Trennung von Kirche und Staat und auf wirtschaftlicher Ebene Handels- und Marktfreiheit. Die liberale Verfassungspartei ging daran diese Ziele zu verwirklichen (Dezemberverfassung 1867, Kündigung des Konkordats von 1855, Maigesetze, Reichsvolksschulgesetz).

Als Partei des politisch und ökonomisch emanzipierten Großbürgertums trachtete sie aber bald nur noch danach, den eigenen Besitzstand zu verteidigen. Aus einer noch in der Zeit des Vormärz und während der Revolution von 1848 fortschrittlich-revolutionären Bewegung war eine zunehmend „konservative“ Partei geworden. Die Missachtung sozialer Forderungen in einer Zeit der beginnenden Industrialisierung als Teil eines ausgeprägten Desinteresses an den Bedürfnissen der von Bildung und Besitz weitgehend ausgeschlossenen Volksschichten sowie das Ignorieren berechtigter Anliegen der einzelnen Nationalitäten in der Monarchie trugen schließlich wesentlich zum Niedergang und Sturz des Liberalismus auf parlamentarischer Ebene bei. Das Fehlen einer einheitlichen Programmatik und die Struktur als locker organisierte Honoratiorenpartei und damit ohne auf eine breitere Basis bauen zu können, waren weitere Gründe für das Scheitern des parteipolitischen Liberalismus in Österreich.

Durch das Ausscheiden aus dem Deutschen Bund nach der Niederlage von Königgrätz 1866, das Aufflammen der Nationalitätenkämpfe vor allem im böhmischen Raum und schließlich mit dem deutschen Sieg über Frankreich 1870/71 erhielten die deutschnationalen Gruppen und Verbände, die sich innerhalb der Verfassungspartei bildeten, verstärkt Auftrieb. Doch noch war die Sorge um die Wahrung der politischen und wirtschaftlichen Vormachtstellung für die deutschösterreichischen Liberalen in der Monarchie größer und daher die Erhaltung des Habsburgerstaates von vorrangigem Interesse.

Um den „nationalen Besitzstand“ zu erhalten, begann sich das deutsche Bürgertum in Österreich auch in Konkurrenz zu den in den 1880er Jahren aufkommenden Massenparteien, sowohl der christlich-sozialen als auch der sozialistischen Arbeiterbewegung, und auch um die zunehmenden nationalen Emanzipationsbestrebungen der slawischen Völker zu verhindern, mit den virulenter werdenden deutschnationalen Strömungen zu verbinden. „Zur Legitimierung dieser Dominanz bedurfte es der Ideologie des deutschen Nationalismus. In ihrer Mehrheit verband die liberale deutschösterreichische Bourgeoisie ihren deutschen Nationalismus mit einem österreichischen Patriotismus und zwar im Sinne

einer Identifikation mit dem Haus Habsburg als Garanten des Zusammenhalts der Monarchie und damit der Vormachtstellung der deutschsprachigen Bourgeoisie in ihr [...]“<sup>22</sup>

Aus dieser der Habsburgermonarchie noch loyal gegenüberstehenden Variante des deutschnationalen Liberalismus entstand im Verlauf der 1870er Jahre eine in ihren Anschauungen immer radikaler werdende nationale Bewegung, die besonders unter der jungen Studentenschaft Zustimmung auslöste und als deren Führerfigur sich Georg (Ritter) von Schönerer profilierte. Als programmatisches Ergebnis der Bestrebungen, „völkisches“ mit „liberalem“ zu verbinden, wurde 1882 unter der Leitung Schönerers das „Linzer Programm“<sup>23</sup> ausgearbeitet, das neben klassischen liberalen Forderungen wie Versammlungs- und Pressefreiheit, Erweiterung des Wahlrechts, auch den Wunsch nach einer deutschen Hegemonie in allen Bereichen des öffentlichen Lebens deutlich zum Ausdruck brachte (Forderung nach Einführung von Deutsch als Staatssprache).

Einen besonderen antisemitischen Akzent bekam dieses Programm durch die nachträgliche Formulierung (1885) der Forderung nach der „Beseitigung des jüdischen Einflusses auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens“. Jener radikale Antisemitismus und das Streben nach einer Vereinigung mit dem Deutschen Reich waren die zentralen programmatischen Anliegen der Deutschnationalen in Österreich geworden. Das jüdische Bürgertum, das in wirtschaftlicher und kulturell-intellektueller Hinsicht den Liberalismus gleichsam verkörperte und sich auch mit den nationalen Zielsetzungen der Deutschliberalen identifizieren konnte, wurde aber mit dem allmählichen Niedergang des politischen Liberalismus und infolge der zunehmenden Radikalisierung der diesen beerbenden nationalistischen Gruppierungen von der Integration in dieses dritte Lager ausgeschlossen.

Für das Ziel eines hegemonialen (und in der Regel protestantischen) Deutschland musste freilich der katholische und multinationale Habsburgerstaat bekämpft werden. Neben dem Antisemitismus traten Antislawismus und Antiklerikalismus als prägende ideologische Merkmale der Deutschnationalen in Österreich hinzu. Die Uneinigkeit innerhalb der deutschnationalen Bewegung in den 80er und 90er Jahren des 19. Jahrhunderts hinsichtlich der politischen Vorgangsweise bei der Erreichung der nationalen Ziele, überdies in Wirtschaftsangelegenheiten und nicht zuletzt wegen der Judenfrage führte zu immer wieder neuen Abspaltungen und Aufsplitterungen des ideologischen Parteienspektrums, sodass von keiner einheitlichen oder gar homogenen Entwicklung dieses Lagers gesprochen werden kann.<sup>24</sup>

---

<sup>22</sup> John Bunzl – Bernd Marin, Antisemitismus in Österreich. Sozialhistorische und soziologische Studien (Innsbruck 1983) S.17.

<sup>23</sup> Klaus Berchtold, Österreichische Parteiprogramme 1868–1966 (Wien 1967) S.198-203.

<sup>24</sup> Zur komplizierten Geschichte des dritten Lagers während jener Epoche siehe u.a. Lothar Höbelt, Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882-1918 (Wien 1990).

Als einer der wiederholten Versuche die nicht nur organisatorisch lose miteinander verbundenen, sondern auch durchaus in ihren politischen Zielsetzungen unterschiedlichen Gruppen und Parteien des deutschnationalen Lagers zu sammeln, galt die Gründung des Deutschen Nationalverbandes 1910, der bei den Reichstagswahlen im Jahr darauf erfolgreich abschneiden konnte, um jedoch in den Jahren danach über die Zeit des Ersten Weltkriegs wieder in eine Vielzahl von unterschiedlichen Gruppierungen zu zerfallen.

Zur Bildung einer einheitlichen politischen Partei, die das nationale Lager repräsentierte, kam es erst im Jahr 1920 durch die Gründung der Großdeutschen Volkspartei. Ideologisch bildeten die Idee der nationalen Volksgemeinschaft, welche definiert als Arbeits- und (deutsche) Kulturgemeinschaft und in scharfem Gegensatz zum Liberalismus oder Individualismus, der nur das rücksichtslos-egoistische Streben nach persönlichem Vorteil als Grundprinzip hätte, die Rechte der Gesamtheit in den Vordergrund stellen würde und die Forderung nach einem Anschluss an Deutschland (Weimarer Republik) deren zentrale Anliegen, die im „Salzburger Programm“,<sup>25</sup> das vom Geist eines dezidierten Antiklerikalismus und Antisemitismus getragen wurde, ausführlich formuliert und zusammengefasst wurden. War der Anschlussgedanke auch in allen anderen Parteien vertreten, weil nach dem Zusammenbruch des Habsburgerreiches niemand an die Existenzfähigkeit der neugeschaffenen Republik glauben mochte, so stellte er für die Deutschnationalen das höchste Ideal ihrer politischen Vorstellungen dar. Trotzdem hier erstmals auf organisatorischer Ebene eine politische Einigung zustande gekommen war, bedeutete die Gründung dieser Partei nicht das Ergebnis einer auf festen geistig-ideologischen Grundlagen basierenden kontinuierlich gewachsenen Entwicklung, vielmehr war sie das Produkt einer „Verschmelzung verschiedener nationaler, antiliberaler und gemäßigt sozialer Ideen, das aus anderen Parteiprogrammen entnommen, für gut und erstrebenswert empfunden und als neues und von allen vertretbares Programm angenommen wurde.“<sup>26</sup>

Neben der Großdeutschen Volkspartei, die als sogenannte „Beamten- und Professorenpartei“ ihrem Charakter nach als elitärer Honoratiorenverband organisiert war, konstituierte sich als Ergebnis des Zusammenschlusses mehrerer großdeutsch und protestantisch gesinnter Bauernbünde der Landbund<sup>27</sup> als die Agrariervertretung des dritten Lagers in der Ersten Republik. „Zu den politischen Idealvorstellungen des Landbundes zählten [...] eine berufsständische Vertretung der Bauern, die Aufrechterhaltung der

---

<sup>25</sup> Berchtold, Parteiprogramme S.439-482.

<sup>26</sup> Isabella Ackerl, Die Großdeutsche Volkspartei 1920-1934 (phil. Diss., Wien 1967) S.313.

<sup>27</sup> Angela Feldmann, Landbund für Österreich (phil. Diss., Wien 1967).

‚bürgerlichen Gesellschaftsordnung‘ und der ‚Zusammenschluß aller deutschen Stämme von Mitteleuropa zu einem einheitlichen Volksstaat‘.<sup>28</sup>

Trotz einzelner Phasen der Regierungsbeteiligung jeweils in Koalitionen mit den Christlich-Sozialen konnten die Parteien des nationalen Lagers niemals soviel an politischem Gewicht gewinnen, dass sie zu einem maßgeblichen politischen Faktor geworden wären.

Neben diesen beiden bedeutendsten Vertretern des nationalen Lagers auf parlamentarischer Ebene sind aber auch Teile der Heimwehr (besonders in Oberösterreich, Kärnten und der Steiermark) und schließlich die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP, Hitler-Bewegung) dem sogenannten dritten Lager zuzurechnen. Und die NSDAP, die bei mehreren Landtagswahlen 1932 beträchtliche Stimmengewinne verzeichnen konnte, die neben den Christlich-Sozialen vorwiegend zu Lasten der Großdeutschen, des Landbundes und des Heimatschutzes gingen, deren Wähler fast geschlossen zu den österreichischen Nationalsozialisten überliefen, wurde dermaßen gestärkt zu einer eigenständigen Massenpartei und somit zur stärksten Vertreterin des nationalen Lagers.

Von nun an bewegten sich die Großdeutsche Volkspartei und der Landbund am Rande der Bedeutungslosigkeit, ein Großteil ihrer Anhänger schloss sich der Heimwehrebewegung an oder verband sich wie im Fall der Großdeutschen 1933 zu einer Kampfgemeinschaft mit den Nationalsozialisten, um sich schließlich nach dem allgemeinen Verbot von politischen Parteien im Zuge der Errichtung des christlich-autoritären Ständestaats 1934 selbst aufzulösen.

Die von späteren Apologeten wiederholt vorgebrachte These, das national-liberale Lager wäre nur ein Getriebener der damaligen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen gewesen und ohne eigenes Zutun in den Sog der „nationalsozialistischen Bewegung“ geraten, kann so nicht akzeptiert werden, weil sie jegliches Maß an Mitverantwortung der beiden Parteien für den politischen Radikalisierungsprozess während der Ersten Republik relativiert oder ganz verneint. „Eine nur vorbehaltliche Bejahung des Parlamentarismus erwies sich als unzureichend für die Erhaltung der schwierigen Balance zwischen demokratiefeindlichen und –freundlichen Kräften und des ganzen Systems überhaupt. Das punktuelle und auf einige Themenbereiche begrenzte Vertreten liberaler Ansichten reichte nicht aus, um den Vormarsch extrem nationalistischer bzw. völkischer Ideen einzudämmen oder gar zu stoppen, was wegen der Involviertheit beider Parteien in den Prozeß des autoritären Wandels de facto auch unmöglich geworden war.“<sup>29</sup>

---

<sup>28</sup> Mommsen-Reindl, Österreich S.457.

<sup>29</sup> Krzysztof Glass – Barbara Serloth, Das Selbstverständnis des österreichischen Liberalismus (=Sonderband aus der Reihe Zentraleuropa Mitteleuropa. Gemeinsamkeiten und Trennlinien, Wien/Poznan 1997) S.206.

## II. ZUR REKONSTRUKTION DES DRITTEN LAGERS IN ÖSTERREICH NACH 1945 (1949-1956)

Während die FPÖ in der österreichischen Parteienforschung die längste Zeit eher vernachlässigt wurde, sind die Geschichte und Politik des VdU als deren Vorläuferorganisation in mehreren Arbeiten recht ausführlich dokumentiert. Die Werke von Stäuber, Müller-Klingspor und Riedlsperger, allesamt in den 1970er Jahren entstandene Arbeiten sind dabei unerlässliche Quellen für die Geschichte der Rekonstruktion des dritten Lagers nach dem Zweiten Weltkrieg.<sup>1</sup>

Daneben gibt es bereits eine umfangreiche Memoirenliteratur der wichtigsten damaligen Vertreter dieser politischen Richtung, die in ihren Darstellungen die innere Zerrissenheit und Widersprüchlichkeit des dritten Lagers in anschaulicher Weise wiedergeben.<sup>2</sup>

Aus Anlass des 50. Jahrestages der Gründung des VdU erschienen 1999 zwei historisch-politische Publikationen,<sup>3</sup> die sich mit der Geschichte, dem Aufstieg und Niedergang dieser Sammelpartei des dritten Lagers befassen: Während das Werk des Parteihistorikers Kurt Piringer eine chronologische Darstellung der Ereignisse bietet, widmet sich der ebenfalls dem dritten Lager verbundene Historiker Lothar Höbelt mit seiner Arbeit im Detail der personengeschichtlichen Dimension der Entstehungsgeschichte dieser Partei.

### **Problem der Entnazifizierung – „Programm zum Sinneswandel“**

Zu den vorrangigsten innenpolitischen Problemen nach dem Krieg zählte die Frage nach dem Schicksal der ehemaligen Nationalsozialisten. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges versuchten die österreichische Regierung und die alliierten Besatzungsmächte mit einer Reihe von Gesetzesmaßnahmen<sup>4</sup> die österreichische Bevölkerung vom Geist des Nationalsozialismus zu befreien. Dieser Prozess der sogenannten "Entnazifizierung", der nicht unumstrittene Versuch auf legislativem Weg eine großflächig angelegte politische Um-

<sup>1</sup> Werner Müller-Klingspor, Die Neubegründung des freiheitlich-nationalen Lagers in Österreich von 1945 bis 1949 (phil. Diss., Wien 1972); Roland Stäuber, Der Verband der Unabhängigen VdU und die freiheitliche Partei Österreichs FPÖ. Eine Untersuchung über die Problematik des Deutschnationalismus als Einigungsfaktor einer politischen Partei in Österreich seit 1945 (phil. Diss., Zürich 1974); Max E. Riedlsperger, The Lingering Shadow of Nazism: The Austrian Independent Party Movement since 1945 (Boulder 1978).

<sup>2</sup> Herbert Kraus, Untragbare Objektivität. Politische Erinnerungen 1917-1987 (Wien/München 1988); Viktor Reimann, Die Dritte Kraft in Österreich (Wien/München/Zürich/New York 1980); Fritz Stüber, Ich war Abgeordneter. Die Entstehung der freiheitlichen Opposition in Österreich (Graz/Stuttgart 1974).

<sup>3</sup> Kurt Piringer, Der VdU. Verband der Unabhängigen 1949-1956 (Wien 1999); Lothar Höbelt, Von der Vierten Partei zur Dritten Kraft. Die Geschichte des VdU (Graz 1999).

<sup>4</sup> Kriegsverbrechergesetz (StGBI. Nr.32 v.26.6.1945) und Verbotsgesetz (StGBI. Nr.13 v.8.5.1945). Zwei Jahre später wurde in einer Novellierung das Nationalsozialistengesetz, ein Bundesverfassungsgesetz vom 6. Februar 1947 über die Behandlung der Nationalsozialisten (BGBl. Nr.25 v.17.2.1947) beschlossen. Über Entstehung, Bestimmungen und Auswirkungen der Entnazifizierungsgesetze siehe Dieter Stiefel, Entnazifizierung in Österreich (Wien 1981) S.81ff.

erziehung herbeizuführen, bildete die wesentliche Voraussetzung für die ersten Wiederbelebungsversuche des durch die verheerenden Erfahrungen der vorangegangenen nationalsozialistischen Herrschaft<sup>5</sup> arg desavouierten dritten Lagers.

Allen, die aufgrund dieser Bestimmungen vom politischen Leben ausgeschlossen waren, bildete sich ein Gefühl der Ungerechtigkeit, das zum emotionalen Integrationsfaktor für eine sogenannte vierte Partei werden sollte. "So wie nach dem Ersten Weltkrieg die materielle und geistige Not den Zweifel an der eigenen Existenzfähigkeit Österreichs nährte, so formte sich nun eine im Negativen geeinte Masse: die "Vierte Partei", jene kleinen Mitläufer und einfachen Parteimitglieder, die sich unverhältnismäßig schwer bestraft fühlten, während man die Großen laufen ließ."<sup>6</sup>

Als publizistische Fürsprecher dieser von der NS-Gesetzgebung Betroffenen traten die Journalisten Viktor Reimann und Herbert Kraus auf, die in ihren Blättern, den "Salzburger Nachrichten" und den "Berichten und Informationen" gegen diese als schwere Diskriminierung empfundene "Unrechtsgesetzgebung" anschrieben. Für alle, denen aufgrund dieser Bestimmungen die grundlegenden politischen Rechte entzogen wurden, sollte eine neue politische Gruppierung als Sammelbecken geschaffen werden, die außer den sogenannten "Ehemaligen" auch großdeutsch Gesinnte und unzufriedene Protestwähler aufnehmen sollte.

Die Gründung eines derartigen Interessensverbandes sollte auch nicht auf einer bestimmten ideologischen Grundlage beruhen; sein inhaltlicher Anspruch war es, auf der Basis eines sogenannten "Programms zum Sinneswandel"<sup>7</sup> dieser Zielgruppe eine entsprechende politische Alternative zu bieten: "Wenn dieses neu geschaffene Österreich vor dem traditionellen Diktaturdenken der Weltanschauungsparteien bewahrt werden sollte, wenn wir eine erträgliche demokratische Ordnung erleben wollten, dann mußte eine neue politische Kraft auftreten – frei von Lagermentalität und Heilslehren, einzig und allein ausgerichtet auf Anständigkeit und gesunden Hausverstand und getragen vom persönlichen Vertrauen zu den aufgestellten Kandidaten. Es wäre auch höchste Zeit, daß eine liberale, auf Leistungswirtschaft ausgerichtete Gruppierung die ‚nichtmarxistische Mehrheit‘ verwirklichte – jene Mehrheit, die die ÖVP allein nicht zustandebringen konnte."<sup>8</sup>

Kraus wollte damit den Rahmen für eine politische Ethik schaffen, die eine demokratische Haltungsänderung unter den von der NS-Gesetzgebung betroffenen

---

<sup>5</sup> „das nationale Lager wurde [...] zuletzt auch durch die NSDAP parteimäßig und parlamentarisch repräsentiert.“ Helfried Pfeifer, Österreichs Parteien und Parlament seit 1945. In: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart 11 (Tübingen 1962) S.443.

<sup>6</sup> Müller-Klingspor, Neubegründung S.57.

<sup>7</sup> Kraus, Untragbare Objektivität S.190f.

<sup>8</sup> Kraus, Untragbare Objektivität S.199.

Menschen bewirken sollte und nicht eine Wiedergeburt des alten nationalfreihheitlichen Lagers anstreben. „Auf der einen Seite stand die allgemeine human-liberale Ausrichtung – das Eintreten für alle Opfer der Kriegs- und Nachkriegszeit, das langfristige, partnerschaftliche Sozialprogramm und schließlich der Kampf um den ‚demokratischen Gesinnungswandel‘, - auf der anderen Seite die verwegene Idee, das geistig zusammengebrochene national-freihheitliche Lager auf neue Ziele hin auszurichten.“<sup>9</sup>

### **Drei Parteien – Zwei Lager. Die Frage nach der Vierten Partei**

Nach einer Verfügung des Alliierten Rates (der aus den Siegermächten USA, UdSSR, Frankreich und Großbritannien zusammengesetzten obersten politischen Instanz für Österreich) vom 11. September 1945, wurden die Volkspartei, die Sozialisten und die Kommunisten als die drei Parteien wieder zugelassen, die nach Ansicht der Alliierten für einen demokratischen und antifaschistischen Konsens standen.<sup>10</sup> "Es waren die Parteien, die 1945 aus der politischen Tradition der demokratischen Vorkriegszeit wieder erstanden waren und im Verlauf dieses Jahres die Anerkennung der Alliierten erlangten."<sup>11</sup>

Damit gab es drei Parteien, die aber nur zwei Lager, das bürgerlich-konservative und das sozialistisch-marxistische repräsentierten. Diese Beschränkung durch die Alliierten veranlasste das dritte Lager daraufhin immer wieder von den damals zugelassenen Parteien polemisch als Lizenzparteien von des Siegers Gnaden zu sprechen, die ihre Existenz einem diktatorischen Willkürakt der Siegermächte zu verdanken hätten. Dennoch war das sogenannte dritte Lager nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht einfach verschwunden, und die mit den Jahren immer heftiger werdende Diskussion um eine mögliche vierte Partei wurde zum Anlass genommen, die Neuformierung des dritten Lagers auch parteipolitisch zu betreiben.

Unter all den Gruppen, die sich als vierte Partei profilieren wollten, trat neben dem VdU, der zweifellos die bedeutendste und aussichtsreichste der in Frage kommenden Parteien war, als eine der ersten die "Verfassungstreue Vereinigung" (VV) auf, die von Fritz Stüber, dem früheren Schriftleiter der NS-Zeitung "Neues Wiener Tagblatt", Karl Hartleb, Ex-Vizekanzler der Ersten Republik und ehemaliger Landbundführer, Ernst Schönbauer und dem Verleger Leopold Stocker mit dem Ziel gegründet wurde, für eine Wiederbelebung des nationalen Lagers und gegen das "Unrecht an ehemalige Parteigenossen" zu kämpfen. Diese Gruppe wurde zwar wegen angeblich neonazistischer Betätigung 1948 verboten,<sup>12</sup>

<sup>9</sup> Kraus, Untragbare Objektivität S.204.

<sup>10</sup> "Der Rat hat die Frage der politischen Parteien in Österreich behandelt und den bestehenden antifaschistischen demokratischen Parteien Österreichs (ÖVP, SPÖ, KPÖ) gestattet, ihre Tätigkeit in ganz Österreich aufzunehmen." (AZ, 12.9.1945).

<sup>11</sup> Stiefel, Entnazifizierung S.48.

<sup>12</sup> WZ, 23.9.1948.



doch ihre Protagonisten wechselten teilweise zum VdU über, in dem sie nun die geeignetere Plattform für ihre Forderungen sahen, zumal durch die liberalen Aushängeschilder Kraus und Reimann "der Verdacht des Neonazismus in einer solchen politischen Gruppierung gemildert werden und so das Vertrauen der Bundesregierung und der Alliierten eher gewonnen werden [konnte]"<sup>13</sup> – ein wesentlicher taktischer Vorteil, wie auch Helfried Pfeifer, ein Exponent der ehemaligen Nationalsozialisten und Befürworter einer betont nationalen Politik bemerkte: "Beide Männer gehörten allerdings nicht dem nationalen Lager an, konnten aber deswegen leichter handeln und waren durch ihre publizistische Tätigkeit bereits bekannt."<sup>14</sup> Dieser Punkt ist deshalb erwähnenswert, weil Fritz Stüber als Vertreter eines exponiert nationalen Flügels den ideologischen Gegenpol zu Herbert Kraus verkörperte.

Die "Arbeitsgemeinschaft der Unabhängigen Betriebsräte", die besonders in der VOEST politisches Gewicht erhielt, und die "Heimkehrer-, Hilfs- und Betreuungsstellen" (HHB) waren weitere solcher deutschnationaler Verbandsgründungen, deren gemeinsames Hauptanliegen die Bekämpfung der NS-Gesetzgebung war.

Aber erst mit der Aufhebung der Dreiparteien-Einschränkung durch den Alliierten Rat konnte sich eine Vielzahl von wahlwerbenden Gruppen der Nationalratswahl von 1949 stellen. Die Diskussion um eine mögliche vierte Partei bestimmte dabei zusehends das innenpolitische Klima und führte zu einem erheblichen Unsicherheitsfaktor in den übrigen Parteizentralen, der auch nicht unwesentlich zur Radikalisierung dieses Wahlkampfes beitrug, der zu einer der größten Propagandaschlachten in der Zweiten Republik ausartete. Als wichtigstes Kriterium dieser Wahl galt der Umstand, dass die Zahl der Wahlberechtigten gegenüber der ersten Nachkriegswahl von 1945 um die Masse der rund 500.000 "Ehemaligen" oder minderbelasteten Nationalsozialisten,<sup>15</sup> die bisher vom Wahlrecht ausgeschlossen waren, angestiegen war; ein Potential, das sogleich – ungeachtet ideologischer Vorbehalte – von allen Seiten heftig umworben wurde. Daneben galt es, die große Zahl der aus alliierter Gefangenschaft heimgekehrten Männer mit einer bisher noch unartikulierten politischen Gesinnung für die jeweilige eigene Sache zu gewinnen.

Der Kampf um diese zusätzlichen Stimmen beflügelte dabei die Phantasie der einzelnen Propagandaabteilungen der Parteien: Im Zentrum der Wahl stand der Kampf gegen das "Gespenst der Volksdemokratie" als Ausdruck der Angst vor einer kommunistischen Machtergreifung, wobei besonders der Wahlkampf der ÖVP von heftigen Polemiken gegenüber

---

<sup>13</sup> Stüber, VdU und FPÖ S.75.

<sup>14</sup> Pfeifer, Österreichs Parteien und Parlament seit 1945 S.445.

<sup>15</sup> Die Zahl der davon Betroffenen liegt in dem Bereich von 450.000 bis 500.000. Nach Stiefel dürfte es sich um mindestens 450.000 amnestierter Wahlberechtigter gehandelt haben.

dem VdU geprägt war. Unter diesem Gesichtspunkt wurden die "vierten Parteien" von der Volkspartei absurderweise sogar als "Hilfstruppen des Kommunismus"<sup>16</sup> bezeichnet.

Im Unterschied zur ÖVP, die verständlicherweise ihre bürgerliche Monopolstellung nicht aufgeben wollte und daher der Gründung einer vierten Partei grundsätzlich skeptisch gegenüberstand und sie auf Plakaten als "Dolchstoß gegen Österreich" denunzierte, forcierte die SPÖ eher eine solche Neugründung, weil sie sich davon eben eine Spaltung des bürgerlichen Lagers versprach.<sup>17</sup> Besonders Vizekanzler Schärf und Innenminister Helmer traten dabei als entschiedene Geburtshelfer für eine neue Partei auf und intervenierten sogar bei den Alliierten für eine entsprechende Zulassung.<sup>18</sup> Hier wurde von der SPÖ eine Haltung begründet, die in der Zukunft ihre Fortsetzung finden sollte und Ausdruck einer speziell von Bruno Kreisky gepflegten Gönner- und Förderungspolitik der FPÖ gegenüber wurde. Die ÖVP hingegen versuchte im Sinn der sogenannten Raab'schen Inhalationstheorie den VdU und später die FPÖ für ihre Zwecke politisch zu instrumentalisieren, eine Taktik, die erst am Anfang der 1970er Jahre, also zu einem Zeitpunkt, als die FPÖ bereits zu einem Faktor in der österreichischen Innenpolitik aufgewertet war, offiziell aufgegeben wurde.<sup>19</sup>

Lediglich die Kommunisten zeigten der neuen Partei gegenüber eine kompromisslose Haltung, die in dem Vorwurf des Neonazismus gipfelte,<sup>20</sup> auch wenn die sowjetische Besatzungsmacht einer vierten Partei weniger ablehnend gegenüberstand, da sie sich von ihr eine Schwächung der Koalitionsregierung erhoffte.

<sup>16</sup> "Wählst du eine vierte Partei (VdU), so wählst du die Hilfstruppen des Kommunismus schlägst eine Bresche in die geschlossene Abwehrfront und gibst der Volksdemokratie den Weg nach Österreich frei." Leopold Figl (Kleines Volksblatt, 9.10.1949). Dieser Aufruf des Bundeskanzlers vermittelt anschaulich die damalige Wahlkampflinie der ÖVP.

<sup>17</sup> "Eine vierte Partei wird kommen, und wenn sich die ÖVP auf den Kopf stellt." Oskar Helmer (AZ, 7.12.1948).

<sup>18</sup> 1948 fand in der österreichischen Gesandtschaft in Paris ein Treffen zwischen dem österreichischen Außenminister Gruber (ÖVP) und Innenminister Helmer (SPÖ) mit hochrangigen französischen Politikern statt, in dessen Verlauf der Innenminister bei seinen Gesprächspartnern vehement für die Zulassung einer vierten Partei eintrat: "Nach dem Abendessen begann mein Kollege Helmer von der Notwendigkeit einer vierten Partei in Österreich zu sprechen [...] Helmer drang immer wieder in Schuman (dem französischen Außenminister, J.N.), um von ihm die Zusage zur Bewilligung neuer Parteien in Österreich zu erhalten. Schließlich sagte er Schuman, er müsse nur ja sagen und die vierte Partei existiere [...]"  
Karl Gruber, Zwischen Befreiung und Freiheit: Der Sonderfall Österreichs (Wien 1953) S.220.

<sup>19</sup> Auf dem ÖVP Parteitag von 1972 bekundete ihr Obmann Karl Schleizer "Offenheit nach allen Seiten", womit erstmals auch die geänderte Rolle der FPÖ in der innenpolitischen Landschaft berücksichtigt wurde:  
"Die FPÖ ist, das wissen wir spätestens seit dem Jahr 1970, keine politische Größe, die wir einfach vernachlässigen können. Wer eine realistische Politik betreiben will, muß heute von der Realität eines Dreiparteiensystems in Österreich ausgehen. Die gemeinsame Aufgabe der Opposition hat zwischen ÖVP und FPÖ eine Gesprächsbasis ergeben, von der heute niemand mehr behaupten kann, daß sie nicht vorhanden ist. Es ist sogar zur Entstehung eines echten Gesprächsklimas zwischen beiden Parteien gekommen."  
zit. nach Friedrich Peter, 30 Jahre Freiheitliche Partei Österreichs. In: 30 Jahre Freiheitliche Partei Österreichs (=Schriftenreihe des Freiheitlichen Bildungswerkes Heft 18, Wien 1986) S.60.

<sup>20</sup> Weg und Ziel 7/8 (1949).

Neben der erklärten Zielgruppe der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und -opfer, Heimatvertriebenen sowie der verarmten Mittelständler verfolgte der VdU in Abgrenzung zu den beiden Großparteien ein eher inhaltsneutrales Programm der Mitte, das sich an Unzufriedene und potentielle Protestwähler ausrichtete. Die Zielgruppe einer möglichen oppositionellen Sammelbewegung umreißt der ehemalige Nationalsozialist Pfeifer mit folgenden Worten: "Die Anhänger dieser national-freiheitlichen Parteien und die jüngere Generation, die das Inferno des Zweiten Weltkrieges an der Front und in der Kriegsgefangenschaft mitgemacht hat und nach ihrer Heimkehr noch überdies schlecht behandelt wurde und die Legionen der Heimatvertriebenen, für die nichts geschah und die damals im allgemeinen noch als staatenlos galten, waren da. Sie alle waren zu sammeln und zu gewinnen."<sup>21</sup>

Zur sozialen Struktur einer vierten Partei gehörten also in erster Linie die von den sogenannten Entnazifizierungsgesetzen betroffenen und in der Folge in ihren beruflichen, wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Möglichkeiten stark eingeschränkten ehemaligen Nationalsozialisten, denen sich aufgrund dieser Sonderbehandlung kein Gefühl der Zugehörigkeit und Loyalität zu diesem nach dem Krieg neu erstandenen Österreich bilden konnte, dann die Gruppe der Heimkehrer und Volksdeutschen, die sich ebenfalls nur schwer mit der neuen politischen Situation abfinden konnten, sowie Teile des liberalen und nationalen Bürgertums, also Vertreter des städtischen Mittelstandes und der nicht katholischen Bauernschaft, die in der Zeit der Ersten Republik entweder großdeutsch oder den Landbund gewählt hatten und nun, soweit sie nicht in der ÖVP aufgegangen sind, auch in Opposition zu den bestehenden Verhältnissen standen.

Alle diese Gruppen, die etwas grob als Masse der Unzufriedenen zusammengefasst werden können, fanden in der gegebenen Parteienstruktur nach dem Krieg, wenn sie – wie die meisten – antiklerikal und antimarxistisch eingestellt waren, nicht die entsprechende (partei)politische Vertretung und waren weitgehend ohne Bindung an eine der traditionellen Lagerparteien. Eine außer in Niederösterreich und dem Burgenland in ganz Österreich vom österreichischen Meinungsforschungsinstitut durchgeführte Umfrage hatte ergeben, dass 53,3 % der Befragten mit dem bestehenden Parteienangebot nicht zufrieden waren und ihre Wünsche und Anliegen daher auch nicht vertreten sahen.<sup>22</sup>

Für die drei bestehenden Parteien entstand in dieser Oppositionsbewegung bald ein nicht unbeträchtliches Wählerreservoir, das es in der Folge – ideologischen Bedenken zum Trotz – jeweils für die eigene Seite zu gewinnen galt. Dieses Streben und die Erkenntnis, dass die von der Ausnahmegesetzgebung Betroffenen nicht auf Dauer von ihren Rechten

---

<sup>21</sup> Pfeifer, Österreichs Parteien und Parlament seit 1945 S.445.

<sup>22</sup> B.u.l. 72, 12.9.1947.

ausgeschlossen bleiben konnten, veranlasste schließlich die Regierung mit den Amnestiebestimmungen von 1948<sup>23</sup> die sogenannten "Minderbelasteten" bei den nächsten Wahlen wieder zuzulassen.

### **Weder Partei noch Ideologie: Die Gründung des Verbandes der Unabhängigen**

Als zweifellos wichtigste Gruppierung unter den potentiellen vierten Parteien, die sich dem Wahlkampf 1949 stellten, erwies sich der Verband der Unabhängigen (VdU), dessen Tätigkeit durch die Artikelserien und Reden der Protagonisten Kraus und Reimann propagandistisch vorbereitet wurde. Herbert Kraus kündigte schließlich am 4. Februar 1949 in einer Pressekonferenz die Gründung des VdU an. "Dieser Verband sei nach Kraus das, was in der Bevölkerung die Vierte Partei heiße: Er dürfte jedoch keineswegs im herkömmlichen Sinne als Partei angesehen werden, da er keine parteiideologischen Bindungen habe und in seiner künftigen Arbeit den Zwangsmitteln der Partei und der Klubdisziplin soweit als möglich ausweichen wolle,"<sup>24</sup> kommentierte die amtliche Wiener Zeitung.

Auch wenn die neue Partei keiner bestimmten Ideologie verpflichtet sein wollte, so sollte sie weltanschaulich der Wiederherstellung der bürgerlichen Gleichheit in Österreich dienen. In einer Unterredung mit Vizekanzler Schärf betonten Reimann und Kraus, dass es "ihre Absicht sei [...], eine freiheitliche bürgerliche Partei zu gründen, die nach ihrer Auffassung zwischen der Volkspartei und den Sozialisten stehen könne, und die – sozial eingestellt – im bürgerlichen Bereich ein Gegengewicht gegen die klerikalen und reaktionären Tendenzen in der Volkspartei sein sollte."<sup>25</sup>

Drei Wochen später erschien bereits die erste Nummer der "Neuen Front", des publizistischen Organs des VdU. Am 26.3.1949 fand dann die konstituierende Generalversammlung statt, in der wegen des Parteienverbots der Alliierten die neue Gruppierung als Verein angemeldet wurde. Wahlwerbend trat der Verband aus verfassungsrechtlichen Gründen auf Anraten des Juristen Pfeifer unter der Bezeichnung "Wahlpartei der Unabhängigen"(WdU) auf.<sup>26</sup> (An dieser Stelle sei parenthetisch angemerkt, dass auch noch

<sup>23</sup> Bundesverfassungsgesetz vom 21. April 1948 über die vorzeitige Beendigung der im Nationalsozialistengesetz vorgesehenen Sühnefolgen für minderbelastete Personen BGBl. Nr.99 v. 5.6.1948 siehe dazu Stiefel, Entnazifizierung S.300f.

<sup>24</sup> WZ, 4.2.1949.

<sup>25</sup> Adolf Schärf, Österreichs Erneuerung 1945-1955. Das erste Jahrzehnt der Zweiten Republik (Wien 1955) S.242.

<sup>26</sup> "Auf meinen Rat trat der Verband der Unabhängigen nicht unter diesem Namen wahlwerbend auf, sondern die Wahlvorschläge wurden in den einzelnen Wahlkreisen von der "Wahlpartei der Unabhängigen" (WdU) eingebracht, da eine "Wahlpartei" von unabhängigen Wahlwerbern nach der vom Alliierten Rat genehmigten Wahlordnung auf jeden Fall zulässig war und als solche keinesfalls der Genehmigung oder Zulassung des Alliierten Rates bedurfte. Um eine solche Genehmigung hat daher weder der die Wahlpartei unterstützende VdU noch die Wahlpartei selbst angesucht."  
Pfeifer, Österreichs Parteien und Parlament seit 1945 S.445.

die FPÖ bis zur Beschlussfassung des Parteiengesetzes von 1975 als Verein konstituiert blieb).

In einer eigenen Umfrage des von Herbert Kraus gegründeten Österreichischen Forschungsinstituts für Wirtschaft und Politik wünschten 49 % der Befragten die Gründung einer neuen Partei, wobei nach der Parteienpräferenz gefragt, 71,5 % der bisher nicht Wahlberechtigten eine Parteinuugründung befürworteten. Auf die Frage nach dem ideologischen Profil traten 54,5 % für eine Partei der Mitte ein, während 31,5 % die Bildung einer Rechtspartei und nur 4,9 % die einer Linkspartei wünschten.<sup>27</sup> Als wichtigstes Potential und prägend für das Bild einer neuen Partei erwiesen sich die Heimkehrer, von denen sich 67,6 % der Befragten für die Gründung einer neuen Partei und davon wieder 46,7 % für eine ideologisch rechts positionierte Partei aussprachen.<sup>28</sup> Die Ablehnung des Nationalsozialistengesetzes von 1947, das von Kraus als „hochgefährliches Dokument und Wahnsinnsgesetz“<sup>29</sup> und von Reimann gar als "das grausamste Gesetz nach den Nürnberger Rassegesetzen des Dritten Reiches"<sup>30</sup> bezeichnet wurde, bildete dabei vor allen anderen Überlegungen die einigende Kraft. "Die Peinigungen des Nationalsozialistengesetzes waren so raffiniert und so böse, daß sie die Betroffenen zum größten Teil noch nicht vergessen haben und über alle privaten Parteinigungen hinweg zu einer grundsätzlich oppositionellen Gemeinschaft zusammengeschweißt worden sind."<sup>31</sup> Die "Beschränkung der ganzen Entnazifizierung", die "Wiederherstellung eines geordneten Rechtswesens" und ein "Programm zur Eingliederung der Volksdeutschen" waren dann auch wichtige Forderungen in einem ersten 12-Punkte Programmvorschlagn.<sup>32</sup>

Abgesehen von der ganzen Entnazifizierungsproblematik verstand sich die neue Gruppierung auch als Oppositionskraft, die eine generelle Alternative zur Politik der beiden Großparteien darstellen sollte. Das angestaute Protestpotential sollte dabei in Form einer liberalen dritten Kraft zum Kampf gegen das von den Großparteien geschaffene Proporzsystem („Demokraturn“<sup>33</sup>) eingesetzt werden.

Als äußeres Zeichen zur Unterstützung des Anspruchs gegen die Allmacht der Parteien aufzutreten, wurde der Begriff der Partei bewusst vermieden, um Unabhängigkeit und Überparteilichkeit zu signalisieren. Dazu kommt, dass das Wort unabhängig wohl auch nicht ganz ohne taktisches Kalkül eingesetzt wurde, ist es doch – wie Kraus selbst später

---

<sup>27</sup> B.u.l. 72, 12.9.1947; B.u.l. 73, 19.9.1947.

<sup>28</sup> ebd.

<sup>29</sup> B.u.l. 43, 21.2.1947.

<sup>30</sup> Reimann, Dritte Kraft S.107.

<sup>31</sup> B.u.l 135, 26.11.1948.

<sup>32</sup> ebd.

<sup>33</sup> Riedlsperger, Lingering Shadows S.27.

zugestand – "damals ein so wirkungsvoller Begriff gewesen, daß wir ohne diesen Begriff nie so viele Stimmen bekommen hätten."<sup>34</sup>

Als bewusste Antipartei präsentierte sich der VdU als auf keine bestimmten ideologischen Grundlagen beruhende Sammelbewegung "im Zeichen der politischen Erneuerung und des Kampfes gegen Ungerechtigkeit und Ungleichheit",<sup>35</sup> wobei dieser Kampf freilich in erster Linie den Entnazifizierungsgesetzen und dessen Folgewirkungen galt.

Ideologisch stand also die Gründung des VdU noch nicht im Zeichen der Anbindung an die Traditionen des dritten Lagers. Dafür war auch die Ausgangssituation äußerst ungünstig: Der Nationalismus als Idee war durch den Nationalsozialismus völlig diskreditiert und ad absurdum geführt worden, und der Liberalismus war keine parteibildende Kraft, zumal beide Großparteien durchaus mit Erfolg versuchten, liberal eingestellte Menschen an ihr Lager zu binden.

Auch wenn es der VdU ursprünglich bewusst vermied, eine Partei des dritten Lagers oder überhaupt eine Partei zu sein und stattdessen "etwas völlig Neues sein [wollte]",<sup>36</sup> so wurde "der VdU doch von den Traditionen eingeholt, von denen er sich bei seiner Gründung glaubte lossagen zu können."<sup>37</sup> Die bald auftretenden internen ideologischen Spannungen überholten jedoch die naiven und unrealistischen Vorstellungen von einer weitgehend entideologisierten und nach rationalen Gesichtspunkten ausgerichteten Politik und prägten in der Folge das Bild des VdU. Die kommenden Auseinandersetzungen wurden als für das dritte Lager typische geistige Richtungskämpfe geführt, die zunehmend mit den ideologischen Begriffen liberal und national geführt wurden, die während der idealistischen Gründungsphase "weder expressis verbis verwendet, noch für die Definition weltanschaulicher Positionen reklamiert"<sup>38</sup> wurden.

---

<sup>34</sup> Herbert A. Kraus, Österreich zwischen 1945 und 1955 (=Schriftenreihe des freiheitlichen Bildungswerkes. Politische Akademie der FPÖ Heft 2, Wien o.J.) S.12.

<sup>35</sup> Reimann, Dritte Kraft S.17.

<sup>36</sup> Kurt Piringer, Der Sonderfall VdU. Eine vergebene Chance. In: freie Argumente 2 (1989) S.28.  
"Was uns angetrieben hatte, war keineswegs die Wiederbelebung eines historischen ‚Dritten Lagers‘ [...] Wir wollten ein großes, allgemeines Umdenken herbeiführen: Die bisherige Ausrichtung auf gegenseitiges Verteufeln, Einsperren und Umbringen sollte abgelöst werden von der Idee der Versöhnung."  
Herbert A. Kraus, Das geistige Erbe des VdU. Moralische Erneuerung und Europa. In: freie Argumente 2 (1989) S.22.

<sup>37</sup> Piringer, FA 2 (1989) S.31.

<sup>38</sup> Piringer, FA 2 (1989) S.28.

Trotz der idealistischen Konzeption von Herbert Kraus sprachen aber die personelle Zusammensetzung<sup>39</sup> und diverse inhaltliche Erklärungen für die Annahme, der VdU sei der Versuch gewesen das national-freiheitliche, sogenannte dritte Lager zu rekonstruieren, was auch nachträglich, mit der Absicht eine Situation der historischen Kontinuität zu schaffen, von der FPÖ selbst bestätigt wurde.<sup>40</sup>

Herbert Kraus, in der Selbsteinschätzung ein Liberaler,<sup>41</sup> hatte zum Ziel gehabt, mit seinem maßgeschneiderten "Programm zum Sinneswandel"<sup>42</sup> die Masse der ehemaligen Nationalsozialisten, die nach seiner Diktion zu Bürgern zweiter Ordnung degradiert waren, wieder als verantwortungsbewusste Mitglieder ins reguläre politische Leben zu integrieren. "Das Programm war keine neue Heilslehre, sondern der Rahmen für eine solide politische Ethik - für eine ‚Haltung‘, die dem nüchternen Geist und der Skepsis der Kriegsgeneration entsprach."<sup>43</sup> Das politische Ziel von Herbert Kraus war es nicht bewusst an die historischen Traditionen des dritten Lagers anzuknüpfen, sondern – wie er selbst schreibt – "eine Brücke zu schlagen, zwischen der nationalen Denkungsart und unserem erneuerungsdurstigen Nachkriegsliberalismus."<sup>44</sup>

Doch Kraus war nicht der geeignete Mann, um dieses Konzept glaubhaft vermitteln zu können, da er nicht dieselbe einschlägige NS-Vergangenheit aufzuweisen hatte wie all die "Ehemaligen", die er ins liberale Lager überführen wollte. Fritz Stüber, sein ideologischer Kontrahent, charakterisierte ihn folgendermaßen: "Dr. Kraus war der allerletzte, der für die nationalsozialistische Weltanschauung und Zielsetzung besondere Sympathien empfand, er war, nach Herkunft und Erziehung überhaupt kein ‚völkischer‘ Mensch, er stand dem nationalen Lager immer mit innerem Misstrauen gegenüber [...], in politischer Hinsicht nach der herkömmlichen Klassifizierung am ehesten als Liberaler anzusprechen, mit einem monarchistischen Akzent, [...] österreichischer Patriotismus gehörte zu seiner Familien-

<sup>39</sup> "Innerhalb der VdU-Führung war es besonders durch den ehemaligen Landbündler und Vizekanzler a.D. Karl Hartleb möglich, an die politischen Erfahrungen freiheitlicher Gruppen der Ersten Republik anzuknüpfen." Kurt Piringer, 25 Jahre Dritte Kraft. In: freie Argumente 2 (1974) S.42.

Weiters befanden sich mit Pfeifer, Stüber, Neuwirth und Neumann Personen mit eindeutiger politischer Vergangenheit in der Führungsgarnitur des Verbandes, siehe auch profil 12, 4.4.1974 S.24-32.

<sup>40</sup> "Ausgangspunkt und Ideologie dieser vierten Partei sollten sich im Rahmen des traditionellen Dritten Lagers bewegen und vor allem die idealistische Phase des Liberalismus wiederbeleben." Kroupa, Der Freiheitliche Beitrag zur Geschichte Österreichs S.25.

<sup>41</sup> "Ich bin nur ein sehr maßvoller Nationaler, ich bin ein Liberaler." Kraus, Österreich zwischen 1945 und 1955 S.26. Er wurde auch als Galionsfigur des Liberalismus in der dritten Kraft der 2. Republik bezeichnet.

<sup>42</sup> Für eine Kategorie von "Ehemaligen" verfasste Kraus jenen "Katalog des Umdenkens", der entwickelt aus alten NS-Idealen auch als "Programm für Liberale aller Schattierungen akzeptabel" sein sollte. Siehe Kraus, Untragbare Objektivität S.190ff.

<sup>43</sup> Kraus, Untragbare Objektivität S.191.

<sup>44</sup> Kraus, Untragbare Objektivität S.274.

tradition."<sup>45</sup> Hierin liegt auch die wesentliche innere Ursache für das Scheitern der Kraus'schen Konzeption begründet. Friedrich Peter, der langjährige Obmann der FPÖ, war mit dem gleichen Anspruch wie Kraus angetreten, sollte dafür aber die besseren Voraussetzungen mitbringen, wie dieser in einem Gespräch mit Kraus bekannte: "es war wohl ihr politisches Ziel, die ehemaligen Nationalsozialisten ins liberale Lager zu führen. Sie mußten scheitern, denn sie sind kein ehemaliger Nationalsozialist. Mir als ehemaligen SS-Mann wird das jedoch wesentlich leichter gelingen als ihnen."<sup>46</sup> Ähnlich äußerte sich auch Helfried Pfeifer, der die schwerwiegenden inneren Spannungen, die schließlich zum Zusammenbruch des VdU führten, darauf zurückführte, "daß die Gründer des VdU und ihr engerer Anhang in der Bundesführung nicht aus dem nationalen Lager stammten, die Landesobmänner im allgemeinen aber schon."<sup>47</sup>

Wie ein Blick auf die personelle Zusammensetzung der VdU-Führung zeigt, repräsentierte Kraus einen Minderheitentypus, der auch bald mit seinen Ideen in Widerspruch zu den übrigen mehrheitlich national gesinnten Mitgliedern des Verbandes, die diesen viel stärker als Basis für eine Renaissance des nationalen Lagers sehen wollten, geriet. Bei einer derartigen Konstellation schienen die internen Auseinandersetzungen um geistige Grundsatz- und politische Machtpositionen vorprogrammiert zu sein. "So standen sich denn von allem Anfang an im VdU zwei Richtungen gegenüber, zwischen denen eine Entscheidung fallen mußte."<sup>48</sup> Und wie Kraus später dazu bemerkte, handelte es sich dabei um "keine Streitereien", sondern um "echte geistige Kämpfe mit den dazugehörigen Machtansprüchen."<sup>49</sup> Fritz Stüber, der wortgewaltige Sprecher des nationalen Flügels (wegen seiner verbalen Ausbrüche im Parlament nannte man ihn auch Heil Hitler Stüber) forderte durchaus im Einklang mit der Programmatik des VdU neben seiner deklarierten Funktion als Interessenspartei der Registrierten und als politische Oppositionsmacht gegen die Großparteien: "Schluß mit der Parteiprotektion, Schluß mit dem Proporz- und Pfründewesen, Schluß mit der Verfolgung ehemaliger Nationalsozialisten, Schluß mit der Korruption, dem Amtsmissbrauch, der unwürdigen Liebedienerei vor den Besatzungsmächten, Schluß mit der Verunglimpfung des deutschen Volkes!" Darüberhinaus mußte eben auch wieder viel stärker die deutschnationale Komponente berücksichtigt werden: "Wir bekennen uns zu unserem angestammten deutschen Volkstum, zu unserer deutschen Art und Vätersitte, zur deutschen Aufgabe und zum deutschen

---

<sup>45</sup> Stüber, Abgeordneter S.53f.

<sup>46</sup> Kraus, Österreich zwischen 1945 und 1955 S.28.

<sup>47</sup> Pfeifer, Österreichs Parteien und Parlament seit 1945 S.447.

<sup>48</sup> Stüber, Abgeordneter S.242f.

<sup>49</sup> B.u.l. 12 (1980).



Charakter Österreichs."<sup>50</sup> Dagegen habe Kraus, so Stüber, "bei der Gründung eine liberale Partei im Auge [gehabt], in der zwar wohl auch nationalbewußte Menschen ihren Platz hatten, vor allem als Wähler willkommen waren, die aber doch nach seinem Grundkonzept die Idee eines ‚modernen Liberalismus‘, verbunden mit einem etwas konservativen Gepräge noch aus der Zeit der alten österreichisch-ungarischen Monarchie, verwirklichen sollte."<sup>51</sup>

Diese ideologischen Gegensätze waren also bereits bei der Gründung des Verbandes vorhanden und dabei ein so mächtiger Desintegrationsfaktor, dass für eingeweihte Beobachter der Niedergang und Zerfall der neuen politischen Kraft nur mehr eine Frage der Zeit war.

In den ersten Jahren seiner Existenz, als der VdU etwa bei den Nationalratswahlen 1949 (die WdU konnte mit rund 489.000 Stimmen 11,7 % aller Stimmen auf sich vereinigen und zog auf Anhieb mit gleich 16 Mandaten in den Nationalrat ein) und bei den Arbeiterkammerwahlen (er erreichte überragende 117 Mandate und wurde damit noch vor der Arbeiter- und Angestelltenvertretung der ÖVP zur zweitstärksten Fraktion bei den Angestellten) sowie bei den Betriebsratswahlen in der Verstaatlichten Industrie, in der VOEST oder in den Kapruner Kraftwerken, wo viele Ehemalige beschäftigt wurden, beachtliche Wahlerfolge auf Kosten der beiden Großparteien erzielen konnte, konnten die schwelenden inneren Spannungen zugunsten des politischen Erfolges noch hintangehalten werden und Herbert Kraus seine Position als dominierende Persönlichkeit innerhalb des Verbandes behaupten.

Auch wenn Herbert Kraus, wie bereits mehrfach angedeutet, nicht mit dem Anspruch aufgetreten ist, eine ideologische Weltanschauungspartei zu gründen und demnach auch keine offizielle Parteiprogrammatik im Sinn der Konkretisierung fester weltanschaulicher Grundpositionen präsentieren wollte, mussten doch, allein um schon für die bevorstehende Nationalratswahl ein erkennbares Profil und konkrete inhaltliche Vorstellungen aufzuweisen, programmatische Leitlinien ausgearbeitet werden.

### **„Recht, Sauberkeit, Leistung“ – Verbandsprogramm und soziales Manifest**

Im ersten bereits kurz nach seiner Konstituierung im Juli 1949 beschlossenen Verbandsprogramm,<sup>52</sup> das unter dem Motto "Recht, Sauberkeit, Leistung" stand, wurden erste allgemeine Vorstellungen zu politischen Themen veröffentlicht, wobei der Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik im Vordergrund stand. "Das Programm sollte vielmehr durch Zu-

<sup>50</sup> Stüber, Abgeordneter S.78.

<sup>51</sup> Stüber, Abgeordneter S.241f.

<sup>52</sup> Am 22.Juli 1949 wurde das Programm des VdU unter Teilnahme der Delegierten sämtlicher Bundesländer vom Vorstand des Verbandes beschlossen, "um damit allen politisch unabhängigen Kräften Österreichs Richtlinien für die Erreichung des gemeinsamen Zieles zu geben: einen freien und unabhängigen demokratischen Rechtsstaat wiederherzustellen, der auf der Grundlage einer gesunden Wirtschaft und eines allgemeinen Wohlstandes seine Kulturaufgaben erfüllt." (NF, 30.7.1949).

sammenarbeit möglichst weiter Kreise erstellt werden, lediglich Grundthesen zu den wichtigsten Hauptfragen aufstellen, um den Geist des Verbandes zu zeigen."<sup>53</sup> Dieser erste Grundlagenkatalog war ob seiner im Stil eines Wahlprogramms nur kurz gehaltenen Thesen auch nicht dazu geeignet vom VdU von einer Programmpartei zu sprechen.

Die Ablehnung der Verstaatlichten Industrie, ein Bekenntnis zum individuellen Leistungsprinzip und zu einer leistungsorientierten Sozialpolitik bestimmten die Aussagen auf wirtschafts- und sozialpolitischer Ebene, wobei kein grundsätzlicher Widerspruch zu entsprechenden Konzeptionen der ÖVP festgestellt werden kann.

Gesellschaftspolitisch vertrat der VdU mit der prinzipiellen Ablehnung des Klassenkampfes und der weitgehenden Zusammenarbeit von Unternehmern und Arbeitnehmerschaft eine harmonisierende Auffassung, ohne dabei jedoch näher auf diese Problematik einzugehen. "Gesellschaftliche Analysen, die über die Betrachtung von Oberflächenerscheinungen hinausreichten fanden sich nicht."<sup>54</sup>

Der Kampf gegen die Reste der Nationalsozialistengesetze und ein ausdrückliches Bekenntnis zum deutschen Volkstum bildeten inhaltlich die nationale Komponente dieses Programms, wobei verstärkt durch den nationalsozialistischen Jargon durchaus an großdeutsche Gefühle appelliert wurde. "Das explizite Bekenntnis zum deutschen Volkstum und das Eintreten für die Schaffung eines vereinten Europa auf der Basis der Volkssouveränität ließ für die deutschnationalen Anhänger der Partei den Traum vom Großdeutschen Reich verschleiert wieder auferstehen."<sup>55</sup> Der Begriff Nation wurde in der Tradition des dritten Lagers ethnosoziologisch, das heißt das Volk wird durch eine gemeinsame ethnische Herkunft und Sprache mit Nation gleichgesetzt, verwendet und nicht etwa als staatliches Prinzip. Die daraus abgeleitete Auffassung von der Zugehörigkeit der Österreicher zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft und die sich konsequenterweise daraus ergebende Leugnung der Existenz einer eigenständigen österreichischen Nation bildete, wenn auch in diesem Programm im Interesse eines Kompromisses zwischen den Nationalsozialisten und den am Deutschnationalismus weniger interessierten Liberalen zunächst noch nicht so offen deklariert, nach wie vor einen festen Bestandteil der Ideologie des dritten Lagers. Dennoch blieben die eindeutig als national zu klassifizierenden Aussagen eher im Hintergrund, sie dienten vielmehr dazu den national Gesinnten zusätzlich Identifikationsmöglichkeiten anzubieten, stattdessen wurden verstärkt liberale, insbesondere sozialliberale Positionen vertreten.

---

<sup>53</sup> Müller-Klingspor, Neubegründung S.158.

<sup>54</sup> Bernhard Perchinig, National oder liberal: Die Freiheitliche Partei Österreichs. In: Zwischen Koalition und Konkurrenz. Österreichs Parteien seit 1945, hrsg. Peter Gerlich – Wolfgang C. Müller (Wien 1983) S.75.

<sup>55</sup> ebd.

Die Ablehnung des Parteienproporz und der Protektion als allgemeingültige Grundsätze sowie ein Großteil der Punkte im sozialpolitischen Bereich betonten die liberale und sozialreformerische Komponente des Programms. Das Eintreten für die Bedürfnisse der sozialen Marktwirtschaft und für die Privatwirtschaft gegen die Einrichtung der Verstaatlichten Industrie – wie auch aus den Protokollen der Parlamentsitzungen zu ersehen ist – kennzeichneten die Position des VdU im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich. Das im Jahr darauf im wesentlichen von Viktor Reimann und Thomas Neuwirth, einem erfahrenen Sozialpolitiker, er war von 1934 bis 1937 Sekretär der Einheitsgewerkschaft, verfasste "Soziale Manifest"<sup>56</sup> verstärkte das Engagement des VdU auf sozialpolitischem Bereich. Dort, nämlich unter der Arbeiterschaft in den Betrieben der Verstaatlichten und in den Kapruner Werken, wo er bei Wahlen so erfolgreich abgeschnitten hatte, hatte der VdU besondere Rücksichten zu nehmen, wollte er dieses gewonnene Potential nicht wieder verlieren. Obgleich sozialistischen Grundsätzen durchwegs ablehnend gegenüberstehend, versuchte der VdU unter der Parole "Nicht Klassenkampf, sondern Schicksalsgemeinschaft des ganzen Volkes" seine eigene Variante von Sozialismus zu entwerfen. "Der VdU ist die Rebellion gegen das soziale Unrecht. Er ist eine Erneuerungsbewegung, die von der Kraft der Jugend, von dem Erleben und Wollen der Kriegsgeneration getragen ist. S e i n Sozialismus ist deshalb das Bekenntnis zur Gemeinschaft aller einzelnen und aller Berufsstände" Die Tatsache, dass es aber über diese Fragen kaum schwerwiegendere Meinungsverschiedenheiten gab, deutet darauf hin, dass diese Themen unter den Anhängern des VdU nur wenig Interesse fanden.

"Man kann das erste VdU-Programm von seinem Inhalt her als ein liberales (eher gemäßigt liberales) Programm mit einer sozialreformerischen Komponente bezeichnen, das als Besonderheit auch einen deutschnationalen Akzent hatte, was sich aus der Tradition des Dritten Lagers heraus erklärt."<sup>57</sup> Trotz des deutlich feststellbaren deutschnationalen Bezugs kann die frühe Programmatik des VdU aufgrund ihrer sozialpolitischen Aussagen als "schwerpunktmäßig liberal" (Kadan) bezeichnet werden, was ihr somit auch von Kritikern und dieser politischen Tradition fernstehenden Beobachtern bescheinigt wird. Dieser (Wirtschafts- und Sozial) „Liberalismus und der hohe Anteil an allgemein anerkannten Grundsätzen soll(te) offenbar das Nationale Potential in ein Liberales und mit dem neuen Staatswesen zu Vereinbarendes transformieren."<sup>58</sup>

Wie schwierig es ist eine eindeutige ideologische Charakterisierung des VdU in seiner Anfangsphase vorzunehmen, beweisen die diesbezüglichen Aussagen Erich Reiters, eines

---

<sup>56</sup> Das Soziale Manifest des VdU, 20.7.1950, abgedruckt in Reiter, Programm S.251.

<sup>57</sup> Reiter, Programm S.68.

<sup>58</sup> Kurt Sattlegger, Der Erfolg der Haider FPÖ und die Defizite des österreichischen Parteiensystems (Wien 1992) S.63.

der profiliertesten programmatischen Denkers der FPÖ, der in seinem grundlegenden Buch über die Programmentwicklung der FPÖ zur frühen Programmatik des VdU feststellt: "Die Kombinationen gingen von ‚konservativ und prononciert-national‘ und von stark sozialpolitisch ausgerichtet und prononciert national [...] Ebenso kombinierte das liberale Element im VdU entweder mit gemäßigt (romantisch)-nationalen Vorstellungen, bisweilen war er auch ohne Bezug zu nationalen Vorstellungen." und weiter "die 'klareren' Weltanschauungen konservativ oder eher sozialistisch ausgerichteter kompromißloserer Nationaler standen bald im offenen Gegensatz zu den 'vorsichtigen' Auffassungen liberaler orientierter 'Auch-Nationaler' oder 'Nur-Liberaler'."<sup>59</sup> Gerade diese letzte Feststellung eines profunden Kenners der Ideologie des dritten Lagers verdeutlicht sowohl die ideologische Zerrissenheit als auch die Problematik um klare ideologische Begrifflichkeiten innerhalb der Partei recht anschaulich.

Der Erfolg bei den Nationalratswahlen von 1949 ermöglichte es dem VdU gleich mit 16 Abgeordneten in den Nationalrat einzuziehen, wo sie bezeichnenderweise trotz aller Bestrebungen der Parteiführung hin zur politischen Mitte die Plätze rechts außen zugewiesen bekamen, eine Sitzordnung, die aber durchaus dem Selbstverständnis der Nationalen entsprach und diesen auch ganz recht war, denn "damit [wurde] sozusagen dokumentiert, daß wir 'Extremisten', 'Neonazi' oder 'Faschisten' seien [...] ich fand es daher durchaus in Ordnung, daß wir uns auch symbolisch dort befanden, wo einst die Alldeutschen im alten Reichsrat ihren Platz gehabt hatten."<sup>60</sup>

Auch wenn dieser Punkt auf den ersten Blick nebensächlich erscheint, ist er für das Selbstverständnis einer Partei von nicht unwesentlicher Bedeutung, wird doch dadurch die ideologische Positionierung – in diesem Fall am rechten Rand des politischen Spektrums – auch äußerlich sichtbar.

Der Schwerpunkt der Parlamentsarbeit galt dann auch in erster Linie der Besserstellung der ehemaligen Nationalsozialisten, wobei Wehrmachtsnostalgie und Vergangenheitschwärmerei weitgehend Ton und Inhalt bestimmten, nationalsozialistische Verbrechen relativiert und verharmlost wurden, indem etwa die Zeit der Besatzung durch die alliierten Mächte vielfach mit der nationalsozialistischen Terrorherrschaft verglichen und gleichgesetzt wurde.

Doch bereits in dieser Anfangsphase der neuen politischen Kraft begannen sich die innerparteilichen Schwierigkeiten aufgrund unterschiedlicher ideologischer Positionen verhängnisvoll auf den Weiterbestand der Partei auszuwirken. Interne Querelen um einzelne Abgeordnete in den Reihen des VdU,<sup>61</sup> sowie der Ausschluss des Generalsekretärs und

---

<sup>59</sup> Reiter, Programm S.4f.

<sup>60</sup> Stüber, Abgeordneter S.126.

<sup>61</sup> AZ, 9.3.1950.

Eichenlaubträgers Gordon Gollob, der anlässlich einer Sonnwendfeier der VdU-Jugend Graz allzu offen nazistische Töne angeschlagen hatte, was in der Folge zur Auflösung des steirischen Landesverbandes des VdU führte, waren offenkundiger Ausdruck für den internen Zersetzungsprozess des VdU.

Doch der rasche Niedergang des VdU war nicht allein auf interne Spannungen infolge ideologischer Differenzen zurückzuführen, auch wenn diese letztlich den entscheidenden Ausschlag gaben; durch den Wiederaufbau und den raschen Konjunkturaufschwung einerseits und den Abschluss des Staatsvertrages, der dem Land die Unabhängigkeit brachte, andererseits,<sup>62</sup> das Verdienst um den Staatsvertrag wurde ausschließlich (und wohl auch zu Recht) den Großparteien zugesprochen, hatten sich um die Mitte der 1950er Jahre die wirtschaftlichen wie politischen Rahmenbedingungen in Österreich zuungunsten einer sich als unpolitisch gebenden reinen Protestpartei, die keine attraktiven Perspektiven anzubieten hatte, geändert. Der VdU war nach den Worten Erwin Hirschalls, eines Mitbegründers der FPÖ, vor allem auch daran gescheitert, in dieser allgemeinen Konsolidierungsphase "den Übergang von einer emotionell getragenen Protestbewegung zu einer gestaltenden politischen Kraft mit einer klaren programmatischen Zielsetzung zu finden, was sich immer stärker auch in unüberbrückbaren persönlichen Gegensätzen ausgedrückt hat."<sup>63</sup>

Für den späteren Generalsekretär der Ära Götz und nachmaligen Verteidigungsminister Helmut Krünes hätten eben "Freiheitliche Grundsätze [...] in einer Zeit, wo's jedem jeden Tag besser gegangen is, kein Echo gefunden."<sup>64</sup> Mit dem Staatsvertrag wurde die Verbreitung deutschnationaler Propaganda unpopulär und noch weniger aktuell, auch wenn durch den Abzug der Besatzungsmächte ein freieres Klima herrschte und dadurch den Nationalen ungehemmtere und ungestörtere Möglichkeiten der Agitation verschafft wurden.

Außerdem war mit der weitgehenden Aufhebung der einschränkenden Bestimmungen der NS-Gesetzgebung der wesentliche integrative Faktor für den Zusammenhalt des VdU weggefallen. Dazu kam, dass die meisten der Ehemaligen erfolgreich von den Großparteien und deren zahlreichen Vorfeldorganisationen umworben und bald wieder in das wirtschaftliche und politische Alltagsleben integriert werden konnten. "Indem die Volkspartei ihre sozialreformerisch-christlichsoziale Tradition ebenso zurückstellte wie die Sozialistische Partei ihre marxistische Überlieferung, warben beide mit Erfolg um die 'Liberalen' und 'Nationalen' des ehemaligen nationalliberalen Lagers."<sup>65</sup>

---

<sup>62</sup> "Der Nationalismus war gegenüber dem Patriotismus chancenlos"  
Reimann, Dritte Kraft S.279.

<sup>63</sup> Hirschall, 30 Jahre FPÖ S.6.

<sup>64</sup> Helmut Krünes, zit. nach Christa Eckert-Andreas Mailath, „I bin Österreicher und sprech' deutsch!“ Die FPÖ auf dem Weg (zurück) zum Liberalismus? In: Die Republik 1 (1979) S.49f.

<sup>65</sup> Adam Wandruszka, Österreichs politische Struktur S.420f.

Neben diesen äußeren Umständen, die in den historischen Darstellungen der FPÖ mit Nachdruck betont werden, erwies sich – wie bereits erwähnt – der ideologische Gegensatz zwischen den liberalen Sozialreformern und den am Liberalismus desinteressierten Nationalisten, die verstärkt in den Landesorganisationen vertreten waren, als unüberbrückbar.

Ein Kompromiss, wie er noch auf programmatischer Ebene zustande gekommen war, war – zumal in einer für die junge Republik wichtigen Stabilisierungsphase – für die politische Praxis nicht zu erreichen. "Der programmatische Kompromiß zwischen reaktionären Nationalsozialisten, Liberalen und Sozialreformern, übertüncht durch prononciertes Eintreten für die Registrierten konnte in einer Situation beginnender wirtschaftlicher Prosperität keine adäquate Politik produzieren [...]"<sup>66</sup>

Die Streitereien um interne Machtpositionen und das Fehlen einer klaren ideologischen Linie, was in der Öffentlichkeit den Eindruck einer heillos zerstrittenen Partei hinterließ, führten den Verband noch mehr in die Isolation und brachte schließlich ein immer deutlicheres Übergewicht der nationalen Kräfte mit sich.

Durch die in der ersten Hälfte der 1950er Jahre betriebene Wiederbegründung zahlreicher deutschnationaler Traditionsverbände und Schutzvereine (österreichischer Alpenverein, österreichischer Turnerbund, freiheitliche Studenten- und Jugendverbände sowie mehrere Frontkämpferorganisationen), die schon immer die soziale Basis für das dritte Lager gebildet hatten, konnte das Selbstbewusstsein der Nationalen in Österreich wesentlich verstärkt werden, was zusätzlich dem nationalen Flügel innerhalb des VdU Auftrieb verschaffte. "Man glaubte wieder an ein Weiterleben des nationalen Lagers. Deshalb wollten sich die Nationalen auch nicht mehr mit einer Partei zufriedengeben, die zwar auch nationale Grundsätze in ihrem Programm hat, die aber durch einen Teil ihrer Führungsschicht ein zu liberales, anti-nationales Image aufwies."<sup>67</sup>

So wurde der VdU immer mehr zum Instrument der Nationalen, die nun ihre Stunde für gekommen sahen. Durch diese Entwicklung wurden die Liberalen um Herbert Kraus, die den Nationalismus lediglich duldeten und ihn nicht als vorherrschendes Prinzip sehen wollten, immer mehr in den Hintergrund gedrängt. Kraus und Reimann begannen in dieser Phase auch bald ihre Platzhalterfunktion als liberale Aushängeschilder für die Öffentlichkeit zu verlieren.

Dass der VdU durch die zunehmende interne Radikalisierung und innenpolitische Isolierung keine guten Chancen auf die Prolongierung seiner frühen Wahlerfolge hatte, zeigte das Jahr 1953, als bei den Nationalratswahlen der Verlust von zwei Mandaten hinge-

---

<sup>66</sup> Perchinig, National oder liberal S.75.

<sup>67</sup> Stäuber, VdU und FPÖ S.138.

nommen werden musste. Die fehlende Geschlossenheit und das andauernde Ringen um eine einheitliche politische Linie hatten sich (in der Öffentlichkeit) eindeutig negativ ausgewirkt. Wie weit der VdU zu diesem Zeitpunkt bereits zu einem ideologischen "Unsicherheitsfaktor" geworden war, zeigte das Verhalten des Bundespräsidenten Körner, der im Rahmen der darauffolgenden Koalitionsverhandlungen eine Zusammenarbeit mit dem VdU aus "demokratiepolitischen Gründen"<sup>68</sup> strikt ablehnte.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass erst Bundespräsident Kirchschräger im Jahr 1981 anlässlich der 25-Jahr-Feier der FPÖ ihr ausdrücklich Regierungsfähigkeit attestierte.

### **Im Zeichen des Nationalismus – Das „Ausseer Programm“**

Diese Entwicklung fand dann schließlich auch offiziell seinen programmatische Niederschlag in dem sogenannten "Ausseer Programm" des VdU. "Auf dem in Bad Aussee am 15. und 16. Mai 1954 stattfindenden Bundesverbandstag wurden daher die Ziele des Verbandes erneut festgelegt, wobei die Betonung der nationalen Ziele besonders bemerkenswert ist", schrieb das offizielle Parteiorgan des VdU, die Neue Front.<sup>69</sup>

Dieses Programm, das in der Endphase des VdU formuliert wurde und daher nach Reiter nur eine untergeordnete Rolle für dessen Beurteilung spielt,<sup>70</sup> war für den nach der "Stüber-Affäre"<sup>71</sup> schwer angeschlagenen VdU offensichtlich als Zugeständnis an die Wünsche und Forderungen der nationalen Mehrheit gedacht, um deren drohende Abspaltung zu verhindern und noch einmal die Einheit des Verbandes zu demonstrieren.

Während noch 1949 durch einen programmatischen Kompromiss die unterschiedlichen Interessen und Ziele der einander gegenüberstehenden Flügel ausgeglichen werden konnten, so war es nun nicht mehr möglich, durch einen solchen Ausgleich die auseinanderstrebenden Kräfte zu bändigen und damit den Niedergang des Verbandes aufzuhalten. "Das erstrebte Ziel, Liberale und Nationale durch dieses Programm ideologisch zu erfassen, war nicht erfolgreich, und es sollte sich in der Folge zeigen, daß ein solcher Weg, auf der Basis einer liberalen Ideologie starke nationalistische Akzentuierungen zu setzen, in der

<sup>68</sup> Körner hatte erklärt, "daß bloße Erklärungen und Versprechungen eines einzelnen wie einer Partei nicht ausreichen, um sie aus einer negativ kritisierenden über Nacht zu einer staatsbejahenden zu machen." (WZ, 28.3.1953).

<sup>69</sup> NF, 22.5.1954.

<sup>70</sup> Reiter, Programm S.69.

<sup>71</sup> Fritz Stüber, der betont nationale Obmann der Wiener Landesgruppe des VdU war von der Bundesleitung des VdU ausgeschlossen worden. Ihm wurde die Abspaltung des Wiener Landesverbandes vom VdU und damit die Zerstörung der Einheit des Verbandes vorgeworfen, seine betont nationale Haltung war hingegen kein Anlaß zu offizieller Kritik. Kurz danach wurde auch gleich die gesamte Wiener Landesverbandsleitung aufgelöst. Stüber gründete daraufhin zusammen mit seinem ebenfalls suspendierten Stellvertreter Fritz Ursin die "Freiheitliche Sammlung Österreichs" (FSÖ).  
siehe NF, 24.11.1953 und AZ, 2.2.1954.

FPÖ bzw. im Dritten Lager nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr zur Einbindung des gesamten deutschnationalen Bereiches führen konnte."<sup>72</sup>

Besonders in den Kapiteln I und II des neuen Programms erfuhr der Bereich der nationalen Anliegen eine deutliche Ausweitung: Ein ausdrückliches Bekenntnis zu einer nationalen Politik, "der VdU betreibt nationale Politik, das heißt, er tritt für die Erhaltung und Festigung des deutschen Volkes im österreichischen Raum [...] ein" (II) deren Grundlage "die höchstmögliche Förderung der organisch gewachsenen Gemeinschaften von Familie, Betrieb, Heimat, Staat, Volk und Völkerfamilie" (I) sein müsse und die klare Bestimmung Österreichs als deutscher Staat, dessen Politik "dem gesamten deutschen Volk dienen [müsse] und nie gegen einen anderen deutschen Staat gerichtet sein [dürfe]" (II),<sup>73</sup> sowie altes Großraumdenken und rassistische Vorurteile "nicht nur Wirtschafts- und Wehrpolitik drängen zum Großraum, auch die Erhaltung der europäischen Lebensform vor jeder Überfremdung fordert den gemeinsamen Einsatz aller europa- und nationalbewußten Menschen." (II) bildeten die markantesten Thesen dieses neuen nunmehr eindeutig als national zu klassifizierenden Programms.

Die sozialreformerische Komponente wie sie noch im Programm von 1949 zur Geltung kam, wurde zwar auch im neuen Programm beibehalten, war aber angesichts der Überbetonung nationaler Aussagen deutlich in den Hintergrund getreten und äußerte sich in erster Linie lediglich in wiederholten Bekenntnissen gegen alle Formen des Kollektivismus.

Aufgrund des Ausbaus und der ungeschminkten in nationalsozialistischer Diktion gehaltenen deutschnationalen Forderungen kann dieses letzte Programm des VdU (das bereits die zukünftige ideologische Richtung des dritten Lagers angeben sollte), in Übereinstimmung mit der gängigen wissenschaftlichen Beurteilung als "das im nationalen Sinne ideologisch akzentuierte, unpragmatische [und] der sich mit der Oppositionsrolle abfindenden 'Ghetto'-Partei"<sup>74</sup> charakterisiert werden.

Der VdU hatte sich mit diesem Programm eindeutig von den ursprünglichen Gründungsabsichten entfernt. Er war nun endgültig zum Instrument nationaler Anliegen geworden, wo liberale Gedanken und Absichten keinen Platz mehr hatten. "Der VdU legte bald jede Maske ab und proklamierte nicht nur seine Zugehörigkeit zur 'deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft', sondern auch zur deutschen Nation, leugnete ohne Wimpernzucken die nationale Existenz Österreichs und begann vorerst die Naziverbrechen zu verniedlichen und bald darauf, sie zu glorifizieren."<sup>75</sup>

<sup>72</sup> Reiter, Programm S.69.

<sup>73</sup> diese Feststellung scheint mir besonders bemerkenswert, weil die Politik gegen einen nicht deutschen Staat dann offensichtlich schon gerichtet sein darf?

<sup>74</sup> Friedhelm Frischenschlager, Funktions- und Inhaltswandlungen von Parteiprogrammen am Beispiel der FPÖ-Programme. In: ÖZP (1978) S.211.

<sup>75</sup> Felix Kreissler, Der Österreicher und seine Nation. Ein Lernprozeß mit Hindernissen (Wien/Köln/Graz 1984) S.432.



Mit dieser programmatischen Festlegung als auch im Hinblick auf die Tätigkeit der VdU-Abgeordneten im Parlament hatte sich der Verband endgültig selbst in die politisch rechte Ecke manövriert. "Keinesfalls ist die Partei in diesem Zeitraum als eine liberale oder auch liberal-nationale anzusehen."<sup>76</sup>

Mit der Verabschiedung des Ausseer Programms hatte sich die Partei gegenüber ihrer Frühphase eindeutig festgelegt und unmissverständlich deklariert. Die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen, wie sie die Republik um die Mitte der 1950er Jahre erfasst hatten, sollten vom VdU mit einer radikalisierten Politik im Zeichen eines übersteigerten Nationalismus beantwortet werden. Mit dieser eindeutigen Positionierung sollte auch die jahrelange Identitätskrise des dritten Lagers beendet werden, die durch die Vorstellungen und das Konzept von einer "entideologisierten Antipartei", wie sie Herbert Kraus nach dem Krieg vorgeschwebt sind, nur noch vertieft wurde. Die Idee von der Parteilosigkeit unter der weitgehenden Ignoranz weltanschaulicher Grundsätze oder das „Abrücken von der theoretischen Bindung“ (Reimann) war ebenso unglaubwürdig wie naiv, denn zum einen war der VdU trotz aller Bekenntnisse zur Unabhängigkeit fest ins bürgerliche Lager eingebettet und andererseits war er eben doch eine Partei, die wie jede andere allen Parteiregeln unterworfen war. "Der VdU hat mit der Verleugnung dieses Prinzips sein eigenes Fundament untergraben."<sup>77</sup>

### **Historische Legitimation. Die Dreilager-Theorie**

In dieser durch die angesprochenen Faktoren verursachten Krisensituation für das dritte Lager entwickelte der Historiker Adam Wandruszka seine berühmte Theorie von den drei Lagern. Damit sollte auf historisch-theoretischer Ebene auf die Notwendigkeit der Existenz einer dritten politischen Kraft in Österreich hingewiesen werden. Für Kritiker handelt es sich dabei um ein "ideologisches Konstrukt" zur nachträglichen Legitimierung einer dritten, einer nationalen Kraft.<sup>78</sup> "Indem er dem ‚nationalen Lager‘ eine einheitliche Geschichte gab und die Kontinuität und Stabilität dieser politischen Gruppe bis in die Zweite Republik (allerdings wider besseres Wissen) nachzuweisen versuchte, wollte er unentschlossene Wählerschichten dazu bringen, dem nationalen Lager seine ‚gebührende‘ alte Stärke (mit Verweis auf die Erste Republik) wiederzugeben."<sup>79</sup>

In Fortführung einer historischen Kontinuität sollte die dritte Kraft als Opposition zum vorherrschenden Zweiparteien-Proporzsystem gleichsam zur Herstellung des natürlichen

---

<sup>76</sup> Reiter, Programm S.69.

<sup>77</sup> Kurt Piringer, FA 2 (1974) S.47.

<sup>78</sup> Hermann Fritzl – Martin Uitz, Kritische Anmerkungen zur sogenannten Lagertheorie. In: ÖZP 3 (1975) S.325-332.

<sup>79</sup> Fritzl – Uitz, Lagertheorie S.329.

innenpolitischen Gleichgewichts dienen. Und obgleich Wandruszka dem dritten Lager in erster Linie einen nationalen Charakter zuschreibt und in diesem Sinn auch eine Kontinuität feststellt, waren anfangs einige Kräfte innerhalb des VdU in ihrem programmatischen Vor-satz bemüht, auch eine Kontinuität des Liberalismus in Österreich für ihr politisches Lager zu reklamieren. Denn obwohl es in Österreich keine gefestigte Tradition eines politischen Liberalismus gibt, wurde immer wieder entgegen historischer Gegebenheiten eine solche vermeintliche Tradition als ungebrochen – wohl auf Grund eines offensichtlichen ideologi-schen Notstandes – für das dritte Lager beansprucht.

### **„Glaube – Treue – Opferbereitschaft“: Die Gründung der FPÖ**

Vor diesem Hintergrund vollzog sich die Gründung der FPÖ, nur wenige Wochen vor dem nächsten Nationalratswahltermin.

Der Auflösungsprozess des VdU war auch durch diese letzte programmatische Offensive nicht mehr länger aufzuhalten. Bei den im Herbst 1954 stattfindenden Landtags- und Arbeiterkammerwahlen (in Wien war der VdU sogar aus dem Landtag/Gemeinderat geflogen und bei der AK-Wahl sank der Mandatsstand von 117 gar auf 19!) hatte der VdU erhebliche Verluste hinzunehmen, die die Parteichronisten dazu veranlassten, von diesem Wahltag als einem "schwarzen Tag" in der Parteigeschichte zu sprechen.<sup>80</sup>

Ohne hier auf die näheren Umstände bei der Übergangsphase vom VdU zur FPÖ einzugehen (die entsprechenden Passagen sind in den Geschichtsbüchern von Reimann und Piringer nachzulesen), sollen hier nur die entscheidenden Schritte auf dem Weg zur Neuordnung des dritten Lagers dargestellt werden.

Als Konsequenz auf die verheerenden Wahlergebnisse vom Oktober 1954 gründete Anton Reinthaller im März 1955 die sogenannte Freiheitspartei, die nun den zukünftigen ideologischen Kurs bestimmen sollte. "Dem Wunsche folgend, habe ich zu den Problemen, welche die Wahlniederlagen der VdU und FSÖ heraufbeschworen haben, Stellung genom-men und unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß angesichts der inneren Zerrissen-heit in beiden Gruppen an eine Reform der genannten Parteien nicht zu denken ist, sondern völlig neue Fundamente für die sogenannte dritte Kraft gelegt werden müssen. Dies ist der ungeschminkte Sachverhalt."<sup>81</sup>

Mit Anton Reinthaller als einem Mann der nationalen Rechten wurde der programmatischen Hinwendung zum Nationalismus nun auch auf personeller Ebene ent-sprochen. Reinthaller war als ehemaliges Mitglied der Anschlussregierung Seyß-Inquart, als Unterstaatssekretär Hitlers im Reichsernährungsministerium sowie als Landesbauernführer

<sup>80</sup> "Der 17.Oktober war nicht nur ein schwarzer Tag für den VdU, sondern auch für die freiheitlichen und national gesinnten Menschen in Österreich" (NF, 23.10.1954).

<sup>81</sup> Reinthaller, zit. nach profil 12, 4.4.1974.

der Landesbauernschaft Donauland eine bekannte Größe. Mit seinem Übertritt vom Landbund zur NSDAP repräsentierte er das deutsch-nationale Lager der Ersten Republik, das seit 1932 mehrheitlich im Nationalsozialismus aufgegangen war. Als Symbolfigur der Nationalen wurde er als "Retter in der Not" für das krisengeschüttelte nationale Lager angesehen. "Für die einen war er Sinnbild der Hochanständigkeit, des Idealismus und der Vereinbarkeit von guter nationaler Gesinnung mit aufrechtem Österreichertum. Für die anderen blieb er der schwer belastete, hochrangige Naziführer, gegen dessen Wiedereintritt in die Politik schwerste Bedenken angemeldet werden mußten."<sup>82</sup>

Konnte dem VdU bezüglich seiner Gründer und Spitzenrepräsentanten bisher noch keine eindeutige Belastung im deutsch-nationalen Sinn nachgewiesen werden, so verließ mit der Gründung dieser Partei mit einem prominenten Nationalsozialisten an ihrer Spitze, die unmittelbar zur Entstehung der FPÖ führte, das dritte Lager vollends seine programmatische Basis eines gemäßigten Liberalismus. Schließlich wurde nach einigen Beratungen am 17. Oktober 1955, genau ein Jahr nach jenem berüchtigten Ater ein Bundesproponentenkomitee aus der "Aktion zur politischen Erneuerung", einer Vereinigung ehemaliger ÖVP Mitglieder um den wilden Abgeordneten Grafen Strachwitz, dem VdU und der Freiheitspartei gebildet, aus deren Zusammenschluss dann die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) als neue freiheitliche Einheitspartei hervorging.

Im Gegensatz zum VdU, der ursprünglich glaubte, ohne ideologische Fundamente auszukommen, war die neue Spitzenrepräsentantin des dritten Lagers auf der festen Basis nationaler Weltanschauung errichtet worden, wobei liberale Ideen und Vorstellungen keine Rolle spielten. "Die FPÖ war ursprünglich keine liberale sondern eine sehr weit rechts stehende deutsch-nationale Partei, deren führende Repräsentanten vielfach durch ihre NS-Vergangenheit belastet waren."<sup>83</sup>

Und außerdem wollte man nun selbstbewusst als Partei auftreten und nicht mehr als "unabhängiger Verband" ins innenpolitische Leben eingreifen.

Trotz der offensichtlichen nationalen Orientierung versuchte die Partei zumindest dem äußeren Schein nach mit dem Wort "freiheitlich" das Erbe des politischen Liberalismus für sich zu beanspruchen. Der Begriff der Freiheit, der von da an in Name und Programmatik der Partei Eingang gefunden hat, weist dabei nach eigenem Selbstverständnis "auf das Grundelement und die Grundfeste der Ideologie des Dritten Lagers hin", wonach "die Freiheit, vor allem die Freiheit des Individuums im Rahmen einer Ordnung, [...] stets im Zentrum sämtlicher programmatischer Aussagen und Programme des nationalliberalen Lagers

---

<sup>82</sup> Piringer, Geschichte S.19.

<sup>83</sup> Mario Erschen, Die Freiheitlichen nach der Wende: Liberalismus auf dem Rückzug. In: Europäische Rundschau 2 (1987) S.21.

[stand und steht]"<sup>84</sup> Obgleich die Parole von der Freiheit in Parteiprogrammen zumeist Leerformelcharakter annimmt, so wird doch in diesem Fall die Bedeutung der Freiheit als zentraler Wert und weltanschauliches Grundelement zumindest dem theoretischen Anspruch nach einigermaßen deutlich zum Ausdruck gebracht. Dennoch bleiben solche Äußerungen zumeist reine Rhetorik und es fällt auf, dass trotz der ständigen Propagierung des Begriffes der Freiheit dessen philosophische Dimension und substantieller Charakter weithin ungeklärt und von den Parteiprotagonisten unreflektiert bleiben. Vielmehr wurde und wird im Falle der FPÖ Freiheit in erster Linie als Freiheit von großkoalitionärem Parteienproporz und Kollektiven jeder Art verstanden. Albert Kadan, der in mehreren Publikationen kritisch zur FPÖ und ihrer Programmatik Stellung genommen hat, kam in diesem Zusammenhang für die neu gegründete FPÖ zu der Feststellung, dass etwa „die Vernichtung der Freiheit in einer nicht lang zurückliegenden Epoche der ‚deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft‘ [...] keine ausdrückliche Reflexion in den Programmen“<sup>85</sup> gefunden hat. Friedrich Peter, er war oberösterreichischer Landesobmann der Freiheitspartei und Mitglied des Gründungskomitees der FPÖ, meinte rückblickend zu dieser Frage: "Im Führungskreis herrschte damals völlige Übereinstimmung darüber, daß sich weder die Bezeichnung ‚national‘ noch ‚liberal‘ allein als Sammelbegriff für die Zukunft eignet. Nachdem beide Begriffsinhalte einander nicht ausschließen sondern ergänzen, entschied man sich einmütig für das FREIHEITLICHE als dem gemeinsamen Überbau.“<sup>86</sup>

Weniger einmütig verlief die Diskussion in der Frage, ob das Wort Österreich in den Parteinamen aufgenommen werden sollte. Emil van Tongel, er war von 1929 bis 1932 Obmann der Großdeutschen Volkspartei (GDVP) Wien und nun eine der stärksten Persönlichkeiten in der freiheitlichen Führungsgarnitur, war dagegen, eine dem Deutschnationalismus verpflichtete Partei österreichisch zu nennen. Doch die Mehrheit, die den Namen Österreich in den offiziellen Parteinamen aufgenommen sehen wollte, hatte sich schließlich durchgesetzt.

Am 3. November 1955, der Parteiname war beschlossen, wurden bereits ein erstes Kurzprogramm, ein Organisationsstatut sowie ein für die bevorstehenden Nationalratswahlen angelegtes Arbeitsprogramm ausgearbeitet. Nachdem der Einigungsprozess vollzogen und die neue Partei gegründet war, trat diese mit einem ersten, grundsätzlichen und sehr umrisshaften Programm an, das als seine politischen Zielsetzungen vorrangig angab: eine "Reform der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Österreich, positive Einflussnahme und echte demokratische Kontrolle zur

---

<sup>84</sup> Kroupa, Der freiheitliche Beitrag zur Geschichte Österreichs S.35.

<sup>85</sup> Albert Kadan, Das Zustandsbild der österreichischen Parlamentsparteien. Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ). In: Die Republik. Beiträge zur österreichischen Politik 1 (1979) S.20.

<sup>86</sup> Peter, 30 Jahre FPÖ S.28.

Verhinderung des Zweiparteiensystems, Sicherung der Grundrechte und der Freiheit des eigenständigen Menschen gegenüber der Allmacht des Staates und den Kollektiven, Bekenntnis zum Gedanken der Gemeinschaft gegenüber dem Denken und Handeln in Klassen- und Gruppeninteressen, Bekenntnis zum Gedanken der Freiheit und zur sozialen Volksgemeinschaft [und] Lastenausgleich zugunsten der Kriegs- und Nachkriegsgeschädigten."<sup>87</sup>

Trotz der inhaltlichen Dürftigkeit dieser ersten programmatischen Erklärung, sind jedoch bereits im Ansatz wichtige Grundpfeiler der ideologisch-weltanschaulichen Ausrichtung der Partei zu erkennen: das Eintreten für die Freiheit des Individuums, welche als von "Zweiparteienproporz" und allen möglichen "Kollektiven" bedroht angesehen wird, ein klares Bekenntnis gegen Marxismus und Klassenkampf und das Propagieren einer wohl im sozialdarwinistischen Sinn der Förderung einer leistungs- und überlebensfähigen Elite aufzufassenden "sozialen Volksgemeinschaft", ein aus dem nationalsozialistischen Ideenschatz übernommenes Konzept, wonach sich auch das organisch-biologische Gesellschaftsbild der FPÖ entwickeln sollte.

Tatsächlich war im Gefolge des von der Freiheitspartei eingeleiteten ideologischen Kurses mit der Gründung der FPÖ der Schritt hin zu einer vorwiegend nationalistisch-konservativen Partei vollzogen, die in erster Linie als Sammelstelle und politisches Wiederbetätigungsfeld ehemaliger Nationalsozialisten fungierte.

"Im Gegensatz zum VdU war die FPÖ zum Zeitpunkt ihrer Gründung kaum mehr als eine Möglichkeit für ehemalige Nationalsozialisten, wieder in die österreichische Politik zurückzukehren und das alte deutschnationale Lager wiederzubeleben."<sup>88</sup> Dazu die Meinung Otto Scrinzis, eines Exponenten des nationalen Flügels der Partei: "Höherrangige ehemalige NS-Funktionäre sind erst mit der Neugründung von 1954 bis 56, als deren Ergebnis schließlich die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) sich herausmauserte, in das politisch aktive Dritte Lager eingezogen. Sie wurden dabei keineswegs von restaurativen Motiven bewegt. Die meisten von ihnen waren von der Absicht getragen, das im nationalen Sinne Bleibende an unverzichtbaren Grundwerten, gereinigt von den Irrtümern und Belastungen eines endgültig vergangenen Geschichtsabschnittes, und ihre großen Erfahrungen einzubringen."<sup>89</sup>

Als personelles Anzeichen für diese Entwicklung mag gelten, dass auf dem Gründungsparteitag der FPÖ im April 1956, der unter dem markigen Slogan „Glaube-Treue-Opferbereitschaft“ stattfand, mit Anton Reinthaller ein ehemaliger hochrangiger National-

---

<sup>87</sup> NF, 22.10.1955.

<sup>88</sup> Max Riedlsperger, Heil Haider! Der Wiederaufschwung der Freiheitlichen Partei Österreichs seit 1986. In: freie Argumente. Freiheitliche Zeitschrift für Politik 4 (1991) S.8.

<sup>89</sup> Otto Scrinzi, Das Nationale Lager nach 1945. Aufgaben – Entwicklung – Persönlichkeiten. In: Österreich und die deutsche Nation, hrsg. Andreas Mölzer (Graz 1985) S.243.

sozialist zum Parteiobmann gewählt wurde und die seinerzeit doch mit einigermaßen idealistischem Anspruch angetretenen VdU Gründer Kraus und Reimann kurz darauf ihren Austritt erklärten und von der politischen Bühne abtraten.

Herbert Kraus hatte den Übergang vom VdU zur FPÖ in einer aufsehenerregenden und seither vielzitierten Erklärung<sup>90</sup> als "lange vorbereitete ‚Machtübernahme‘ durch einen kleinen Kreis von Rechtsextremisten und ehemaligen Naziführern" bezeichnet. Er selbst hatte, so Kraus, "nie eine Nachfolge-Organisation der NSDAP gründen wollen, sondern eine allgemeine, vornehmlich soziale Erneuerungsbewegung, die mit besonderem Nachdruck für diejenigen eingetreten ist, die nach 1945 unter die Räder gekommen sind [...]. Mit dem alten Geist der Unduldsamkeit und den Methoden des totalen Machtanspruchs hat man die aufrichtigen Bestrebungen um eine dritte Kraft sowie die bisherigen Leistungen des VdU dazu mißbraucht, um einzelnen gestürzten Größen des NS-Regimes eine neue politische Plattform zu schaffen." Auch wenn aus diesen Worten persönliche Enttäuschung über das eigene Scheitern spricht, wirft diese Kritik doch ein bezeichnendes Licht auf die internen weltanschaulichen Querelen des dritten Lagers. In einem ähnlichen Sinn wie Kraus äußerte sich auch Viktor Reimann, der die Gründungsphase der FPÖ in seinen Erinnerungen als "nationale Unterminierung" bezeichnete.

In diesem Sinn ist jenes gleichzeitig mit der Neukonstituierung der Partei beschlossene Kurzprogramm, das in 15 Punkte umfassenden Stellungnahmen die Zielsetzungen der neuen Partei in ihren wesentlichen Zügen grob zusammenfasst, zu einem guten Teil wohl auch als Mittel zur Anwerbung ehemaliger Nationalsozialisten zu verstehen.<sup>91</sup>

Obgleich bei der Erstellung dieses sogenannten Kurzprogramms freilich nicht von einer programmatischen Grundsatzarbeit gesprochen werden kann, werden hier nochmals schlagwortartig die grundsätzlichen politischen und weltanschaulichen Programmpunkte präsentiert. Als zentrale 'Anliegen der Partei werden die Bekenntnisse zum Grundsatz der Freiheit (Pkt.1), zur sozialen Marktwirtschaft (Pkt.9) sowie zur sozialen Volksgemeinschaft (Pkt.2) und zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft (Pkt.14) formuliert. (der gegenüber "eine volksbewußte Erziehung unserer Jugend zu sittlicher Haltung und Pflichtbewußtsein" (Pkt.7) gefordert wird). Ebenfalls findet sich bereits in der Gründungsphase der Hinweis auf ein abendländischen Werten verpflichtetes vereintes Europa, wenn es im Punkt 15 heißt: "Im Geiste der Freiheit bekennen wir uns zum Abendlande und wollen daher den Europäischen Bund freier und gleichberechtigter Nationen und Staaten."

---

<sup>90</sup> WZ, 13.April 1956.

<sup>91</sup> siehe NF, 12.11.1955.

### **Zu den „Richtlinien freiheitlicher Politik“**

Mit den "Richtlinien freiheitlicher Politik in Österreich", die auf dem 2. ordentlichen Bundesparteitag im Jahr 1957 als erläuternde Ergänzung zu den 15 Thesen des Kurzprogramms die programmatische Aufbauarbeit der Partei beschließen sollten, hatte sich die FPÖ eine weltanschauliche Basis geschaffen, die eine deutliche ideologische Charakterisierung im Sinn einer ausgesprochen nationalen Rechtspartei zulässt. "Liberale Ideen scheinen eher als Anhängsel zu nationalen Zentralaussagen auf, wobei die liberalen Ideen durchaus Vergangenheitswert haben und keine Neuentwicklung eines politischen Liberalismus für das Nachkriegsösterreich darstellen."<sup>92</sup>

Das Bekenntnis zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft, das im Kurzprogramm noch auf den vorletzten Rang platziert wurde, rückte nunmehr gemäß dem eigentlichen Selbstverständnis der Partei auf den dritten Platz in der freiheitlichen Wertehierarchie auf. Die vordergründig nationale Ausrichtung der Partei zeigte sich konkret auch am gespaltenen und gestörten Verhältnis zur österreichischen Nation, zum Österreichbegriff überhaupt und in der huldigenden Beschwörung eines pathetischen Deutschtums. Als nationale Partei in Österreich sei die FPÖ gemäß der veränderten politischen Lage in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg vor neue Aufgaben gestellt: "Die vornehmste dieser Aufgaben ist die Abwehr aller Bestrebungen, die auf eine Loslösung Österreichs vom Deutschtum gerichtet sind. Wir haben in den deutschen Österreichern das Bewußtsein wachzuhalten, ein Teil des deutschen Volkes mit allen sich aus dieser Zugehörigkeit ergebenden Rechten und Pflichten zu sein." (Pkt.3, Erläuterung) Dementsprechend wird im gleichen Abschnitt weiter unten die österreichische Nation unverhohlen als Erfindung aus dem Jahr 1945 bezeichnet. Es sei außerdem europafeindlich und dem Bolschewismus zuträglich, "wenn man versucht, die tausendjährige, in Abstammung, Geschichte und Kultur begründete Verbundenheit der Österreicher mit dem deutschen Volk zu zerreißen." (Pkt.3, Erläuterung) Der Europagedanke wird national gedeutet als Abwehrkampf der abendländischen Zivilisation gegenüber allen die persönliche Freiheit bedrohenden Ideen und Systemen, wobei "der Kommunismus [...] die größte Gefahr für die Freiheit der Menschen und Völker darstellt." (Pkt.1, Erläuterung) Diese Überlegungen bildeten wohl auch den Hintergrund für die frühe Sehnsucht der FPÖ nach vollständiger Europaintegration, ungeachtet der damaligen politischen Verhältnisse in Europa und der Realität des Kalten Krieges. Eine auf dem Bundesparteitag beschlossene Resolution hielt dementsprechend fest: "Die militärische Neutralität ist kein Hindernis für den Beitritt Österreichs zu den schon bestehenden oder noch zu schaffenden europäischen Wirtschaftsorganisationen. Den Schwierigkeiten, die beim Eintritt im Übergangsstadium zum übernationalen Markt gegeben sind, stehen nach

---

<sup>92</sup> Reiter, Programm S.69f.

vollzogener Einigung wesentlich größere Vorteile gegenüber: ein Großraum mit 250 Millionen Verbrauchern [...] und ein geeintes, starkes Europa."<sup>93</sup>

Einen weiteren festen Bestandteil nationaler Ideologie bildet die Auffassung von einer organizistisch-biologisch aufgebauten Gesellschaftsordnung, die sich aus der Idee der "sozialen Volksgemeinschaft" ableitet. "Hierunter verstehen wir die Tatsache und das Bewußtsein, daß sämtliche Angehörige eines Volkes ohne Rücksicht auf Geburt, Weltanschauung, Berufsstand oder Geschlecht in einem gemeinsamen Daseinskampf miteinander verbunden sind." (Pkt.2, Erläuterung) Wichtigster Teil eines "gesellschaftlichen Organismus" sei die Familie als "Träger und Mehrer unseres völkischen und kulturellen Erbes" (Pkt.6, Erläuterung). Großer Wert solle dabei auf eine "volksbewußte Erziehung unserer Jugend" (Pkt.7) gelegt werden, der man wieder Aufgaben stellen müsse, "die zu erfüllen eine geradlinig denkende Jugend als eine Pflicht und auch als eine Ehre auffassen wird." (Pkt.7, Erläuterung) Dementsprechend wird kritisiert, dass "unserer Jugend [...] vielfach ein unrichtiges Bild der Geschichte unseres Volkes gegeben" und dass ihr [...] „eine völlig falsche Einstellung gegenüber Volk und Staat gelehrt wird." (Pkt.8, Erläuterung)

Hand in Hand mit jenem in klarem Umerziehungsjargon gehaltenen Vorwurf in Sachen der Schul- und Bildungspolitik wird auch im kulturpolitischen Bereich zutiefst konservatives Gedankengut sichtbar, wenn – ohne den Ausdruck "entartete Kunst" expressis verbis zu verwenden – Kunststrichtungen bekämpft werden sollen, "die mit dem Schönheitsideal unseres Volkes und des Abendlandes im Widerspruch stehen und von der breiten Öffentlichkeit abgelehnt werden." (Pkt.8, Erläuterung)

Im wirtschafts- und sozialpolitischen Teil wird das Leitbild von der sozialen Marktwirtschaft propagiert, welches nicht nur vom System der marxistischen Planwirtschaft, sondern auch vom "Liberalismus vergangener Zeiten" bedroht wird. Es ist dies übrigens das einzige Mal, dass der Begriff Liberalismus erwähnt wird. Wirtschaftspolitisch tendiert das Programm zur uneingeschränkten Privatwirtschaft, "die Marktwirtschaft ist das Feld der Privatwirtschaft", (Pkt.9, Erläuterung) die das Privateigentum heiligt und – durchaus illiberal – "Zwangsarbeit für Asoziale" (Pkt.9, Erläuterung) rechtfertigt.

Eine Reflexion über demokratiepolitische und rechtsstaatliche Fragen, die doch eng mit Forderungen und Grundsätzen des politischen Liberalismus verbunden wären, wird in dieser ersten ausführlicheren programmatischen Darstellung der FPÖ weitgehend vermieden. Stattdessen wird im abschließenden Kapitel als "eine wesentliche politische Aufgabe" noch einmal das Bild eines rückwärts gewandten Wehr- und soldatischen Ehrbegriffs gepflegt. "Wir bekennen uns daher zum Grundsatz der Wehrhaftigkeit und halten es für eine wesentliche politische Aufgabe, den seit 1945 durch die schmäbliche

---

<sup>93</sup> zit. nach Kurt Piringer, Chronologie der FPÖ. Daten und Fakten. Band 1 / 1955–1979, hrsg. Freiheitliches Bildungswerk (Wien 1993) S.6.



Behandlung der Soldaten des zweiten Weltkrieges so gefährlich erschütterten Wehrgedanken neu zu festigen." (Pkt.14, Erläuterung).

Tatsächlich ist dieses Programm ein ausgesprochen nationales; der Begriff freiheitlich wird im Interesse der Durchsetzung nationaler Ziele verwendet, vom Liberalismus ist nie wirklich die Rede. Der Begriff liberal findet zu dieser Zeit weder in mündlichen noch schriftlichen programmatischen Aussagen der FPÖ ausdrückliche Erwähnung oder gar Würdigung als zeitgemäße politische Alternative, um in schöpferisch-konstruktiver Weise diskutiert und damit Aufnahme in den programmatischen Bestand der Partei finden zu können. Im übrigen zeigen die Parteitageprotokolle, dass es erst seit 1957 breitere Programmdiskussionen in der Partei gab, diese aber an der Basis auf nur wenig Bereitschaft zur aktiven Teilnahme stießen.

Von der FPÖ kann also während der ersten Jahre ihres Bestandes nicht als von einer auch nur im entfernten Sinn liberalen Partei gesprochen werden, was auch sicherlich nicht in ihrer Absicht lag, und da nützte es auch wenig, wenn – was als historischer Meilenstein für das ideologische Selbstverständnis der Partei gewertet wird – den freiheitlichen Mandatären in der ersten Sitzung des neuen Nationalrates die Plätze in der Mitte des Parlaments, also zwischen der SPÖ und ÖVP zugewiesen wurden (die VdU-Volksvertreter waren noch rechts von der ÖVP gesessen) und sie damit rein äußerlich vom Vorwurf des Rechtsextremismus befreit waren.

Tatsächlich hat aber wegen des bestimmenden Charakters und der deutlich zum Ausdruck gebrachten Überlegenheit nationaler Aussagen in den programmatischen Richtlinien freiheitlicher Politik "mit diesem Dokument das völkische Denken in der FPÖ einen eindeutigen Höhepunkt in der programmatischen Entwicklung erreicht gehabt."<sup>94</sup>

Mit den durchgehenden Elementen eines aggressiven Antikommunismus, ausgeprägten Deutschnationalismus, der die Existenz einer österreichischen Nation kategorisch verneinte und des Angriffs auf das Proporzsystem der großen Koalition hat die frühe Programmatik der FPÖ zusätzlich bestärkt durch die schwere Niederlage beim ersten bundesweiten Wahleinsatz im Mai 1956 der Partei ihren Status als von der Bundespolitik weitgehend ins Abseits gedrängte extremistische Ghettopartei noch bestätigt.

## **Zusammenfassung**

In den unmittelbaren Nachkriegsjahren von 1945 bis 1949 war das national-liberale Lager in Österreich parteipolitisch nicht vertreten.

Die Stimmung unter der Bevölkerung sprach aber dafür, neben den bestehenden Parteien ÖVP, SPÖ und KPÖ noch eine vierte Partei zuzulassen, die vor allem den Unmut

---

<sup>94</sup> Kadan, Republik 1 (1979) S.21.

eines nicht unbeträchtlichen Teils der Bevölkerung gegenüber der regierenden großen Koalition artikulieren sollte.

Im Vordergrund bei den Bestrebungen zur Konstituierung einer neuen Partei stand insbesondere der Kampf um die Rehabilitierung der von der Nationalsozialistengesetzgebung Betroffenen, der von einer Gruppe Journalisten in Salzburg vehement geführt wurde.

Erst 1949, als eine große Zahl ehemaliger Nationalsozialisten für die bevorstehenden Nationalratswahlen wieder zugelassen wurde, wurde der VdU als Verband der Unabhängigen gegründet. Dieser war allerdings nach den Erklärungen seiner Proponenten weniger zur Neubegründung eines historischen national-freiheitlichen Lagers konzipiert, denn vielmehr als oppositionelle Protestbewegung, die vordringlich gegen die ihrer Meinung nach arg diskriminierenden Bestimmungen der Nazigesetzgebung agitieren sollte. Als "Interessenspartei der Registrierten" oder nach eigenem Verständnis "Schutz- und Trutzgemeinschaft der Entrechteten" (Piringer), sollte der Verband auch ohne feste ideologische Grundlagen auskommen. Der Nationalismus war durch die Pervertierung und apokalyptischen Erfahrungen des Faschismus diskreditiert und der Liberalismus keine "formative" Kraft mehr. Ideologisch und soziologisch war der VdU ein heterogenes Gemisch von vielen unterschiedlichen Gruppen und Interessen. Darin lag auch ein Grund für seinen Niedergang. Ein sozialistischer Politiker nannte ihn "ein Konglomerat von Ressentiments, Widersprüchen und Abfällen,"<sup>95</sup> und Vodopivec bezeichnete die Geschichte des VdU als "die Geschichte des Auseinanderfallens nicht zusammengehöriger Gruppen und Interessen."<sup>96</sup>

Neben der erklärten Zielgruppe der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und -opfer, Heimatvertriebenen sowie der verarmten Mittelständler verfolgte er in Abgrenzung zu den beiden Großparteien ein eher inhaltsneutrales Programm der Mitte, das sich an Unzufriedene und potentielle Protestwähler ausrichtete.

Wenn auch zu Beginn von seinen Gründern liberales Gedankengut in Form brauchbarer sozialreformerischer Ideen in die Partei eingebracht wurde und somit Ansätze für einen – wie es Kraus formulierte – "modernen Nachkriegsliberalismus" vorhanden waren, so waren Kraus und Reimann nicht wirklich liberal im klassischen Sinn der Aufklärer. Es war nicht ihr Anliegen gewesen, im Sinn von Aufklärung, Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit und demokratische Neuorientierung zu wirken, vielmehr waren sie daran interessiert – was auch an den anzusprechenden Zielgruppen zu erkennen ist – die ehemaligen Nationalen unter ständiger Beschwörung des Opfermythos über ein eher unverbindliches Programm der

---

<sup>95</sup> Alfred Migsch, zit. nach Stiefel, Entnazifizierung S.321.

<sup>96</sup> Alexander Vodopivec, zit. nach Berchtold, Parteiprogramme S.94.

moralischen Erneuerung möglichst rasch und vorbehaltlos wieder in das politische Leben der Zweiten Republik zu integrieren.

"Zusammenfassend lässt sich" – so der Zeithistoriker Oliver Rathkolb – „sagen, daß sich das ideologische Fundament der beiden in der ersten Phase der Gründung des VdU nach außen hin dominanten Entscheidungsträger Kraus und Reimann aus einer vielschichtigen Mischung konservativ-christlich determinierter politischer Grundvorstellungen mit ‚nationalen‘ Einschüben zusammensetzte, die einer aktiven, offenen Auseinandersetzung bewußt auswichen, und sie durch ein Surrogat aus Versöhnung, Vergebung und individueller Betroffenheit ersetzten."<sup>97</sup>

Für den Niedergang des VdU spielten schließlich mehrere Faktoren eine Rolle. Vor allem die Absicht seiner Gründer, als reine Protestbewegung ohne feste ideologische Grundlagen anzutreten, sowie die Ablehnung des Parteienstatus waren ihm schließlich zum Verhängnis geworden. Bald führten ideologische Flügelkämpfe zwischen jenen Vertretern eines gemäßigten Kurses unter Einbeziehung liberaler Weltanschauungselemente und den am reinen Nationalismus orientierten und an liberalen Fragestellungen uninteressierten Kreisen zu immer schwereren internen Spannungen, die auf lange Sicht keine einheitliche politische Linie zuließen und den VdU letztendlich zu Fall brachten.

Friedhelm Frischenschlager, prominenter Vertreter des dritten Lagers, analysierte das Scheitern des VdU folgendermaßen: „Das Aufgehen des nationalliberalen Lagers der Ersten Republik im Nationalsozialismus machte eine Gründung in Anknüpfung an GDVP (Großdeutsche Volkspartei, Anm. J.N.) und Landbund 1945 unmöglich, nicht einmal eine Traditionsanbindung im Sinne der Lagertheorie schien machbar. Der Versuch einer ‚völlig neuen Partei‘ als liberaler Partei scheiterte am Mangel einer breiteren gesellschaftlichen Basis; die faktische Dominanz der NS-Gesetz-Betroffenen mußte diese Zielsetzung zwangsläufig überwuchern; die Ghettoisierung des VdU und seine zum Teil undemokratische Bekämpfung mußten zwangsläufig zu einer Radikalisierung der Anhängerschaft führen und damit die schmale innerparteiliche Basis der Gründer und ihre Ziele an Boden verlieren lassen.“<sup>98</sup>

Außerdem waren die Bestimmungen der Ausnahmegesetzgebung mit der weitgehenden Amnestierung im Verlauf der 1950er Jahre als konstituierendes Element für den Zusammenhalt der Partei weggefallen. Steigender Wohlstand und die wiedergewonnene Souveränität durch den Abschluss des Staatsvertrages waren weitere externe Gründe, dass

---

<sup>97</sup> Oliver Rathkolb, NS-Problem und politische Restauration: Vorgeschichte und Etablierung des VdU. In: Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945-1955, hrsg. Sebastian Meissl et al. (Wien 1986) S.97.

<sup>98</sup> Friedhelm Frischenschlager, Die Freiheitliche Partei Österreichs. In: Politik in Österreich. Die Zweite Republik. Bestand und Wandel (Wien/Köln/Graz 1992) S.373.

allzu völkische Töne im Sinn verklärter Beschwörungen und nostalgischer Sehnsüchte an eine tragische Epoche der Vergangenheit ihre Zugkraft allmählich verloren.

Zur allgemeinen ideologischen Charakterisierung unter Verwendung der Begriffe liberal und national kann gesagt werden, dass sich der VdU von einer in der Anfangsphase liberal nationalen zu einer im Laufe der frühen 1950er Jahre national liberalen Partei, wobei das liberale Element immer mehr zum alibihaften Anhängsel wurde, entwickelte, um schließlich am Ende eine rein vergangenheitsbezogene nationalistische Sammelpartei zu werden.

### III. ZWISCHEN ISOLATION UND INTEGRATION – VOM NATIONALEN GHETTO ZUR LIBERALEN ERNEUERUNG (1956-1970)

Mit dem Tod ihres Parteiführers Anton Reinthaller im März 1958 – er war in erster Linie nationale Symbolfigur und ist, so Kraus „weder politisch noch organisatorisch in irgendeinerweise hervorgetreten“<sup>1</sup> – ergab sich für die Partei die Möglichkeit, durch einen entsprechenden personellen Wechsel an der Spitze, die Weichen für eine Situation zu schaffen, die die Partei nicht länger in einem auf lange Sicht unbefriedigenden Zustand der politischen Isolierung halten sollte.

Der oberösterreichische Landtagsabgeordnete Friedrich Peter, der bereits im Zuge der Neuordnung des dritten Lagers eine wichtige Rolle gespielt hatte, wurde auf dem 3. ordentlichen Bundesparteitag in Salzburg zum neuen Bundesparteiobmann der FPÖ bestellt und sollte diese Funktion fortan zwei Jahrzehnte lang innehaben.

Doch bereits in der Grabrede für seinen verstorbenen Vorgänger bezeichnete Peter diesen als sein Vorbild und signalisierte in seiner von nationalen Tönen strotzenden Antrittsrede, in der unverhohlen gegen Widerstandskämpfer, die Existenz einer eigenständigen österreichischen Nation und gegen erste Versuche einer kritischen Vergangenheitsaufarbeitung in den Schulen polemisiert wurde, den Willen zur Aufrechterhaltung der nationalen Prinzipien der Partei, um „in heiliger Überzeugung [...] unseren Kampf für Freiheit und Recht als die nationale Partei dieses Landes [weiterzuführen], damit die Volksgemeinschaft neu ersteht und Österreich ein freier deutscher Staat bleibt.“<sup>2</sup> Der Beschluss der am vorangegangenen Parteitag ausgearbeiteten programmatischen „Richtlinien freiheitlicher Politik“ bestätigte den Willen zur Beibehaltung eines prononciert nationalen Kurses.

Auch nach den Nationalratswahlen von 1959, die der FPÖ einen Gewinn von zwei Mandaten brachten, wurde die Partei nicht in die anschließenden Regierungsverhandlungen miteinbezogen und musste weiterhin – nunmehr als einzige Partei, nachdem die KPÖ aus dem Nationalrat gewählt worden war – in der Opposition verbleiben.

Auf programmatischer Ebene wurden keine Änderungen vorgenommen und am nationalen Reinthaller Kurs festgehalten. So wurden auf dem im selben Jahr stattfindenden Bundesparteitag trotz der mahnenden Worte Willfried Gredlers, des nach dem Ausscheiden von Herbert Kraus einzigen „Herzeigliberalen“ der FPÖ,<sup>3</sup> durch eine Hinwendung zu mehr politischem Denken die Partei in der Öffentlichkeit nicht nur als „Traditionsverein der Ehemaligen“ erscheinen zu lassen,<sup>4</sup> wieder nationale Forderungen als vorrangige

<sup>1</sup> B.u.I. 4 (1979).

<sup>2</sup> NF, 20.9.1958.

<sup>3</sup> „und in dieser Rolle erwarb er sich damals eine Art Monopolstellung in der FPÖ“ Piringer, Geschichte S.48.

<sup>4</sup> Protokoll des IV. ordentl. Bundesparteitages der FPÖ in Salzburg vom 12.-15. November 1959.

programmatische Zielsetzungen formuliert. Nach der „Wahrung des Mitsprache- und Entscheidungsrechtes der national-freiheitlichen Menschen in Österreich“, der „Verhinderung des Zweiparteiensystems“ und der „Sicherung der Deutscherhaltung unseres Landes“ stand ganz allgemein die Forderung nach „Durchsetzung national-freiheitlichen Gedankengutes in Politik, Kultur und Wirtschaft!“ im Vordergrund.<sup>5</sup>

Um jedoch am innenpolitischen Geschehen des Landes aktiv teilhaben zu können und nicht weiter von den übrigen Parteien als Gesprächspartner ignoriert zu werden, mussten Strategien erarbeitet werden, um die Partei aus ihrer nationalen Ghettoposition herauszuführen.

Peter versuchte daher neben der Propagierung stramm nationaler Grundsatzpositionen auch verstärkt realpolitisches Denken und mehr Pragmatismus in die politische Arbeit der Partei einzubringen. Denn langfristig war es das Ziel der Partei Regierungsbeteiligung zu erlangen, um damit die Rolle der machtlosen Opposition loszuwerden. Zu diesem Zweck war es auch notwendig, eine Annäherung an eine der beiden Koalitionsparteien als einen potentiellen Regierungspartner zu suchen.

Auf politischer Ebene war es in den Jahren von 1956 bis 1962 zunächst öfters zu Versuchen einer Annäherung an die ÖVP gekommen, um – wie es hieß – „gemeinsame bürgerliche Grundsätze in die Tat umzusetzen.“<sup>6</sup> Aber alle Versuche, eine gemeinsame Basis für eine Zusammenarbeit mit der ÖVP zu schaffen, waren gescheitert.<sup>7</sup> Daraufhin bemühte man sich mit der SPÖ ins Gespräch zu kommen, obwohl ideologische Bedenken an der Basis dagegensprachen. So verhinderten schließlich Widerstände innerhalb beider Parteien die Möglichkeit einer Zusammenarbeit in Form der Bildung einer kleinen Koalition.

In ideologischer Hinsicht blieb es also noch bei der uneingeschränkten Propagierung nationaler Grundsätze wie der Identifizierung Österreichs als Bestandteil der deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft. Auf dem Klagenfurter Parteitag von 1962 erfuhr der nationale Gedanke aber insofern eine Modifizierung, als dieser in einer Entschließung zur nationalen Politik eng mit dem Europagedanken in Zusammenhang gebracht wurde und somit der Forderung nach wirtschaftlicher Integration in den Großraum Europa die ideologische Basis gab. Dennoch war es aus pragmatischer Sicht für die FPÖ zunehmend notwendig geworden, um die politische Zielvorgabe einer Regierungsteilnahme zu erreichen, auch im ideologisch-programmatischen Bereich Veränderungen vorzunehmen. Konkreten Einfluss

---

<sup>5</sup> Stäuber, VdU und FPÖ S.150.

<sup>6</sup> Peter, 30 Jahre FPÖ S.36.

<sup>7</sup> so war der Versuch bei den Bundespräsidentenwahlen 1957 mit der ÖVP einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen ebenso gescheitert wie eine geplante Parteienvereinbarung mit der Volkspartei über eine Wahlrechtsreform.

auf die programmatische Entwicklung bewirkten diese politstrategischen Überlegungen der FPÖ erstmals auf dem Salzburger Parteitag im Juni 1964.

### **„Salzburger Bekenntnis“ zur Tradition des politischen Liberalismus und der politischen Mitte**

In dieser Phase befand sich das freiheitliche Lager sicherlich in einem entscheidenden Stadium seiner Entwicklung. „Die Partei betrachtete diesen Parteitag als richtungweisend, weil die FPÖ niemals klarer und treffender ihr politisches und weltanschauliches Programm dargelegt und vertreten hat.“<sup>8</sup>

Mit der Verabschiedung des „Salzburger Bekenntnisses“, das allerdings nur als Ergänzung zum offiziellen Parteiprogramm formuliert wurde, sollte der bis dahin im freiheitlichen Lager lediglich als ungeliebtes Stiefkind behandelte Liberalismus wieder als ideologischer Bestandteil in die Programmatik und politische Arbeit der Partei aufgenommen werden.

Die Berufung auf eine hundertjährige Tradition des Liberalismus – ohne jedoch diesen Begriff im gesamten Text auch nur einmal zu erwähnen oder gar direkt anzusprechen – bildete dabei den äußeren Anlass für diesen ersten vorsichtigen Versuch einer liberalen Öffnung der Partei. „Vor mehr als 100 Jahren standen national-freiheitliche Demokraten auf den Barrikaden, um für die Idee der Freiheit und der nationalen Einheit ihres Volkes zu kämpfen. Die konservativen Mächte waren zunächst stärker. Der Gedanke der Freiheit hingegen, wie ihn die Freiheitlichen auf ihre Fahne geschrieben haben, wirkt weiter. Er hat die größten historischen Leistungen der Neuzeit vollbracht.“<sup>9</sup> Trotz dieses pathetischen Rückgriffs auf die Geschichte und des Umstandes, dass mit Thomas Dehler und Walter Scheel erstmals zwei führende Vertreter der deutschen freien Demokraten (FDP) eingeladen wurden und programmatische Referate hielten, was symbolisch den Anspruch nach mehr Liberalismus in der Partei ausdrücken sollte, war es letztlich nicht die Absicht der FPÖ eine liberale Partei zu werden. Auch wenn von freiheitlicher Seite betont wird, dass sich das Salzburger Bekenntnis „bereits eindeutig zahlreichen liberalen Positionen [verpflichtet]“,<sup>10</sup> muss klar gesagt werden, dass es sich hierbei weniger um einen fundierten Liberalismus im Sinn der uneingeschränkten Annahme und Weiterentwicklung politisch liberaler Grundprinzipien handelte, sondern eher um den Versuch, sich auf dem Weg einer Imageaufbesserung vom Stigma der Nazipartei zu lösen, zumal nüchtern betrachtet ab der Mitte der 1960er Jahre „der Deutschnationalismus als Einigungsfaktor einer

<sup>8</sup> Berchtold, Parteiprogramme S.509.

<sup>9</sup> zit. nach Berchtold, Parteiprogramme S.510.

<sup>10</sup> Reiter, Programme S.71.

ernstzunehmenden Partei in der Zweiten Republik versagt hat.“<sup>11</sup> Schließlich wollte die FPÖ damit aus ihrer politischen Isolation hervortreten und ihre Position in der innenpolitischen Landschaft aufgewertet sehen.

Auch der Versuch, neben der nationalen Stammwählerschaft andere gesellschaftliche Kreise anzusprechen, zeugte vom Bemühen der Parteiführung um ein offeneres Denken gegenüber bisherigen national-fundamentalistischen Positionen. So erklärte Parteiobmann Peter auf dem Parteitag: „Wenn der freisinnige liberale Bürger die Österreichische Volkspartei wählen und der nationale Burschenschafter sich für die sozialistische Partei entscheiden kann, muß das Profil der Freiheitlichen Partei so gestaltet werden, daß der Jungwähler, die vom Sicherheitsgefühl erfüllte Frau, der praktizierende Katholik und der sozial denkende Facharbeiter diese Partei ebenso wählen kann wie der Nationale und der Liberale.“ – und weiter „der Ausbau unserer Gesinnungsgemeinschaft zu einer Partei der Zukunft wird davon abhängen, daß wir wesentliche Teile des neuen, aus der modernen soziologischen Entwicklung gewachsenen Mittelstandes für uns gewinnen und zu einem Grundpfeiler machen.“<sup>12</sup>

Tatsächlich jedoch enthielt das Salzburger Bekenntnis keine klassischen liberalen Thesen, die imstande gewesen wären, das vorherrschende nationale Gedankengut abzulösen, welches sich nach wie vor in reichlichem Maß finden lässt. Im Gegenteil, davon, dass mit diesem Dokument der liberale Gedanke eindeutig in den Vordergrund der Programmatik gestellt worden sei, wie es in der Selbstdarstellung heißt, kann bei einer näheren Analyse keineswegs die Rede sein. Es schien damit nicht geeignet, die Grundlage für eine geänderte Politik der FPÖ zu bilden, in der nun glaubhaft liberale Prinzipien umgesetzt wurden. Die Partei bezeichnete sich nach wie vor als „national-freiheitliche Partei der Mitte“, in der im allgemeinen bereits bekannte Positionen wiederholt wurden: so bestehe die Aufgabe Österreichs darin „als ein Zentrum deutscher Kultur [...] an der Verteidigung und Entfaltung des Abendlandes mit(zu)wirken.“<sup>13</sup> Es wird auch wieder breiter Raum darauf verwendet zur „geistigen Überwindung des Kommunismus“<sup>14</sup> aufzurufen, woraus wieder die Forderung nach einer Mitgliedschaft in der EWG abgeleitet wird – und überhaupt, so wird resümiert, „die Treue zum Volk ist eine starke sittliche Kraft.“<sup>15</sup>

Vielmehr als neue Ideen im Sinne eines modernen Liberalismus festzuschreiben, hatte dieses kurze Programmpapier eher den Charakter eines aktionistischen Wahlprogramms, da darin wiederum gegen die großkoalitionäre Proporzwirtschaft agitiert und eben kaum pro-

---

<sup>11</sup> Stäuber, VdU und FPÖ S.233.

<sup>12</sup> Protokoll des VII. ordentl. Bundesparteitages der FPÖ vom 11. – 14. Juni 1964 S.110.

<sup>13</sup> Berchtold, Parteiprogramme S.510.

<sup>14</sup> ebd.

<sup>15</sup> Berchtold, Parteiprogramme S.512.



grammatische Grundsätze neu formuliert werden. Um wahren demokratischen Verhältnissen zum Durchbruch zu verhelfen („Österreichs Regierungssystem ist das Zerrbild einer Demokratie“) sei die FPÖ als „Partei der national-freiheitlichen Mitte und des sozialen Ausgleiches“ mehr denn je bereit „Mitverantwortung zu übernehmen, wenn durch die Mitbestimmung der FPÖ die Erfüllung wesentlicher freiheitlicher Ziele sichergestellt ist.“<sup>16</sup> Erstmals wurde somit der Wunsch nach einer grundsätzlichen Beteiligung an den Regierungsgeschäften offen ausgesprochen.

Zu diesem Zweck war es wohl erforderlich, der Partei ein neues moderneres Profil zu geben, jedoch – wie es ausdrücklich hieß – „ohne die Grundsätze der politischen und weltanschaulichen Programmatik der Freiheitlichen auch nur im geringsten zu ändern.“<sup>17</sup> Ideologische Kontinuität sollte also gewahrt bleiben, am Inhalt freiheitlicher Grundaussagen wurde kaum etwas geändert, sie erhielten lediglich, um zeitgemäß zu erscheinen, einen moderneren Anstrich. „Im Bewußtsein der Durststrecke, auf der sich die Partei derzeit befindet,“ – so ein zeitgenössischer Kommentar – „arbeitet die freiheitliche Parteiführung daran, die FPÖ mit dem Image einer jungen fortschrittlichen und dynamischen Partei auszustatten, die dem politischen Stil moderner Sachlichkeit verhaftet ist.“<sup>18</sup>

### **„Die freiheitliche Aufgabe in der modernen Welt“ – „Opposition allein ist zu wenig“**

Ergänzend zu den programmatischen Erklärungen und Beschlüssen dieses „Richtungsparteitages“<sup>19</sup> unternahm der Abgeordnete Gerulf Stix, der noch mehrmals durch Aussagen zur Programmatik der FPÖ hervortreten und auf diese einen entscheidenden Einfluss nehmen sollte, eine ideologische Standortbestimmung der Partei, indem er „die freiheitliche Aufgabe in der modernen Welt“ zu definieren versuchte.

In einem zweiteiligen Artikel in der Parteizeitung *Neue Front*<sup>20</sup> stellte er dem konservativen und sozialistischen Weltbild die freiheitliche Variante einer Weltanschauung als Alternative entgegen:

In dessen Zentrum stehe das Individuum als selbständiges Wesen sowie quasi als „Persönlichkeit auf höherer Ebene“ Familie und Volk, denn „diese sind die tragenden Lebensgemeinschaften, nicht aber irgendeine anonyme „Gesellschaft“, das „Kollektiv“. Diese Erkenntnis bedeute eine Hinwendung des Liberalismus zum „volklichen Denken“ und

<sup>16</sup> Berchtold, Parteiprogramme S.511.

<sup>17</sup> NF, 13.6.1964.

<sup>18</sup> Bruno Müller, Österreichs Freiheitliche im Schatten der Koalition. In: *Politische Studien* 157 (1965) S.32.

<sup>19</sup> Interessanterweise findet dieser wichtige Abschnitt in der programmatischen Entwicklung der FPÖ, der als erster Meilenstein auf dem Weg zu einem liberalen Selbstverständnis betrachtet wird, ausgerechnet in einer Broschüre (Kroupa, *Der freiheitliche Beitrag zur Geschichte Österreichs ...*) zur Geschichte des dritten Lagers aus der Zeit der „liberalen“ Ära Steger keine Erwähnung.

<sup>20</sup> NF, 22.8.1964 und 29.8.1964.

damit zur „modernen freiheitlichen Anschauung“. Schließlich wird erläutert, was freiheitlich sein heißt:

„modern sein – bewusst zugewandt unserer technisierten Welt, voll Bejahung ihrer Errungenschaften, fortschrittlich bemüht um ihre Probleme; die menschliche Persönlichkeit zum Maßstab in der Politik machen, ihr Lebensraum zu geben und zu sichern; die gewachsenen Gemeinschaften, allen voran Familie und Volk, um des Menschen willen unbeirrt zu schützen und in allen ihren Bereichen gerecht zu ordnen.“<sup>21</sup>

Die von Stix entwickelten Gedanken rund um das Dreistufenmodell Individuum – Familie – Volk sollten eine theoretische Grundlagendiskussion in Gang bringen, die die Basis für die freiheitliche Gesellschaftspolitik bilden und maßgeblichen Einfluss auf die programmatische Arbeit der Partei für die kommenden Jahre ausüben sollte.

Der Parteitag von 1964 markierte also insofern eine Zäsur in der Entwicklung des freiheitlichen Lagers nach 1945, als der Weg eröffnet wurde für den von Friedrich Peter bereiteten Kurs einer vorsichtigen liberalen Profilierung der FPÖ mit dem langfristigen Ziel die Partei aus der innenpolitischen Isolation zu führen. Für Erich Reiter hatte „mit dem Salzburger Bekenntnis 1964 [...] die FPÖ zweifellos eine gewisse Verbindung zwischen liberalen Wertvorstellungen und völkischem Denken geschaffen. Man kann sie daher von diesem Zeitpunkt an als national-liberale Partei klassifizieren.“<sup>22</sup>

Trotz der versuchten Imagepolitik durch verbale Bekenntnisse an die Tradition des politischen Liberalismus anzuknüpfen, blieb aber eine Verbindung zu rechtsextremen Aussagen und Veranstaltungen weiterhin bestehen, wobei eine entsprechende ideologische Standfestigkeit besonders in den verschiedenen freiheitlichen Teil- und Vorfeldorganisationen (etwa freiheitliche Studenten, freiheitlicher Akademikerverband, Turnerbund) zu beobachten war.

Innenpolitisch blieb die Partei jedoch nach wie vor von jeder Teilnahme am Machtprozess ausgeschlossen. Dennoch erfuhr die FPÖ insofern eine politische Aufwertung, als ihre Rolle als „Zünglein an der Waage“ im tagespolitischen Konkurrenzkampf der beiden Koalitionsparteien verstärkt ins Spiel gebracht wurde. Daraus ergaben sich für die FPÖ erstmals konkrete Chancen, aus ihrem innenpolitischen Schattendasein zu treten, als es im Zuge der sogenannten Habsburgkrise zu einem gemeinsamen Vorgehen der SPÖ mit der FPÖ und damit gegen die ÖVP kam. Entsprechende Äußerungen von Spitzenpolitikern beider Parteien, sowohl der SPÖ als auch der FPÖ ventilierten damals die Option einer kleinen Koalition,<sup>23</sup> allerdings erfüllten

---

<sup>21</sup> NF, 29.8.1964.

<sup>22</sup> Reiter, Programm S.71.

<sup>23</sup> siehe Piringner, Chronologie der FPÖ. Daten und Fakten. Band 1 / 1955–1979 S.28-30.

sich die Hoffnungen auf eine baldige Regierungsbeteiligung nicht, grundsätzliche Bedenken an der Basis beider Seiten verhinderten schließlich diese Möglichkeit der politischen Zusammenarbeit.

Die Wahl Willfried Gredlers zum Leiter der österreichischen Delegation im Europarat (Oktober 1963) und die Bestellung eines Freiheitlichen, Jörg Kandutsch zum Präsidenten des Rechnungshofes (April 1964), konnten aber als Anzeichen für eine erste innenpolitische Aufwertung der FPÖ angesehen werden.

Die sachte Öffnung der Partei hin zu einem liberalen Wählerpotential und die Anlehnungsversuche an den weltanschaulichen Gegner SPÖ erregten Vorwürfe von „Linkslastigkeit“ innerhalb der Partei. Nachdem aber alle Versuche des Zustandekommens einer wie auch immer gearteten Koalition misslungen waren, versuchte die Partei durch eine wiederum bewusstere oppositionelle Haltung quasi ihren Ruf wiederherzustellen.

Die Nationalratswahl im März 1966 brachte schließlich das Ende der in den letzten Jahren brüchig gewordenen großen Koalition und leitete das vierjährige Intermezzo der ÖVP-Alleinregierung ein, wobei der Erfolg der Volkspartei nicht so sehr der Ausdruck einer konservativen Mehrheitsentscheidung der Bevölkerung war, als eher die Folge einer internen Schwächeperiode der SPÖ. Für die FPÖ bedeutete die Wahl sowohl einen Verlust an Mandaten, als auch in der Folge die Perpetuierung ihrer Rolle als weitgehend isolierte Oppositionspartei. Aber „Opposition allein ist zu wenig“, so der Titel eines nach den Wahlen in der Neuen Front veröffentlichten Artikels, der auf prägnante Weise das Dilemma an der damaligen Situation der Partei zum Ausdruck brachte. Der Kurs des „nationalen Leisetretens“ wie ihn Friedrich Peter vorgegeben hatte, hatte nicht die gewünschten Erfolge gezeitigt, weder bei den Wählern noch auf innenpolitischer Ebene. Der Versuch, die Partei neu zu orientieren in Richtung zu einer liberalen Kleinpartei löste parteiintern zunehmend Missstimmung und Enttäuschung aus, was wiederum dem nationalen Flügel Auftrieb verschaffte.

### **Nationaler Widerstand: NDP, Nationalfeiertagsdebatte, Ischler Programm**

Am Parteitag im Oktober 1966 wurden diese Widerstände auch offen artikuliert. Vor allem Teile der „nationalen“ Studentenschaft, die sich durch besondere ideologische Prinzipientreue ausgezeichnet hat, stießen sich am neuen Stil der von Friedrich Peter geführten Partei und demonstrierten ihren Protest. Diese Situation führte schließlich zur Abspaltung dieser radikalen Kräfte von der FPÖ und zur Gründung einer eigenen rechtsgerichteten Partei, der NDP (Nationaldemokratische Partei) unter Führung Norbert Burgers, einer der nach der Be-

urteilung des DÖW bedeutendsten Organisationen des militanten Rechtsextremismus in Österreich.<sup>24</sup>

Um eine Abwanderung der nationalen Stammwählerschaft in das Lager Burgers zu verhindern, wurden von Seite der FP-Führung Erklärungen abgegeben, die von einem geistigen Naheverhältnis zwischen den beiden Parteien sprachen. „Mich trennt die Überzeugung, daß diese Splitterpartei in Österreich nicht notwendig ist. Ich bin nicht bereit, eine Abgrenzung vorzunehmen,“ und „kein Nationaler braucht zur NDP gehen. Die FPÖ bekennt sich ebenfalls zum deutschen Volkstum.“<sup>25</sup> Diese Aussagen des Parteiobmannes, auch wenn sie aus Furcht vor einem drohenden Wählerverlust getroffen wurden, lassen die Einschätzung Josef Hindels über ideologische Gemeinsamkeiten gerechtfertigt erscheinen: „Trotz schärfster Rivalität zwischen FPÖ und NDP stützen sich beide Parteien auf das gleiche deutschnationale Potential, auf die Minderheit jener Ewiggestrigen, die von einer österreichischen Nation nichts hören wollen und sich noch immer zum ‚deutschen Volkstum‘ bekennen.“<sup>26</sup> Der FPÖ ist es allerdings gelungen, nicht zuletzt aufgrund des zu extremistischen Auftretens der NDP die Mehrheit ihrer nationalen Stammklientel in den eigenen Reihen zu halten.

Nachdem die bisherigen Versuche der FPÖ, in die Regierung zu kommen, gescheitert waren und nun durch die veränderte Regierungssituation die Aussichten auf eine Regierungsbeteiligung noch geringer wurden, widmete sich die Partei – auch unter dem Eindruck des politischen und gesellschaftlichen Linkstrends Ende der 1960er Jahre – wieder intensiver der Pflege ihres ideologischen Erscheinungsbildes.

Im Jahr 1966 wurde in Österreich erstmals der 26. Oktober als arbeitsfreier Feiertag begangen. Bei den Verhandlungen um dessen gesetzliche Regelung stimmte die FPÖ gegen das Gesetz, weil sie der Bezeichnung „Nationalfeiertag“ nicht zustimmen konnte. Österreich wurde nach wie vor als deutscher Staat bezeichnet und die Existenz einer eigenständigen österreichischen Nation als bloße Erfindung einer „kleinen linksgedrallten Minderheit“ abgetan, „die in geschichtswidriger Weise und entgegen den Erkenntnissen der Wissenschaft eine österreichische Nation konstruieren will.“<sup>27</sup> In gleicher Weise äußerte sich auch Parteiobmann Peter, der für seine Partei unmissverständlich feststellte: „Die freiheitliche Fraktion kann sich [...] nicht zu einem österreichischen Nationalfeiertag bekennen, der nichts anderes

---

<sup>24</sup> Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, hrsg. Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Wien 1993) S.158-164.

<sup>25</sup> Friedrich Peter zit. nach Hans Werner Scheidl, Die Ära Friedrich Peter. In: Die Republik. Beiträge zur österreichischen Politik 1 (1979) S.27.

<sup>26</sup> Josef Hindels, Deutschnational oder liberal? Zur Ideologie der Freiheitlichen Partei. In: Zukunft. Sozialistische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur 6 (1981) S.22.

<sup>27</sup> Otto Scrinzi, Stenograph. Protokoll des NR. XI. GP., 19.Oktober 1966.

als eine Abkehr von der historischen Wahrheit darstellt. Aus diesem Grund sagt die freiheitliche Fraktion zum österreichischen Nationalfeiertag nein.<sup>28</sup>

In ähnlicher Weise äußerten sich auch die freiheitlichen Abgeordneten Scrinzi und Zeillinger, die in derselben Debatte von der „neu erfundenen und konstruierten österreichischen Nation,“ die „von den Chemikern und Manipulanten dieses Regierungssystems in der Retorte erzeugt worden ist,“ sprachen.<sup>29</sup> Das drastische Wort von der „ideologischen Missgeburt“<sup>30</sup> des späteren Parteivorsitzenden Jörg Haider steht damit fest in der Tradition der freiheitlichen Auffassung von der Ablehnung einer eigenständigen österreichischen Nation, wie sie für die Parteien des dritten Lagers nach 1945 zum festen programmatischen Bestandteil gehört.

Auch noch am Parteitag von 1968 agitierte Peter gegen die „lächerliche Geschichtsklitterung einer ‚österreichischen Nation‘.“<sup>31</sup> An diesem in Bad Ischl abgehaltenen Parteitag wurde ein neues Grundsatzprogramm (Bad Ischler Programm) verabschiedet, das in seiner ideologischen Ausrichtung gegen opportunistische Liberalisierungsversuche gerichtet war und wieder entsprechend altbekannte Positionen besetzt und fortgeschrieben hat. So sind an diesem Parteitag, der eine stärkere Anteilnahme der Parteimitglieder erlebte, mit einem deutlichen Überhang allein für nationale Belange an die 30 Initiativen eingebracht worden. Das Bekenntnis zur deutschen Volksgemeinschaft und zur deutschen Nation – gerade auch wegen der Diskussionen um die Einführung eines österreichischen Nationalfeiertages – stand dabei im Vordergrund.

Neben der traditionell starken Europaausrichtung wurde erstmals auch der Umweltschutzgedanke freilich auch als nationales Anliegen im Parteiprogramm verankert (Kap.6 Raum- und Lebensordnung). Wesentliche programmatische Innovationen brachte aber auch dieses neuformulierte Grundsatzpapier nicht. Es handelte sich hierbei eher um einen kurzen Schlagwortkatalog, der affirmativ im Sinn der Postulierung traditioneller Anliegen wirken sollte, als ein umfassendes Dokument zur Präsentation freiheitlicher Standpunkte zu den wichtigsten Lebens- und Politikbereichen sein zu wollen. Der Umstand, dass dieses Programm bis zum Beschluss des Salzburger Parteiprogramms von 1985, also schon weit in die Ära Steger hineinreichend, das offizielle Grundsatzprogramm der FPÖ bleiben sollte, machte die mangelnde Quantität und auch intellektuelle Bescheidenheit freiheitlicher Programmarbeit deutlich. Für Albert Kadan, der das Ischler Programm als liberal, egalitär, sozial, traditionsbewußt und skurril bezeichnete, „mutet diese freiheitliche

---

<sup>28</sup> Friedrich Peter, Stenograph. Protokoll des NR. XI. GP., 28.Juni 1967.

<sup>29</sup> Otto Scrinzi, Gustav Zeillinger, ebd.

<sup>30</sup> ORF „Sommergespräche“, August 1988 (Kurier, 19.8.1988).

<sup>31</sup> NF, 19.10.1968.

Plattform [...] im Vergleich zu anderen Grundsatzprogrammen als besonders dürftige Schlagwortproduktion mit starken Leerformelcharakter an, der ein gesellschaftsanalytischer Bezugsrahmen, welcher die Grundwerte und politischen Forderungen konkret begründbar machen würde, überhaupt abgeht.“<sup>32</sup> Die Bezeichnung skurril bezog er dabei wohl auf die Forderung, dass „die Außenpolitik für die Weltgeltung der abendländischen Völker einzutreten [hat]“ (Kap.4 Außenpolitik) und die Kulturpolitik als „besondere Aufgabe [...] die Erhaltung und Weiterentwicklung der deutschen und aller abendländischen Kulturwerte“ (Kap.9 Bildung und Kultur) zu erfüllen habe. Für die FPÖ sollte diese Passage aber – zumindest nach der Ansicht Erich Reiters – so interpretiert werden, „daß die FPÖ mit den genannten Ausdrücken einem kulturellen europäischen Traditionsbewusstsein entsprechen wollte.“<sup>33</sup> Trotzdem bleiben Begriffe wie Abendland oder Erbgesundheitspflege, wenn sie, wie im Fall dieses politischen Programms nicht näher erläutert oder kritisch untersucht werden, sondern unreflektiert als Postulate dahingestellt bleiben, „gefährliche“ Begriffe. In der Tat ist auch das mit eindeutigen politischen Bezügen belastete Wort von der Erbgesundheitspflege (Kap.7 Familie) der innerhalb des Programms am meisten umstrittene Begriff gewesen. Die Aufnahme dieses vom freiheitlichen Arzt und Politiker Otto Scrinzi, der nach Piringer „als überzeugter Nationaler und Experte für Volkstumsfragen sehr angesehen (war)“<sup>34</sup> reklamierten Passus hatte dieser mit den Worten gerechtfertigt: „Wird der Überwucherung der gesunden Bevölkerung durch Erbkranken nicht Einhalt geboten, machen wir uns schuldig, daß wir eine ganze Bevölkerung dem chronischen Siechtum ausliefern.“<sup>35</sup> Da hilft es auch nichts, wenn der Chronist der Partei in seiner „Geschichte der Freiheitlichen“ in der Rückschau kryptisch dazu anmerkt, dass es sich hier „um ein besonderes Anliegen Scrinzis (handelte), der sich dabei auf die große Gefahr der Erbschäden für die Volksgesundheit, auf Erkenntnisse der modernen Erbwissenschaft und auf die in anderen Staaten [...] gehandhabte Erbgesundheitspflege [...] berief.“<sup>36</sup>

Nicht zuletzt aufgrund solcher im offiziellen Parteiprogramm enthaltener Forderungen war es weiterhin möglich, der Partei rechtsextremes Gedankengut vorzuwerfen. Die Partei war mit diesem Text wieder von jeglichem Verdacht befreit, sich dem Liberalismus zu nähern, nach wie vor behielt sie das Image der ideologisch rechten und politisch isolierten Kleinpartei.

Auch wenn Aussagen, die für einen politischen Liberalismus sprachen, nun wieder zurückgenommen wurden und im Ischler Programm offensichtlich keine Erwähnung mehr

---

<sup>32</sup> Kadan, Republik 1 (1979) S.21.

<sup>33</sup> Reiter, Programm, S.72.

<sup>34</sup> Piringer, Geschichte S.131.

<sup>35</sup> NF, 19.10.1968.

<sup>36</sup> Piringer, Geschichte S.151.

fanden, widmete sich Friedrich Peter der Frage nach den Zukunftschancen des Liberalismus als Partei. „Die Liberalen Österreichs waren damals deutschbewußt, und der dynamische Teil der deutschbewußten Österreicher war liberal. Wer sich die Vielschichtigkeit des nationalen Lagers vor Augen hält, muß sogar in der Gegenwart seine signifikanten Merkmale liberaler Geisteshaltung und liberaler Verhaltensweise zur Kenntnis nehmen.“<sup>37</sup> Nach dieser historischen Einführung, in der die grundsätzliche ideologische Verbundenheit des nationalen Lagers mit dem Liberalismus im Österreich des 19. Jahrhunderts betont wird, kommt er auf die gegenwärtige Situation des Liberalismus in der österreichischen Parteienlandschaft zu sprechen: „Jene, die sich heute in Österreich als Liberale bekennen, stellen eine auf alle drei Parteien aufgeteilte kleine Minderheit dar und kommen als Gründer einer Liberalen Partei nicht in Frage. Und das [...], weil es auch unüberbrückbare Gegensätze zwischen den Merkantil liberalen der ÖVP, den Linksliberalen der SPÖ und den Nationalliberalen der FPÖ gibt [...] Waren die Nationalliberalen des vergangenen Jahrhunderts dem allgemeinen Zeitgeist entsprechend weitestgehend nationalstaatlich und nationalistisch orientiert, so ist heute der Nationalfreiheitliche der Pionier für den Durchbruch zur größeren Dimension der europäischen Zusammenarbeit. Denn wir wissen, daß Freiheit und Volkstum, [...] nur durch den Zusammenschluß mit jenen biologisch und kulturell verwandten Völkern gesichert werden kann, die auch ihre eigene Freiheit und ihren nationalen Charakter bewahren und weiterentwickeln wollen.“<sup>38</sup> Liberalismus wird also im Zusammenhang mit der zentralen nationalen Forderung als Durchsetzung der Freiheit in einem auf der Grundlage der Völker selbstbestimmung zu vereinenden „abendländischen“ Europa interpretiert.

### **Zusammenfassung**

Bedingt durch die geänderte Regierungssituation nach den Nationalratswahlen 1966 wurde die FPÖ, nachdem sie sich in den Jahren zuvor noch Hoffnungen auf eine Regierungsbeteiligung hatte machen dürfen, wieder auf ihre innenpolitische Ghetto position verwiesen.

Obwohl sie als kleinere Oppositionspartei (in der Zeit der ÖVP Alleinregierung) noch mehr ins politische Abseits gedrängt zu werden drohte, war es ihr gelungen, durch eine Reihe von parlamentarischen Kampagnen und Initiativen politisch an Ansehen zu gewinnen. Die Einrichtung eines Ombudsmannes, die Entpolitisierung der elektronischen Medien, die Schaffung proportional repräsentativer Wahlbezirke etc. waren Leistungen, die auch in den heimischen Medien – etwa in der Schlagzeile „Kleine 6 ganz groß“ in Anspielung auf die sechs im Parlament vertretenen Abgeordneten – ihr Echo fanden. Auch die Forderung nach

---

<sup>37</sup> NF, 16.11.1968.

<sup>38</sup> ebd.

einem Ausbau der mittelbaren Demokratie sowie ihr Auftreten gegen die Pflichtmitgliedschaft der Kammern und gegen die Parteipolitisierung der Bürokratie konnten als Indiz für den demokratischen Reifeprozess der freiheitlichen Partei angesehen werden.

Am programmatischen Profil der FPÖ hatte sich jedoch grundsätzlich kaum etwas geändert. Positionen, wie sie noch am Parteitag von 1964 eingenommen wurden und dazu angetan sein mochten, der Partei eine liberalere Orientierung zu geben, traten am Ende der 1960er Jahre wieder in den Hintergrund zugunsten einer stärkeren Akzentuierung traditioneller nationaler Anliegen.

Die Verabschiedung des Ischler Programms von 1968 kann dafür durchaus als Beleg gelten, hatte es doch eigentlich nur die wesentlichen Aussagen des von starken nationalen Elementen geprägten Klagenfurter Programms aus dem Jahr 1957 in bündiger Form zusammengefasst und damit ein weiteres mal die „relative Rückständigkeit der FPÖ als Programmpartei bezeugt“ (Kadan).

In diesem Dokument sollte nach eigener Definition eine „idealistische Weltanschauung“ vertreten werden, in der es das Ziel freiheitlicher Politik sei, „national, freiheitlich, sozial und europäisch auf der Grundlage echter Volksgemeinschaft“ zu wirken. Trotz wiederholter mündlicher Erklärungen, den Liberalismus als weltanschauliches Standbein – wenn auch in ideologischer Symbiose mit nationalen Grundforderungen – für sich zu beanspruchen, fand der Begriff weiterhin keine Aufnahme in den offiziellen Programmbestand der FPÖ.

Tatsächlich herrschten, auch wenn sämtliche politische Lager seit dem Jahr 1945 einem Liberalisierungsprozess unterworfen waren, in der FPÖ (und nicht nur dort) akute Berührungängste<sup>39</sup> mit dem Wort liberal, wie auch der Parteihistoriker feststellt, wenn er schreibt, dass „das Wort ‚liberal‘ [...] lange Zeit keine Rolle (spielte) oder [...] sogar bewusst vermieden (wurde).“<sup>40</sup>

Der Versuch, sich mit diesem Programm einerseits als Koalitionspartner anzubieten und andererseits sozial aufstrebende Schichten anzusprechen, erwies sich jedoch als trügerisch. Bei den Nationalratswahlen 1970 erreichte die Partei des dritten Lagers mit 5,4 % der Stimmen das zweitschlechteste Wahlergebnis seit 1949 und schien mehr denn je im Abseits der innenpolitischen Bühne zu verkümmern.

<sup>39</sup> siehe Müller, Politische Studien 157 (1965) S.28-32.

Darin beschreibt der Autor historisch motivierte Ressentiments gegenüber dem Liberalismus, die sich „in einer für die Mentalität des Österreichers typischen Hartnäckigkeit bis heute erhalten“ hätten. Dies sei auch der Grund, warum sich – so Müller – „auch das dritte Lager nicht ‚Liberale Partei‘, sondern ‚Freiheitliche Partei Österreichs‘ (FPÖ) (nennt)“ [...] „und auch die Vertreter der beiden anderen Parteien, ÖVP und SPÖ, sprechen in ihrer Öffentlichkeitsarbeit selten von liberalen, dafür umso mehr von freiheitlichen Werten.“

<sup>40</sup> Piringer, Geschichte S.218.



#### IV. POLITISCHE AKZEPTANZ UND IDEOLOGISCHE PROFILIERUNG (1970-1986)

Mit dem Jahr 1970 änderte sich die innenpolitische Situation des Landes grundlegend.

Die Nationalratswahlen leiteten mit einer nicht erwarteten Mandatsmehrheit für die SPÖ unter ihrem Parteivorsitzenden Bruno Kreisky die Phase einer langjährigen sozialistischen Hegemonie in Österreich ein.

Auch für die FPÖ hatte dieses Wahlergebnis weitreichende Folgen. Die Partei hatte sich zwar durch die Erklärung, keinesfalls mit der SPÖ sondern nur mit der ÖVP im Falle eines Sieges eine Koalition eingehen zu wollen, einseitig festgelegt<sup>1</sup> und damit die Chance auf eine Zusammenarbeit mit der siegreichen SPÖ vertan; doch schon bald kam es im Gefolge dieser Wahl zu Kontakten zwischen SPÖ und FPÖ, deren Ergebnisse der FPÖ eine ungeahnte innenpolitische Aufwertung brachten. Als Unterstützung für die Minderheitsregierung Kreisky kam es schließlich zum Abschluss der kleinen Wahlrechtsreform, der Verwirklichung eines jahrelangen politischen Wunschtraumes der FPÖ, nachdem bereits diesbezügliche Parteienvereinbarungen mit der ÖVP 1957 und der SPÖ 1964 gescheitert waren. Der Beschluss der Wahlrechtsreform, als "Meilenstein in der Geschichte der FPÖ"<sup>2</sup> gefeiert, wurde als entscheidende Zäsur angesehen aus der Sackgasse politischer Isolation heraus und hin zu mehr Mitgestaltung und Zusammenarbeit: "Mit der Realisierung der Wahlrechtsreform wurden Tatsachen geschaffen, die im Bundesparteivorstand ihre Wirkung nicht verfehlten und zu einer partiellen Unterstützung der sozialistischen Minderheitsregierung einschließlich der Unterstützung für das Budget 1971 führten. Somit waren die langen Jahre der ‚Fundamentalopposition‘ beendet und der Weg für eine ‚differenzierte Oppositionspolitik‘ der Freiheitlichen frei."<sup>3</sup>

Die politische Konstellation und die besonderen gegenseitigen Präferenzen zwischen Peter und Kreisky machten die Bildung einer kleinen Koalition wahrscheinlich, doch die kommenden Erfolge der SPÖ (bei den Nationalratswahlen 1971 und 1975) erübrigten aufgrund der Aussicht mit absoluter Mehrheit zu regieren, diese Regierungsvariante. Aber auch ohne das große Ziel der Regierungsbeteiligung erreicht zu haben, wird die Zeit der SPÖ-Minderheitsregierung von 1970 als "politische Blütezeit für die FPÖ" bezeichnet.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Die Erklärung vom 16.1.1970, die unter dem Motto stand: "Kein roter Bundeskanzler, kein schwarzes Österreich – dann stimmt die Richtung", bezeichnete Peter im nachhinein als "Fehlentscheidung, die ich für die schwerste in meiner Parteibemannschaft halte."  
Peter, 30 Jahre FPÖ S.52.

<sup>2</sup> Die existenzielle Bedeutung der Durchsetzung der Wahlrechtsreform bestand für die FPÖ als kleiner Partei in einer wesentlichen "Verbilligung" der Mandate. Brauchte man bei den Wahlen 1970 noch 42 238 Stimmen für ein Parlamentsmandat, so reichten bei den ein Jahr später bereits nach dem neuen Wahlmodus geschlagenen Wahlen schon 24 847 Stimmen.

<sup>3</sup> Friedrich Peter, zit. nach Anton Pelinka, Die kleine Koalition. SPÖ-FPÖ 1983-1986 (Wien/Köln/Graz 1993) S.24.

<sup>4</sup> Piringer, Geschichte S.178.

Auch wenn die Partei an politischem Gewicht zu gewinnen schien, fehlte es ihr weiterhin an ideologischem Profil. "Eine der unleugbaren Schwächen des freiheitlichen Lagers der Zweiten Republik bestand von Anfang an im Fehlen aussagekräftiger Programme."<sup>5</sup> Das Ischler Parteiprogramm von 1968 konnte aufgrund seiner inhaltlichen Dürftigkeit nicht den Anspruch erheben als modernes auf die Herausforderungen der Zeit adäquat antwortendes politisches und weltanschauliches Grundsatzpapier zu gelten. Doch die Weichen für eine neue ideologische Profilierung wurden bereits bald danach gestellt.

Mit der Erstellung der „Formel 70“, einer Wahlplattform, die bestehend aus den Themenschwerpunkten Gesellschaft, Bildung, Aufstieg und Europa über eine herkömmliche Aussage zur Nationalratswahl 1970 hinausgehend eine umfassendere gesellschafts-politische Zielvorstellung für Österreich sein wollte, wurden wichtige inhaltliche Vorarbeiten geleistet für eine erneuerte ideologische Standortbestimmung der Partei.<sup>6</sup>

Ausgehend von einer nach der Wahlniederlage 1970 vorgelegten kritischen Schrift des Tiroler Parteiobermannes Gerulf Stix mit dem Titel "Ein politisches Konzept für die Freiheitliche Partei Österreichs", einer Situationsanalyse der Partei, in der sich dieser für einen klar definierten weltanschaulichen Standort, den es bisher nicht gegeben habe, aussprach und weniger taktische Überlegungen im Vordergrund sehen wollte, widmete sich die Partei nun auch wieder verstärkt der programmatischen Grundlagenarbeit, wobei der Strategie der liberalen Öffnung, wie sie von Friedrich Peter in den 1960er Jahren begonnen wurde, konsequenter gefolgt werden sollte.

### **Generationswechsel und Intellektualisierung. Der Atterseekreis**

Stix, der der Partei gemäß der Zielaussage im Wahlkampf 70 auch inhaltlich eine Richtung geben wollte, kritisierte in seinem Papier unter anderem, dass es der FPÖ "an geistiger Führung mangle". Um diesem Manko abzuwehren und die für die Anerkennung als vollwertiger politischer Partner nötigen intellektuellen Voraussetzungen zu schaffen, wurde von Friedrich Peter der sogenannte Atterseekreis ins Leben gerufen, eine neue sich betont liberal gebende innerparteiliche Gruppierung. Die FPÖ sollte in ihrer Gesamtheit verstärkt ein liberales Erscheinungsbild erhalten, um auf diese Weise Ansehen zu gewinnen und als potentielle Regierungspartei reüssieren zu können. Nach Peter, "nahm (der Atterseekreis) gegenüber Führungsfunktionären mit betont national-konservativer Einstellung eine kritische Haltung ein und verstärkte das liberale Element, was meinen persönlichen Vorstellungen bezüglich der Notwendigkeit eines neuen politischen Leitbildes in Richtung einer künftigen Regierungspartei entsprach."<sup>7</sup>

---

<sup>5</sup> Piringer, FA 2 (1974) S.53.

<sup>6</sup> „Formel 70“ (Wahlprogramm zur NRW 1970). In: Reiter, Programm S.190-204.

<sup>7</sup> Peter, 30 Jahre FPÖ S.63.

Hinsichtlich dieser Zielsetzung sollte auch der Einfluss der verschiedenen nationalen Vorfeldorganisationen, insbesondere der Freiheitlichen Akademikerverbände und des immer weiter nach rechts driftenden Rings freiheitlicher Studenten (RFS) zurückgedrängt werden.<sup>8</sup> (dabei beklagte der Parteiobmann die mangelnde Bereitschaft des RFS, den Kurs der Mutterpartei nachzuvollziehen und mitzutragen.) "Die abnehmende geistige und personelle Potenz des RFS machte es bereits zu meiner Zeit als Bundesparteiohmann notwendig, Überlegungen anzustellen, wie sich die FPÖ einen besseren Zugang zu den an den Universitäten Studierenden und zu jungen Akademikern verschaffen kann."<sup>9</sup>

Als wichtigste Integrationsfigur bei der im Jänner 1971 erfolgten Konstituierung des Atterseekreises als "politisch-wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft der FPÖ", so die offizielle Namensgebung, fungierte Friedhelm Frischenschlager, einer jener jungen Politiker, der zu Anfang der 1970er Jahre einen Generationswechsel innerhalb des Führungskaders der FPÖ erkennen ließ. Neben Frischenschlager sind in diesem Zusammenhang unter anderen noch die Namen, Steger, Schender, Krünes, Kier und Bauer zu nennen. Ein verjüngter Funktionärsapparat konnte zudem als Argument eingesetzt werden gegen den Vorwurf, die Partei sei immer noch ein Sammelbecken von alten Nazis und ewiggestrigen Nationalromantikern, die überwiegend von den Erlebnissen des Weltkrieges und einer damit verbundenen „soldatischen Gesellschaftsordnung“ (Scrinzi) geprägt waren.

Der Atterseekreis hatte als intellektueller Brain-Trust vielmehr die Aufgabe "Anlaufpunkt, Sammelstelle und Kontaktorgan zu sein, um einem weiteren Substanzverlust an wissenschaftlich und kulturell Arbeitenden bzw. an Jungakademikern entgegenzuwirken und eventuell einen organisatorischen Kern zu schaffen, der als Kristallisationspunkt für diesen Personenkreis dienen sollte."<sup>10</sup>

### **Das Freiheitliche Manifest zur Gesellschaftspolitik**

Um der politischen Aufwertung der FPÖ eine entsprechende programmatische Erneuerung der Partei folgen zu lassen, sollte der Atterseekreis in seiner Eigenschaft als weltanschaulich-ideologisches Diskussionsforum für die programmatische Entwicklung der FPÖ wichtige Impulse setzen, die schließlich zur Vorlage des "Freiheitlichen Manifestes zur Gesellschaftspolitik"<sup>11</sup> von 1973 führten. "Nicht zuletzt durch den gesellschaftlichen Strukturwandel bedingt wurde [...] in der FPÖ erstmals ein konkrete gesellschaftliche Vorstellungen kenntlich machendes Grundsatzprogramm diskutiert und vorgestellt."<sup>12</sup>

<sup>8</sup> siehe den Beitrag über die Junge Rechte (profil 3, 2.2.1973).

<sup>9</sup> Peter, 30 Jahre FPÖ S.63.

<sup>10</sup> Erich Reiter, Der Atterseekreis innerhalb der Freiheitlichen Partei. In: ÖJP (1982) S.107f.

<sup>11</sup> Freiheitliches Manifest zur Gesellschaftspolitik, hrsg. Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) (Wien o.J.).

<sup>12</sup> Perchinig, National oder liberal S.84.

Mit der Beschlussfassung des Manifestes, das offiziell (allerdings nur) als Ergänzung und inhaltliche Ausweitung des weiterhin gültigen Ischler Programms gedacht war, schien die Phase der "programmatischen Dürftigkeit" (Reiter) der FPÖ überwunden zu sein. Friedhelm Frischenschlager, einer der Hauptprotagonisten des Atterseekreises, verkündete selbstbewusst, dass mit der Ausarbeitung und Präsentation des Manifestes als des wegen "seines Umfangs und seiner inhaltlichen Aussagekraft eigentlichen Parteiprogrammes" nunmehr "die FPÖ die Entwicklung zu einer Programmpartei abgeschlossen (habe)."<sup>13</sup>

Tatsächlich wurden mit der Beschlussfassung des Manifests im September 1973 die programmatisch-weltanschaulichen Vorstellungen und Positionen der Partei in der bisher ausführlichsten Form vorgelegt, worin auch seine eindeutige qualitative Höherwertigkeit im Vergleich zu den vorangegangenen programmatischen Produktionen besteht, und "erstmalig in der Geschichte fand eine wirklich breite innerparteiliche Diskussion über ein Programmdokument statt".<sup>14</sup>

Bei näherer Analyse dieses als liberal gepriesenen Manifestes stellt sich allerdings heraus, dass diese Klassifizierung nur bedingt aufrechtzuerhalten ist. Das Wort liberal bleibt weiterhin verpönt und scheint im gesamten Text nicht einmal auf. Dazu kommt als wesentliches Charakteristikum des Manifestes sein dem liberalen Gleichheitsgrundsatz der Aufklärer widersprechendes Bekenntnis zur Ungleichheit als eines natürlichen Zustandes, der sich aus der Verschiedenheit der Individuen als "Folge persönlicher Freiheit und Verantwortung" ergibt, wobei aber freilich ökonomisch und sozial bedingte Ungleichheitsverhältnisse bezüglich unterschiedlicher Entwicklungsmöglichkeiten nicht berücksichtigt werden und eine Auseinandersetzung mit dieser Problematik mit dem Verweis auf "Gleichmacherei" als dem "Feind der Freiheit" verweigert wird.

Neben diesem deutlich antiegalitären Zug scheint auch eine durchdringende weite Bereiche umfassende Demokratisierung kein politisches Anliegen für die Partei zu sein, denn schließlich enthält das Manifest keine (ausdrückliche) Stelle, "welche Partizipation und fortlaufende gesellschaftliche Demokratisierung als eigenständigen Grundwert heraushebt oder dieser Interpretation erschließt."<sup>15</sup>

Die Propagierung des Bildes vom organischen Aufbau der menschlichen Gesellschaft im Sinn eines Stufenbaus Individuum – Familie – Volk sowie die nationale und liberale Gedanken harmonisch (zu) verbindende Idee von der sozialen Volksgemeinschaft lassen den Einfluss der programmatischen Gedanken von Gerulf Stix erkennen, die dieser im Ge-

---

<sup>13</sup> Frischenschlager, ÖZP (1978) S.215.

<sup>14</sup> Kadan – Pelinka, Grundsatzprogramme S.41.

<sup>15</sup> Kadan – Pelinka, Grundsatzprogramme S.54.

folge des Parteitages von 1964 entwickelt hatte und damit den programmatischen Diskussions- und Entwicklungsprozess wesentlich mitinitiiert hat.

Eine nicht unwesentliche Motivation beim Versuch ihrer programmatischen Profilierung bezog die Partei auch aus der kurz zuvor bei der bundesdeutschen FDP vollzogenen ideologischen Reformierung. Der Einfluss der 1971 verabschiedeten "Freiburger Thesen zur Gesellschaftspolitik"<sup>16</sup> war zwar vorhanden, blieb aber im inhaltlichen Bereich doch begrenzt. Aus der FPÖ war keine österreichische FDP zu machen. Schon aus historischen Gründen war ein direkter Vergleich zwischen diesen beiden "Schwesterparteien" unzulässig. Die FPÖ als indirekte Nachfolgepartei der NSDAP war somit weiterhin mit der Tradition des österreichischen Nationalsozialismus verwurzelt. Dieses nationale Traditionselement findet sich in den Freiburger Thesen nicht. Hingegen zeigt ein Vergleich der beiden Dokumente, dass das FDP-Programm im Gegensatz zu den oben skizzierten Positionen im freiheitlichen Manifest auf der Grundlage der klassischen Parole der Aufklärer ausdrücklich die Demokratisierung der Gesellschaft und die Durchsetzung der Ideen und Prinzipien eines sozialen Liberalismus zu ihren vorrangigsten Zielen erklärt. "Die Phase der Demokratisierung und Liberalisierung, [...], entspringt aus einem gewandelten Verständnis der Freiheit, das dem modernen Liberalismus die neue politische Dimension eines nicht mehr nur Demokratischen, sondern zugleich Sozialen Liberalismus erschließt."<sup>17</sup>

Ebenso wird der Freiheitsgedanke im Zusammenhang mit der Rolle des Individuums auch in seiner sozialen Verantwortung stärker betont und steht damit dem antiegalitären Charakter des Manifestes gegenüber, das sich ja bewusst zur Ungleichheit bekennt. "Freiheit bedeutet für den modernen Liberalismus, [...], nicht länger die Freiheit eines aus der Gesellschaft herausgedachten, dem Staate entgegengesetzten autonomen Individuums, sondern die Freiheit jenes autonomen und sozialen Individuums, wie es als immer zugleich einzelhaftes und gesellschaftliches Wesen in Staat und Gesellschaft wirklich lebt."<sup>18</sup>

Die FPÖ hingegen "verschrieb sich einem national betonten, gegenüber dem der FDP entscheidend eingeschränkten Liberalismusverständnis, das, wie schon das Bad Ischler Programm, die Rolle der als ‚Aktivelement‘ bezeichneten sozialen Aufsteiger elitär betonte."<sup>19</sup>

<sup>16</sup> Dieses Programm einer liberalen Gesellschaftspolitik, das unter der wesentlichen geistigen Patronanz linksliberaler Politiker wie Maihofer und Flach zustandekam, wurde auf dem F.D.P.-Parteitag vom 25.-27. Oktober 1971 in Freiburg i.B. beschlossen. Politisches Ziel des Programms war es, hinsichtlich der im Oktober 1969 geschlossenen Koalition mit der SPD (Schmidt-Scheel) ein stärkeres inhaltliches Fundament für die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten zu schaffen.

<sup>17</sup> Die Freiburger Thesen der F.D.P. zur Gesellschaftspolitik (Bonn, o.J.) S.6.

<sup>18</sup> ebd.

<sup>19</sup> Perchinig, National oder liberal S.85.

Fußend auf dem Freiheitsbegriff des Wirtschaftswissenschaftlers Friedrich v. Hayek<sup>20</sup> versuchten die Programmatiker der FPÖ den Begriff der politischen Freiheit in einer auf Wechselwirkung beruhenden Symbiose mit nationalen Interessen als Ordnungskomponente zu deuten. Das Schlagwort von der "Freiheit im Rahmen einer Ordnung" postuliert demnach die freiheitliche "These von der besonderen Wechselbeziehung zwischen freiheitlicher Lebensordnung und nationaler Lebenskraft" (Stix)<sup>21</sup>. Freiheit wird also nicht im liberal-egalitären Sinn gedeutet wie bei der deutschen FDP, sondern als national-elitäre Sache interpretiert. Das sogenannte Aktivelement, das in allen Gesellschaftsschichten und Berufssparten zu finden sei, sei vielfach durch Lebenskraft, Lebensmut, Selbstvertrauen, Schaffens- oder Wissensdrang, Mut zur Veränderung und dem "Streben nach Höherem" ausgezeichnet und bilde so den "Motor der Gesellschaft" im Gegensatz zu dem "eher auf Anpassung bedachten Mitmenschen", dem das "Wunder der Freiheit" und somit auch nicht ihr "Geheimnis" ("Freiheit zündet.") bewusst werden könne. "Ein Volk, in welchem sich die Masse der Bürger darauf verläßt, von Staats wegen aufgepäppelt und ein Leben lang versorgt zu werden, ist [...] in seiner Lebenskraft ernstlich gefährdet. [...] Die innere Freiheit einer Gesellschaftsordnung wird so zu einem Element der Volkserhaltung."<sup>22</sup> – "Dieser Biologismus, der dem anderen Teil der Bevölkerung implizit den ‚Lebenswillen‘ abspricht, kann den dahinterstehenden Rassismus kaum verdecken,"<sup>23</sup> urteilten Kritiker.

Friedhelm Frischenschlager kam nach einem Vergleich beider Programme für seine Partei folgerichtig zu dem Schluss, "daß sie innerhalb des liberalen Spektrums weiter rechts steht als zum Beispiel die FDP" und dies auch "ihre erklärte Absicht (sei)."<sup>24</sup> Auch für Erich Reiter war die FPÖ zu diesem Zeitpunkt als "rechtsliberal"<sup>25</sup> einzustufen, und für den Jungpolitiker Jörg Haider befand sich die Partei nach der Verabschiedung des Manifestes im europäischen Vergleich in einer „Übergangsphase vom besitzbürgerlichen Liberalismus zum sozialen Liberalismus.“<sup>26</sup> Nach Anton Pelinka, dem wegen seiner kritischen Haltung schon früh als "Anti-FPÖ-Experten"<sup>27</sup> geschmähten Politologen, wurde mit dem Manifest der programmatische "Übergang von der alten zur neuen Rechten" vollzogen: Der kollektive sei durch einen individuellen Anti-Egalitarismus abgelöst worden.

<sup>20</sup> Friedrich von Hayek, Die Verfassung der Freiheit (Tübingen 1971).

<sup>21</sup> Siehe Stix, FA 3 (1974) S.1-7.

<sup>22</sup> Stix, FA 3 (1974) S.7.

<sup>23</sup> Erwin Riess – Norbert Winkler, Die österreichischen Parteiprogramme seit 1945. In: Zwischen Koalition und Konkurrenz. Österreichs Parteien seit 1945, hrsg. Peter Gerlich – Wolfgang C. Müller (Wien 1983) S.213.

<sup>24</sup> Frischenschlager, ÖJP (1980) S.162.

<sup>25</sup> „Man wird die FPÖ aufgrund des Manifestes heute als eine demokratische, dem Rechtsstaat und insbesondere dem Parlamentarismus verpflichtete Partei beurteilen können, deren Standort in der Wirtschafts- und Sozialpolitik als rechtsliberal einzustufen ist.“ Reiter, Programm S.74.

<sup>26</sup> Jörg Haider, Liberalismus in Europa. In: FA 10 (1976) S.3,5.

<sup>27</sup> NFZ, 4.8.1973.

Dieser programmatische Transformationsprozess wäre die Anpassung an den generationsbedingten Strukturwechsel, der die Partei am Anfang der 1970er Jahre erfasste. "Die alte Generation, die in ihrer großen Mehrheit ihre entscheidende Prägung durch den Nationalsozialismus erfuhr, ist im Abtreten. Die neue, nachrückende Generation hält nicht mehr viel von teutonischen Sprüchen, von Antisemitismus,"<sup>28</sup> so der Politikwissenschaftler. Der Generationswechsel diente auch dem Parteichef als Argument bei der Beantwortung auf die ständige Frage nach dem ideologischen Charakter der Partei: "Wer 60 und mehr Lebensjahre zählt, kommt von der völkischen Entwicklung der Zwischenkriegszeit her und wird schwerpunktmäßig dem Begriff ‚national‘ zugeordnet, was nicht ausschließt, daß er ein ebenso guter Freiheitlicher ist. Ich zähle 52 Jahre, wer jünger ist als ich, orientiert sich mehr an der freiheitlich-liberalen Linie, denkt vielfach genauso wie ich, daß unsere Muttersprache Deutsch ist."<sup>29</sup>

Trotz seines liberalen Anspruchs enthielt das Manifest noch durchaus deutschnationale Reste, "der nationale Gedanke wurde durch die Formel des Bekenntnisses zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft ebenfalls wieder übernommen", wobei dieser aber "in Gestalt einer positiven Bewertung von ethnischen Gemeinschaften und in der Forderung nach Bewahrung der geistigen und kulturellen Eigenart der Völker zum Ausdruck"<sup>30</sup> kam und insofern eine leichte Wandlung erfahren hat.

Zudem blieb auch der programmatische Einfluss Otto Scrinzis erhalten, wenn im Kapitel Frau und Familie des Manifestes weiterhin von Volksgesundheit und Erbgesundheitspflege die Rede ist.

Auf die Frage nach dem nationalen Charakter der Partei antwortete Frischenschlager resümierend, dass sich mit der Vorlage des gesellschaftspolitischen Manifests alle diesbezüglichen Spekulationen und Verdächtigungen zweifelsfrei erübrigt hätten: „klare Absage an die historisch überholte Nationalstaatsideologie, Bekenntnis zur Gleichwertigkeit der Völker, Eintreten für ethnische Minderheitsrechte etc. Hieraus kann nur der Übelwollende Chauvinismus, Rassismus oder Anschlußideologie herauslesen.“<sup>31</sup> Auf jeden Fall bildete das Manifest auf programmatischer Ebene ein quantitativ und qualitativ deutlich überlegenes Gegengewicht zum rechtskonservativen Ischler Parteiprogramm.

Der neue Kurs fand jedoch nicht die ungeteilte Zustimmung aller Parteimitglieder. Der damalige Vorsitzende des Rings freiheitlicher Jugend (RFJ) Jörg Haider wies etwa in einer Replik auf einen Artikel von Herbert Kraus, in dem dieser die geänderte liberale Gesinnung

---

<sup>28</sup> profil 15, 20.7.1973.

<sup>29</sup> profil 16, 3.8.1973.

<sup>30</sup> Mommsen-Reindl, Österreich S.452.

<sup>31</sup> Friedhelm Frischenschlager, Programmentwicklung der FPÖ – aber wie? In: FA 1 (1981) S.9.

der Partei verteidigte, dem Liberalismus bloß die "Funktion eines Bauelementes" zu: "als junger Mensch kann ich mich mit der ‚Andeutung‘ der ‚freiheitlichen Position‘ als geistiges Gebäude liberaler Menschen Österreichs nicht zufrieden geben [...]"<sup>32</sup> So kam es auch unter den Nationalen zu vereinzelt Sammlungsversuchen, die sich als ideologische Gegenbewegung zu liberalen Profilierungstendenzen verstanden.<sup>33</sup> "Die Alt-Nationalen trachteten die Latent-Nationalen aufzuputzen, um der Entideologisierung und der ‚I-bin-I-Richtung‘ (Karl Peter) des Bosses den Kampf anzusagen."<sup>34</sup>

Die FPÖ hatte sich zwar nach außen ein liberales Image gegeben, um Regierungsreife zu demonstrieren, doch ein grundlegend ideologischer Gesinnungswechsel unter den Funktionären und den Wählern der Partei konnte damit freilich nicht erreicht werden. Eine Anfälligkeit für rechtsextremistische Inhalte blieb nach wie vor bestehen, nicht wegen des Programms, sondern wegen der unveränderten Geisteshaltung mancher Anhänger und Parteigänger. Der Umstand, dass das Manifest (unter der Ergänzung der für ein Gesamtprogramm notwendigen Bereiche Außen- und Wirtschaftspolitik) nicht in den Rang eines offiziellen Parteiprogramms erhoben wurde, mag als Indiz dafür gewertet werden, das Verhältnis zur nationalen Basis nicht zu belasten und für sie weiterhin ideologische Kontinuität im Sinn des nationalen Ischler Programms zu signalisieren. Dementsprechend meinte der stellvertretende Parteiobmann Tassilo Broesigke in einem ORF Interview auf die Frage, ob sich die FPÖ mit dem Manifest ein liberales Bild erarbeitet habe, dass "es überhaupt ein Irrtum (wäre), wenn man meinen würde, daß die Freiheitliche Partei hier programmatische Änderungen vornimmt."<sup>35</sup>

Nach wie vor bildete die Partei ein Konglomerat von nationalen, konservativen, liberalen und reformerischen Ideen. In einer Serie der Zeitschrift "Berichte und Informationen" über den Zustand der österreichischen Parteien aus dem Jahr 1973 wurde der programmatische Standort der FPÖ folgendermaßen beschrieben: "Feindschaft gegen den nivellierenden Wohlfahrtsstaat, gegen die großen anonymen Apparate, gegen die fortschreitende öffentliche Unsicherheit, gegen die gesellschaftlichen und kulturellen Auflösungserscheinungen, gegen die ‚weiche Welle‘ in der Justiz und in der Wehrpolitik, eine gewisse Sympathie mit dem, was man einst mit dem Begriff ‚Deutschland‘ verband (Ordnung, Disziplin, Fleiß, Militär, wirtschaftliche Weltmacht), Abwehr gegen europafeindliche Kräfte oder zumindest

<sup>32</sup> Leserbrief Jörg Haider (NFZ, 20.1.1973).

<sup>33</sup> siehe Wolfgang Neugebauer, Die FPÖ: Vom Rechtsextremismus zum Liberalismus? In: Rechtsextremismus in Österreich nach 1945, hrsg. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Wien 1981) S.311.

<sup>34</sup> profil 12, 4.4.1974. Karl Peter, während der Zwischenkriegszeit Obmann des "Antisemitenbundes" und bis 1970 FPÖ-Gemeinderat, war nach seinem Parteiaustritt Herausgeber der Zeitschrift "Der verrätene Freiheitliche. Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Funktionäre, Mitglieder und Wähler der FPÖ."

<sup>35</sup> NFZ, 25.8.1973.



gegen den Kommunismus, aber auch hausbackene nationale Vereinstradition und schließlich das spezifische Klima kleiner Bundesländer."<sup>36</sup>

### **Erbe und Berufung auf eine Tradition des nationalliberalen Lagers**

Nach der Veröffentlichung des Freiheitlichen Manifests markierte das Jahr 1974 einen weiteren Meilenstein auf dem Weg einer liberalen Identitätsfindung für die FPÖ. Zu diesem Zeitpunkt erfolgte anlässlich des 25-jährigen Gründungsjubiläums des VdU erstmals die ausdrückliche Betonung einer politischen Tradition auf das national-liberale Lager seit 1848.<sup>37</sup> Durch diese bewusste ideologische Anbindung stellte sich die FPÖ in eine Traditionskette von den Parteien des Liberalismus in der Monarchie, über den Deutschen Nationalverband 1910 bis zu den Gruppierungen des dritten Lagers in der Ersten Republik, der Großdeutschen Volkspartei und dem Landbund.

Bei der Herstellung einer ideellen Kontinuität über den Liberalismus erwies sich die FPÖ allerdings großzügig im Umgang mit der Geschichte: Ungeachtet der Tatsache, dass der Liberalismus als politische Organisation in Österreich nicht existierte und wenn, dann von einem hier kaum verbreiteten aufgeklärten und zumeist jüdischen Großbürgertum vertreten wurde<sup>38</sup> (und wollte gerade die FPÖ diese Tradition aufnehmen?), wurde an einer historischen Existenz der Tradition eines politischen Liberalismus in Österreich festgehalten, wobei nach offizieller Lesart eine Kontinuität "angefangen von den Bauernkriegen über die Ereignisse des Revolutionsjahres 1848 zu den Begründern des Verfassungsstaates und den Vorkämpfern der Grund- und Freiheitsrechte [...] bis hinein in die Zweite Republik, wo mit [...] dem VdU das partnerschaftliche Prinzip in Österreich Einzug hielt,"<sup>39</sup> hergestellt wird.

Der Umstand, dass entgegen den historischen Gegebenheiten eine solche vermeintliche Tradition für eine programmatische Kontinuität herangezogen wurde, könnte wohl seine Ursache in einem akuten ideologischen Notstand des dritten Lagers haben. Offensichtlich galt es, sich nach der vollständigen Desavouierung des Nationalen durch den Nationalsozialismus eine nachträgliche Legitimation für ihr nunmehriges, vorwiegend als "liberal" etikettiertes ideologische Erscheinungsbild zu verschaffen. "Die Vermutung liegt nahe", so auch Friedhelm Frischenschlager, "daß diese Anknüpfung an die Tradition des Nationalliberalismus des 19. Jhdts. bzw. der großdeutschen Volkspartei und des Landbundes der Ersten Republik eher eine nachträgliche legitimatorische Funktion hatte, um den Weg zur

---

<sup>36</sup> Chancen und Gefahren der Freiheitlichen. Unsere Parteien nach drei Jahren Regierung Kreisky - III: Die Freiheitliche Partei. In: B.u.I. Heft 1386/87 (1973) S.5.

<sup>37</sup> siehe dazu die Beiträge der freien Argumente 2 (1974).

<sup>38</sup> siehe Alfred Gerstl, Judentum und Liberalismus in Österreich (phil. Diss., Wien 1995).

<sup>39</sup> Holger Bauer, Die Idee der Freiheit. Interview. In: M. Das Magazin 7/8 (1985) S.27.

liberalen Partei der Gegenwart zu erleichtern."<sup>40</sup> Tatsächlich diente diese Anbindung an eine liberale Tradition, wie Frischenschlager ausführte, "zur argumentativen und emotionalen Identifikation", die FPÖ sei vielmehr als "neue' politische Kraft der zweiten Republik anzusehen, die nur sehr beschränkt ein Kontinuum des national-liberalen Lagers darstellt."<sup>41</sup>

Eine ideologische Traditionslinie über den Nationalismus, sprich Deutschnationalismus herzustellen erfolgte nicht etwa wegen des wie Frischenschlager meinte, "geringen Anteils des Deutschnationalismus innerhalb der Programmatik der FPÖ"<sup>42</sup> (tatsächlich ließen sich noch immer – wenn auch in zum Teil abgeschwächter Form – genügend Elemente deutschnationalen Gedankenguts im programmatischen Bestand der FPÖ finden), sondern weil es wegen der liberalen Profilierungsbemühungen der FPÖ freilich nicht opportun war.

Die FPÖ hatte sich in Anbetracht der Möglichkeit einer Regierungsbeteiligung einen liberalen Anstrich zu geben versucht – die Gründung einer freiheitlichen Bildungsakademie (1973), die Herausgabe einer vierteljährlich erscheinenden theoretischen Zeitschrift, der "freien Argumente" (seit 1974) und die Umbenennung der Parteizeitung "Neue Front" in "Neue Freie Zeitung" (seit 1973) sollten der Partei nach der Gründung des Atterseekreises weitere Anstöße in Richtung Intellektualisierung geben – doch die Einstellung der Mehrzahl der Parteigänger, die davon weitgehend unberührt blieben, und die reale Tagespolitik ließen Spekulationen über einen tiefgehenden ideologischen Wandel in der Partei nicht gerechtfertigt erscheinen.

### **Liberaler Schein und nationale Wirklichkeit. Das politische Bewusstsein der Parteibasis**

Eine Wandlung der FPÖ zu einer den Liberalismus in den Mittelpunkt ihrer Weltanschauung stellenden Partei hätte wohl nicht den Vorstellungen der Parteibasis entsprochen: Die Ergebnisse aus Meinungsumfragen ließen für das politische Bewusstsein der FPÖ-Sympathisanten eine Zuordnung ins rechte bis rechtsextreme politische Lager nach wie vor gerechtfertigt erscheinen; "ihr politisches Bewußtsein weist jeweils in die gleiche Richtung wie jenes der VP-Gruppe, zeigt sich aber darin noch ausgeprägter, das heißt noch stärker der als ‚eng‘ oder ‚nieder‘ beziehungsweise ‚rechts‘ oder ‚immanent‘ zusammengefaßten Klasse zuneigend. Dieser Trend der befragten Freiheitlichen ist (ausgenommen Reformbewußtsein) durchgehend nachweisbar."<sup>43</sup> Eine im Licht eindeutig antisemitischer

<sup>40</sup> Friedhelm Frischenschlager, Wie liberal ist die FPÖ? In: ÖJP (1980) S.143.

<sup>41</sup> Frischenschlager, ÖJP (1980) S.144.

<sup>42</sup> Frischenschlager, ÖJP (1980) S.142.

<sup>43</sup> Franz Bittermann – Albert Kadan, Das politische Bewußtsein der Österreicher. In: ÖZP 4 (1975) S.546.

Aussagen prominenter Exponenten der FPÖ<sup>44</sup> veröffentlichte Meinungsumfrage im Nachrichtenmagazin „profil“ ergab außerdem für deklarierte FPÖ-Anhänger den höchsten Anteil an antisemitischen Ressentiments.<sup>45</sup>

In einer im Jahr 1976 durchgeführten Umfrage der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft (SWS) erfüllten wiederum mehrheitlich die FPÖ-Parteigänger durch ihre überwiegend positiven Antworten auf die wesentliche Kernelemente der NS-Ideologie betreffenden Fragen, wobei auf die Frage, ob ein "Hitler-Europa" besser wäre, die meisten positiven Voten abgegeben wurden<sup>46</sup>, die Grundvoraussetzungen für faschistisches Gedankengut.<sup>47</sup>

Doch nicht nur die politische Einstellung der Mehrheit der Mitglieder und Sympathisanten der FPÖ, sondern auch die politische Praxis bewiesen, dass trotz aller theoretischen Bekundungen der Liberalismus in der FPÖ noch keineswegs auch als Leitlinie für politisches Handeln etabliert war. Die Slowenenpolitik der FPÖ in Kärnten, eine generell Minderheiten und Ausländern gegenüber diskriminierende Haltung, der fehlende Einsatz um die Rechte der Frauen, um nur einige Beispiele zu nennen, sollten das praktische Liberalismusdefizit in diesen für liberale Politik wahrscheinlich besonders prädestinierten Anwendungsfeldern aufzeigen.<sup>48</sup>

Vielmehr blieben die theoretischen Überlegungen einer nur begrenzten intellektuellen Elite in der Partei reine Gedankenexperimente ohne konsequente Durchschlags- und nachhaltige Folgewirkung für die Gesamtpartei und deren reale politische Zielvorstellungen.

Eine – allerdings als Reaktion auf die Bestrebungen Kreiskys, "die Liberalen" für sich zu gewinnen – in den Jahren 1975 und 1976 in den „freien Argumenten“ abgeführte Liberalismusdebatte<sup>49</sup> bewies zwar die gestiegene Bereitschaft sich in theoretischer Form mit der Geschichte und Idee des politischen Liberalismus auseinanderzusetzen, doch blieb dieser

<sup>44</sup> Der stellvertretende Wiener FPÖ-Obmann und Gemeinderat Klement hatte erklärt mit dem "Juden Kreisky keine Koalition (eingehen zu können)" siehe profil 15, 20.7.1973; und der stellvertretende Parteibmann und "Erbgesundheitsexperte" Otto Scrinzi meinte noch 1970 über die Juden: "Politisch gibt es für mich schon Aspekte, wo ich einfach sagen muß, dass ein gewisser unheilvoller und negativer Einfluß dieser Gruppe durch die Geschichte verfolgt werden kann." zit. nach profil 15, 20.7.1973.

<sup>45</sup> In einer Umfrage zum Thema: "Was denken die Österreicher über die jüdischen Mitbürger?" erfüllten 33% der FPÖ Anhänger die Bedingungen für eine "starke antisemitische Neigung." (profil 23, 9.11.1973).

<sup>46</sup> -Ganz offensichtlich ist die Weltkriegsnostalgie in diesen Kreisen wesentlich stärker verbreitet als andere Elemente des NS-Syndroms". In: Journal für angewandte Sozialforschung 3 (1976) S.16.

<sup>47</sup> "Gibt es noch eine NS-Ideologie?" und "Vorurteile, aber keine NS-Ideologie" In: Journal für angewandte Sozialforschung 2; 3 (1976) S.1-5; 14-16.

<sup>48</sup> siehe Karl Kubinzky, Wie liberal ist die FPÖ? Überlegungen zur österreichischen Parteienlandschaft. In: ÖJP (1981) S.183-187.

<sup>49</sup> siehe die entsprechenden Beiträge in den freien Argumenten 10 (1976).

sich zuweilen auch an der Oberfläche bewegende Diskurs ohne weitreichende Resonanz innerhalb der Partei.<sup>50</sup>

### Zusammenfassung

Mit dem Beschluss des Freiheitlichen Manifestes, der Anbindung an die national-liberale Tradition seit dem Revolutionsjahr 1848 sowie des Umstands, dass der FPÖ von den beiden Großparteien im Nationalratswahlkampf des Jahres 1975 die potentielle Regierungsfähigkeit nicht mehr abgesprochen wurde, wäre, so Frischenschlager, die seit 1949 anhaltende Selbstfindungsphase des dritten Lagers abgeschlossen, und die FPÖ hätte nunmehr zu einem "abgerundeten Selbstverständnis" gefunden.<sup>51</sup>

Mit einem liberalen Erscheinungsbild, das aber die nationalen Wurzeln der Partei nicht vernachlässigen sollte, beanspruchte die FPÖ auch wieder die politische Mitte in der österreichischen politischen Landschaft und präsentierte sich dementsprechend als Alternative zur "konservativen Erstarrung und zur sozialistischen Utopie" als den politischen und weltanschaulichen Programmen der beiden Großparteien.

Auch wenn es der FPÖ trotz ihres immer wieder erhobenen Anspruchs als einzige Partei den Liberalismus in Österreich zu vertreten, nicht gelang, eine liberale Grundsattpartei zu werden, war sie trotz der nach wie vor betriebenen Pflege deutschnationalen Gedankengutes, wie etwa des Bekenntnisses zum "deutschen Volkstum" sowie aufgrund der Verstrickung führender Exponenten in nationalsozialistische Kriegsverbrechen (siehe Peter-Wiesenthal-Kreisky Affäre 1975) zweifellos keine "nationalistische, ‚völkische‘ Partei mehr, die den Zusammenschluß aller ‚Deutschen‘ gegen eine feindliche, nicht-deutsche Umwelt propagiert"<sup>52</sup> oder gar, wie die kommunistische Partei auf ihrem Parteitag 1974 verkündete, "eine faschistoide Rechtspartei", die eine "reaktionäre, deutschnationale und rassistische Ideologie (vertritt)."<sup>53</sup>

Vielmehr war es Friedrich Peter, dem ehemaligen SS-Offizier, im Laufe seiner 20-jährigen Obmannschaft gelungen, in mühevoller Kleinarbeit und gegen innere Widerstände die FPÖ vom Geruch der "ewig-gestrigen Naziapartei" allmählich zu befreien und mit der

<sup>50</sup> Trotz des Anspruchs der FPÖ eine Weltanschauungspartei zu sein, hielten nach einer Umfrage zur "Ideologiediskussion" nur 19 % der FPÖ-Anhänger weltanschauliche Dinge für wichtig. In: Journal für angewandte Sozialforschung 4 (1976) S.23-25.

<sup>51</sup> Frischenschlager, ÖZP (1978) S.215.

<sup>52</sup> Pelinka – Kadan, Grundsatzprogramme S.72.

<sup>53</sup> KPÖ-Parteiprogramm, verabschiedet am 22. Parteitag der KPÖ, Wien 1974, B 39, 41.

Mithilfe Bruno Kreiskys von der SPÖ<sup>54</sup> fest ins demokratische System zu integrieren und somit innenpolitisch erheblich aufzuwerten; wobei Peter sein Ziel weniger durch ideologische Überzeugungsarbeit erreichte, "denn der Parteichef war viel zu sehr politischer Praktiker, als sich in weltanschauliche Streitgespräche zu stürzen"<sup>55</sup> (diese überließ er gewöhnlich anderen, vornehmlich den "Atterseern"). Es war seine Strategie, die traditionelle nationale Komponente innerhalb des ideologischen Spektrums der Partei nicht zu sehr in den Vordergrund rücken zu lassen („nationales Leisetreten“) und diesbezügliche Auswüchse (Beispiel Klement u.a.) entsprechend zu ahnden. „Er hat die Partei ‚salonfähig‘ gemacht, auf eine gesicherte organisatorische Basis gestellt und im taktischen Kräftespiel der Parteien echtes Format entwickelt,“<sup>56</sup> urteilte der einstige VdU Gründer und liberales Aushängeschild des dritten Lagers Herbert Kraus.

Um seine politischen Ziele zu erreichen, setzte Peter auf die Karte des Liberalismus, und da waren allzu nationale Töne freilich nicht gefragt, auch wenn sich die Mehrzahl der Parteisympathisanten – wie die zitierten Umfragen bewiesen – "stets überproportional unter der Gruppe jener befinden, die nicht nur ein nationales, sondern auch ein autoritäres bzw. antidemokratisches oder minderheitenfeindliches Ideengut bejahen"<sup>57</sup> und damit der Wendung ihrer Partei zu einem liberalen Selbstverständnis eher reserviert gegenüberstehen mussten. Der damalige niederösterreichische Parteiobmann, ein Exponent des nationalen Flügels, befand, dass "liberal [...] in der Partei nur eine Minifraktion (sei)" und schätzte, dass rund 80 % der FPÖ-Mitglieder und 60 % der FPÖ-Wähler "national" gesinnt seien.<sup>58</sup> Auch wenn diese Zahlen übertrieben sein sollten, unterstreichen sie doch die Schwierigkeiten, mit denen die Durchsetzung des neuen Kurses der Partei konfrontiert war.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass das Urteil der Nationalen über die Amtszeit Peters dementsprechend kritisch ausfiel: "In Wahrheit sollte die Ära Friedrich Peters jene Zeit wer-

<sup>54</sup> "der Vater der neuen, der starken FPÖ heißt Bruno Kreisky." Pelinka (profil 15, 20.7.1973).

Kreisky selbst erläuterte seine Beweggründe für diese politische Annäherung seiner Partei an die FPÖ in seinen Erinnerungen freilich als weniger von taktischen als vielmehr idealistischen Motiven getragen: „Im übrigen war ich der Meinung, daß innerhalb der Freiheitlichen Partei denen eine Chance eingeräumt werden müsse, die aus ihr eine liberale Partei machen wollten. Dies schien mir umso wichtiger, als der politische Liberalismus in Österreich seit langem tot war und es diesbezüglich keinerlei Traditionen mehr gab. Die katastrophale Folge davon war, daß bürgerlich Liberale, mit denen man ein ganzes Stück des Weges hätte gemeinsam gehen können, in die bürgerliche Front gedrängt worden waren und damit zur Verstärkung des klerikalen Elements beitrugen. Hätte man eine Partei gehabt, die ihnen einerseits in ihrer bürgerlichen Gesinnung entsprach, andererseits aber auch ihren Liberalitätstendenzen entgegenkam, so hätte man einen Partner gefunden. Das zumindest schwebte mir vor, [...]“ Bruno Kreisky, Im Strom der Politik. Der Memoiren zweiter Teil (Wien 1988) S.410.

<sup>55</sup> B.u.I. 3 (1978) S.9f.

<sup>56</sup> B.u.I. 4 (1979) S.13.

<sup>57</sup> Luther, Handbuch des politischen Systems Österreichs S.258.

<sup>58</sup> Neugebauer, Rechtsextremismus in Österreich nach 1945 S.325.

den, die das nationalliberale Lager und die Freiheitliche Partei in wechselseitig bedingtem Schrumpfungsprozeß einer existenzgefährdenden Aufweichung entgegtrieb."<sup>59</sup>

---

<sup>59</sup> Mölzer, Eisbrecher S.45.

## A. „GÖTZ-EFFEKT“ UND NATIONALKONSERVATIVE REIDEOLOGISIERUNG (1979)

Am Bundesparteitag 1976 erklärte Friedrich Peter, nachdem er durch die Enthüllung seiner SS-Zugehörigkeit sowohl vom nationalen Flügel der Partei um Otto Scrinzi, als auch von den jungen Liberalen in Wien um Norbert Steger heftig angegriffen worden war, künftig nicht mehr als Parteiobmann zu kandidieren.

Damit war die Phase des Führungswechsels eingeleitet. Diese zwei Jahre bis der neue Parteiobmann gefunden war, waren dann auch hauptsächlich von Personaldiskussionen und weniger von programmatischer Arbeit im Sinn der Weiterentwicklung des Freiheitlichen Manifests geprägt.

Im Februar 1978 wurde der Grazer Bürgermeister Alexander Götz auf der Klausurtagung des Bundespartei Vorstandes in Baden zum Obmann vorgeschlagen und am 14. ordentlichen Bundesparteitag in Wien-Oberlaa mit großer Mehrheit gewählt. Ausschlaggebend für seine Nominierung und Wahl war der große Wahlerfolg bei den Grazer Gemeinderatswahlen im Jänner 1978,<sup>60</sup> der der FPÖ einen Gewinn von fünf Mandaten einbrachte. Götz war seit 1973 mit Hilfe der ÖVP (Grazer Modell) Bürgermeister der zweitgrößten Stadt Österreichs und sollte es ein Jahrzehnt lang bis 1983 bleiben. Dieses Ergebnis wurde in der Partei als "Zeichen der Wende" gedeutet und man versprach sich in Ausnützung dieses "Götz-Effekts" gleichsam eine Signalwirkung auf die seit der Affäre Peter in einer Führungskrise befindlichen Bundes-FPÖ.

Mit Alexander Götz wurde ein Mann an die Spitze der Partei berufen, der schon seit langer Zeit zu den wichtigsten Politikern in der FPÖ zählte und die politische Linie der Partei durch seine führende Tätigkeit in den verschiedenen Spitzengremien über die Jahre nicht unwesentlich beeinflusst und mitgetragen hat.

Programmatisch ist Alexander Götz erstmals prominent durch ein Reformkonzept mit dem Titel "Ordnung 70", das mit seinen staats- und gesellschaftspolitischen Vorschlägen die Grundlage für die "Formel 70", dem Wahlprogramm für die Nationalratswahlen 1970 bildete, hervorgetreten. Da aber Götz "parteiintern als Stütze des konservativ-nationalen Flügels galt",<sup>61</sup> schienen keine entscheidenden Impulse für eine ideologische Modifizierung der Partei im Sinn einer liberalen Erneuerung erwartet zu werden. Hatte Friedrich Peter versucht, die Ideologie der Partei dahingehend zu reformieren, sie bewusster ins politische Leben zu integrieren und am staatlichen Willensbildungsprozess teilnehmen zu lassen – auch mit dem erklärten Ziel der Regierungsbeteiligung, so führte Götz die Partei seiner politischen Einstellung folgend weg von diesem Kurs, um einerseits die dadurch entfremdeten, dem deutsch-nationalen Gedankengut verpflichteten Anhänger nicht zu verlieren und die

---

<sup>60</sup> NFZ 5, 4.2.1978.

<sup>61</sup> Piringer, Geschichte S.152.

Partei als Ganzes mit diesbezüglich wieder prononcierteren programmatischen Erklärungen auf den "rechten" Weg (zurück)zuführen.

Der wichtigste politische Grundzug der Amtszeit Götz war die taktische Ausrichtung der Partei auf einen harten Konfrontationskurs mit der SPÖ zugunsten einer stärkeren Hinwendung zur ÖVP mit dem Zweck, die absolute Mehrheit der Sozialisten zu brechen. Bei den Nationalratswahlen im Mai 1979 konnte die Partei auch tatsächlich den Gewinn eines zusätzlichen Mandats verbuchen, doch dieser Erfolg sollte sich als Pyrrhussieg herausstellen, da er auf Kosten des ins Auge gefassten Koalitionspartners ÖVP zustandekam und die SPÖ überdies mit dem Zugewinn zweier Mandate ihre absolute Mehrheit nicht nur behalten, sondern auch noch ausbauen konnte: Die von Götz ausgegebene Parole "Attackieren der absoluten sozialistischen Mehrheit, nicht aber arrangieren"<sup>62</sup> war Teil der Strategie sich im Kampf gegen die SPÖ als gleichsam "bessere ÖVP" zu profilieren; ein Kurs, der sich als falsch erwiesen hatte und das frühe Ende der Amtszeit des neuen Parteiobmannes einleiten sollte. Eine mögliche Koalition mit der ÖVP hätte auch unweigerlich das von der SPÖ in der Vergangenheit beschworene Gespenst vom "Bürgerblock" wieder aufleben lassen. Außerdem bestand für eine derartige bürgerliche Dominanz in der österreichischen Bevölkerung keinerlei Bedarf, was sich auch im Ergebnis der Nationalratswahlen von 1979 niederschlug, das sogar zu einer Ausweitung der sozialistischen Hegemonie führte.

### **Die FPÖ als Protest- und Reformbewegung. Vorstellungen für ein Programm der politischen und moralischen Erneuerung**

Das von Götz propagierte politische Konzept zur Veränderung der politischen Landschaft mit dem Fernziel der Brechung der sozialistischen Hegemonie in Österreich sollte über alle traditionellen Lagerbindungen hinweg die Partei zu einer weitumgreifenden Protest- und Reformbewegung umwandeln. Als Grundzüge für ein solches Programm der Erneuerung des politischen Lebens in Österreich hatte Götz in seiner Antrittsrede<sup>63</sup> als Bundesparteiobmann unter anderem eine Entbürokratisierung im Kulturbereich, die Entpolitisierung der Schule, die Sicherung einer mittelständischen Struktur in der Wirtschaft, die Förderung von Eigeninitiative, ein Bekenntnis zum Leistungsprinzip, mehr Familie und weniger Staat sowie einen massiven Privilegienabbau gefordert. Daneben war seine Rede gekennzeichnet von starken Angriffen gegen eine ausufernde Bürokratie und die Anonymität verkrusteter Machtapparate innerhalb des österreichischen Parteien- und Verbändestaates.

Die Phase der politischen Erneuerung sei – so Götz – nach einer Periode der Isolierung und politischen Sammlung und nach einer Zeit der innenpolitischen Formierung und

<sup>62</sup> Punkt 3 des sogenannten "Geheimpapiers" (AZ, 25.10.1979).

<sup>63</sup> Alexander Götz, Bundesparteitag 1978 (=Schriftenreihe des Freiheitlichen Bildungswerkes. Politische Akademie der FPÖ Heft 1, Wien o.J.).



Orientierung sowie theoretischen Grundlagenarbeit nun der dritte wesentliche Abschnitt in der Geschichte der Freiheitlichen Partei.<sup>64</sup>

Ein solches Programm sollte unter dem Titel „Frei sein statt abhängig“ als Wahlprogramm formuliert den Auftakt für die kommenden Nationalratswahlen bilden: Recht und Ordnung; persönliche Verantwortung für sich und andere; ein beinhardter Wettbewerb; Einsatz und Arbeit, Erneuerung zur Selbstverantwortung; verpflichtende Freiheit, Gemeinschaft, Gerechtigkeit statt Gleichmacherei; Sachlichkeit statt Utopie waren die schon altbekannten Forderungen, für deren Umsetzung das gesellschaftliche "Aktivelement", der soziale Aufsteiger sorgen sollte.<sup>65</sup>

Besondere Betonung erfuhr dabei wieder die Rolle der FPÖ als Europapartei im erweiterten Rahmen nationaler Politik: „Wir vertreten seit jeher eine geradlinige Europapolitik mit dem Ziel, Österreich eine möglichst weitgehende Teilnahme an der europäischen Integration zu sichern“. Mit seinen Erklärungen zur Rolle Österreichs in Europa anlässlich des Nationalfeiertages bekräftigte der Parteiobmann mit Nachdruck den Bereich der Europapolitik als nationales Anliegen.<sup>66</sup> Diese Auffassungen im Zusammenhang mit der Forderung nach einem Beitritt der FPÖ zur Europäischen Gemeinschaft (EG) veranlassten Kritiker von einer „modernen antiösterreichischen Variante des Deutschnationalismus“ zu sprechen.<sup>67</sup> Tatsächlich wurde hier durch die Betonung der Europapolitik als nationales Anliegen der nationale Gedanke in den Europagedanken umgedeutet.

Ein Charakteristikum der FPÖ unter der Obmannschaft von Alexander Götz war zweifellos deren stärkere ideologische Akzentuierung: "Er gibt [...] viel bestimmtere programmatische Erklärungen ab als Peter, der in dieser Hinsicht eher zurücktrat, da er das Programmatische dem großen Forum des sehr beachtlichen Attersee-Kreises überließ. Dies alles bewirkt, daß heute die geistige Richtung der Partei vor allem von Götz bestimmt wird,"<sup>68</sup> so Herbert Kraus. Ein klares Signal für eine bewusste Ideologisierung der Partei wurde in dem sogenannten internen "Geheimpapier"<sup>69</sup> gesetzt, das in seinem ersten Punkt "mehr Ideologie" und einen "Vorrang für ideologische Auseinandersetzung vor tagespolitischen Fragen" verlangte. Es bildete gleichsam zum Zweck der innerparteilichen

---

<sup>64</sup> siehe NFZ, 10.3.1979.

<sup>65</sup> Bundeswahlkongress der FPÖ 1979, siehe TT, 2.4.1979.

<sup>66</sup> „Österreichs Freiheit ist nur im Rahmen eines wirtschaftlich lebensfähigen und abendländisch selbstbewußten Europas wirklich gewährleistet ...“ (NFZ, 3.11.1979).  
„Der europäische Zusammenschluß, um jeden Europäer gleiche Chancen einzuräumen, ist nationale Politik.“ (NFZ, 28.10.1978).

<sup>67</sup> Weg und Ziel 2 (1980).

<sup>68</sup> B.u.l. 4 (1979).

<sup>69</sup> AZ, 25.10.1979.

Disziplinierung einen Verhaltenskodex für den Funktionärsapparat und war zugleich internes Strategiepapier.

Dermaßen ideologisch bestärkt präsentierte sich die Partei im Sinn der das Programm der politischen Erneuerung bestimmenden programmatischen Leitziele als Partei der Freiheit (wobei Freiheit als das „Recht auf Selbstbestimmung im Rahmen einer Ordnung“ definiert wird), Partei der Gemeinschaft (der Einzelne kann nur in „lebendigen Gemeinschaften wie Familie, Nachbarschaft und Volk ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung verwirklichen“), Partei der Gerechtigkeit („Gleichmacherei ist der Feind der Freiheit und auch der Gerechtigkeit“), Partei der Leistung, Partei der bürgerlichen Demokratie, Partei für eine gesunde Umwelt und nicht zuletzt als Europapartei, die als einzige Parlamentspartei eine „möglichst weitgehende Teilnahme an der europäischen Integration“ anstrebte. Und Alexander Götz als der neue Obmann dieser Partei versprach, wo immer es möglich sei, als der "Wegbereiter dieser lebensnotwendigen Erneuerungsbewegung" aufzutreten und entsprechende Impulse zu setzen.<sup>70</sup>

Auch wenn Gerulf Stix dieses Programm der „Erneuerung der österreichischen Politik“ mit dem Fernziel aus der FPÖ eine starke Reform- und Protestbewegung zu machen (die Parallelen zur politischen und moralischen Erneuerung einer zur Bürgerbewegung umgestalteten FPÖ wie sie unter Jörg Haider Jahre später forciert wurde, sind hier deutlich erkennbar) als „genaue Hinwendung zu den ganz konkreten Aufgaben, die sich heute einem zugleich geschichtsbewußten und modernen Liberalismus stellen“<sup>71</sup> interpretierte, was durch die Aufnahme in die LI auch international verankert und somit anerkannt sei, blieben die vorgestellten Programmpunkte durchaus im Rahmen traditioneller freiheitlicher Programmatik, wie sie schon seit geraumer Zeit bekannt war.

### **Liberaler Weiterentwicklung oder deutlicher Rechtsruck?**

Auch in der Amtszeit Götz sollte im Grunde ideologische Kontinuität gewahrt bleiben: „Die FPÖ war unter Reinthaller und war unter Peter die Partei, die sie auch unter Götz ist.“<sup>72</sup> Und auch Helmut Krünes, der damalige Generalsekretär der Partei meinte auf die Frage nach dem politischen Kurs seines Parteichefs: „Sein Bestreben gilt einer kontinuierlichen Fortsetzung der politischen Linie der Freiheitlichen Partei, wie sie bereits unter seinem Vorgänger fixiert worden ist.“<sup>73</sup> Damit sollte zum Ausdruck gebracht werden, dass die Amtszeit Götz keinen Bruch mit der von Peter forcierten Linie einer liberalen Öffnung der Partei

---

<sup>70</sup> vgl. Götz, Antrittsrede Bundesparteitag 1978.

<sup>71</sup> Stix, Umfrage. „Ist die FPÖ seit Alexander Götz eine neue, liberale Partei?“ In: Die Republik 1 (1979) S.35.

<sup>72</sup> Pelinka, Umfrage, Republik 1 (1979) S.33.

<sup>73</sup> Krünes, Umfrage, Republik 1 (1979) S.29.

bedeuten würde. Anhand der Thesen des freiheitlichen Manifestes zeichnete er gar ein liberal-progressives Bild seiner Partei: Die FPÖ hätte eine wichtige Vorreiterrolle im gesellschaftlichen Erneuerungsprozess, sie solle den für den Wähler uninteressanten alten Streit um die Begriffe liberal und national überwinden. Es gelte in Beschwörung der Terminologie des freiheitlichen Manifests das „Aktivelement“ als den „Motor der Gesellschaft“, welches mit den Attributen „dynamisch, reformfreudig, liberal, weltoffen“ umschrieben werden kann und „in allen Alters- und Bevölkerungsschichten präsent“ sei, zu ermuntern und für die programmatische Erneuerungsbewegung zu gewinnen.<sup>74</sup>

Diese Einschätzung und die Meinung von Stix, wonach die Partei unter der Führung Götz sogar einen wichtigen Schritt in Richtung der Realisierung des politischen Liberalismus in Österreich unternommen hätte, bleiben weitgehend isoliert, denn entsprechend der Auffassung so mancher Kritiker war die FPÖ auch unter Götz „ganz gewiß keine liberale Partei im Sinne eines Liberalismus, wie er in Westeuropa und in Nordamerika verstanden wird [...] als eine Geisteshaltung, die die Betonung individueller Freiheitsrechte immer in Verbindung mit Aufklärung, Reform und Gleichheitsanspruch gesehen hat.“<sup>75</sup>

Trotz des internen Aufrufs nach einer verstärkten Ideologisierung im Sinn der bewussteren Vertretung freiheitlicher Grundsätze war die Erörterung ideologischer Fragen von vordergründig strategischer Bedeutung, als es im Wahlkampf darum ging, sich als schlagkräftige bürgerliche Alternative im Kampf gegen die absolute Mehrheit der Kreisky SPÖ zu profilieren. Ideologie wurde also im wesentlichen als wahlpolitischer Kampfbegriff eingesetzt und weniger um inhaltliche Positionen festzuschreiben, die geeignet gewesen wären, die Entwicklung der FPÖ – wie von Peter und Stix begonnen – zu einer liberalen Partei fortzuführen. Bruno Kreisky, der politische Hauptkontrahent, der der FPÖ unter Peter noch durchaus wohlgesonnen war, beurteilte den ideologischen Zustand der Götz FPÖ auch als alles andere denn als liberal: "Der Versuch [...] der Freiheitlichen Partei ein liberales Image zu geben, scheint mir mit der Ära Götz gescheitert. Die FPÖ ist weiterhin ein Mischmasch von alten großdeutschen und deutschnationalen Vorstellungen, gemischt mit ein bisserl einer Spur Antiklerikalismus und sehr viel Konservatismus."<sup>76</sup> „Neu“ an der FPÖ mit Alexander Götz an der Spitze mochte lediglich sein, wie ein zeitgenössischer Beobachter schrieb, "daß vom unbelasteten Götz eine atmosphärische Ermunterung ausgeht, wieder deutschen Mutterlaut hören zu lassen, der von Friedrich Peter umsichtig unterdrückt worden war. [...] Die FPÖ ist im gesamtpolitischen Rahmen eine national-konservative, gewiß keine liberale Partei."<sup>77</sup>

---

<sup>74</sup> Kurier, 8.7.1979.

<sup>75</sup> Pelinka, Umfrage, Republik 1 (1979) S.33.

<sup>76</sup> zit. nach Neugebauer, Rechtsextremismus in Österreich nach 1945 S.326.

<sup>77</sup> Wilfinger, Umfrage, Republik 1 (1979) S.39f.

Unter Götz hat die Partei den Ausbau und die Umsetzung liberaler Wertvorstellungen und Politikinhalt zugunsten einer Stärkung traditioneller nationaler Forderungen zurückgestellt und damit den von Friedrich Peter eingeleiteten Kurs der liberalen Öffnung und eine damit einhergehende politische Aufwertung der Partei – so nicht unbedingt in Frage gestellt – aber doch unterbrochen. Auch unter der neuen Führung stand in der Partei die Wirklichkeit der Vergangenheit und Einstellung vieler FPÖ Funktionäre und Gesinnungsfreunde dem politischen Anspruch auf ein liberaleres Erscheinungsbild entgegen. Vor allem die national gesinnten Anhänger und die Mitarbeiter auf der mittleren und unteren Funktionärschicht, und eben ein Großteil der Wähler prägten nach wie vor das Image der Partei als einer vergangenheitsorientierten nationalen und konservativen Werten verpflichteten (und an liberalen Fragen weitgehend desinteressierten) Rechtspartei.

Tatsächlich bewirkte die Ära Götz einen Aufwind für den nationalen Flügel in der Partei, der sich vor allem auch im Kulturbereich und in verstärkten radikalen Aktivitäten der Jugend- und Studentenorganisationen<sup>78</sup> äußerte. Gelegentlich kamen die Widerstände gegen die von Friedrich Peter angestrebte Politik, die Partei aus ihrem rechten Eck herauszuholen, wie dieser selbst bemerkte, „aus dem gesamten national-freiheitlichen Vorfeld.“<sup>79</sup>

Schon auf dem Wiener Parteitag 1978, wo Alexander Götz zum neuen Parteiobmann gewählt wurde, wurden eindeutiger deutschnationale Töne angeschlagen, die als Ausdruck einer wieder selbstbewusster auftretenden Basis gegen die von Friedrich Peter praktizierte Taktik des „nationalen Leisetretens“ gesehen werden konnten.<sup>80</sup> Der Leserbrief eines freiheitlichen Gemeinderates fasste die damalige Stimmung der innerparteilichen Opposition gegen eine Beschneidung ihrer nationalen Wurzeln stellvertretend für alle mit dem Peter-Kurs Unzufriedenen zusammen: „viele Mitarbeiter gerade auf der unteren Ebene und viele Wähler (halten) hauptsächlich um der nationalen Sache willen zur Partei [...] bloß liberal zu sein ist eindeutig zu wenig [...] Das offensichtliche und beharrliche Verschweigen eines ideologischen Grundsatzes ist meines Erachtens unzulässig und wird uns eines Tages noch auf den Kopf fallen.“<sup>81</sup>

Solche Stimmen, die einen mangelnden Bekennermut der nationalen Sache gegenüber beklagten und diesen Teil der freiheitlichen Weltanschauung wieder stärker in der Partei verankert sehen wollten, ließen wieder die alten ideologischen Spannungen aufleben, die

---

<sup>78</sup> die freiheitliche Studentenorganisation RFS hatte sich am Anfang der 70er Jahre zu einer „fortschrittlich-liberalen Gruppe weiterentwickelt“, die verstärkt Kontakte mit dem Atterseekreis unterhielt, allerdings wurde dieser Prozess am Ende des Jahrzehnts teilweise wieder rückgängig gemacht und der RFS wieder verstärkt ins rechte Lager integriert. siehe Reiter, Programm S.104.

<sup>79</sup> Peter, 30 Jahre FPÖ S.62.

<sup>80</sup> vgl. Kein Volk - kein Reich - kein Führer (Informations- und Pressedienst der österreichischen Widerstandsbewegung (Ö.W.I.P.) 3 (1979).

<sup>81</sup> NFZ 43, 28.10.1978.

sicherlich auch mitentscheidend waren für die Krise, in die die FPÖ nach den trotz eines Mandatsgewinnes als wohl gescheitert zu betrachtenden Nationalratswahlen geriet.

Der Rücktritt von Alexander Götz, der aufgrund seiner Biographie, seiner bestimmten programmatischen Erklärungen und seines aggressiven politischen Stils dem ideologischen Hauptgegner SPÖ gegenüber den Nationalen als Hoffnungsträger galt, musste daher auch entsprechende Befürchtungen unter der Parteibasis auslösen. „Die Sammlung des Dritten Lagers wäre ein Gebot der Stunde. Die FPÖ hat sie mit Götz versucht und mutwillig vertan. Der Versuch müßte mit oder gegen die FPÖ wiederholt werden. Wie die Dinge nun liegen, scheint das Dritte Lager am Vorabend des 15. ordentlichen Parteitages der FPÖ in Linz (Norbert Steger war bereits zum neuen Parteiobmann gewählt worden und sollte auf diesem Parteitag mit großer Mehrheit in dieser Funktion bestätigt werden, J.N.) zum erfolgreichen Endkampf – gegen sich selbst – angetreten zu sein. Dann bleiben, vermutlich unter schlechten Bedingungen, noch zwei Jahre Zeit, jene Kurskorrektur vorzunehmen, welche die zwischen FPÖ und ÖVP heimatlos gewordenen Wähler, die man etwas unscharf als rechtsliberal oder nationalkonservativ einstufen könnte, motivieren und politisch mobilisieren könnte.“<sup>82</sup>

### **FPÖ und Liberale Internationale**

Erstmals in der Geschichte der Partei erfolgte ein Antrag um Aufnahme in die Liberale Internationale (LI), der internationalen Dachvereinigung liberaler Parteien, vergleichbar mit der Sozialistischen Internationale (SI) oder der EDU/IDU, dem Zusammenschluss aller konservativen und christdemokratischen Parteien. Die FPÖ unterhielt allerdings bereits eine zeitlang vorher Kontakte zur LI durch die seit 1964 als Verein bestehende "Österreichische Gruppe der Liberalen Weltunion", die gleichsam als internationales Büro der FPÖ fungierte und deren Zweck gemäß den Vereinssatzungen "ausschließlich die Pflege der Beziehungen zu den in der "Liberalen Weltunion" zusammengeschlossenen liberalen Vereinigungen des Auslandes ist".<sup>83</sup>

Nachdem es bisher von beiden Seiten Vorbehalte um eine Aufnahme gegeben hatte – für die FPÖ bestanden ideologische Bedenken hinsichtlich einer Mitgliedschaft bei einer aus reinen liberalen Parteien bestehenden Organisation, während von Seite der LI entsprechend große Skepsis gegenüber der FPÖ wegen ihres als fehlend kritisierten liberalen Selbstverständnisses und vor allem wegen der SS-Zugehörigkeit ihres langjährigen Obmannes Friedrich Peter herrschte – wurde nun, da der neue Parteiobmann, außer seiner "HJ Vergangenheit," keine eindeutige nationalsozialistische Vorbelastung

<sup>82</sup> Otto Scrinzi. In: neue Ordnung 8/9 (1980).

<sup>83</sup> zit. nach Reiter, Programm S.27.

aufzuweisen hatte, dem Ansuchen entsprochen und die FPÖ formell am 5. Oktober 1979 auf dem liberalen Weltkongress in Ottawa/Kanada per Akklamation als Vollmitglied in die Weltunion aufgenommen.<sup>84</sup>

Es ist bemerkenswert, dass dieser Schritt in der Ära des national und konservativ orientierten Parteiobmannes Götz erfolgte, der – so Reiter – "nicht mehr als ‚liberaler Vorreiter‘ der FPÖ gelten konnte."<sup>85</sup> Die programmatischen Grundlagen der LI wurden allerdings von keinem Parteitag ausdrücklich angenommen und bestätigt. Doch offensichtlich konnte für die LI mit dem neuen Parteiobmann der Eindruck glaubhaft vermittelt werden, die Partei von nun an von sämtlichen nationalsozialistischen Assoziationen zu befreien. Die Wahl des durch den liberalen Atterseekreis geprägten Nachfolgers von Alexander Götz als Parteichef Norbert Steger zum Vizepräsidenten der LI im Jahr darauf im September 1980 schien das Vertrauen der Organisation in die Läuterung der FPÖ zu einer liberalen Partei zu bestätigen.

Die Aufnahme in die LI (Widerstände gegen eine Aufnahme kamen hauptsächlich aus Skandinavien) bedeutete jedenfalls einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Entwicklung eines liberalen Selbstverständnisses; durch den Beitritt habe die FPÖ – so Friedhelm Frischenschlager – "innerparteilich, innerstaatlich und auf internationaler Ebene ihren Anspruch zum Ausdruck gebracht, in Österreich die politische Kraft des Liberalismus zu repräsentieren."<sup>86</sup> Innerhalb des liberalen Spektrums der LI wurde die FPÖ freilich als rechts-liberal eingeschätzt.

### **Versuch einer nationalen Kurskorrektur als Zwischenspiel**

Der Kurs des neuen Parteiobmannes, der doch einen mehr oder minder deutlichen Rechtsruck beschrieb, nämlich in Richtung der profilierten bürgerlichen Partei, ein Weg, der sie unweigerlich wieder rechts von der Volkspartei positioniert und damit den Verlust der immer wieder beanspruchten politischen Mitte bedeutet hätte, sollte schließlich für das Scheitern des FPÖ Chefs hauptverantwortlich sein, zumal das große Wahlziel, die absolute Mehrheit des erklärten politischen Gegners SPÖ zu brechen, nicht erreicht werden konnte.

Innerhalb der österreichischen politischen Parteienlandschaft sah sich die FPÖ als Vertreterin der "freiheitlich-sozialen Mitte, in der von liberal bis national alles Platz gehabt hat und haben wird [...] Es ist dies der Platz des modernen, zukunftsweisenden Liberalismus."<sup>87</sup> Die sogenannte politische Mitte sollte dabei die ideologische Äquidistanz

---

<sup>84</sup> NFZ 41, 13.10.1979.

<sup>85</sup> Reiter, Programm S.26.

<sup>86</sup> Frischenschlager, ÖJP (1980) S.139.

<sup>87</sup> Peter, FA 1/1979.

der FPÖ zum christlichen Konservatismus auf der einen und zum demokratischen Sozialismus auf der anderen Seite zum Ausdruck bringen. Präsentieren der freiheitlichen Alternative zur konservativen Erstarrung und zur sozialistischen Utopie galt als die entsprechende Parole.

Die ideologische Vorgabe Peters wurde jedenfalls aufgrund geänderter Strategieüberlegungen von Seiten des neuen Obmanns gründlich revidiert. Das Scheitern der politischen Ambitionen gegenüber der SPÖ ließ daher die alten inneren Widersprüche der Partei wieder aufbrechen. Das Problem um die richtige Positionierung, sowohl was den politischen Kurs den beiden Großparteien gegenüber anbelangte, als auch die entsprechende inhaltlich-programmatische Ausrichtung betreffend, schien das traditionelle Dilemma der FPÖ erneut zu bestätigen. Neben der Frage, ob in der Koalitionsfrage eher mit der SPÖ oder der ÖVP zusammengegangen werden sollte, wurde innerhalb der Partei wieder verstärkt darüber diskutiert, „ob eher eine rechtsbürgerliche (gar nicht so sehr deutschnational zu verstehende) programmatische Linie oder eine betont liberale zukunftsträchtiger sei“.<sup>88</sup> Und Erich Reiter verglich die damaligen ideologischen Spannungen in der Partei sogar mit den Auflösungserscheinungen des VdU.<sup>89</sup>

Als weitere Gründe für das baldige Ende der Administration Götz waren wohl auch dessen innerparteilich umstrittener autoritärer Führungsstil, "seine einsamen Entschlüsse mußten zuletzt auch seine engsten Vertrauten verunsichern und vergrämen,"<sup>90</sup> die (als äußerer Anlassfall angegebene) Ausübung einer zeit- als auch arbeitsintensiven Doppelfunktion als Grazer Bürgermeister und bundespolitischer Leiter der Gesamtpartei sowie für den eingefleischten Kommunalpolitiker Götz ein einigermaßen ausgeprägter Anti-Wien Komplex, der sich auf die Bundespolitik übertrug, mitverantwortlich.

Schließlich trat Alexander Götz am 1. Dezember 1979, nach nur etwas mehr als einem Jahr als Parteiobmann der FPÖ zurück, nachdem er zuvor schon sein Nationalratsmandat zurückgelegt hatte. Das FP-Präsidium beeilte sich in dieser Situation, um Spekulationen um eine mögliche Kursänderung vorzubeugen, zu erklären, dass "die Freiheitliche Partei ihren Weg der eigenständigen Politik der Mitte unverändert fortsetzen (werde)."<sup>91</sup>

Die interimistische Führung der Partei übernahm indessen der oberösterreichische Landesparteiobmann Horst Schender, der nun mit der Vorbereitung eines außerordentlichen Bundesparteitages, auf dem der neue Parteiobmann gekürt werden sollte, beauftragt wurde. Schender, der es ablehnte, selbst die Parteiführung zu

---

<sup>88</sup> Frischenschlager, Die Freiheitliche Partei Österreichs S.381.

<sup>89</sup> Reiter, Programm S.45.

<sup>90</sup> NFZ 49, 8.12.1979.

<sup>91</sup> Piringer, Chronologie der FPÖ Band 1 / 1955-1979 S.125.

übernehmen, erwies sich in dieser innerparteilich kritischen Phase als erfolgreicher Krisenmanager.

### Zusammenfassung

Die Amtszeit von Alexander Götz als Bundesparteiobmann der FPÖ fiel in eine Phase der politischen Akzeptanz durch die beiden Großparteien. Nachdem Friedrich Peter die Partei soweit konsolidiert hatte, dass sie als koalitionsfähige Kraft anerkannt wurde und dabei eher die Nähe der SPÖ (Unterstützung der SP-Minderheitsregierung, Erhalt der kleinen Wahlrechtsordnung, Schützenhilfe Kreiskys in der Affäre Peter-Wiesenthal) gesucht hatte, steuerte Alexander Götz unter dem Ziel, die absolute Mehrheit der Sozialisten zu brechen, aus taktischen wie auch aus weltanschaulichen Gründen ein Bündnis mit der ÖVP an.

Wenn von einer Reideologisierung der Partei unter Götz gesprochen werden kann, dann in dem Sinn, dass er die FPÖ ideologisch wieder fest im bürgerlich-konservativen Lager verankert sehen und sie damit von jeglichen Spekulationen um ein eventuelles Zusammengehen mit den Sozialisten als dem eigentlichen weltanschaulichen Gegner, ausschließen wollte. Götz nationaler Hintergrund,<sup>92</sup> der ihn zum leidenschaftlichen Antisozialisten werden ließ, konnte schon aus ideellen Gründen keine Zusammenarbeit mit der sozialistischen Partei zulassen.

Auf die Frage nach der ideologischen Orientierung der FPÖ unter Götz kann gesagt werden, dass trotz der Beteuerungen einzelner FPÖ Politiker (etwa Stix, Krünes) die Partei als neu und liberal erscheinen zu lassen, eine solche Klassifizierung aufgrund zahlreicher Aussagen und Aktivitäten führender Parteifunktionäre (darunter der neue Parteichef selbst)<sup>93</sup> und der tagespolitischen Wirklichkeit nicht aufrechtzuerhalten ist. Für ein Mehr an Liberalismus mochte die Aufnahme in die LI sprechen, doch dieser äußere Formalakt bewirkte deshalb noch keinen diesbezüglichen Gesinnungswandel bei der Führung, den Mitgliedern oder gar bei den Wählern der Partei.

Was schließlich die nationale Komponente betrifft, war doch eine stärkere Betonung rechtskonservativer Werthaltungen festzustellen, die den nationalen Kräften in der Partei kurzfristigen Auftrieb verschaffte.

Schließlich versuchte Alexander Götz im Unterschied zu seinem Vorgänger, der noch dem traditionellen Lagerdenken verhaftet war, die Partei zu einer Protest- und Reformbewegung zu transformieren mit dem Ziel einer „Erneuerung des gesamten politischen Lebens in Österreich.“ „Er wollte das traditionelle Lager- und Parteiensystem überwinden,

<sup>92</sup> Für Norbert Burger, Gründer der rechtsextremen NDP und Bundespräsidentenskandidat 1980 war Götz "einer unserer Radikalsten" [...] "es war für uns eine Selbstverständlichkeit, daß wir extrem deutsch-national waren. Götz und ich haben alle jene repräsentiert, die ‚Nein‘ zur österreichischen Nation gesagt haben." (SK 88, 17.4.1979).

<sup>93</sup> siehe z. B. Kein Volk - kein Reich - kein Führer 3 (1979); Neue Zeit, 11.3.1979.



sich nicht mit dem Konzept der ‚dritten Kraft‘ zufrieden geben, sondern die Parteien- und allgemeine politische Landschaft verändern, [...]“<sup>94</sup>

Die kurze Obmannschaft von Alexander Götz wurde in den politischen Analysen oft als „national-konservatives Zwischenspiel“ in der politischen und programmatischen Entwicklung der FPÖ auf dem Weg zu einer liberalen Erneuerungspartei mit Regierungsanspruch angesehen. Das Jahr mit Götz an der Parteispitze hätte den (vermeintlichen) Liberalisierungsprozess nur unterbrochen, nicht aber beendet. Mittlerweile hat sich aber gezeigt, dass vielmehr Parallelen zur Situation der FPÖ seit der Führungsübernahme durch Jörg Haider, sowohl was die Politik und die Rhetorik eines Programms der politischen Reform- und Erneuerungsbewegung als auch den aggressiven Oppositionsstil („attackieren statt arrangieren“) mit der Hauptstoßrichtung gegen alle Linken anbelangt, gezogen werden können. In diesem Sinn ist sicherlich Friedhelm Frischenschlager zuzustimmen, die Ära Götz daher auch als „Vorspann zur ‚Haider-FPÖ“<sup>95</sup> zu bezeichnen.

---

<sup>94</sup> Frischenschlager, Die Freiheitliche Partei Österreichs S.380.

<sup>95</sup> Frischenschlager, Die Freiheitliche Partei Österreichs S.381.

## **B. DIE IDEE VON DER LIBERALEN REFORMPARTEI: VISION UND WIRKLICHKEIT (1980-1986)**

Die internen ideologischen Spannungen kamen in der folgenden Obmandiskussion in den jeweiligen Persönlichkeiten der beiden einander gegenüberstehenden Kandidaten offen zum Ausdruck.

Während Harald Ofner „der Kandidat der traditionellen Freiheitlichen, und zwar sowohl der stärker mit den Traditionsverbänden verbundenen Strömungen, als auch der stärker an einem Bündnis mit der ÖVP orientierten Kräfte“<sup>96</sup> war und damit eher dem nationalen Flügel der Partei zugerechnet wurde,<sup>97</sup> repräsentierte der aus dem liberalen Atterseekreis hervorgegangene Norbert Steger die Gruppe derjenigen, die eine Wiederaufnahme und entsprechende Fortführung des von Friedrich Peter vorgezeichneten Kurses der liberalen Erneuerung sowie eine Wiederannäherung an die SPÖ präferierten. Steger sollte dort anknüpfen, wo Peter 1978 aufgehört hatte in konsequenter Verfolgung der Strategie „unter teilweiser Mißachtung des Traditions-kerns der FPÖ diese in eine Regierungskoalition mit der Sozialdemokratie zu führen; und ihr auf diese Weise endgültig den Status einer dritten, voll respektierten, voll integrierten Partei der Republik zu sichern.“<sup>98</sup>

### **Was ist und wem gehört der Liberalismus? Eine Ideologiediskussion**

Gerade zu dieser Zeit, als sich die FPÖ nach dem Abgang von Alexander Götz in einer Führungskrise befand und die Nachfolgediskussion wieder verstärkt mit den Begriffen national und liberal geführt wurde, fand unter den Politikern in Österreich – auch auf parlamentarischer Ebene<sup>99</sup> eine Ideologiediskussion statt, in der es vornehmlich um den Anspruch auf das politische Erbe des Liberalismus in Österreich ging. Die Debatte hatte sich im Zuge einer umfangreichen Programmdiskussion innerhalb der SPÖ entwickelt, die auch zur Beschlussfassung eines neuen Parteiprogramms führte.

Nachdem beide Großparteien den Liberalismus in ihren offiziellen Parteiprogrammen verankert hatten<sup>100</sup> und durch ihre jeweiligen Spitzenpolitiker auch ein entsprechendes poli-

<sup>96</sup> Pelinka, Die kleine Koalition S.26.

<sup>97</sup> Neugebauer, Rechtsextremismus in Österreich nach 1945 S.333f.

<sup>98</sup> Pelinka, Die kleine Koalition S.21.

<sup>99</sup> siehe die entsprechenden Beiträge in den NR-Protokollen, XV GP v. 5.12.1979.

<sup>100</sup> „Als modernes Programm einer christlich-demokratischen Volkspartei vereint es das christliche Menschenbild mit liberalem Freiheits- und Leistungsdenken“. In: Die ÖVP. Salzburger Programm. Das Grundsatzprogramm der ÖVP (Wien 1972) S.1.

Und im Parteiprogramm der SPÖ von 1978 steht zum Thema Liberalismus geschrieben: „Wir Sozialisten anerkennen die große Leistung des politischen Liberalismus.[...] Durch das Zusammenwirken mit uns Sozialisten können Liberale ihre politischen Grundideen auf einer höheren Stufe verwirklichen.“ In: Das neue Parteiprogramm der SPÖ. Beschlossen am 20. Mai 1978 (Wien, o.J.) S.16.

tisches Bekenntnis ablegten,<sup>101</sup> war es für die FPÖ, die sich ja als die legitime Vertreterin des Liberalismus in Österreich verstand, geradezu zwingend, sich an dieser Diskussion zu beteiligen.

Zum einen galt es, sich nicht die beanspruchten „Hausherrenrechte“ um den Liberalismus nehmen zu lassen und andererseits, zu verhindern, dass der Liberalismus zum beliebigen Allgemeingut verkommt. Inwieweit aber gerade die FPÖ berechtigt ist, sich als Hüterin einer politischen Idee zu präsentieren, zu der sie – wie die bisherigen Ausführungen gezeigt haben – ein mehr als ambivalentes Verhältnis verbindet, darf zumindest in Frage gestellt werden.

Auf jeden Fall beschuldigte die FPÖ die Großparteien in dieser Frage des Etikettenschwindels um des billigen Wählerfangs wegen. Einzig und allein die FPÖ erhebe den berechtigten Vertretungsanspruch auf das politische Erbe des Liberalismus, während die beiden Großparteien ihre Programmatik lediglich um ein Stück Liberalismus erweitern würden. „Sozialistische bzw. konservative Ideologie wurden in ermüdender Regelmäßigkeit mit einem ‚auch-liberalen‘ Anstrich versehen, um durch diesen Etikettenschwindel den liberalen Wählern schmackhafter zu erscheinen. In der politischen Realität werde der Liberale jedoch sowohl in der SPÖ als auch in der ÖVP nur als einflußlose Randerscheinung geduldet.“ Demgegenüber stehe „die Freiheitliche Partei als die einzige politische Kraft, die in der Praxis jeder Art von persönlicher Aktionseinengung konsequent entgegengetrete und sich durch ihre programmatischen Grundsatzaussagen als alleinige Vertreterin des liberalen Wählers ausweise.“<sup>102</sup>

### **Nationalliberales Traditionsbekenntnis**

Genährt wurde die Debatte durch die Selbstdefinition des designierten FPÖ Parteichefs Norbert Steger, der die Gültigkeit der ideologischen Ausrichtung der FPÖ als national-liberale Partei betonte, „weil beide Begriffe zusammen am besten dieses Lager beschreiben, das ich vertreten will.“<sup>103</sup> Mit einem Mann an der Parteispitze, der aus dem ideologischen Umfeld des liberalen Atterseekreises stammt, wurden allgemein Hoffnungen auf eine Entwicklung verbunden, die dem politischen Liberalismus in der FPÖ endgültig zum Durchbruch verhelfen sollte.

Die ersten Aussagen um den zukünftigen politischen Standort der Partei ließen die Öffentlichkeit allerdings aufhorchen und schienen solcherlei Spekulationen als nicht ge-

<sup>101</sup> So betonte der SPÖ-Vorsitzende Bruno Kreisky, dass „die Sozialdemokratie [...] in den letzten Jahren in steigendem Maße auch Träger des liberalen Erbes gewesen (sei)“ (SK 97, 26.4.1979) und der Obmann der ÖVP Alois Mock bezeichnete seine Partei als die „natürliche politische Heimat des Liberalen“ (ÖMH 7/8 (1979) S.18f.).

<sup>102</sup> Peter (NFZ, 1.12.1979).

<sup>103</sup> VN, 19.12.1979.

rechtfertigt erscheinen. „Für mich besteht kein Zweifel, dass die Freiheitliche Partei auch mit mir eine nationalliberale Partei ist. Das heißt, ich habe nicht die Absicht, das nationale Bekenntnis der FPÖ zu kurz kommen zu lassen. Ich habe aber auch nicht die Absicht, davon abzugehen, daß die Freiheitliche Partei eine liberale Partei ist, nach meiner Auffassung bedingen sich wechselseitig das liberale Prinzip, das starke Eintreten für die Grund- und Freiheitsrechte, für die Individualrechte des einzelnen und das starke Eintreten für das Ordnungsprinzip der gewachsenen Gemeinschaft auf allen Ebenen, wozu eben auch das Bekenntnis zur Volks- und Kulturgemeinschaft gehört. [...] Ich habe nicht die Absicht, daß es einen Kurswechsel gibt.“<sup>104</sup>

Dieses unmissverständliche Bekenntnis zur Kontinuität der Ideologie des dritten Lagers sollte allerdings in keinem Widerspruch zur Hinwendung zu mehr Liberalismus stehen, wie der Parteihistoriker Kurt Piringer anmerkte: „Der Prozeß der Neuprofilierung [...] kann nur schrittweise vor sich gehen. Daß er zu einem Bruch mit einer mehr traditionsbewussten Geisteshaltung führt, ist weder notwendig noch wünschenswert. Daher ist dieser Bruch auch mit der Übernahme der Parteiführung durch Norbert Steger nicht eingetreten. [...]“<sup>105</sup>

Durch sein Festhalten an traditionelle Werthaltungen und althergebrachte ideologische Prinzipien stellte er sich in eine Reihe mit den übrigen Parteichefs, die bisher das dritte Lager anführten. Wie seine Vorgänger auch, bekannte er sich vorbehaltlos zur national-liberalen Tradition der Partei und ihren weltanschaulichen Grundsätzen, die nationale Komponente mit eingeschlossen.

Angesprochen auf seine Interpretation der Begriffe liberal und national meinte Steger: „liberal – im modernen Sinn – heißt absolute Priorität der Individual-, Grund- und Freiheitsrechte, der sozialen Rechte auf allen Ebenen [...] und modern-national, das ist das Ordnungsprinzip, der Rahmen, in dem das Ganze (Liberale) stattfindet. Auf der Basis der Erhaltung gewachsener Gemeinschaften und Strukturen. Das beginnt bei der Familie und geht bis, sagen wir, Europa. Auch die Umweltschutzfragen und die Antiatombewegungen – das ist für mich national [...]“<sup>106</sup>

Was den politischen Standort betrifft, reklamierte die FPÖ nach wie vor den Platz der politischen Mitte für sich.<sup>107</sup> Die Abgeordneten – so Steger – sollten in der Mitte in einem Sektor vorne sitzen. Damit sollte ein moderner, fortschrittlicher Charakter der Partei auch äußerlich zum Ausdruck gebracht werden. „Die Freiheitliche Partei macht keine linke Politik,

<sup>104</sup> NFZ, 22.12.1979.

<sup>105</sup> Piringer, Geschichte S.320.

<sup>106</sup> OÖN, 18.12.1979.

<sup>107</sup> „Der Platz der politischen Mitte in Österreich war besetzt von der Freiheitlichen Partei, er ist besetzt von der Freiheitlichen Partei, und er wird von ihr besetzt bleiben“ Norbert Steger, Rede am außerordentlichen Bundesparteitag 1980 (=Schriftenreihe des Freiheitlichen Bildungswerkes. Politische Akademie der FPÖ Heft 4, Wien o.J.) S.20.

sie macht aber auch keine rechte Politik, sie macht eine selbständige freiheitliche Politik für die Zukunft. Sie hat eine klare Abgrenzung gegenüber den alten, abgenutzten, durch Macht korrumpierten Parteien. Sie ist nicht einzuordnen in das Schema der alten Parteien, sie ist eben keine Partei von gestern, sondern von morgen.“<sup>108</sup>

### **Stärkung eines liberalen Selbstverständnisses und erste Regierungsbeteiligung**

Politisch sollte sich die Partei nunmehr schwerpunktmäßig als Kontroll- und Veränderungs- partei präsentieren und inhaltlich markante Profilierungsschritte im Sinn der Weiterent- wicklung eines liberalen Selbstverständnisses setzen.

Mit der „Liberalen Marktwirtschaftskonferenz 90“<sup>109</sup> versuchte sich die FPÖ auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet zu profilieren, ebenso wie durch die Erarbeitung der „Grünen Thesen“,<sup>110</sup> einem politischen Konzept zu Fragen und Problemen der ökologi- schen Zukunft und Weiterentwicklung der Demokratie. Durch diese qualitative Ausweitung inhaltlicher Kompetenzen in bestimmten und bisher vernachlässigten Politikbereichen habe die Partei, so Steger, einen „wesentlichen Beitrag zur Stärkung des Selbstverständnisses der Liberalen in Österreich“ geleistet.<sup>111</sup>

Die Einsetzung eines Grundsatz- und Manifestausschusses zur Erstellung einer über- arbeiteten Kurzfassung des Freiheitlichen Manifests zur Gesellschaftspolitik, die Gründung des Liberalen Klubs, der nicht nur Mitgliedern oder Sympathisanten der Partei, sondern allen an weltanschaulichen Fragen interessierten Personen als Diskussionsplattform dienen sollte, eine in den „freien Argumenten“ geführte Diskussion über Rolle und Stellenwert des Liberalismus im Rahmen der freiheitlichen Programmatik<sup>112</sup> sowie schließlich auch die inter- nationale Aufwertung der Partei symbolisiert durch die Wahl Stegers zum Vizepräsidenten der LI waren zusätzliche Faktoren, die dafür sprechen konnten, „eine inhaltliche Profilierung in Richtung einer pragmatischen, aber die liberale Position beanspruchenden Programm- partei in Gang [zu] setzen“,<sup>113</sup> wie Frischenschlager rückblickend analysierte.

Diese programmatischen Profilierungsschritte in Richtung eines deutlicher akzentuierten Liberalismus standen in einem konkreten Zusammenhang mit den kommenden National- ratswahlen, da für Steger sowie schon zuvor für Friedrich Peter eine Regierungsbeteiligung bevorzugt in einer Koalition mit der SPÖ ein erklärtes und für die Rehabilitierung des dritten

<sup>108</sup> Steger, Rede Bundesparteitag 1980 S.8.

<sup>109</sup> Liberale Marktwirtschaft 90, hrsg. Freiheitliches Bildungswerk. Politische Akademie der FPÖ (Wien 1982).

<sup>110</sup> Die Grünen Thesen. Ein Beitrag zu liberaler Politik und ökologischem Denken herausgegeben von der Grünen Plattform Österreich, hrsg. Freiheitliches Bildungswerk. Politische Akademie der FPÖ (Wien o.J.).

<sup>111</sup> zit. nach Piringer, Geschichte S.321; siehe auch Frischenschlager, Die Freiheitliche Partei Österreichs S.382f.

<sup>112</sup> freie Argumente 1 (1981). Siehe insbesondere die Beiträge von Frischenschlager, Erschen, Bodenseher.

<sup>113</sup> Frischenschlager, Die Freiheitliche Partei Österreichs S.383.

Lagers unabdingbares Ziel darstellte; eine Zielvorstellung, die auch durch das gleichberechtigte gemeinsame Auftreten beider Politiker auf den Wahlplakaten („Gemeinsam schaffen wir es“) offen zum Ausdruck gebracht wurde. Aus beider Sicht „war die Regierungsbeteiligung ein wichtiger Abschnitt in der Entwicklung der FPÖ von einer betont deutschnationalen zu einer eindeutig liberalen Partei.“<sup>114</sup>

Das dramatisch schlechte Abschneiden der FPÖ bei der Nationalratswahl, auf die Partei entfielen weniger als 5 % der Stimmen, womit die Gefahr, aus dem Parlament auszuschneiden gerade noch abgewendet werden konnte, veranlasste schließlich die Partei schon aus Überlebensgründen ihre Strategie noch stärker auf eine Regierungsbeteiligung hin auszurichten.

Der Verlust der absoluten Mehrheit der SPÖ bei den Nationalratswahlen im April 1983, der gleichzeitig das Ende der Ära Kreisky markierte, verwirklichte schließlich den jahrzehntelangen Traum von einer Regierungsbeteiligung der FPÖ. Durch die Hereinnahme der Freiheitlichen in eine Regierung mit den Sozialisten bedeutete die durch ihre geistigen Väter Kreisky und Peter ideologisch vorbereitete Kleine Koalition die verspätete Erfüllung des Lebenswerkes von Friedrich Peter. „Jedenfalls hat Bundesparteibobmann Dr. Steger 1983 das verwirklicht, was ich 20 Jahre hindurch angestrebt hatte: Die Regierungsbeteiligung der FPÖ.“<sup>115</sup>

Daneben war es das deklarierte Ziel der Parteiführung durch ein betonteres liberales Erscheinungsbild zusätzliche Wählerschichten anzusprechen, da das angestammte nationalen Parolen gegenüber empfängliche Stammwählerklientel im biologischen Schrumpfen begriffen und zudem bereits zum Großteil ausgeschöpft war.<sup>116</sup>

---

<sup>114</sup> Pelinka, Die kleine Koalition S.17.

<sup>115</sup> Peter, 30 Jahre FPÖ S.72.

<sup>116</sup> Mittlerweile hatte der Deutschnationalismus im Verlauf der 1970er Jahre auf Grund der altersmäßig bedingten Schrumpfung des deutschnationalen Lagers, also der noch direkt mit dem Nationalsozialismus in Berührung stehenden Personen seine integrative Kraft für die Anhänger der FPÖ verloren. So ist etwa auch unter den FPÖ Anhängern als einem Indikator für diese Entwicklung das Bekenntnis zu Österreich als eigenständiger Nation deutlich gewachsen. Waren 1965 noch 53 Prozent der befragten FP-Sympathisanten der Meinung, Österreich sei keine Nation und nur 23 Prozent Österreich für eine eigenständige Nation hielten, so glaubten 1979 bereits 51 Prozent an die Existenz einer österreichischen Nation, während dagegen nur mehr 22 Prozent der FP-Anhänger diese leugneten. Innerhalb dieser Befragungen hatte sich ein Bewusstseinswandel bemerkbar gemacht, der eine eindeutigere Bekenntnishaltung zugunsten einer eigenständigen österreichischen Nation erkennen ließ. Die Verfechter der Theorie, wonach Österreich ein Teil der deutschen Nation sei, gerieten zunehmend in die Defensive, so bekannten sich 1979 nur mehr 6 Prozent als deutschnational, während es 1965 noch 15 Prozent waren, ein deutliches Anzeichen für den allmählichen Zerfall des deutschnationalen Lagers  
Ergebnisse einer Studie der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft (SWS) aus dem Jahr 1979 zit. nach Alfred Schiemer, Wie deutschnational ist die FP? In: Weg und Ziel 2 (1980) S.48.

## „Freiheit gilt uns als höchster Wert“ – das neue Parteiprogramm

Aus diesen Gründen verlangte die Rolle der FPÖ als staatstragende Regierungspartei eine umfassende Neuformulierung ihrer Grundsätze. Das neue Parteiprogramm der FPÖ,<sup>117</sup> das im Juni 1985 auf einem außerordentlichen Bundesparteitag beschlossen wurde, sollte der Partei endgültig ein liberales Image verleihen und die staatspolitische Profilierung der dritten Kraft erreichen, wofür ihr das neue Programm einen gleichsam inhaltlich-ideologischen Befähigungsnachweis ausstellen sollte, denn „gerade in der Verantwortung auf höchster Ebene in der Republik Österreich müssten die geistigen, ideologischen Positionen der FPÖ besonders klar zu erkennen sein.“<sup>118</sup>

Im ersten Teil des neuen Parteiprogramms (Grundlegung), welcher nur durch neuerliche Beschlüsse eines Programmparteitages geändert oder außer Kraft gesetzt werden konnte, wurden die allgemeingültigen Grundsätze und Leitvorstellungen freiheitlichen Denkens in den Kapiteln „Freiheit“, „Menschenwürde“, „Volk und Heimat“, „Europa“, „Kultur“, „Soziale Gesellschaft“ und „Leistung“ dargelegt, während im zweiten Teil (Lebensbereiche) dann diese programmatischen Grundaussagen anhand zwölf ausgewählter Themenbereiche wie Staat und Recht, Außenpolitik und Landesverteidigung, Arbeitswelt, Marktwirtschaft, Sozialwesen und Umweltpolitik als Anleitung für eine konkrete Umsetzung angewendet wurden.

Das an Umfang und inhaltlicher Aussagekraft bisher wohl qualitativ anspruchvollste Papier stellte zweifellos einen Meilenstein in der Geschichte freiheitlicher Programmatik dar. Nach Friedhelm Frischenschlager, dem Vorsitzenden des Programmausschusses, markierte die Verabschiedung des Salzburger Programms auch den Abschluss der Entwicklung der FPÖ zu einer Programmpartei und laut Gerulf Stix hatte sich die Partei damit endgültig ein „unverwechselbares Profil“ gegeben.

Mit seinem Titel „Freiheit gilt uns als höchster Wert“ sollte die liberale Leitlinie vorgegeben und gleichzeitig auch eine Versöhnung zwischen der liberalen und der nationalen Komponente herbeigeführt werden: „Die Synthese beider Elemente, des liberalen und des nationalen, ist so vollständig geglückt, daß sie von der Partei als Ganzes voll getragen werden kann.“<sup>119</sup> Kurt Piringer, der Parteihistoriker, meinte in seinem Kommentar zum neuen Programm, dass nun die ewigen Debatten und Kontroversen um die Begriffe national und liberal beendet wären. „Der langjährige Traum, diese immer wieder auseinanderstrebenden Elemente endlich doch glücklich zu vereinen, ging in Erfüllung.“<sup>120</sup> Parteiobmann Steger nach dem liberalen Charakter des neuen Programms befragt, betonte:

<sup>117</sup> „Freiheit gilt uns als höchster Wert“. Für unsere Heimat Österreich. Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs (=FBW Informationen. Zeitung des freiheitlichen Bildungswerkes Folge 4/85).

<sup>118</sup> Ofner am Programmparteitag (NFZ, 6.6.1985).

<sup>119</sup> NFZ, 6.6.1985.

<sup>120</sup> ebd.

„Dieses Programm leitet sowohl den Gedanken des Liberalismus als auch den nationalen Gedanken von Begriff und vom Bekenntnis zur Freiheit ab. Es steht an der ersten Stelle, diese Freiheit des Individuums und der Gemeinschaft. Es ist daher ein liberales Programm, es läßt aber keine Zweifel daran, daß es auch ein nationales Bekenntnis beinhaltet, das ist eben die Freiheit, die freie Gestaltung, die freie Entwicklungsmöglichkeit aller Völker.“<sup>121</sup>

Mit der Wiederholung traditioneller Positionen wie etwa der Beibehaltung des Begriffs der deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft im verbindlichen Kapitel „Volk und Heimat“ sollte das Programm eben den nationalen Charakter der Partei keinesfalls aufgeben, sondern im Gegenteil ein Bekenntnis zur Kontinuität abliefern. In diesem Sinn äußerte sich auch einer der maßgeblichen Programmväter, Gerulf Stix, der betonte, dass „dieses Programm [...] keinen Bruch mit dem bisherigen programmatischen Wollen der Partei [bedeute]“<sup>122</sup>

In Anbetracht der beinahe unveränderten oder kaum verminderten Beibehaltung und einer stellenweise sogar Ausweitung nationaler Wertvorstellungen und Positionen, scheint trotz anderslautender Versicherungen der Programmschreiber, der Versuch gescheitert zu sein, sich mit diesem Programm endgültig und eindeutig als die liberale Partei Österreichs etabliert zu haben. Dieser, der sozusagen nicht nationale Bereich, blieb nämlich nach wie vor weitgehend ideologisch und inhaltlich unbestimmt.

Von kritischer Seite wurde nach einer Analyse des Programms der Schluss gezogen, „daß es aus einer antiegalitären bzw. elitären Mischung des individualistischen und organischen Prinzips besteht.“<sup>123</sup> Diese Erkenntnis klingt nicht neu, wiederholte das Programm unter starker Betonung des Leistungsgedankens<sup>124</sup> in wirtschafts- als auch in gesellschaftspolitischen Fragen Positionen, wie sie erstmals im Freiheitlichen Manifest aus dem Jahr 1973 festgeschrieben wurden.

Der Politologe Alfred Stirnemann fasste am Ende seiner kritischen Betrachtung des neuen Parteiprogramms bezüglich des Liberalismusgehalts, den er anhand verschiedener Kriterien untersuchte (historisch-personell über die Drei-Lager-Theorie, philosophisch-historisch betreffend das politische Erbe der Französischen Revolution, über den allgemeinen Sprachgebrauch im Alltag und praktischen Verhalten sowie pragmatisch durch die Definition der Liberalen Internationale),<sup>125</sup> zusammen, dass aufgrund des neuen Programms „die Verwandlung in eine liberale Partei nicht geglückt erscheint,“<sup>126</sup> und er fügte ferner

<sup>121</sup> Steger (ORF „Politik am Freitag“, 31.5.1985).

<sup>122</sup> NFZ, 6.6.1985.

<sup>123</sup> Luther, Handbuch S.257.

<sup>124</sup> „Die Leistung ist es, die eigentlich im Vordergrund des freiheitlichen Programms steht“ Steger (ORF „Politik am Freitag“, 31.5.1985).

<sup>125</sup> Alfred Stirnemann, Das neue Parteiprogramm der FPÖ – eine kritische Analyse. In: ÖJP (1985) S.674-676.

<sup>126</sup> Stirnemann, ÖJP (1985) S.657.



hinzu, dass (für eine Regierungspartei bemerkenswert) „der Position zur immerwährenden Neutralität Österreichs die staatspolitisch wünschenswerte Eindeutigkeit fehlt“<sup>127</sup>

Erst 1970, also mit einiger Verspätung erfolgte ein Bekenntnis zur Neutralität, wenn auch mit Einschränkungen. „Wir bekennen uns zur Neutralität, wie sie im Neutralitätsgesetz verankert ist [...]; zu einem aber wird man uns nie bringen: nämlich dazu, daß wir Fleißaufgaben machen, daß wir den Kommunisten und den Aposteln der neutralistischen Aufweichung auf den Leim gehen. Wir sind nicht bereit, unsere Neutralität in eine Weltanschauung, in Gesinnungslosigkeit und Rückgratlosigkeit umzumünzen,“<sup>128</sup> erklärte damals Obmann Friedrich Peter für seine Partei. Diese Haltung erklärte sich allerdings dadurch, dass ein Festhalten am staatspolitischen Prinzip der Neutralität nach Meinung der Freiheitlichen der Forderung nach der Schaffung eines europäischen Bundesstaates hinderlich sein würde.

### **Gründe für das Scheitern des liberalen Experiments in der FPÖ**

Andreas Mölzer, ein prominenter Exponent des nationalen Flügels in der Partei sah denn auch mit Genugtuung in dem Salzburger Programm „ein Scheitern jener Kräfte (um Steger, J.N.), die die völlige Abnabelung der Freiheitlichen Partei von ihren nationalliberalen Wurzeln gepredigt hatten.“<sup>129</sup> Der Kompromisscharakter des neuen Parteiprogramms hatte zunächst noch die parteiinternen Widersprüche zudecken können.

Parteichef Steger hatte im Auge gehabt aus der FPÖ eine Art liberale Sammelpartei zu machen. Zu diesem Zweck strebte er einen Wähleraustausch von national zu liberal an, ein Anliegen, das angesichts der tatsächlichen Struktur der FP-Wählerschaft mit einem starken nationalen Kern scheitern musste.

Eine im Herbst 1984 im Vorfeld der intensiver werdenden Programmdiskussionen veröffentlichte Untersuchung des Instituts für empirische Sozialforschung (IFES)<sup>130</sup> brachte die wahren Einstellungen und Meinungen der Basis und der deklarierten Parteigänger der FPÖ wieder einmal zum Vorschein. So stimmten etwa 33 % der Befragten der Aussage zu „Wenn Steger das nationale Gedankengut im neuen Parteiprogramm streicht, ist er als FPÖ-Obmann nicht tragbar“ und 55 % der Respondenten meinten „eine größere Betonung des nationalen Gedankens in der FPÖ führt zu einer Stärkung der Partei.“ Hinsichtlich der Stabilität und der damit verbundenen Zukunftschancen der Kleinen Koalition waren die 47 % der sich bekennenden FPÖ-Sympathisanten von Interesse, die der Meinung waren

<sup>127</sup> ebd.

<sup>128</sup> Peter (NF, 11.10.1969).

<sup>129</sup> Mölzer, Eisbrecher S.7.

<sup>130</sup> „Die FPÖ im Urteil ihrer Sympathisanten“ (Wiener, Oktober 1984) S.35-37.

„Die Koalition mit der SPÖ ist mit den Prinzipien und dem Gedankengut der FPÖ nicht vereinbar.“ Auch die übrigen Daten spiegelten so die Einstellungen des harten Kerns der FPÖ-Anhängerschaft wieder, wobei die Zustimmungsrate von 60 % wonach es „mit den Prinzipien und dem Gedankengut der FPÖ nicht vereinbar [sei], daß ein Jude FPÖ-Obmann wird“ ein erschreckend deutliches Ausmaß an antisemitischen Ressentiments zu Tage brachte.<sup>131</sup>

Der Umstand, dass ein Großteil der Funktionäre und Parteianhänger nicht bereit war, nationale Grundsatzpositionen zugunsten eines betont liberalen Kurses zu opfern, ließ das Experiment vom liberalen Wähleraustausch nicht realistisch erscheinen. Zudem trugen Ereignisse der politischen Praxis, wie das Volksbegehren des Kärntner Heimatdienstes zur Verhinderung des gemischtsprachigen Unterrichts in Kärntner Volksschulen sowie die zu großen Turbulenzen innerhalb der Regierungskoalition führende Affäre Reder-Frischenschlager<sup>132</sup> nicht gerade zur Förderung eines liberalen Images der Partei, insbesondere im Ausland bei. Ein Maß für mehr Liberalismus ist eben nicht die wiederholte Phrasierung von verbalen Lippenbekenntnissen, sondern zeigt sich insbesondere im praktischen politischen Handeln. Trotz vermehrter Bekenntnisse der Parteiführung für eine verstärkte liberale Akzentuierung der Partei, hat sich in der Praxis gezeigt, dass Haltungen eben nicht verordnet werden können.

Es war einer der immanenten Gründe für das Scheitern der Amtsführung Steger, dass er lediglich den Wunsch hatte, einer liberalen Partei vorzustehen, diese aber ihrem Kern nach nicht wirklich liberal war. Die politische Linie der Mehrzahl der mittleren und kleinen Parteifunktionäre deckte sich eben nicht mit der liberaleren Haltung der Parteispitze. „Der von oben verschriebene Liberalismus versickerte allzu oft schon in der mittleren Führungsschicht, die freiheitlichen Stammtischrunden hat er nie erreicht!“<sup>133</sup>

Außerdem haben diverse Verbindungen zu rechtsextremen Kreisen so mancher Parteifunktionäre und –mitglieder, wie in den Publikationen des DÖW immer wieder dokumentiert, der Partei den Ruf eines entsprechenden ideologischen Naheverhältnisses einge-

<sup>131</sup> Die hier zitierten Ergebnisse basieren rein auf den Antworten der sich eindeutig mit ja oder nein deklarierenden Personen, die Kategorie der Unentschiedenen bzw. weiß nicht wurde hierbei nicht berücksichtigt.

<sup>132</sup> Die persönliche Begrüßung des ehemaligen SS-Sturmbannführers Major Walter Reder nach seiner Freilassung („der letzte österreichische Kriegsgefangene“) durch den FP-Verteidigungsminister Frischenschlager führte nicht nur zu einer Koalitionskrise, sondern provozierte auch Spannungen innerhalb des freiheitlichen Lagers. Während durch eine Entschuldigung Frischenschlagers der Bruch der Koalition noch abgewendet werden konnte, sorgte gerade diese für heftige parteiinterne Auseinandersetzungen. Wurde der Empfang Reders von vielen FPÖ-Funktionären durchaus begrüßt, erntete der Minister für seine nachträgliche Entschuldigung für sein „Fehlverhalten“ umso heftigere Kritik. In dieser Situation offenbarte sich deutlich die Kluft zwischen der eher liberalen Parteispitze um Steger und der mehrheitlich national gesinnten Basis der Partei, die sich immer mehr um den Chef der Kärntner Landesgruppe Jörg Haider scharte, zumal dieser als einziger Wahlerfolge erzielen konnte; siehe Christian S. Ortner, Am Beispiel Walter Reder. Die SS-Verbrechen in Marzabotto und ihre „Bewältigung“ (Wien 1985).

<sup>133</sup> Erschen, Europäische Rundschau 2 (1987) S.24.

bracht. Steger selbst musste, freilich unter dem Eindruck seiner Abwahl, die wahren Einstellungen an der Basis seiner Partei zugeben: „Für mich war es zum Beispiel wirklich erschütternd, wie scharf bereits vor einem Jahr die Frage des Bekenntnisses zum Volkstum diskutiert wurde, und wie manche das Bekenntnis zum Schutz der slowenischen Minderheit in Österreich, [...], nicht im Parteiprogramm haben wollten. Dort hat sich ja schon gezeigt, daß die FPÖ offensichtlich Funktionäre hat, die noch nicht verstanden haben, daß wir uns derzeit dem Ende des zwanzigsten Jahrhunderts nähern.“<sup>134</sup>

Dass Steger im Grunde gegen die innere Überzeugung eines Großteils freiheitlicher Funktionäre und Anhänger der Partei ein verändertes Profil geben wollte – nicht zuletzt auch aus Gründen des Machterhalts – wurde schließlich von seinen Gegnern immer mehr zum Anlass von Kritik genommen, wobei Jörg Haider, der Obmann der Kärntner Landesgruppe als deren Wortführer immer stärker in Erscheinung trat: „Steger hatte es nicht verstanden, die Programmlinie der FPÖ umzusetzen. Vieles was er getan hat, war gegen die Programmatik der Partei – und das war unverzeihlich. Sollte die ganze Arbeit, die die FPÖ von einer fast reinen Protestbewegung der 60er Jahre bis in unsere Tage herein zu einer Programmpartei mit dem wahrscheinlich modernsten politischen Programm überhaupt gemacht hat, zunichte gemacht werden, nur weil der Chef den Posten des Vizekanzlers nicht verlieren wollte?“<sup>135</sup>

### **Innsbruck 1986: Sammlung und Aufbruch des dritten Lagers**

Die innerparteilichen Auseinandersetzungen um die weitere ideologische und politische Ausrichtung der Partei – diesmal personifiziert mit den Namen Steger und Haider – führten die FPÖ bei einem gleichzeitig stattfindenden dramatischen Popularitätsverlust<sup>136</sup> in eine schwere Existenzkrise. „Das öffentliche Erscheinungsbild der FPÖ war“, so der Meinungsforscher Fritz Plasser, „das eines willfähigen Anhängsels der sozialistischen Regierungsfraktion, das seine regierungsamtliche Existenzberechtigung ausschließlich dem Machterhaltungskalkül der SPÖ verdankte und seine Dankbarkeit durch permanentes Wohlverhalten abzustatten hatte.“<sup>137</sup> Die Partei hatte somit auch das für das dritte Lager traditionell ergiebige Potential an Protestwählern offensichtlich vergrämt.

Angesichts dieser negativen Aussichtsfrage strebte die Partei einer Zerreißprobe entgegen, die auf dem kommenden Parteitag eine Entscheidung bringen sollte, nachdem

<sup>134</sup> Extrablatt 4 (11/1986).

<sup>135</sup> zit. nach Bruckberger, Jörg Haider: Eine Gefahr für Österreich? S.85.

<sup>136</sup> Im Sommer 1986 erreichte die Partei in den demoskopischen Präferenzmessungen nur mehr zwischen 1 und 2 Prozent!, was bei der kommenden Wahl das Ausscheiden aus dem Parlament bedeutet hätte. Siehe Fritz Plasser, Die populistische Arena: Massenmedien als Verstärker. In: Populismus in Österreich, hrsg. Anton Pelinka (Wien 1987) S.87.

<sup>137</sup> Plasser, Die populistische Arena S.88.

Haider angekündigt hatte, gegen den Parteiobmann zu kandidieren. Wieder kamen die seit jeher das dritte Lager prägenden Widersprüche über die inhaltlich-programmatische Linie sowie den weiteren politischen Kurs offen zum Durchbruch.

Auf der einen Seite standen Norbert Steger und die Mehrzahl der Führungselite, die über den Weg der liberalen Öffnung die Partei auf Dauer aus der politischen Quarantäne führen und so zur allgemein akzeptierten politischen Kraft aufzuwerten versuchten, wobei diese Strategie über eine Regierungsbeteiligung am ehesten zu garantieren wäre, während demgegenüber Jörg Haider als „Symbolfigur für die nationale Erneuerung der FPÖ“<sup>138</sup> eher die Parteibasis repräsentierte und eine bewusste Rückkehr zu den traditionellen geistigen Wurzeln der freiheitlichen Partei und eine Regeneration im Geist der Opposition befürwortete. „Während also Steger in vorsichtigen Schritten seine Partei als liberale – von nationalistischen Ressentiments und nationalkonservativem Chauvinismus zumindest auf der mittleren Ebene befreite – „Aufsteigerpartei“ zu profilieren suchte, sammelten sich hinter Haider jene parteiinternen Gruppen, die liberale Annäherungsversuche als Zeichen der Schwäche und des Verrates an traditionellen, nationalen Grundsatzpositionen der FPÖ werteten.“<sup>139</sup>

Politische Wahlniederlagen auf der Bundes-, sowie entsprechende Wahlerfolge auf Kärntner Landesebene trugen zusätzlich dazu bei, jenen, die eine Abkehr des Steger-Kurses der Anpassung forderten, Auftrieb zu verschaffen.

Welche Bedeutung der Parteitag für die nationalen Kräfte hatte, ging auch aus einem einschlägigen Kommentar in der rechtsextremen Nationalzeitung hervor, der die Rolle Jörg Haiders als Retter und Hoffnungsträger der nationalen Sache betonte: „Immer weniger Wähler der FPÖ waren mit Stegers SPÖ-Vasallentum einverstanden [...] als der Parteitag gerade noch in letzter Minute vor der Wahl das politische Possenspiel des linksliberalen Schnauzers stoppte und den dynamischen und sympathischen Dr. Jörg Haider eine Erneuerung der Partei im nationalen Sinne einleitete.“<sup>140</sup>

Auf dem mittlerweile historischen Innsbrucker Parteitag von 1986, der unter großem medialen Getöse ablief,<sup>141</sup> wurde schließlich mit einer Mehrheit von 57,7 % der Delegiertenstimmen Jörg Haider gleichsam handstreichartig zum neuen Parteiobmann gewählt. Mehrere FPÖ-Funktionäre hatten sich im sogenannten Lorenzener Kreis (der offensichtlich ein Gegengewicht zum liberalen Atterseekreis sein wollte) zusammengefunden und auf

---

<sup>138</sup> Nationalzeitung, 21.11.1986.

<sup>139</sup> Plasser, Die populistische Arena S.89.

<sup>140</sup> Nationalzeitung, 21.11.1986.

<sup>141</sup> siehe dazu das Kapitel „Der Innsbrucker FPÖ-Parteitag als Medienereignis“: Plasser, Die populistische Arena S.89-93.

Initiative des Linzer FP-Obmanns Raimund Wimmer den Umschwung als strategisch geplante Aktion vorbereitet.<sup>142</sup>

Als unmittelbare Folge dieser Entscheidung kündigte der sozialistische Bundeskanzler die Zusammenarbeit mit den Freiheitlichen auf und beendete damit das Experiment einer sozialistisch-freiheitlichen Koalition. Begründet wurde dieser Schritt offiziell damit, dass „durch die Wahl Dr. Haider die Basis der Zusammenarbeit zwischen SPÖ und FPÖ, nämlich das starke liberale Element in der Freiheitlichen Partei, völlig in den Hintergrund gedrängt worden war.“<sup>143</sup>

Wiewohl jedoch die nach dem Parteitag dramatisch anmutenden und in hektischer Eile gefassten Entscheidungen betreffend bereits geplanter Veränderungen auf der unmittelbaren Regierungsebene kaum Ausdruck einer direkten Reaktion der Betroffenheit auf die Vorkommnisse in Innsbruck waren, leisteten diese doch als willkommener Vorwand allen Bemühungen um eine Änderung der bisherigen Regierungskonstellation Vorschub, so wurde der Parteitag von den politischen Beobachtern mit all seinen zu Tage getretenen Auswüchsen doch vielfach überschätzt und schließlich in seinen Auswirkungen überbewertet. Sosehr die Vorfälle auf und rund um den Parteitag auch zu verurteilen sind, brachten sie doch den über die letzten Jahre aufgestauten Ummut der Basis und somit die wahre Gesinnung der meisten Anhänger und Delegierten dieser Partei öffentlich und ungehemmt zum Vorschein.

## **Zusammenfassung**

Das Konzept aus der FPÖ eine liberale Reformpartei zu machen, wie es zunächst Friedrich Peter und dann Norbert Steger vorgeschwebt war, schien nun tatsächlich gescheitert zu sein, wohl zu einem entscheidenden Grund deshalb, weil der Liberalismus in der Partei zwar in Spuren vorhanden, aber niemals mehrheitsfähig sein würde, so er überhaupt aus historischen Gründen je realistische Chancen hatte in Österreich als beständige eigene politische Kraft verwirklicht zu werden. „Peters sowie Stegers Konzeption einer Etablierung der FPÖ als Partei der Mitte, die – liberal nach beiden Seiten hin offen – als ständiger Regierungspartner die Schlüsselrolle des Parteiensystems schlechthin ausfüllen sollte, fand keine Resonanz bei den Wählern. Die Kleine Koalition war eine Kopfgeburt einiger Strategen, die offenkundig ein wichtiges reales Datum der österreichischen Gesellschaft

---

<sup>142</sup> Zu dem mittlerweile nicht mehr bestrittenen Putschcharakter des Parteitages siehe Mölzer, Eisbrecher S.79-106; weiters Willi Lasek, Der „Lorenzener Kreis“ – „Das Gewissen der FPÖ“. In: DÖW Jahrbuch (1990) S.125-138.

<sup>143</sup> Peter Kostelka, Die kleine Koalition (1983 bis 1986). In: Auf dem Weg zur Staatspartei. Zur Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945, hrsg. Peter Pelinka – Gerhard Steger (Wien 1988) S.92.

und des österreichischen politischen Systems übersehen hatten – die strukturelle Schwäche des Liberalismus.“<sup>144</sup>

Steger, der die gesamte Dauer seiner Amtszeit dem Unmut der mehrheitlich national gesinnten Basis seiner Partei ausgesetzt war, war mit seinem Anspruch die Partei über einen Wähler austausch in eine liberale Partei umzuwandeln nicht durchgedrungen.

Der Versöhnungsversuch zwischen Nationalen und Liberalen, der auf theoretisch-programmatischer Ebene mit der Präsentation eines neuen Parteiprogramms das Gedankengut beider weltanschaulichen Ideen in einer Synthese harmonisch zusammenführen wollte, war zunächst und in erster Linie an der betonten Einstellung seiner Stammklientel, die von einem Wechsel der weltanschaulichen Grundlinie der Partei in Richtung Liberalismus nichts wissen wollte, gescheitert.

Zudem ging der Versuch, aus der FPÖ eine quasi österreichische FDP zu formen, ebenso an der Realität vorbei, wie die Beschwörung der österreichischen Liberalen des 19. Jahrhunderts als Vorbilder für die heutige Partei. Diese, wenn auch deutsch dominiert, waren von den aufkommenden Deutschnationalen heftig bekämpft worden und sind als Partei bald gescheitert. Als großbürgerlich-städtisch, intellektuell und jüdisch charakterisiert stellten sie geradezu die Antithese zu einer in ihrer Substanz national-freiheitlichen Partei dar.

Schließlich, ganz pragmatisch, das in manchen Zügen opportunistische Verhalten einer kleinen Regierungspartei, die um den Weiterbestand der Koalition (und wohl auch die erworbenen Regierungsämter) nicht zu gefährden, zu so manchem Zugeständnis bereit war, was die natürliche Gegnerschaft der Protestwähler, einer traditionellen Ziel- und Wählergruppe der dritten Kraft nach sich ziehen musste.

---

<sup>144</sup> Pelinka, Die kleine Koalition S.81.

## V. VON DER IDEOLOGISCHEN PROGRAMMPARTEI ZUR POPULISTISCHEN VOLKSBEWEGUNG (1986-1999)

Als Folge der Ereignisse im Innsbrucker Kongresshaus erhob sich die zentrale Frage, ob denn mit dem Wechsel an der Parteispitze auch ein umfassender ideologischer Wandel in Richtung einer wieder stärkeren Betonung des nationalen Flügels in der Partei eingetreten wäre.

Kritiker<sup>1</sup> interpretierten den Machtwechsel als gefährlichen Rechtsruck der Partei und bezeichneten Jörg Haider, der die FPÖ nach und nach in eine autoritäre Führerpartei umwandeln würde als eine Gefahr für die österreichische Demokratie. Gleichzeitig mit dieser radikalen Entwicklung sei mit dem Führungswechsel der Liberalismus als politische Idee in der FPÖ endgültig zu Grabe getragen worden. Norbert Steger meinte noch auf dem Parteitag, dass nun das liberale Konzept gescheitert sei<sup>2</sup> und kritisierte, dass sich die Partei jetzt wieder auf die Position einer inhaltslosen reinen Protestpartei zurückziehen und ohne absehbare Aussicht auf eine Regierungsbeteiligung wieder zurück in die Isolation des rechten Ecks gestellt werden würde.

Demgegenüber betonte die neue Parteiführung, was die Frage nach einer allfälligen ideologischen Neupositionierung betrifft, dass es keinen Bruch mit der bisherigen Tradition gäbe und auch die inhaltlichen-programmatischen Grundlagen des Parteiprogramms von 1985 weiterhin ihre Gültigkeit behielten.

### **Programmatische Kontinuität oder Abkehr vom Liberalismus? Zu den internen Reaktionen**

Obwohl mit dem Parteitag neben dem Personalwechsel an der Spitze auch womöglich damit einhergehende fundamentale inhaltliche Veränderungen der Partei die politischen Diskussionen des Landes beherrschten, versuchte die FPÖ selbst alle Spekulationen um einen dramatischen Kurswechsel zu zerstreuen, indem sie inhaltliche und personelle Kontinuität betonte: „Unser Parteiprogramm wurde am 2.6.1985 einstimmig u.a. von 80 Prozent der Delegierten, die auch jetzt in Innsbruck dabei waren, beschlossen. Dieses Programm zeigt einen modernen, liberalen Weg mit einer zeitgemäßen nationalen Komponente. Die Freiheitliche Partei hat sich durch den Innsbrucker Parteitag nicht geändert, sie hat weiterhin denselben Charakter und ihren Kurs beibehalten.“<sup>3</sup>

<sup>1</sup> z.B. Brigitte Galanda, Ein deutsches Land. Die rechte Orientierung des Jörg Haider. Eine Dokumentation (Wien 1987).

<sup>2</sup> „mein liberaler Weg wurde abgewählt“ Steger (NFZ, 18.9.1986).

<sup>3</sup> Stix (FPD, 23.9.1986).

Am selben Tag, als diese Erklärung abgegeben wurde, erklärte auch die Wiener FPÖ, die noch auf dem Bundesparteitag geschlossen zu ihrem Obmann Steger gestanden war, ihre Loyalität gegenüber der neuen Führung, und Willfried Gredler meinte zum Führungswechsel, „daß die Voraussetzungen für eine Weiterführung der liberalen Politik in der FPÖ weiterhin gegeben sind.“<sup>4</sup>

Selbst Herbert Kraus, Mitbegründer des VdU und Befürworter eines liberalen Kurses, drückte trotz seiner Besorgnis über die Wandelbarkeit des neuen Parteiführers vom „Neoliberalen zum Ultrationalen“ die Hoffnung aus, dass mit Haider die „großen Aufgaben der ‚Liberalen Mitte‘“ erfüllt werden könnten, und dafür müsste „dem Haider eine Chance!“<sup>5</sup> gegeben werden.

Gustav Zeillinger, ebenfalls Gründungsmitglied des VdU und langjähriger FP-Politiker in Spitzenpositionen mit guten Kontakten zur SPÖ meinte noch drei Jahre danach in einem ORF Gespräch auf die Frage nach einem drastischen Kurswechsel auf dem Innsbrucker Parteitag, „die Partei und alle Funktionäre sind die gleichen geblieben. Es hat sich ja nichts verändert als der Parteiobmann, [...], ich bleibe als Liberaler erst recht in dieser liberalen Partei.“<sup>6</sup>

Heide Schmidt signalisierte noch in ihrer Funktion als Generalsekretärin der Partei Distanz zu allen früheren Parteiobmännern und betonte, dass sich die Programmatik der FPÖ mit Haider an der Spitze nicht geändert hätte. Fragen nach dem liberalen Charakter der Partei wurden weiterhin mit dem Verweis auf das aktuelle Parteiprogramm beantwortet.<sup>7</sup>

Trotz dieser Beteuerungen, denen ein gehöriges Maß an Naivität nicht abgesprochen werden kann, einiger als liberal geltender Exponenten der FPÖ betreffend einer ungebrochenen Fortführung des liberalen Kurses, gab es als unmittelbare Folge des Parteitages jedoch mehrere Anzeichen, die darauf hinwiesen, dass der Liberalismus unter der neuen Führung in dieser Partei keine Zukunft mehr haben würde.

Nach dem Eingeständnis Stegers war eine Reihe von prominenten und sich zum Liberalismus bekennenden Persönlichkeiten aus der Partei ausgetreten, darunter hohe Parteifunktionäre wie der bisherige Generalsekretär Walter Grabher-Meyer<sup>8</sup> oder der ehemalige Bundesgeschäftsführer Mario Erschen<sup>9</sup> sowie mit Christian Allesch und Volker

---

<sup>4</sup> Piringer, Chronologie der FPÖ. Daten und Fakten Band 2 / 1980-1986 S.90.

<sup>5</sup> Die Furche, 19.9.1986.

<sup>6</sup> Erinnerungen 2. Johannes Kunz im Gespräch mit Prominenten (Wien 1991) S.279. (Gespräch vom 12.10.1989).

<sup>7</sup> ORF „Pressestunde“, 20.11.1988.

<sup>8</sup> Die FPÖ habe seit Innsbruck eine „echte Wende in Richtung einer rechtsnationalen Partei vollzogen, [...] die vergangenen Wochen“, so Grabher-Meyer, „haben mir bewiesen, daß der Liberalismus in der FPÖ keine Zukunft mehr hat.“ (AZ, 22.11.1986).

<sup>9</sup> siehe Erschen, Europäische Rundschau 2 (1987).



Kier zwei Vertreter des seinerzeitigen für das neue Parteiprogramm von 1985 verantwortlichen Programmausschusses. Hans-Jörg Tengg und Johannes Strohmayer waren weitere prominente Namen, die auf der Liste der Parteiaustritte zu finden waren. Zudem legte als Reaktion auf den Wahlsieg Haiders der langjährige Parteiobermann der FPÖ Friedrich Peter alle seine Funktionen in der Partei zurück.

Ein deutliches Zeichen der Distanzierung von der neuen Parteiführung setzte auch eine Erklärung des Atterseekreises, in der unmissverständlich zum Ausdruck gebracht wurde, dass das Ende des Liberalismus in der Partei nun Realität geworden sei: „Entscheidend für die politische Bewertung der ‚neuen‘ FPÖ ist die Tatsache, daß der Anspruch, in Österreich einen organisatorischen Ansatzpunkt für einen lupenreinen und unverwässerten politischen Liberalismus zu bilden und damit zugleich eine Erneuerung des Liberalismus herbeizuführen, schon im Parteiprogramm 1985 nur in Ansätzen unmittelbar sichtbar geworden war, nun aber durch eine weitgehend ideologiefreie, populistische Rhetorik endgültig vernebelt ist.“<sup>10</sup>

Die Mitglieder dieser liberalen Interessens- und Arbeitsgemeinschaft nahmen die Ereignisse zum Anlass sich von der FPÖ zu trennen, neu zu formieren und eigene Thesen zum historischen Selbstverständnis und zum politischen Standort zu verfassen.

Als ein wesentliches Element dabei sah sich die Gemeinschaft – als bewussten Kontrapunkt zur bisher gültigen FPÖ Lehre – als einem Verständnis von Liberalismus verpflichtet, das „ausdrücklich und nachdrücklich“ in der Tradition der Aufklärung stand und den Grundwerten der Französischen Revolution verhaftet war. Die Harmonisierung von liberalen mit nationalen Strömungen als den geistesgeschichtlichen Grundelementen des politischen dritten Lagers, wie sie noch das neue Parteiprogramm der FPÖ prägen sollte, wurde nun eindeutig abgelehnt. „Der Atterseekreis bekennt sich zu einer kosmopolitischen egalitären Grundeinstellung sowie zum kulturellen Pluralismus. Er sieht in der historischen Vermengung liberaler und deutschnationaler Strömungen in der politischen Ideengeschichte Österreichs eine Fehlentwicklung und lehnt jede Unterordnung individueller Grundrechte und allgemeinemenschlicher Interessen unter ‚völkische‘ Ziele ab.“<sup>11</sup> (Dieses Papier sollte die Grundlage für das Programm des Liberalen Forums bilden, das Jahre später unter der maßgebenden Verantwortlichkeit Friedhelm Frischenschlagers, dem jahrelang führenden Programmdenker der FPÖ, ausgearbeitet wurde.)

---

<sup>10</sup> Christian G. Allesch, Zur aktuellen Situation des politischen Liberalismus. In: „Die Liberalen – auf der Suche nach der verlorenen Identität?“ Tagung der politisch-wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft ATTERSEEKREIS am 14./15.3.1987, S.15f.

<sup>11</sup> Thesen zum historischen Selbstverständnis und zum politischen Standort der politisch-wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft Atterseekreis. In: „Die Liberalen – auf der Suche nach der verlorenen Identität?“ S.26.

## Rechtsextremismus oder Rechtspopulismus? Zum Außenbild der „Haider FPÖ“

Schließlich erregten die Ereignisse auf dem Innsbrucker Parteitag auch die Aufmerksamkeit der Liberalen Internationale, die – ob der berichteten Entwicklungen in der FPÖ besorgt – beschloss, eine Beobachtergruppe nach Österreich zu entsenden, um den kommenden Wahlkampf zu verfolgen. Mit dem „Bericht über die FPÖ an das Exekutivkomitee der Liberalen Internationalen“<sup>12</sup> und dem „Blaubuch Österreich 1945 bis 1986“,<sup>13</sup> einem gesonderten Zwischenbericht des niederländischen Beobachters, lagen zwei Dokumentationen vor, die aus internationaler Sicht das Wesen und den Charakter der Partei unter der besonderen Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen liberal und national, des Populismus und ihrer Rolle in der österreichischen Geschichte und den internationalen Beziehungen, untersuchen sollten.

Im Blaubuch des Generalsekretärs der niederländischen VVD – die niederländischen Liberalen gehörten seit Jahren zu den vehementesten Kritikern der Freiheitlichen – wurde nach einer betont kritischen Analyse des neuen Parteiprogramms und der Person des neuen Parteiobmannes der eindeutige Schluss gezogen, dass „die FPÖ hinsichtlich ihrer Prinzipien, Handlungen und politischen Führer keine liberale Partei ist.“ Die FPÖ wäre „nach politischen und sozio-historischen Standards als nationalistische Partei [...] mit einer Tendenz zur extremen Rechten“ zu bezeichnen und die Wahl Haiders bedeutete „keine wesentliche Änderung innerhalb der FPÖ [...], sondern eher eine Bestätigung der Gedanken und Handlungen ihrer Vertreter und Anhänger seit ihrer Gründung im Jahre 1956.“ Als Konsequenz dieses Ergebnisses plädierte er für einen sofortigen Ausschluss der FPÖ aus der LI.

Der offizielle Schlussbericht der Untersuchungskommission zeichnete nach einer Darstellung der Geschichte des dritten Lagers und der FPÖ und ihrer programmatischen Entwicklung sowie einer Analyse der aktuellen Situation der Partei und ihrer Wahlkampagne für die Nationalratswahlen 1986 ein ebenso kritisches, aber in seinem zusammenfassenden Urteil differenzierteres Bild vom programmatischen und politischen Wesen der Partei. „Wir fanden keinen Beweis, daß Haiders Reden neonazistische, faschistische oder rechts-extreme Charakteristika hätten, andererseits auch wenig Beweis für Liberalismus. Seine Kampagne versuchte sehr geschickt, aus der öffentlichen Unzufriedenheit mit den österreichischen Zuständen Nutzen zu ziehen und könnte als populistisch oder demagogisch beschrieben werden [...]“ – „Das nationale Element in der FPÖ ist, wie es scheint, zumindest so wichtig wie das liberale. Das Parteiprogramm ist ‚freiheitlich‘ und bezieht sich unter anderem auf die Traditionen des Nationalismus und des Liberalismus,“ und „Die Wiener

<sup>12</sup> Report on the FPÖ to the Liberal International Executive Committee, 11.1.1987.

<sup>13</sup> Willem van den Berg, Bluebook Austria 1945-1986, 23.11.1986.

Partei unterstreicht das ‚freiheitliche‘ Image, welches Nationalismus und Liberalismus verbindet und es sind gerade die Wiener, welche am aktivsten auf internationaler Ebene tätig sind. Der Rest der FPÖ hat im allgemeinen eine regionale, kleinbürgerliche Basis mit einem stärker nationalistischen („nationalen“) Image.“<sup>14</sup> Dem Bericht wurde keine abschließende Empfehlung bezüglich eines Weiterverbleibs der FPÖ in der LI angefügt.

Im Februar 1987 wurde schließlich mit knapper Mehrheit entschieden, die FPÖ weiterhin als Mitglied willkommen zu heißen, ein Beschluss, der sowie die Feststellung des Generalsekretärs der LI, wonach es zu diesem Zeitpunkt (noch) „keine objektiven Gründe gibt, an der Liberalität sowohl der FPÖ als auch des Parteiführers zu zweifeln,“<sup>15</sup> in der Partei mit Genugtuung aufgenommen wurde: „Die LI hat die FPÖ zu Recht und unmißverständlich als liberale Partei anerkannt und damit jene (partei-) politisch motivierten Versuche zum Scheitern verurteilt, die die Freiheitlichen, aber auch Österreich in ein rechtsradikales Eck drängen wollten.“<sup>16</sup>

Aber der weltanschauliche Charakter einer Partei ist nicht allein aufgrund schriftlicher Programmarbeit auszumachen, sondern viel eher am konkreten politischen Handeln ihrer Repräsentanten. Und da mochten durch einen bisher in dieser Radikalität in Österreich unbekanntem Oppositionsstil, eigenmächtige Personalentscheidungen des Parteichefs und haltloser Aussagen so mancher Funktionäre und Gesinnungsfreunde, wovon mittlerweile zahlreiche Dokumentationen ein beredtes Zeugnis ablegen, kritische Beobachter im In- wie im Ausland strukturell Züge einer autoritären Führerpartei und ideologisch eine Wende zum (freilich modernisierten) Rechtsextremismus erkennen.

Für die Mitarbeiter des Wiener Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, das seit jeher der FPÖ und ihrem ideologischen Umfeld einen Hauptteil seiner Aufklärungsarbeit widmet,<sup>17</sup> markierte der Obmannwechsel von 1986 einen eindeutigen Wandel der Partei hin zu einer die Elemente des Rechtsextremismus (Konzept der sozialen Volksgemeinschaft, Deutschnationalismus, Führerprinzip, antiemanzipatorisches Frauenbild, nationales Geschichtsbild, „Ausländerfrage“) integrierenden rechtsextremen Protestpartei modernen Zuschnitts. Aufgrund der Auswertung zahlreicher Äußerungen und Handlungen von Repräsentanten der FPÖ und parteinahen Medien, wird der Schluss gezogen, „daß sich die ideologischen Positionen der FPÖ seit 1986 [...] eindeutig in Richtung Rechtsextremismus verändert haben,“ und dass „das Gedankengut der die FPÖ

<sup>14</sup> Berichtszitate nach Alfred Stirnemann, Die Freiheitlichen – Abkehr vom Liberalismus? In: ÖJP (1987) S.186, 190.

<sup>15</sup> Urs Schöttli, Generalsekretär der Liberalen Internationale (NFZ, 19.2.1987).

<sup>16</sup> NFZ, 26.2.1987.

<sup>17</sup> Die Entwicklungen der Freiheitlichen Partei spiegeln sich auch in den unterschiedlichen Titeln der Beiträge des DÖW über die FPÖ wider: Von „Zwischen Rechtsextremismus und Liberalismus“ (1978) über „Die FPÖ: Vom Rechtsextremismus zum Liberalismus“ (1981) und wieder zurück „Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus“ (1986).

heute total dominierenden Kerngruppe um Jörg Haider [...] eindeutig als rechtsextrem zu qualifizieren (ist)“, wobei „die FPÖ [...] eine erfolgreiche Neuadaption des alten Rechtsextremismus (repräsentiert), wie sie die ‚Neue Rechte‘ zwar vorgedacht, aber als bewußt metapolitische Bewegung nirgends realisiert hat und auch nicht realisieren wollte.“<sup>18</sup>

Andere Autoren gehen in ihrer Beurteilung hinsichtlich einer ideologischen Standortbestimmung der FPÖ seit dem Machtwechsel allerdings nicht so weit, sie als rechtsextrem zu klassifizieren.

Kurt R. Luther bestätigt zwar, dass vermehrte mündliche Äußerungen insbesondere des Parteiobermanns, Kontakte von verschiedenen FPÖ Funktionären zu rechtsradikalen Kreisen und parteiinterne Veröffentlichungen „als Beleg möglicher rechtsradikaler Gesinnung innerhalb der FPÖ“ anzusehen sind, doch er kommt im Laufe seiner Analyse der programmatischen Entwicklung der Freiheitlichen Partei zu dem Schluss, dass es „jedoch verfehlt (wäre), würde man die nationale Tradition schlechthin mit diesen unrühmlichen Erscheinungen gleichsetzen, die deutlich nur den äußersten Rand des FPÖ-Meinungsspektrums darstellen und vor allem – wenn auch nicht ausdrücklich – auf den unteren Parteiebenen und in den Landesgruppen Oberösterreich und Kärnten anzutreffen sind. Für die Mehrzahl jener, die sich zur nationalen Tradition bekennen, bedeutet dies bloß einen volkstumsbewussten, konservativen Traditionalismus.“ Und „daß die FPÖ damit einige der Grundsäulen der Zweiten Republik angreift, berechtigt an sich nicht zum Schluß, sie sei anti-demokratisch oder rechtsradikal, [...], denn viele ihrer Sorgen sind mit einer liberalen Grundeinstellung vollkommen vereinbar, zielt die Kritik der FPÖ doch auf aus ihrer Sicht ausgesprochen illiberale und undemokratische Tendenzen ab, die der Überheblichkeit der Großparteien entspringen.“<sup>19</sup>

Auch Max Riedlsperger widerspricht der Einschätzung, wonach der Partei seit der Machtübernahme durch Jörg Haider eine massive Rechtslastigkeit vorgeworfen werden kann und begründet dies mit den Ergebnissen der Wahlmotivforschung. „Der größte Teil des Wachstums der FPÖ [...] ist jedoch, wie Wahlanalysen zeigen, nicht auf ein Wiederaufleben des nationalliberalen Lagers zurückzuführen, sondern stützt sich auf eine Wählerschaft, die das gesamte politische Spektrum [...] von rechten Randgruppen über Anti-Regierungs-Protestwähler [...] bis zur Gruppe der apolitischen ‚trendy voter‘ umfasst.“<sup>20</sup>

Für Friedhelm Frischenschlager steht nach umfassender Analyse fest, dass nach fünf Jahren Haider „eine Beurteilung der FPÖ als rechtsradikal bis sogar neonazistisch [...] – trotz bestimmter Erscheinungen – an den tatsächlichen Fakten der FPÖ vorbei (geht).“

---

<sup>18</sup> Brigitte Bailer-Galanda – Wolfgang Neugebauer, Haider und die „Freiheitlichen“ in Österreich (Berlin 1997) S.101f.

<sup>19</sup> Luther, Handbuch S.258f.

<sup>20</sup> Riedlsperger, FA 4 (1991) S.24.

Allerdings müsse sie „selbst an einer Klärung gegenüber verstärkt auftauchenden Rechtsradikalismen interessiert sein, will sie nicht insgesamt durch Tolerieren derartiger Erscheinungen ihre an sich gegebene, jedenfalls nicht rechtsradikale ideologische Positionierung leichtfertig der Interpretation des politischen Gegners überlassen.“<sup>21</sup>

### **Zurück zu den Gründervätern. Rückbesinnung auf traditionelle Werte und oppositioneller Protest**

Von nationaler Seite wurden die Entscheidungen auf dem Innsbrucker Parteitag jedenfalls uneingeschränkt als längst überfällige Kurskorrektur zur Rettung und Existenzsicherung des dritten Lagers begrüßt, wobei interessanterweise auch hier auf eine programmatische Kontinuität verwiesen wurde. „Trotz dieser grundlegend geänderten Optik ist es in programmatischer und damit weltanschaulicher Hinsicht dieselbe Partei, die damals Norbert Steger, nunmehr Jörg Haider führt.“<sup>22</sup>

Für Gerulf Stix, einem der führenden Programmierer der FPÖ, stünde die inhaltlich-programmatische Richtung der Partei nach 1986 mit der Beibehaltung des neuen Parteiprogramms von 1985 in keinem Widerspruch, sondern auf einer durchgehenden ungebrochenen Entwicklungslinie seit dem Ischler Programm von 1968. „Dieses neue Parteiprogramm von 1985 [ist] zwar von Norbert Steger initiiert worden, es ist aber ein wirklich freiheitliches Programm, das nicht von einem Punkt Null aus geschaffen wurde, sondern eben in einer Entwicklungslinie steht.“ und weiter „wenn man vom Programm des Jahres 1968 ausgeht und die Entwicklung bis zum neuen Parteiprogramm des Jahres 1985 verfolgt und auch die jetzige Politik, wie sie Jörg Haider pointiert und akzentuiert, wird man keine Bruchstellen finden.“<sup>23</sup>

Tatsächlich sollte auch durch den Obmannwechsel keine grundlegende ideologische Änderung die offizielle Programmatik betreffend bewirkt werden, als vielmehr eine bewusste Rückbesinnung auf die traditionellen Tugenden und Stärken der dritten Kraft, nämlich für einen Privilegienabbau, für mehr Sauberkeit in der Politik, eine stärkere Betonung des Leistungsgedankens, die Bekämpfung der Korruption, gegen Kammern und Verbändestaat, Sozialversicherungsträger etc. einzutreten. Obwohl noch Regierungspartei übernahm die FPÖ nunmehr mit ihren verschärften programmatischen Ansagen den Kampf gegen Proporz, Privilegien und Parteibuchwirtschaft im Geflecht der beiden Großparteien ÖVP und SPÖ zu ihrem obersten politischen Ziel zu erklären, wieder die Rolle der fundamentalen Oppositionspartei.

<sup>21</sup> Frischenschlager, Die Freiheitliche Partei Österreichs S.403.

<sup>22</sup> Mölzer, Eisbrecher S.112.

<sup>23</sup> zit. nach Mölzer, Eisbrecher S.120f.

Die Propagierung jener Werte und Ziele sollte die Partei wieder an ihre angestammten Wurzeln zurückführen und an die frühe Phase ihrer Geschichte erinnern, wie Jörg Haider selbst betonte: „Beim Parteitag des Jahres 1986 wurde versucht, der FPÖ wieder die Rolle zurückzugeben, die sie bei ihrer Gründung innehatte: Daß sie nämlich die klare Alternative zu den beiden Proporzparteien sein sollte und nicht als kleinerer Nutznießer oder blauer Parasit im rot-schwarzen politischen Geflecht agieren dürfe.“<sup>24</sup> In seiner Parteitagsrede hatte demnach der neue Parteiobmann auch die Identifikation mit den ursprünglichen Zielvorstellungen proklamiert und deren Revitalisierung gefordert: „[...] weil wir in einer Zeit angelangt sind, in der die alten Ziele der Freiheitlichen Partei die neuen Aufträge für unser politisches Handeln sind. Sie heißen: Sauberkeit, Leistung und soziale Gerechtigkeit.“<sup>25</sup>

Auch Gerulf Stix stellte für die nunmehr von Jörg Haider geführte Partei einen Gleichklang mit den Werten und Zielen der Gründerväter der dritten Kraft nach 1945 fest, wobei erneut an oberster Stelle Sauberkeit, Korruptionsbekämpfung und Leistung genannt wurden. „Das was Jörg Haider heute macht, ist nach meinem Verständnis im Grunde genommen eine besondere Akzentuierung jener Grundwerte, die während der VdU-Zeit eine große Rolle gespielt haben.“<sup>26</sup> Der gemeinsame Wertekatalog sei im Lauf der Geschichte auch über die verschiedenen Entwicklungsphasen der Partei hinweg ungebrochen und weitgehend unverändert gültig geblieben und würde nun einer längst fälligen Revitalisierung unterzogen. „Es ist der gemeinsame Schatz an Wertvorstellungen überhaupt, an Ideen und an Zielen, der hier prägend ist. Zu unterschiedlichen Zeiten wird dieser gemeinsame Schatz, von den verschiedenen Elementen in der Parteilzusammensetzung unterschiedlich beeinflusst, aufgenommen, weitergetragen. Das variiert zwar, aber insgesamt wird der gemeinsame Schatz an Vorstellungen und Auffassungen immer von genügend vielen Leuten in der Partei weitergetragen und weiterentwickelt.“<sup>27</sup>

Die FPÖ sollte zudem auch wieder verstärkt ihre Position als Protestpartei betonen. Friedhelm Frischenschlager analysierte die Entwicklung der FPÖ nach dem Führungswechsel demnach auch als Rückgriff der Partei auf ein politisches Konzept, das die Auflösung ihrer inneren Widersprüche zugunsten einer klaren und eindeutigen Linie bewirken sollte: „Die Linie der Partei des ‚dritten Lagers‘, die sich aus der durch historische Hypothesen bedingten Position des Außenseiters im Parteiensystem, mittels programmatischer Profilierung als demokratisch-liberale Partei und durch demokratisch legitimierte Mitarbeit im politischen System herausarbeitet und etabliert, wurde gleichsam mit dem Höhepunkt dieser

---

<sup>24</sup> zit. nach Mölzer, Eisbrecher S.116.

<sup>25</sup> Jörg Haider, Rede am ordentlichen Bundesparteitag 1986 (=Schriftenreihe des Freiheitlichen Bildungswerkes. Politische Akademie der FPÖ Heft 21, Wien o.J.) S.6.

<sup>26</sup> zit. nach Mölzer, Eisbrecher S.121.

<sup>27</sup> Stix zit. nach Mölzer, Eisbrecher S.122.

Entwicklung – der Regierungsbeteiligung – beendet. Das Scheitern der Kleinen Koalition und die Rückkehr zur Großen Koalition brachte die FPÖ zurück auf den Weg der ‚das System‘ von außen attackierenden, oppositionellen Protestpartei.“<sup>28</sup>

### **Die „Haider-FPÖ“, eine neue Partei? Eine politische Bewertung**

Die verschiedentlich geäußerte Einschätzung, wonach es sich bei der FPÖ nach dem Parteitag von 1986 um eine „neue“ Partei handelte, hätte auch einen Bruch mit den historischen Traditionen und Erfahrungen dieses politischen Lagers bedeutet, doch davon konnte keine Rede sein, vielmehr war es nun die erklärte Absicht der Parteiführung auf Basis einer ideologiefreien, auf Protestwählerstimmen ausgerichteten „Bewegung“, die sich nicht mehr so sehr als Partei im klassischen Sinn verstanden wissen wollte, wieder die Oppositionsrolle gegenüber den beiden Großparteien einzunehmen. Parallelen zur Frühgeschichte des VdU, wie sie bereits angesprochen wurden, oder etwa auch zur kurzen Ära des Alexander Götz können hier – im Einklang mit dem Selbstverständnis der Partei – durchaus gezogen werden.

Mit einer in erster Linie auf Stimmenmaximierung ausgerichteten Strategie mit der Notwendigkeit, ein möglichst heterogenes Wählerspektrum gleichermaßen anzusprechen, wurde eine Entwicklung eingeleitet, die ihre traditionelle Rolle als ideologische Programmpartei, die eben ein bestimmtes politisches Lager zu repräsentieren hatte, zugunsten einer weitgehend entideologisierten Protestsammlungsbewegung aufgeben sollte. Die FPÖ war daher in dieser Situation nicht mehr als klassische Lagerpartei mit klarem weltanschaulichem Profil zu bezeichnen, sondern eindeutig als Protest akkumulierende Wählerpartei.

Mit dem Wechsel der Obmannschaft zu Jörg Haider fand nicht so sehr ein Wechsel in der grundsätzlichen Programmatik im Sinn von liberal zu national statt, sondern weit eher ein Ersetzen der Ideologie durch Rhetorik, eine Strategie, die sich was den stark steigenden Wählerzuspruch betrifft, als sehr erfolgreich erweisen sollte. Zudem war es gelungen, mit dem Konzept eines alles überdeckenden Protest- und Oppositionskurses die traditionellen, die Partei in ihrer Geschichte immer wieder prägenden inneren Widersprüche um ihre ideologische Ausrichtung zu überbrücken, zumal in die Tiefe gehende ideologische Grundsatzdiskussionen bei der potentiellen Wählerschaft ohnehin kein besonderes Anliegen waren.

Zur Diskussion um eine Charakterisierung der „Haider-FPÖ“ als „neue“ Partei bemerkte der Politologe Anton Pelinka: „Die FPÖ verzichtete auf liberale Akzeptanz zugunsten einer ebenso alten wie neuen Eindeutigkeit. Die ‚Haider-FPÖ‘ war alt, weil sie die unter Steger

---

<sup>28</sup> Frischenschlager, Die Freiheitliche Partei Österreichs S.397.

entfremdete deutschnationale Tradition, einschließlich der Traditionsverbände (Turnerbund, Kärntner Heimatdienst, ‚Schlagende‘ Studentenverbindungen, etc.) mobilisierte. Und die ‚Haider-FPÖ‘ war neu, weil sie nicht in der Regierungsbeteiligung ihr prinzipielles Ziel sah, sondern in der Attraktivität für eine größtmögliche Zahl von Wählern. Regierungsbeteiligung war kein Zweck mehr an sich – ebenso wenig wie ein liberales Erscheinungsbild.“<sup>29</sup>

Weltanschauliche Diskussionen um die Begriffe national und liberal spielten was die mittlere und untere Funktionärssebene betrifft seit jeher kaum eine besondere Rolle. Beim Parteitag 1986 ging es, der nüchternen Einschätzung eines Mitarbeiters der Partei zufolge, auch nicht um Ideologie, sondern um ein Gefühl der (wiedergewonnenen) Stärke, wobei eben diesmal wieder auf die antiliberalen Karte gesetzt wurde. Eine Strategie, die sich bezahlt machte, denn bei den wegen der frühzeitigen Regierungsauflösung vorgezogenen Nationalratswahlen im November 1986 erreichte die FPÖ mit 9,73 Prozent an gültigen Stimmen einen ebenso überwältigenden wie überraschenden Wahlerfolg. Bei der überwiegenden Mehrheit dieser Wähler waren dabei ideologische Fragen für die Wahlentscheidung nicht ausschlaggebend. Nach der Wahlmotivanalyse für die Nationalratswahl 1986 standen die Person des Bundesparteiobmanns und der Komplex Protest eindeutig im Vordergrund.<sup>30</sup> Die Mehrzahl der FP-Wähler waren keine ideologisierten „Freiheitlichen“, die ein nationalkonservatives Weltbild in der Realität umgesetzt haben wollten (Frage nach nationaler Grundtendenz rangierte bei den Wahlmotiven erst an 19. und letzter Stelle), sondern Personen, die quer über die verschiedenen politischen Lager hinweg ihre Unzufriedenheit mit der bisherigen Regierung (trotz eines Verbleibs der freiheitlichen Regierungsmannschaft bis zu den Neuwahlen betrieb die FPÖ Opposition in der Regierung!) und den beiden Großparteien zum Ausdruck bringen wollten. „Das angesprochene Protestpotential verbindet nämlich zunächst nur Unmut an den stilistischen, vielleicht auch personellen Aspekten der Großparteien; ein darüber hinausgehender gemeinsamer inhaltlicher Nenner ist derzeit nicht auffindbar und wird von der FPÖ gegenwärtig auch nicht offeriert“,<sup>31</sup> so die Analyse des Meinungsforschers.

### **Änderungen der politischen Rahmenbedingungen als Voraussetzung für den Aufstieg der „Haider FPÖ“:**

So wie das Jahr 1970, war auch 1986 ein nicht nur für die FPÖ, sondern für das gesamte österreichische politische System ereignis- und folgenreiches Datum.

<sup>29</sup> Pelinka, Die kleine Koalition S.62.

<sup>30</sup> siehe Fritz Plasser, Die Nationalratswahl 1986: Analyse und politische Konsequenzen. In: ÖMH 8 (1986) S.9-26 und ders., Die populistische Arena, besonders S.94-99.

<sup>31</sup> Fritz Plasser, Großparteien Dämmerung. In: historicum 4 (1987) S.39.



### *Dekonzentration und Heterogenisierung des politischen Systems*

Mit dem Einzug der Grün-Alternativen als vierte Partei in den Nationalrat endete das sogenannte hinkende Zweiparteien- oder Zweieinhalbparteiensystem. Die Auswirkungen der Wählermobilität brachten eine Schwächung der Großparteien mit sich, die wieder zum Regierungsmodell der Großen Koalition zurückkehrten. Und die FPÖ durchlebte, wie bereits erläutert, eine Entwicklung, die von einem historischen Tief, über einem unter turbulenten Umständen zustande gekommenen Umschwung zu einem in dieser Dimension wohl kaum erwarteten spektakulären Wahlsieg führte. Verantwortlich für diesen Erfolg war auch ein erstmals bei dieser Wahl in diesem Ausmaß beobachteter Anstieg an Protest- und Wechselwählern, ein Trend, der die politischen Wahlentscheidungen seither immer stärker mitbestimmte. Die hohe Mobilität im Wählerverhalten war die Folge einer immer konsequenter fortschreitenden Auflösung der politisch-soziokulturellen Lagerstrukturen mit der gleichzeitigen Abnahme damit verbundener parteipolitischer Loyalitäten in Verbindung mit neuen gesellschaftspolitischen Themensetzungen und einer als allgemein zu konstatierenden Parteien- und Politikerverdrossenheit. Diese von der Wahlforschung als dealignment bezeichnete Entwicklung, bekamen in erster Linie die beiden Großparteien zu spüren, die mehr oder weniger starke Abwanderungstendenzen ihrer jeweiligen Kernwählergruppen zur Kenntnis nehmen mussten, während die FPÖ diesen Veränderungsprozess im Wählerverhalten mit ihrer geänderten Strategie einer auf Protest und Mobilisierung ausgerichteten Bewegung für sich zu nutzen vermochte.

Und mit Jörg Haider ist jener neue Politikertyp auf der politischen Bühne erschienen, der es meisterhaft verstand, diese Entwicklungstendenzen, in deren Kontext populistische Politik erst ihre Wirkung entfalten kann, zusammenzuführen.

### *Populismus: Bestimmungskriterien eines politischen Phänomens*

Im Zusammenhang mit dem fortschreitenden Prozess der Dekonzentration des Parteiensystems mit seiner Auflösung traditioneller Lagerbindungen und den möglichen Strategien der Reaktion auf diese Veränderungen, wurde seither immer wieder von Populismus gesprochen; und zwar vornehmlich in Verbindung mit der durch die am Innsbrucker Parteitag und in der medialen Berichterstattung zum Ausdruck gebrachten Dominanz des Parteichefs und der somit zur „Haider-FPÖ“ mutierten Freiheitlichen Partei, wobei Kritiker und Gegner den Begriff in Zusammenhang mit Opportunismus und Demagogie bis hin zur „Volksverhetzung“ verwenden, also ausnahmslos als Vorwurf gebrauchen, wohingegen Befürworter und Anhänger des politischen Kurses Haiders den Begriff positiv besetzen als Ausdruck besonderer Volksverbundenheit, wenn es darum geht, zu sagen, was das „Volk denkt.“

Auf jeden Fall beschreibt Populismus die Art und Weise, wie sich politische Instanzen zum Zweck der politischen Mobilisierung in eine Beziehung zum umworbenen „Volk“ setzen. Das in dieser Form angesprochene „Volk“ wird dabei in Gegensatz zu den politischen und wirtschaftlichen Eliten, dem sogenannten „Establishment“ gestellt, das grundsätzlich mit Misstrauen und Ablehnung bedacht wird, wodurch im Sinn dieses stark vereinfachten Bildes von Politik und Gesellschaft ein Gefühl des „wir da unten“ (das ohnmächtige Volk) gegen „die da oben“ (die herrschenden Eliten) affektiv kommuniziert wird.

Agitiert wurde im Falle der FPÖ in diesem Zusammenhang in erster Linie gegen das Regierungsmodell der Großen Koalition in der Zweiten Republik und die auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens nach dem Proporzprinzip vollzogene Machtverteilung zwischen SPÖ und ÖVP und deren entsprechenden Vorfeldorganisationen. Und obwohl selbst eine alte aus den weltanschaulichen Lagern hervorgegangene Traditionspartei, war die FPÖ die einzige Partei, die von den Zentren der politischen Macht des Landes für Jahrzehnte ausgeschlossen blieb. Erst als die beiden Großparteien ihre Fähigkeit zur Mobilisierung ihrer jeweiligen potentiellen Wählerschaft allmählich verloren, konnte die FPÖ ihren Kleinparteienstatus aufbrechen und durch ihren seit dem Machtantritt Jörg Haiders zunehmend schärfer und akzentuierter vorgetragenen Populismus an politischem Terrain gewinnen.

Mit Haider an der Macht ist der Begriff des Populismus in der politischen Diskussion allgegenwärtig und damit endgültig in den politischen Sprachgebrauch des Landes eingeführt, wenn auch fast ausschließlich polemisch und mit eindeutig negativen Bezügen. Populismus, als politisches Phänomen in der Mitte der 1980er Jahre europaweit im Aufschwung befindlich,<sup>32</sup> erfuhr in Österreich jedenfalls seine klarste Ausprägung in der Präsentation und der Selbstdarstellung der FPÖ unter der Obmannschaft Jörg Haiders.

Populistische Politik wendet sich in erster Linie an Gefühle, Stimmungen und Vorurteile ihrer Adressaten und greift unter weitgehender Vermeidung sachlich fundierter Analysen inhaltlich Themen auf, die scheinbar jeden, unabhängig von seinem sozialen und ökonomischen Status, betreffen.

Je nach der damit verbundenen Zielerreichung wird in der politischen Forschung zwischen Rechts- und Linkspopulismus unterschieden oder von einem Populismus „von oben“ und einem Populismus „von unten“ gesprochen. „Von einem Populismus „von oben“ ist zu sprechen, wenn sowohl der Appell an Themen als auch die demagogische Form nur dazu dienen, Loyalität für das Handeln von Politikern zu beschaffen.“<sup>33</sup> Im Fall der FPÖ

---

<sup>32</sup> siehe Helmut Dubiel, Das Gespenst des Populismus. In: Populismus und Aufklärung, hrsg. Helmut Dubiel (Frankfurt a.M. 1986) S.33-51.

<sup>33</sup> Michael Morass – Helmut Reischenböck, Parteien und Populismus in Österreich. In: Populismus in Österreich, hrsg. Anton Pelinka (Wien 1987) S.39.

unter Jörg Haider wird diese Kategorie zur Erklärung herangezogen sowie der Begriff des Rechtspopulismus verwendet.

Die Adressaten seiner Politik decken dabei vorwiegend das Spektrum von Mitte bis weit rechts ab. Scheinbar wahllos werden die unterschiedlichsten Gruppen angesprochen, um als potentielle Wähler gewonnen zu werden, wobei es auch nicht darauf ankommt, klare inhaltliche Zielvorstellungen oder gar weltanschauliche Grundsatzpositionen zu vermitteln. Als Anwälte der „schweigenden Mehrheit“ und des „kleinen Mannes“ – so das Selbstverständnis – beanspruchen sie das Recht für die Interessen der „Anständigen und Fleißigen“ einzutreten und gegen die Willkür eines sie unterdrückenden allmächtigen „Machtkartells“ zu verteidigen.

Vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes wird der Populismus Haiders folgendermaßen definiert: „Er präsentiert in wenigen Sätzen eines Interviews für möglichst viele Wählergruppen etwas: die Bauern, die alten Menschen, die jugendlichen Aufsteiger, die Rechtsextremen, den ‚Mann vom Stammtisch‘. Dieser Mangel an profilierten inhaltlichen Positionen sichert ihm den Applaus sehr inhomogener Wählergruppen. Für die einen ist er ein ‚Robin Hood‘, Kämpfer der Entrechteten und Zukurz-Gekommenen, für die anderen ein erfolgreicher Aufsteigertyp, mit dem man sich gerne identifiziert, für die Rechts-extremen jemand, der ihre Positionen in die öffentliche Debatte einbringt und ihren Funktionären zu politischen Mandaten verhilft.“<sup>34</sup>

Ziel dieser Politik ist es, ein möglichst breites Wählerspektrum emotional anzusprechen und das in der Bevölkerung zweifellos vorhandene Potential an Unmut und Unzufriedenheit zu binden und entsprechende Stimmungslagen als Legitimationsgrundlage für das eigene Handeln zu nehmen, wobei auch ganz ungeniert deutschnationales Gedankengut in den Ideen- und Politikmix der Partei miteinfließt und das Spiel um den bewussten Einsatz damit verbundener Emotionen.

Ein wesentlicher Bestandteil rechtspopulistischer Parteien ist dabei die Tendenz zu Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit, also eine bewusste Abgrenzung gegenüber Zuwanderern, die als die „Anderen“ als Bedrohung für das eigene „Wir Gefühl“ wahrgenommen werden. Neben dem antielitären Aspekt (gegen „die da oben“) tritt somit für den Rechtspopulismus auch eine Tendenz zur Xenophobie.

Indem die FPÖ also einerseits als Schutz- und Interessensvereinigung benachteiligter Bevölkerungsschichten des bestehenden politischen Systems und gegen die Privilegien (scheinbar) bevorzugter Gruppen der Gesellschaft auftritt und damit einen egalitären und antielitären Standpunkt einnimmt, als auch andererseits vehement gegen Migration und Multikulturalismus als Bedrohung für das „eigene Volk“ und die „eigene Nation“ agitiert und

---

<sup>34</sup> Brigitte Bailer-Galanda, Die neue Rechte. Jörg Haider – ein Politiker der neuen oder der ganz alten Art? (=Zeitdokumente 52, Wien o.J.) S.20.

somit in dieser Frage antiegalitär ausgerichtet ist, ist sie gewissermaßen – wie Anton Pelinka bemerkt – gleichzeitig als rechte, aber auch linke Protestpartei zu bezeichnen. „Innerösterreichisch ist die FPÖ Ausdruck eines Protestes gegen die Ungleichheit – europäisch und transnational ist die FPÖ Ausdruck des Protestes gegen mehr Gleichheit – [...]“<sup>35</sup>

Über die dabei zur Anwendung gebrachten Agitationstechniken und Muster demagogischer Kommunikation des Haiderschen Populismus sind im Lauf der Jahre eine Reihe von ausführlichen Artikeln und Untersuchungen erschienen, weshalb im folgenden auf diesen Aspekt der „Ideologie“ der FPÖ nicht näher eingegangen werden soll.<sup>36</sup>

*Von den Modernisierungsgewinnern zu den Modernisierungsverlierern:*

*Die Sozialstruktur der freiheitlichen Wählerschaft – demoskopische Befunde*

Entscheidend neben einer (vorwiegend negativen) politischen Interpretation dieses Phänomens (Rechtsruck, Politikverdrossenheit, Meinungsmanipulation durch Massenmedien, Auflösung der Lagerbindungen, etc.) wurden jedoch besonders im Zuge der fundamentalen Umbrüche in Europa, speziell in Mitteleuropa am Übergang der 80er zu den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts verstärkt Erklärungen herangezogen, die die zum Teil gravierenden gesellschaftlichen Veränderungen berücksichtigen sollten.

Während sich in den ersten Jahren der FPÖ unter Haider bis zu Beginn der 1990er Jahre ein Großteil der Wähler aus einer am Erfolg orientierten urbanen „bürgerlichen“ Mittelklasse rekrutierte,<sup>37</sup> erfolgte danach eine Umschichtung des Wählerpotentials hin zu den autoritär gestimmten, existenzbedrohten Arbeitern. Der massive Wählerzulauf und somit unaufhaltsam scheinende Aufschwung der FPÖ wurde demnach nicht so sehr als Ausdruck eines allgemeinen Rechtsrucks der Gesinnungen wahrgenommen, sondern vielmehr als Reaktion der infolge der technischen und wirtschaftlichen Veränderungen (besonders im „nicht geschützten“ privatwirtschaftlichen Sektor) in Schwierigkeiten geratenen im soziologischen Terminus als sogenannte „Modernisierungsverlierer“ bezeichneten Menschen, die sich von ihren angestammten Parteien allein gelassen fühlten und nunmehr einer vermeintlich unideologischen und in der Hauptsache oppositionellen Protestsammlerpartei zuwandten. „Sie sind [...] betroffen von der Dynamik der technischen und gesellschaftlichen Entwicklung, von der Modernisierung in Arbeit und Lebenswelt, von

<sup>35</sup> Anton Pelinka, Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung. Zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs. In: ÖZP 3 (2002) S.285.

<sup>36</sup> z.B. Armin Pfahl-Traughber, Der Populismus des Jörg Haider. Zu den Techniken eines Agitators. In: Zukunft. Sozialistische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur 5 (1991) S.14-16; Walter Ötsch, Haider Light: Handbuch für Demagogie (Wien 2000).

<sup>37</sup> „Die neue FPÖ-Wählerschaft findet sich größtenteils unter den besser ausgebildeten, aufstrebenden Angestellten, die die Gewinner bei der Modernisierung der post-industriellen Gesellschaft sind.“ Riedlsperger, FA 4 (1991) S.25.

der Öffnung der Grenzen und der ‚neuen Mini-Völkerwanderung‘, von den neuen Spaltungen der Gesellschaft: im Generationenkonflikt, über die Umweltproblematik, zwischen den Geschlechtern und den Life-Style-Subkulturen.“<sup>38</sup> Die nunmehrigen FPÖ-Wähler hätten nicht quasi über Nacht ihre Weltanschauung geändert und sich zum Deutschnationalismus bekehren lassen.

Zu demselben Schluss, nämlich dass eine einfache Bezeichnung der Partei und ihres Obmannes als rechtsextrem zu kurz, wenn nicht gar daneben greift, kommen freilich auch die Meinungsforscher in ihren jeweiligen Analysen der Wählerstruktur der FPÖ: „Die ‚Haider-FPÖ‘ ist sicher nicht allein als rechts und national zu etikettieren [...] unter Steger war die FPÖ überspitzt gesagt, eine Honoratiorenpartei der mittleren und älteren Jahrgänge – eine Apotheker- und Advokatenpartei. Haider ist in der Lage, ein sehr heterogenes Wählerpotential auszuschöpfen.“<sup>39</sup> Vielmehr bildeten eine allgemeine Unzufriedenheit und ein nicht näher artikulierter Protest die immer bestimmender werdenden Motive für eine Wahlentscheidung zugunsten der Freiheitlichen. „Nur ein relativ kleiner Teil der Wählerschaft wird durch nationalsozialistische Inhalte zu Haider Wählern. Dominierend ist der diffuse Protest, der aufgestaute Grimm über zuwenig Anständigkeit und Sauberkeit in der Politik.“<sup>40</sup>

Besonders der in den verschiedenen Wahlgängen seit der Umorientierung der FPÖ in eine plebiszitäre Wahlbewegung konstatierte Einbruch in traditionelle Wählerschichten der Sozialdemokratie bestätigt die These, wonach sich die FPÖ immer mehr zu einer „protestorientierten Arbeiterpartei neuen Stils“<sup>41</sup> wandelte: Seit 1986 wurde der Anteil an Arbeitern von 3 auf 10 Prozent mehr als verdreifacht. Bei der Nationalratswahl 1990 waren es bereits 21 Prozent, und 1994 bestand die Wählerschaft der FPÖ bereits fast zu einem Drittel aus Menschen aus dem Arbeitermilieu, sowohl was Facharbeiter als auch un- oder angelernte Arbeiter betrifft. Schließlich erreichte die FPÖ bei den Nationalratswahlen 1999 unter den Arbeitern einen Stimmenanteil von 47 Prozent und wurde damit deutlich zur stärksten Arbeiterpartei des Landes.<sup>42</sup>

---

<sup>38</sup> Ernst Gehmacher, Nicht Rechtsruck – Sondern Ungeduld. Optimistische Thesen zu den Landtagswahlen. In: Zukunft. Sozialistische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur 12 (1991) S.22.

<sup>39</sup> Plasser (profil 3, 16.1.1989).

<sup>40</sup> Birk, ebd.

<sup>41</sup> Fritz Plasser – Peter A. Ulram, Radikaler Rechtspopulismus in Österreich. Die FPÖ unter Haider (Wien 1994). Als Ursachen für den überdurchschnittlichen Anteil an Arbeitern in der Wählerschaft der FPÖ nannten die Forscher in ihrer Studie u.a. den weitgehenden Zusammenbruch traditioneller sozialdemokratischer Milieus, die fortschreitende Desintegration der traditionellen Arbeiterkultur sowie auch Modernisierungängste.

<sup>42</sup> Kurier, 5.10.1999; Parlament. Beilage der Wiener Zeitung Nr.52, Nationalratswahl 99 (Oktober 1999). siehe auch Fritz Plasser – Peter A. Ulram, Rechtspopulistische Resonanzen: Die Wählerschaft der FPÖ. In: Das österreichische Wahlverhalten, hrsg. Fritz Plasser – Peter A. Ulram – Franz Sommer (=Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung 21, Wien 2000) S.232.

Die Partei konnte in ihrer Aufstiegsphase insofern als „postmoderne“ Protestpartei bezeichnet werden, als es ihr in immer stärkerem Ausmaß gelungen war, die Ängste der sogenannten Modernisierungsverlierer – mehrheitlich jüngere Männer ohne gewerkschaftliche oder kirchliche Bindung und ohne höhere Bildung – anzusprechen und sich als deren Interessensvertretung anzubieten.

### **Die FPÖ als politisch-moralische Erneuerungsbewegung**

Mit Jörg Haider an der Spitze präsentierte sich die Partei in der Öffentlichkeit als politische und moralische Erneuerungsbewegung, eine Bezeichnung, wie sie (siehe Ära Götz) so neu nicht ist. Schon in seiner Innsbrucker Parteitage von 1986 reklamierte Haider den Begriff der Bewegung für die FPÖ, womit einerseits eine dem geänderten Selbstverständnis nach grundsätzliche Distanz zu den bestehenden als „Altparteien“ diffamierten Großparteien und andererseits eine wiederentdeckte Nähe zum Konzept des VdU zum Ausdruck gebracht werden sollte: „Wir sind [...] keine Partei im üblichen Sinne, wir sind eine politische Bewegung, die man besser als eine ständige Bürgerinitiative bezeichnen könnte; eine Bürgerinitiative, die versucht, sehr offen nach außen hin jene Strömungen einzufangen, die heute notwendig sind, um wirkliche Reformen in Österreich durchsetzen zu können.“<sup>43</sup>

Als wesentliche programmatische Kernbereiche für Reformen im Sinn einer politischen Erneuerung wurden folgende Themenfelder definiert:<sup>44</sup>

Der Begriff der Freiheit als höchstes Gut, sowohl individuell als Freiheit des Einzelnen, als auch kollektiv im Bereich der Völker durch das Selbstbestimmungsrecht gedeutet, steht traditionell am Anfang des freiheitlichen Wertekodex. „Insgesamt“, so Mölzer, „zeichnete sich durch die reale Politik Jörg Haiders ab, daß sich das Freiheitsideal der FPÖ grundlegend von den Schlagworten der Französischen Revolution, von der dabei propagierten ‚Liberté‘, unterscheidet. Die vorgegebenen Unterschiede und Begabungen, Fähigkeiten und Neigungen werden als Spannungsfeld akzeptiert, in dessen Rahmen sich kulturelle und gesellschaftliche Entwicklungen darstellen.“<sup>45</sup>

Mölzer räumt ein, dass seit der Obmannschaft Haiders die freiheitlichen Stellungnahmen zum Thema Volkstum und Heimat „überaus häufig und vielfältig“ sind. „Insgesamt kristallisiert sich heraus, daß den neuen Freiheitlichen selbstverständnismäßig Volk und Heimat das entscheidende Bezugsfeld für den Einzelmenschen darstellen.“<sup>46</sup> Ebenfalls wiederholt bekräftigt wird auch das Bekenntnis zur deutschen Volks- und Kulturgemein-

---

<sup>43</sup> Jörg Haider, Rede Bundesparteitag 1986 S.4.

<sup>44</sup> Mölzer, Eisbrecher S.168-173.

<sup>45</sup> Mölzer, Eisbrecher S.169.

<sup>46</sup> Mölzer, Eisbrecher S.170.

schaft, „was keineswegs als Widerspruch zur Eigenstaatlichkeit und Souveränität des immerwährend neutralen Österreich gesehen wird.“<sup>47</sup> In diesem Zusammenhang wird gelegentlich auch von einer „heimatbewußten Erneuerungsbewegung“ gesprochen.

Im Bereich der Familienpolitik gebührt die Aufmerksamkeit der Förderung von Mehrkinder- und Alleinverdienerfamilien, wobei es aber freiheitlichen Vorstellungen widerspricht, „wenn das Geburtendefizit, wie es in Österreich seit Jahren und Jahrzehnten vorhanden ist, durch die allzu rasche Einbürgerung von Ausländern wettgemacht werden soll.“<sup>48</sup>

Hinsichtlich der Kulturpolitik wird für die Freiheit von Kultur und Kunst eingetreten, freilich „solange sie Sitte und Brauchtum nicht gröblich verletzen.“<sup>49</sup>

Im Bezug auf die Agrarpolitik („für einen gesunden Bauernstand“) und der Wirtschafts- und Sozialpolitik werden mit einem Bekenntnis zur Leistung und der Propagierung der sozialen Volksgemeinschaft, in der „Klassenkampf, Generationskonflikte, berufsständische Auseinandersetzungen und ähnliches abgelehnt werden“ traditionelle Vorstellungen des politischen dritten Lagers präsentiert.

Wie schon unter Steger versuchte sich die FPÖ auch verstärkt als Umweltpartei darzustellen, allerdings nicht ohne auch in diesem Bereich auf recht eigenartige Weise Heimatbewusstsein zu demonstrieren: Mölzer zitiert eine diesbezügliche Passage der Rede Haiders auf dem Villacher Parteitag von 1988, worin dieser erklärt: „Nur die geistig heimat- und vaterlandslosen Gesellen sind fähig, einer menschenverachtenden Fortschrittsideologie und Umwelterstörung zu dienen“<sup>50</sup> als Beleg für ein gesteigertes Engagement der Partei in Fragen des Umweltschutzes. „Aus dieser Erkenntnis heraus propagiert man innerhalb der FPÖ ein Umweltbewußtsein, das auf Heimatliebe fußt.“<sup>51</sup>

Um den sich mehrenden Vorwürfen, die Partei habe sich vom Liberalismus als einen ihrer ideologischen Grundpfeiler losgesagt, entgegenzutreten, wurden diese inhaltlichen Anliegen und der Wille zu ihrer Durchsetzung als „Liberalismus der Tat“ verbrämt. „Wer damals wie heute gegen die maßlosen Privilegien einer neuen Funktionärskaste ankämpfte und ankämpft, steht und stand für das Recht der Bürger, handelte und handelt nach wie vor liberal. Wer für das Überleben des Bauernstandes, der Gewerbetreibenden und für die Zukunftschancen der leistungswilligen Jugend kämpft, steht für das Recht der Bürger, handelt liberal. Wer gegen mediale Manipulation und Geschichtsklitterung kämpft, steht für das Recht der Bürger auf Wahrheit und handelt ebenso liberal. Wer für die Erhaltung der

---

<sup>47</sup> ebd.

<sup>48</sup> ebd.

<sup>49</sup> Mölzer, Eisbrecher S.171.

<sup>50</sup> NFZ 46, 17.11.1988.

<sup>51</sup> ebd.

heimatlichen Umwelt eintritt, um kommenden Generationen einen menschenwürdigen Lebensraum zu sichern, steht ebenso für das Recht der Bürger und handelt liberal.“<sup>52</sup>

Trotz diverser Versuche sich in der Öffentlichkeit als „neue“ Partei zu präsentieren, wurden doch in den meisten Politikbereichen bekannte Positionen übernommen und wiederholt, wie sie auch schon in den Thesen des freiheitlichen Gesellschaftsmanifests oder auch des Salzburger Programms formuliert sind. Auch die ersten programmatischen Produktionen der Ära Haider, etwa die „Villacher Deklarationen“ (zur Erneuerung von Demokratie und Gesellschaft in Österreich) von 1988 und die „Blauen Markierungen“, das Wahlprogramm aus dem Jahr 1990, blieben in inhaltlich grundsätzlichen Belangen im wesentlichen unverändert. Vorerst gab es offensichtlich auch keine Veranlassung, das unter der Obmannschaft des gestürzten Norbert Steger geschriebene offizielle Parteiprogramm außer Kraft zu setzen.

### **Exkurs: Die Abspaltung des Liberalen Forums. Chance für eine Renaissance des Liberalismus?**

Mit der neuen taktischen Ausrichtung der Partei, eine möglichst breite Wählerschaft anzusprechen, wurde aber gleichzeitig das ohnehin immer schwindendere Reservoir an Liberalen in der Partei, das nunmehr unter der neuen Führung höchstens als lediglich geduldete Randerscheinung existierte, weil erfolglos und von der Basis ohnehin nicht mitgetragen, zunehmend abgeschrieben. Die wenigen noch in der Partei verbliebenen Liberalen spielten in den strategischen Überlegungen der FPÖ eine immer geringere Rolle, ihr Erhalt oder gar die Rückgewinnung ehemaliger liberaler Stimmen schien der Partei kein besonderes Anliegen mehr zu sein. Der Versuch, sich als liberale Partei zu profilieren, um in das politische System integriert zu werden, war nun unter den geänderten Bedingungen einer auf Unzufriedenheit und Politikverdrossenheit bauenden Protestpartei kein politisches Ziel mehr.

Unter diesem Gesichtspunkt war es wohl auch keine allzu große Überraschung, als Anfang des Jahres 1993 einige führende als liberal geltende Abgeordnete der FPÖ unter der Führung von Heide Schmidt, ihren Austritt aus der Partei und gleichzeitig die Gründung einer eigenen liberalen Gruppierung, des Liberalen Forums ankündigten.

Als Argument für die Trennung von der Stammpartei wurde angegeben, dass in der FPÖ unter ihrem Obmann Jörg Haider wesentliche Grundsatzpositionen, für die sie bisher gestanden sei, verlassen worden wären.<sup>53</sup> Außerdem wurden als Gründe für die Trennung neben schwerwiegenden innerparteilichen Spannungen, die letztlich wohl den Ausschlag

<sup>52</sup> Mölzer, Eisbrecher S.151f.

<sup>53</sup> siehe die diesbezüglichen Erklärungen Schmidts in den Nachrichtensendungen des ORF vom 4.2.1993: „Wien Heute“, „Inlandsreport“, „Runder Tisch“.



gaben, der als unerträglich empfundene innenpolitische Stil der Konfrontation um jeden Preis, der eine Gefahr für die demokratische Kultur in Österreich bedeute, genannt. Stil und Inhalt, Theorie und Praxis seien nicht mehr voneinander zu trennen, die FPÖ habe in jeder Beziehung den Boden des Liberalismus verlassen, sie wäre – so Friedhelm Frischenschlager, einer der wichtigsten programmatischen Vordenker der FPÖ und nunmehriger Mitbegründer des Liberalen Forums – zur „Allerweltpartei“ verkommen, die alles versuche, um Stimmen zu gewinnen, „auch um den Preis (dafür) klare weltanschauliche Positionierungen aufzugeben.“<sup>54</sup>

Als äußere Gründe für diesen Schritt, wurden der plötzliche Schwenk in der Frage um einen Beitritt zur EG (die FPÖ war ja bisher immer als prononcierteste Befürworterin einer europäischen Integration aufgetreten), das umstrittene Volksbegehren „Österreich zuerst“, das in den Medien und in der Öffentlichkeit als „Ausländervolksbegehren“ bezeichnet wurde, sowie nicht zuletzt auch persönlich erlittene Beleidigungen und Kränkungen als Ausdruck eines immer stärkeren innerparteilichen Konflikts angegeben.

Für die FPÖ brachte diese nach dem Exodus zahlreicher liberaler Parteimitglieder nach dem Innsbrucker Parteitag 1986, zweite große Austrittswelle wichtiger liberaler Repräsentanten der Partei zwar einen vorübergehenden Rückschlag, doch andererseits aber auch eine (wohl durchaus gewünschte) Klärung hinsichtlich ihres ideologischen Erscheinungsbildes, schienen doch damit nun endgültig klare Verhältnisse eingeleitet zu sein, was den vermeintlichen liberalen Charakter der FPÖ betrifft. Mit dem Auftritt einer sich als explizit liberal deklarierenden eigenen Partei, wurde der Alleinvertretungsanspruch der FPÖ, alleinige Heimstätte des politischen Liberalismus in Österreich zu sein, erschüttert.

Nicht nur auf nationaler, sondern auch auf internationaler Ebene wurde nun das ohnehin seit 1986 ständigen Spannungen ausgesetzte Verhältnis der FPÖ zur Liberalen Internationale (siehe oben) einer endgültigen Klärung zugeführt.

Nachdem Otto Graf Lambsdorff, der Präsident der LI, noch am Tag der Gründung des Liberalen Forums seine Sympathie für die neue liberale Gruppierung bekundet hatte und sie als „neoliberalen Erben der FPÖ in der Internationale willkommen“ hieß,<sup>55</sup> wurden nun auch die Kontakte vonseiten der FDP, der großen deutschen Schwesterpartei zur FPÖ abgebrochen und gleichzeitig mit diesem Beschluss auch der „unverzögliche Ausschluß der FPÖ aus der Liberalen Internationale“ gefordert.<sup>56</sup> (Die FPÖ ist diesem Schritt jedoch zuvorgekommen, indem sie selbst ihren Austritt erklärte. Im Gegenzug wurde das Liberale Forum in die Internationale aufgenommen). Die mangelnde Fähigkeit, sich glaubwürdig von

---

<sup>54</sup> Friedhelm Frischenschlager (ORF „Wien Heute“, 4.2.1993).

<sup>55</sup> siehe ORF, 4.2.1993.

<sup>56</sup> News 12, 25.3.1993.

rechtsradikalen Tendenzen im Umfeld der Partei abzugrenzen und ihr zunehmend populistischer Charakter, der Erfolg um jeden Preis vor Inhalte setzen würde, wurde dabei der FPÖ unter ihrem Obmann Jörg Haider vorgeworfen. „Extrem rechtsradikale Elemente – manchmal Organisationen und Vorkommnisse der Geschichte wie die Hitlerjugend und die SS verteidigend – können innerhalb der FPÖ operieren und werden üblicherweise von der Führung dieser Partei nicht zurückgewiesen [...] Populismus ist nicht per definitionem illiberal. Aber es ist schwer, sich dem Eindruck zu entziehen, daß der FPÖ-Populismus nicht verwendet wird, um den Liberalismus zu stärken, sondern daß der Populismus den Liberalismus ersetzt.“<sup>57</sup>

Tatsächlich bedeutete der unter der Führung von Jörg Haider betriebene Übergang der FPÖ von einer Weltanschauungspartei zu einer Protest-Wählerpartei nicht den Sieg des Rechtsextremismus, sondern den Triumph des (Rechts)Populismus, wie er in dieser klaren Ausprägung zuvor noch nicht zu beobachten war. Friedhelm Frischenschlager charakterisierte, kurz bevor er die Partei verließ und sich dem Liberalen Forum anschloss, noch einmal zusammenfassend das populistische Muster Haiders und der FPÖ: „Haider selbst ist kein Rechtsextremist [...] Er spricht aber innerparteilich verstärkt deutschnationale Exponenten an, die in der Zeit vor Haider frustriert waren und heute einen beträchtlichen Teil der Funktionäre stellen [...] Die FPÖ hat ihr Gesicht dramatisch verändert. Das Konzept von der Dritten Kraft, das ausgerichtet war auf Konsens und Kooperation, auf politische Integration des dritten Lagers, auf einen gerechten Anteil an der Macht, ist passé. Haider hat dieses Modell ersetzt durch ein pointiertes Freund-Feind-Schema, durch eine politische Grabenlandschaft. Auf der einen Seite steht das sogenannte politische Establishment auf der anderen Seite stehen Jörg Haider und die ‚schweigende Mehrheit‘, die sich gegen ‚die da oben‘ zur Wehr setzen, alle tatsächlich oder auch nur vermeintlich zu kurz gekommenen Menschen: Von einfachen Arbeitern, die Angst um ihren Arbeitsplatz haben, bis hin zu reaktionären katholischen Kreisen, denen die ÖVP derzeit zu liberal ist. Die FPÖ bewegt sich weg vom pluralistischen Politikverständnis und hin in Richtung ‚Kampfgemeinschaft‘.“<sup>58</sup>

Auch wenn sich die FPÖ weiterhin trotzig als „zutiefst liberal“<sup>59</sup> und sich ihr Obmann nach wie vor als „Paradeliberaler“<sup>60</sup> bezeichneten, so ist der Liberalismus in der FPÖ wohl nur mehr auf diversen grundsatzpolitischen Papieren existent, in der Praxis des politischen Alltags spielte er keine Rolle mehr. Mit dem Austritt der noch in der Partei verbliebenen

---

<sup>57</sup> Julius Maaten, Generalsekretär der LI, Bericht über die FPÖ (profil 19, 10.5.1993).

<sup>58</sup> News 2, 14.1.1993.

<sup>59</sup> Der Wiener Landesparteiobmann Rainer Pawkowicz (ORF „Wien Heute“, 4.2.1993).

<sup>60</sup> „die wirklich liberalen Geister stehen in der FPÖ“, Jörg Haider (ORF „Runder Tisch“, 4.2.1993).

Liberalen sei ein Schlusspunkt hinter die „Debatte der immer leiser gewordenen Diskussion um die Liberalität“<sup>61</sup> der FPÖ gesetzt worden.

Die FPÖ konnte nun ihren einmal eingeschlagenen Weg noch kompromiss- und bedingungsloser fortsetzen, ohne wie bisher – wenn auch in immer geringerem Maß – Rücksicht auf den ohnehin als überflüssigen Ballast empfundenen liberalen Flügel in der Partei nehmen oder auf eine entsprechende Reputation im Ausland achten zu müssen. Das für die Partei traditionelle historische Dilemma der ideologischen Ambivalenz, gleichzeitig so unterschiedliche Interessen, wie die eines zeitgemäßen Liberalismus und eines stark traditionalistischen Nationalismus, zu vertreten, schien sich mit der Abspaltung des liberalen Flügels, (der sich schon längere Zeit in innerer Emigration befand) endgültig aufgelöst zu haben. Sämtliche liberalen Experimente um Anerkennung und Akzeptanz im politischen System des Landes zu erreichen, konnten nun definitiv für beendet erklärt werden.

Der Austritt Norbert Stegers aus der Partei<sup>62</sup> mochte, nachdem schon zuvor Friedrich Peter mit der FPÖ abgerechnet hatte,<sup>63</sup> als jene beiden wesentlichen Befürworter und Repräsentanten eines solchen Kurses, dafür als symbolisches Indiz angesehen werden.

Es ist bemerkenswert und einmalig in der österreichischen Parteiengeschichte, dass alle noch lebenden Vorgänger Haiders als Parteichefs entweder durch freiwilligen Austritt oder durch Ausschluss (zumindest für einen gewissen Zeitraum, denn Alexander Götz ist nach seinem Ausschluss wieder zurückgekehrt) der Partei nicht mehr angehörten!

### **Grundsatzpositionen liberaler Parteiprogrammatik**

Mit dem Eintritt des Liberalen Forums in die politische Szene des Landes schien der politische Liberalismus in Österreich eine Renaissance zu erleben. Erste überraschende Erfolge bei den Niederösterreichischen Landtagswahlen im Mai 1993, sie bescherten der neuen Partei auf Anhieb gleich drei Mandate, schienen die Meinung zu unterstreichen, dass entgegen der vorher immer wieder vertretenen Ansicht, der Liberalismus bedürfe keiner parteipolitischen Manifestation<sup>64</sup> da er ohnehin in Teilbereichen in den übrigen Parlamentsparteien vorhanden wäre, und außerdem schon eine Partei, nämlich die FPÖ, den liberalen Alleinvertretungsanspruch erhebe, doch ein Bedürfnis besteht für eine eigene liberale Partei.

Auch wenn es keine besondere Nachfrage nach einer eigenen liberalen Partei in Österreich je gab, so konstatierten die Parteigründer doch einen erheblichen Nachholbedarf

<sup>61</sup> Volker Kier (Der Standard, 7.2.1993).

<sup>62</sup> siehe News 9, 4.3.1993.

<sup>63</sup> Sein Austritt erfolgte im September 1992; siehe auch Forum Dezember 88, Heft 420-422, S.8-11.

<sup>64</sup> Etwa Ernst Gehmacher, Chancen des politischen Liberalismus in Österreich. Gedanken zu einem Politik-Modell. In: Die Liberalen – auf der Suche nach der verlorenen Identität? S.37-51.

an Liberalismus in diesem Land: „Österreich bedarf einer politischen Kraft, für die Liberalismus nicht ein Modewort ist, sondern inhaltliche Bedeutung hat, für die der politische Liberalismus im Mittelpunkt der Wertvorstellungen steht, die von der Überzeugung ausgeht, dass liberalen Grundsätzen insbesondere heute politische Lösungskapazität zukommt.“ Und „für Österreich ist das Liberale Forum die politische Kraft, die den Liberalismus in den Mittelpunkt des programmatischen Wollens stellt und in den politischen Wettbewerb einbringt.“<sup>65</sup>

Als Grundlage für die Programmatik des Liberalen Forums dienten dabei die aus Anlass der Ereignisse vom September 1986 neu formulierten Grundsatzthesen des Atterseekreises als auch das Manifest der LI, der „Liberale Aufruf“ von 1981,<sup>66</sup> der übrigens von der FPÖ niemals ausdrücklich akklamiert wurde.

Im Zentrum der programmatischen Darstellung und damit im Gegensatz zum historischen Selbstverständnis der FPÖ steht das ausdrückliche Bekenntnis zu den Zielen der Aufklärung und den Werten der Französischen Revolution: „Das Liberale Forum leitet sein Liberalismusverständnis, das durch Wechselbeziehungen der Grundwerte ‚Freiheit‘, ‚Gleichheit‘ und ‚Brüderlichkeit‘ gekennzeichnet ist, aus dem Gedankengut der großen demokratischen Freiheitsbewegungen ab. Eine konsequente Verwirklichung liberaler und demokratischer Zielvorstellungen in allen Bereichen unserer Gesellschaft ist daher vordringlich.“<sup>67</sup>

Ebenso im grundsätzlichen Gegensatz zur FPÖ-Programmatik steht die Ablehnung der politischen Verschränkung liberaler Ideen mit nationalistischen Vorstellungen und des nationalen Prinzips der „deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft“. „Das Liberale Forum sieht in der historischen Überwucherung liberaler durch nationalistische Strömungen in der politischen Geschichte Österreichs eine Fehlentwicklung, die zur Unterdrückung individueller Grundrechte, zum Verlust jeglicher Sensibilität für die Erhaltung ethnischer Strukturen sowie zur Unterordnung allgemeinemenschlicher Interessen unter völkisch-nationalstaatliche und imperialistische Ziele geführt und im Totalitarismus geendet hat, zumal solche Fehlentwicklungen eine neue erschreckende Aktualität gewonnen haben.“<sup>68</sup>

Weltoffenheit und multikulturelle Akzeptanz sind weitere gesellschaftspolitische Präferenzen, die die grundsätzliche Werthaltung des Liberalen Forums ausdrücken sollten und damit einer auf politischer und kultureller Ebene ethnozentristischen Orientierung (Angst vor Gefährdung österreichischer Arbeitnehmer und Lebensart durch Ausländer) wie sie von der freiheitlichen Partei propagiert wird, direkt gegenüberstehen, ebenso wie das

---

<sup>65</sup> Liberales Forum. Das Programm (Wien 1994) S.6.

<sup>66</sup> Liberaler Aufruf 1981. Das neue Manifest der Liberalen Internationalen. Sonderdruck der B.u.I. Jubiläums-Nummer XI/XII/1981.

<sup>67</sup> Liberales Forum. Das Programm S.7.

<sup>68</sup> Liberales Forum. Das Programm S.8.

Bekenntnis liberalen Prinzipien auf internationaler Ebene zum Durchbruch zu verhelfen. „Das Liberale Forum bekennt sich zu einer weltweiten menschenrechtlichen Grundeinstellung und zum kulturellen wie auch zum ethnischen Pluralismus.“<sup>69</sup>

Mit der Gründung des Liberalen Forums sollte für den „eigenständigen, selbständig denkenden Menschen“ eine politische Heimat geschaffen werden, die gegenüber der autoritären Variante der FPÖ als „ernsthafte politische Alternative auf einer liberalen Wertordnung“ für alle reformwilligen und regierungskritischen Kräfte quer durch die Parteien ein entsprechendes Angebot darstellen sollte.<sup>70</sup>

Trotz der nach wie vor bestehenden Schwierigkeit, das Wesen des politischen Liberalismus zu fassen und seine Lagerfähigkeit für das österreichische politische System zu beweisen,<sup>71</sup> bestand durchaus Optimismus betreffend seiner politischen Durchsetzung und längerfristigen Überlebensfähigkeit. „Schmidt hat Chancen, erstmals in der österreichischen Geschichte dem politischen Liberalismus eine eigene parlamentarische Heimat zu schaffen, keine deutschnationale, reaktionäre, bloß gegen Sozialdemokratie und katholische Kirche gerichtete, sondern eine weltoffene, konstruktive.“<sup>72</sup>

### **Rechtskonservativer Wertekatalog. Thesen zur politischen Erneuerung**

Für die FPÖ selbst bedeutete diese Amputation keinen allzu schmerzvollen Aderlass, da das dadurch verlorengegangene Wählerpotential ohnehin als nur gering veranschlagt wurde. Die Partei hatte sich bereits zur Durchsetzung ihres Programms der moralisch-politischen Erneuerung für eine Koalition mit jenen Bürgern entschieden, die den „leistungswilligen, heimatbewussten und wertorientierten“ Teil der Bevölkerung repräsentierten.

Als Reaktion auf die Abspaltung des Liberalen Forums sollten als Beitrag zur innerparteilichen Ideologiediskussion eigene Thesen zur politischen Erneuerung im Sinn einer verstärkten (Rück)besinnung auf rechtskonservative Wertvorstellungen formuliert werden. „Prinzipien wie Anständigkeit, Treue, Verlässlichkeit, die in der stürmischen Aufbau-phase der 2. Republik auf dem Weg zum Wohlfahrtsstaat in Verlust geraten sind, sind wieder in den Vordergrund zu rücken. Das nicht-linke Lager ist in Österreich gesellschafts-politisch vollkommen abgetreten. Die SPÖ mit ihren Satelliten hat alles in der Hand. Den Kulturbetrieb, die Schulen, die Hochschulen, weite Medienbereiche. Es wird den

<sup>69</sup> Liberales Forum. Das Programm S.7.

<sup>70</sup> Heide Schmidt (profil 12, 22.3.1993).

<sup>71</sup> siehe dazu etwa die Beiträge einer aus Anlass der Gründung des Liberalen Forums im ORF abgehaltenen Liberalismuskonferenz, die aber letztlich auch nur wenig zur Klärung dieser Fragen beitragen konnte: „Die Chance der Liberalen“ (ORF „Club 2“, 9.2.1993).

<sup>72</sup> News 7, 18.2.1993.

Österreichern ein linkes Kulturbewußtsein aufgezwungen, das nicht der wirklichen Gefühlslage des Landes entspricht. Es gibt eine Zeiten-Wende, in ganz Europa. Nicht nur das Ende des Sozialismus in Osteuropa ist da. Es gab den linken Zeitgeist, der grundsätzlich alle gesellschaftlichen Bindungen aufgelöst hat, der keine Verantwortlichkeiten mehr festlegte, der den maximalen Lustgewinn als wichtigstes Lebensprinzip postulierte. So wurde das Wertgefüge der Republik verschoben.<sup>73</sup> Mit diesen Worten eröffnete der Parteiohmann eine Ideologiedebatte innerhalb der FPÖ, die notwendig geworden wäre, um die Tendenz zur wertelosen Gesellschaft zu stoppen.

Mit der Ausarbeitung eines entsprechenden Wertekatalogs, der „quasi als Motor gegen linksfaschistoide Tendenzen“<sup>74</sup> fungieren sollte, wurde die dem nationalkonservativen Kern der Partei angehörende und als politische Ziehmutter Haider bezeichnete Kriemhild Trattinig beauftragt. „Die Abspaltung dieser pseudo-liberalen Kräfte von der FPÖ veranlaßte den BPO Dr. Haider die richtigen Schlüsse zu ziehen, indem er die Sammlung aller positiven, werterhaltenden und –stiftenden, dem Staat und Gesamtvolk verantwortlichen Kräfte als notwendige Aufgabe der FPÖ postulierte und einen Arbeitskreis unter meiner Leitung beauftragte, mit Einbeziehung von Wissenschaftlern und Experten aus verschiedenen Richtungen und Disziplinen einen Wertekatalog zu erarbeiten, welcher die Grundlage für das zukünftige politische Handeln der FPÖ sein sollte.“<sup>75</sup> und weiter „Was wir brauchen ist der Aufbau einer neuen geistigen Grundhaltung, die sich an den Naturgesetzen, den christlich-abendländischen Wertvorstellungen, der Philosophie der Antike bzw. des Deutschen Idealismus orientiert und bewährte Formen des menschlichen Zusammenlebens wieder aufbaut und weiterentwickelt anstatt sie, wie heute überall feststellbar, zu zerstören“.<sup>76</sup>

Ins Zentrum der Freiheitlichen Thesen zur politischen Erneuerung<sup>77</sup> wurden die vier Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit, Heimat und Demokratie gestellt, von denen ausgehend in knapper Form Grundthesen zu einzelnen Sachthemen aufgestellt wurden, wobei gleichsam als übergeordnetes Ziel der Kampf gegen das „Herrschaftssystem der Proporzparteien“ und das vehemente Eintreten gegen den „Kammer- und Parteienzwang“ angesagt wurde. („systemüberwindende Erneuerungsbewegung“)

---

<sup>73</sup> Haider (News 16, 22.4.1993).

<sup>74</sup> ebd.

<sup>75</sup> Kriemhild Trattinig, Neue Werte für Österreich. Besinnung auf zerstörte, verschüttete, aber bewährte alte Werte? In: Freiheit und Verantwortung. Jahrbuch für politische Erneuerung (Wien 1994) S.273.

<sup>76</sup> Trattinig, Jahrbuch für politische Erneuerung S.275.

<sup>77</sup> Freiheitliche Thesen zur politischen Erneuerung Österreichs, hrsg. Freiheitliches Bildungswerk (Wien 1994), erstmals vorgestellt auf einer Klubklausur im November 1993.

Zur propagandistischen Unterstützung dieser programmatischen Offensive wurde eine Reihe von Publikationen eingesetzt, darunter auch eine dreiteilige Videodokumentation. Der verstärkte Einsatz dieser medialen Mittel war darauf ausgerichtet, das gegenwärtige politische System in Österreich in Misskredit zu bringen und die Grundfeste der Zweiten Republik in Frage zu stellen, um danach die sogenannte Dritte Republik zu errichten, denn wie Haider formulierte, „wer Österreich erhalten will, muß das bestehende politische System überwinden.“<sup>78</sup> – eine Ansage, die zweifellos eine qualitativ neue Note in die politische Diskussion des Landes eingebracht hat.

### **Gegen Parteienstaat und repräsentative Demokratie – Die Dritte Republik**

Um die freiheitlichen Reformen mit dem Fernziel der allmählichen Überwindung der repräsentativen Demokratie westlicher Prägung auch durchsetzen zu können, bedürfe es aber schlagkräftiger politischer Bewegungen oder Bürgerrechtsinitiativen anstatt klassischer Parteien alten Stils, womit konsequenterweise auch der Parteienstaat für obsolet erklärt wurde.

Haider, der sich schon bei seiner Antrittsrede als Parteiboss im September 1986 diesbezüglich geäußert hatte, ging nun daran, diesen Vorsatz für seine Partei auch in die Praxis umzusetzen und die FPÖ dementsprechend organisatorisch umzubauen. „Es soll in Zukunft weder eine SPÖ, noch eine ÖVP, noch eine FPÖ geben, sondern Wahlbewegungen, Bürgerrechtsbewegungen.“ Und dieses Ziel könne nicht erreicht werden, „wenn wir den Parteienstaat nicht überwinden. Die repräsentative Demokratie ist überholt.“<sup>79</sup> Mit dieser direkten Kampfansage an Parteienstaat und repräsentative Demokratie wagten sich die Vorschläge der FPÖ für eine fundamentale Reform des verfassungsrechtlichen Rahmens des politischen Systems in Österreich am weitesten vor. Haider, der erstmals im April 1992 in einem grundsatzpolitischen Referat, der Wiener Erklärung,<sup>80</sup> angekündigt hatte, Österreich in einem evolutionären Prozess in die Dritte Republik zu führen, konkretisierte seine Vorstellungen von einer umfassenden Reform von Staat und Gesellschaft des Landes in dem Buch „Die Freiheit, die ich meine“, das als sein politisches Credo die Ziele der freiheitlichen Erneuerungsbewegung erläutern und zu einem Plädoyer für die Dritte Republik werden sollte.

Die Errichtung einer sogenannten Dritten Republik für Österreich als bewusste Antithese zur bestehenden Zweiten Republik wurde als demokratiepolitische Notwendigkeit gepriesen, zu der es keine Alternative gäbe. „Die Dritte Republik ist nicht aufzuhalten. Sie

---

<sup>78</sup> NFZ, 4.11.1993.

<sup>79</sup> Der Standard, 31.8.1994.

<sup>80</sup> NFZ, 8.4.1992.

wird aus dem Protest der Bürger gegen die verkommenen politischen Sitten hervorgehen, aber auch aus dem Zwang entstehen, Phänomene von Arbeitslosigkeit, Entindustrialisierung und Entsolidarisierung zu bewältigen.“<sup>81</sup>

Kern dieser Reform war es, die einzelnen Volksvertreter vom Bürgermeister bis zum neu geschaffenen Bundesministerpräsidenten, der die Aufgaben des Bundeskanzlers, der nun überflüssig wäre und des Bundespräsidenten in Personalunion übernehmen sollte, in direkter Wahl zu bestimmen. „Das Konzept des ‚starken Mannes‘ an der Spitze des Staates manifestiert sich in allen bekannten Ausführungen zur ‚Dritten Republik‘, wobei – so Kritiker – die autoritäre Lösung als plebiszitär legitimes Korrektiv zum repräsentativen Kollektiv offeriert bzw. anvisiert wird. In dieser plebiszitären Demokratie könnten parlamentarische Abstimmungen wesentlich durch Volksentscheide substituiert werden, was einer schleichen- den Entmachtung des Nationalrates gleichkäme.“<sup>82</sup>

Als ebenso elementares verfassungspolitisches Ziel für eine Radikalreform des österreichischen politischen Systems, wie es das Modell einer Dritten Republik vorsah, galt die Entmachtung politischer Einrichtungen wie der Sozialpartnerschaft, Kammern und diverser Interessensverbände sowie nicht zuletzt der Parteien selbst. Die in diesem Konzept erneut zum Ausdruck gebrachte Ablehnung berufsständischer Interessensvertretungen gilt als wesentliches Element für eine „soziale Volksgemeinschaft“ wie sie seit jeher von der FPÖ vertreten wird.

Dieses Modell einer plebiszitären Präsidentenrepublik, löste naturgemäß bei den betroffenen Parteien- und Verbändevertretern massive Kritik aus, die den Klubobmann der ÖVP und Verfassungsrechtler Andreas Khol dazu veranlasste, die FPÖ infolge ihrer Ablehnung des repräsentativen parlamentarischen Systems und damit der verfassungsmäßigen Säulen der Zweiten Republik seit 1945 außerhalb des sogenannten „Verfassungsbogens“ zu stellen.

### **Von der Freiheitlichen Partei zur F-Bewegung und zurück**

Zunächst mussten aber die organisatorisch-strukturellen Voraussetzungen zur Schaffung einer „Bürgerbewegung“ geschaffen werden.

Auf einem außerordentlichen Bundesparteitag im Jänner 1995 wurde die Partei zwar nicht offiziell aufgelöst, das hätte freilich einen Verlust aller finanziellen Förderungsmittel und sonstiger besonderer politischen Parteien zukommenden Rechte bedeutet, sondern lediglich in „Die Freiheitlichen-Bewegung 1998“ oder kurz F-Bewegung umbenannt. Durch

---

<sup>81</sup> Jörg Haider, Die Freiheit, die ich meine. Das Ende des Proporzstaates. Plädoyer für die Dritte Republik (Frankfurt a.M./Berlin 1993) S.214.

<sup>82</sup> Christian Dickinger, Die „Dritte Republik“. Freiheitliche „Reformvorschläge“ auf dem Wege zu einer autoritären Präsidialrepublik. In: SWS-Rundschau 4 (1996) S.371.



diesen symbolischen Akt sollte die fundamentalistische Oppositionsstellung der Freiheitlichen gegenüber dem etablierten politischen System des Landes auch sichtbar zum Ausdruck gebracht werden.

Tatsächlich markierte diese Namensänderung aber nur eine äußerliche Stilvariante, denn der Parteienstatus wurde beibehalten, wie den entsprechenden Änderungen der Statuten der Partei zu entnehmen war. Auch wenn auf diesem Parteitag in Grundsatzreden immer wieder betont wurde, dass man nun eine Bewegung repräsentierte und keine Partei mehr, ist etwa von der propagierten F-Bewegung in den neuen Statuten nichts zu finden:

So lautete § 1 Abs.1: § 1 (1) „Die Partei führt den Namen „Die Freiheitlichen (F)“.“ der einzige Hinweis, der sich auf den Begriff Bewegung bezieht, fand sich in § 2, der einen neuen Daseinszweck für die Partei definierte § 2 Abs.2: „Weiterer Zweck der Partei ist die Unterstützung von Bürgerbewegungen zur Beteiligung an der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung“. Ziel war es, eine möglichst große Zahl von sogenannten „Bündnisbürgern“ unter einer mit dem Namen „Bündnis 98“ zusammengefassten Wahlplattform der neuen „Bürgerbewegung“ zuzuführen. § 11 „Dem Bundesparteitag obliegt das Öffnen der Partei für neue Formen von Bündnissen mit Bürgern nach von seinen Delegierten festzulegenden Grundsätzen...“<sup>83</sup>

Der organisatorische Umbau der Partei war allerdings bald zum Scheitern verurteilt, da sich das Interesse potentieller „Bündnisbürger“ aus der Bevölkerung an dieser neuen Reformbewegung in Grenzen hielt, außerdem hatte sich die allzu rasche Aufgabe traditioneller Parteistrukturen (z. B. Abschaffung des Generalsekretärs) als Fehler erwiesen. Die Organisationsreform und der damit verbundene Versuch die FPÖ von einer Partei alten Stils in eine „plebiszitäre Emanzipationsbewegung“<sup>84</sup> umzuwandeln, war damit gescheitert; bald nahm die Partei wieder den alten Namen FPÖ an<sup>85</sup> und präsentierte sich wieder als Partei mit einer durchaus traditionellen und den übrigen politischen Parteien vergleichbaren Organisationsstruktur.

Auch unter Jörg Haider war es nicht gelungen aus der FPÖ eine Mitgliederpartei zu machen, denn das zu einem hohen Anteil aus Protest und Emotion motivierte Wählerpotential war nur bedingt bereit sich in eine Organisation, ob nun Partei oder Bewegung, einbinden zu lassen bzw. sich eindeutig zu deklarieren. Außerdem, so konstatierte der ehemalige FPÖ Chef von Wien Erwin Hirschall, hat es auch innerparteilich gegen diesen Plan „Widerstand auf allen Ebenen gegeben. Die Landesgruppen waren skeptisch und haben die Idee nicht durchgezogen.“<sup>86</sup>

---

<sup>83</sup> Anzeige der Freiheitlichen (WZ, 16.1.1995).

<sup>84</sup> Mölzer (News 26, 30.6.1994).

<sup>85</sup> Der Standard, 8.11.1995.

<sup>86</sup> News 21, 23.5.1996.

## Vom alten Deutschnationalismus zum neuen Österreichpatriotismus

Nachdem die Partei nach wie vor bei Wahlgängen von Erfolg zu Erfolg eilte, wurde sowohl inner- als auch außerhalb der Partei immer öfter über eine eventuelle Regierungsfähigkeit der FPÖ nachgedacht. Den ständigen Wahlerfolgen stand jedoch ein ziemlich negatives Image der Partei und ihres Obmanns gegenüber, das in der Öffentlichkeit vor allem aufgrund fortgesetzter einschlägiger Aussagen durchaus das Bild einer autoritären, fremden- und minderheitenfeindlichen Führerpartei bot. Und da war die Propagierung eines alternativen Staatsmodells, das gegen die Prinzipien der repräsentativen Demokratie und des Pluralismus gerichtet war, nicht gerade förderlich.

Um dem Ziel einer Regierungsbeteiligung und schließlich der Kanzlerschaft näher zu kommen, war es jedoch notwendig, die Partei allmählich aus der innenpolitischen Quarantäne und der internationalen Isolation zu führen und eine entsprechende Imagekorrektur vorzunehmen. Die Rolle der FPÖ als staatstragende Partei sollte wieder einmal betont werden. In diesem Sinn verwunderte es kaum, wenn der umstrittene Begriff der „Dritten Republik“ – zumindest rhetorisch – wieder fallen gelassen wurde<sup>87</sup> Schon zuvor erteilte der Parteichef der „Deuschtümelei“ in seiner Partei eine Absage<sup>88</sup> und entdeckte zugleich einen neuen Österreichpatriotismus, der in den programmatischen Papieren „Vertrag mit Österreich“ und der „Österreicherklärung zur Nationalratswahl 1994“ bereits zum Ausdruck gebracht wurde.

Diese inhaltliche Umorientierung mit dem Ziel, der Partei ein staatstragendes Gepräge zu geben, erregte jedoch den Unmut der deutschnationalen Stammwähler, die den Verrat an ihren deutschnationalen Traditionen und Werten als einer der ideologischen Grundsäulen der freiheitlichen Partei beklagten. Mit Kriemhild Trattinig, die noch mit der Ausarbeitung der Freiheitlichen Thesen betraut worden war, und Andreas Mölzer, Grundsatzreferent und Leiter der Freiheitlichen Akademie, wurden zudem zwei der prominentesten nationalen Galionsfiguren ihrer Funktionen enthoben. Für die nationale Stammwählerschaft, die lieber eine Entwicklung der FPÖ weg von der reinen erfolgsorientierten, aber inhaltslosen Protestpartei wieder hin zu einer bewussten weltanschaulich fundierten Gesinnungsgemeinschaft sehen wollte, wuchs trotz der zahlreichen Angebote und Signale, die der Parteichef in den Jahren seiner Obmannschaft an sie gerichtet hatte, die Kritik an der Taktik des Parteiführers, im Sinne der weiteren Wählermaximierung und regierungstauglichen Imagepolitik das nationale Element zu

<sup>87</sup> "Der Begriff ‚Dritte Republik‘ ist für uns nicht mehr interessant" (Kurier, 12.1.1997).

<sup>88</sup> „Eine stärkere österreich-patriotische Profilierung der FPÖ wird in der Zukunft notwendig sein. [...] Ich will der Partei überhaupt keinen Zwang antun, aber ich glaube, daß jedes Element der Deuschtümelei in der FPÖ der Vergangenheit angehören muß, weil es in der veränderten europäischen Sicht die wichtigste Aufgabe ist, eine starke österreichische Identität zu gewährleisten“. (Wirtschaftswoche, 17.8.1995).

opfern, zumal Haider bei seiner stürmischen Amtsübernahme noch als deren erklärter Hoffnungsträger galt.

Der Aufstieg der Haider-Partei zur Mittelpartei hätte eben auch die Auflösung des klassischen nationalliberalen Lagers mit sich gebracht, konstatierte Mölzer und erklärte diesen „soziokulturellen Restposten der österreichischen Geschichte“ als für die FPÖ „unverzichtbar“. Die freiheitlichen „Tiefwurzler“ kämen aus dem dritten Lager und sie allein könnten garantieren, „daß diese freiheitliche Bewegung auch eine Gesinnungsgemeinschaft bleibt.“<sup>89</sup>

Friedhelm Frischenschlager, nunmehriger Klubobmann des Liberalen Forums, bezeichnete hingegen den Deutschnationalismus als mittlerweile weitgehend irrelevanten politischen Faktor in Österreich. (Heute) „ist das Deutschnationale in Österreich als Handlungskonzept tot. Von der politischen Tragfähigkeit ist nichts übriggeblieben, soziologisch kaum etwas da, und was es noch gibt, ist durch den Rechtsradikalismus belastet.“<sup>90</sup> Diese Erkenntnis war wohl auch für die FPÖ Führung ausschlaggebend, dieses Segment, zumal als Wählerreservoir weitgehend ausgeschöpft, nicht weiter zu bearbeiten.

Zur Mobilisierung neuer Wählerschaften wurde stattdessen ein Österreich-Patriotismus verordnet, der mit den Schlagworten „Prinzip Österreich“ und „Österreich zuerst“ (so auch der Titel des umstrittenen Ausländervolksbegehrens vom Jänner 1993) die FPÖ im Unterschied zu den übrigen politischen Parteien des Landes nicht nur zur besseren, sondern geradezu zu der klassischen Österreich-Partei machen sollte.

Aber auch diese ideologische Umorientierung hatte ihre kurzfristigen opportunistischen Gründe. Man wollte sich nach dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union als alleinige Interessensvertretung der Österreicher gegenüber einer zentralistischen Bürokratie in Brüssel profilieren. „Durch den Verrat, den die Regierungsparteien SPÖ/ÖVP plus Grünen und Liberalen in der Europafrage an Österreich begangen haben, indem sie dieses Land dort unvorbereitet in die EU hineingesetzt haben, sowie durch die Ausländerpolitik sind die Freiheitlichen in die Österreich-Patriotenrolle hineingewachsen.“<sup>91</sup>

Aus der FPÖ ist keineswegs über Nacht eine infolge eines mühevollen Bewusstseinswerdungsprozesses die eigenständige österreichische Nation bejahende und überkommene deutschnationale Vorstellungen ablehnende Partei geworden. Für politische Beobachter stellten sich diese programmatischen Modifikationen durchaus als taktische Scheinmanöver dar, da nicht angenommen werden konnte, „daß Jörg Haider seine jahrzehntelangen ideologischen Werthaltungen grundlegend ändern wird.“<sup>92</sup> Der Umstand, dass

---

<sup>89</sup> Mölzer (profil 44, 28.10.1996).

<sup>90</sup> News 35, 31.8.1995.

<sup>91</sup> Haider, ebd.

<sup>92</sup> Bailer-Galanda – Neugebauer, Haider und die Freiheitlichen S.47.

der Parteichef das Bekenntnis zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft als „Deutschtümelei“ bezeichnete und diesen Passus, der als identitätsstiftendes Kernelement der Programmatik des dritten Lagers gilt, aus dem Parteiprogramm streichen lassen wollte, führte zu gehörigen Irritationen innerhalb der Partei, da ein Weglassen oder Umformulieren dieses traditionellen Bekenntnisses das freiheitliche Selbstverständnis in Frage stellen würde.

### **Christlich-Abendländisches Traditionsbewusstsein statt ideologisches Denken**

Neben der Ankündigung, das „deutsche“ Bekenntnis zumindest formal über Bord zu werfen, wurde mit dem Bestreben, sich nunmehr als „christliche“ Partei zu präsentieren, eine weitere ideologische Grundsatzposition des dritten Lagers angegriffen. Konservative Kreise in der katholischen Kirche sollten als Partner im gemeinsamen Kampf für die Aufrechterhaltung der christlich-abendländischen Wertordnung in Europa gewonnen werden. Dieser Wertekonsens wurde jedenfalls als Argument für die Annäherung der FPÖ zur Kirche genannt: „der freiheitliche Bereich hat eine starke wertmäßige Fundierung – ebenso wie der kirchlich-christliche Bereich. Christliche Werte sind auch für freiheitliches Denken wesentlich geworden“, so der Parteichef, und weiter auf die Frage, um welche Werte es sich dabei handle, „Die der Gemeinschaft, der Solidarität, der Familie, jene von Recht und Ordnung, von Freiheit im Rahmen einer Ordnung [...]“<sup>93</sup>

Tatsächlich wurde aber auch hinter diesem programmatischen Schwenk ein wahlpolitisch motivierter Schachzug vermutet. Nachdem in den letzten Jahren der Einbruch in die traditionellen Kernwählerschichten der SPÖ mit Erfolg gelungen war und die Partei bereits als neue Arbeiterpartei bezeichnet wurde, galt es nun, in jene christlich-konservativen Wählergruppen vorzudringen, denen die ÖVP zu liberal erschien und die sich deshalb nicht mehr von ihr vertreten fühlten, wobei dieser Schritt allerdings durch das Aufkommen fundamentalistischer Strömungen in der katholischen Kirche begünstigt wurde.

Doch wie schon die Absage an den Deutschnationalismus, so erregte auch der Vorstoß der Parteiführung sich zum parteipolitischen Fürsprecher eines kämpferischen Katholizismus zu machen, Widerspruch unter den eigenen Parteigängern, denn damit wurde erneut an einer traditionellen ideologischen Wurzel des nationalliberalen Lagers gerührt.

Es war nicht zuletzt der historische Antiklerikalismus, der sich in der Geschichte des nationalfreiheitlichen, deutschnationalen Lagers im Kampf gegen den politischen Katholizismus als einigende Klammer der Nationalen und Liberalen erwiesen hatte. Georg von Schönerer, der vielfach als Ahnherr des dritten Lagers bezeichnet wird, war ein erklärter

---

<sup>93</sup> profil 14, 29.3.1997.

Gegner der katholischen Kirche und des österreichischen Staatsgedankens. Als Gründer des „deutschnationalen Vereins“ und Initiator der „Los von Rom Bewegung“ hatte er am Ende des 19. Jahrhunderts mit diesen beiden Strömungen die wesentlichen ideologischen Elemente für sein Programm eines starken Deutschtums geschaffen, das zudem von einem ausgeprägten rassistischen Antisemitismus mitgetragen wurde.

Die antihabsburgischen Traditionen reichen dabei bis in die Anfänge der Geschichte dieses politischen Lagers zurück. Zur Zeit der Reformation und Gegenreformation hatte sich in den Gebieten, in denen sich die Bevölkerung mehrheitlich den Ideen Martin Luthers zuwandte (Kärnten, Teile Salzburgs und Oberösterreichs), eine Bauernschaft gebildet, die geprägt war von negativen Ressentiments gegenüber der römischen Kirche und den katholischen Habsburgern. Für die Zeit der Monarchie wie nach 1918 der Ersten Republik galten die Abwehr des zentralistischen Absolutismus der Dynastie Habsburg und die Zurückdrängung der konservativen und klerikalen Machtpositionen als die wesentlichen historischen Aufgaben eines freiheitlich gesinnten Bürgertums und einer freiheitlichen Bauernschaft.

Für die Protestanten in Österreich galt die evangelische Kirche als deutsche Kirche, und diese Tradition wurde bis in die Gegenwart beibehalten. Der Landbund, die Bauernpartei des dritten Lagers während der Ersten Republik, wahrte in erster Linie die Interessen einer protestantischen Bauernschaft. „In ihr fanden sich überwiegend freisinnige und evangelische Teile der Bauernschaft, besonders in Kärnten, Oberösterreich und der Steiermark zusammen, in bewußtem Gegensatz zu dem Reichsbauernbund, der Agrarorganisation der Christlichsozialen Partei.“<sup>94</sup> – und noch der VdU betonte in Fortführung dieser Tradition seine geistige Verbundenheit mit den evangelischen Christen in Österreich.

In der FPÖ gab es danach keine nennenswerten Beziehungen zur Institution Kirche, ihr lag lediglich daran, auf eine Trennung zwischen Kirche und Staat zu beharren. Darüber hinaus wurde in historischen Betrachtungen auf die entsprechenden Traditionen als Teil des freiheitlichen Selbstverständnisses hingewiesen. Erst mit Norbert Steger als Parteichef gab es Anfang der 1980er Jahre Anzeichen einer Annäherung an die christlichen Religionsgemeinschaften in Österreich. Mit der Einsetzung eines Arbeitskreises „Protestanten in der FPÖ“ als auch eines „Arbeitskreises freiheitlicher Katholiken“ sollten im Zuge der Liberalisierung der Partei die historischen Gegensätze zwischen Religion und Liberalismus abgebaut werden, wobei insbesondere an gemeinsame Wertvorstellungen mit der katholischen Kirche hingewiesen wurde. Allerdings zeitigten diese Bemühungen um einen wertemäßig

---

<sup>94</sup> Mommsen-Reindl, Österreich S.457.

fundierten Brückenschlag zu den Katholiken keine sichtbaren Ergebnisse, die über einzelne Willenskundgebungen hinausgegangen wären.

### **Auf dem Weg zu einem neuen Parteiprogramm. Brüche und Kontroversen**

Auch wenn die verschiedenen programmatischen Aktivitäten entweder nicht konsequent zu Ende geführt oder gleich wieder auf Eis gelegt wurden, so sollten einzelne Ideen und Gedanken doch im Sinn der Zielorientierung einer möglichen Regierungsbeteiligung für eine Neubelebung der Grundsatzdiskussion sorgen und damit als Vorarbeiten für ein neues Parteiprogramm dienen.

Zweifellos bildeten dabei die Absage an den Deutschnationalismus mit der Streichung des Bekenntnisses zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft sowie die Abkehr des traditionellen Antiklerikalismus mit der gleichzeitigen Hinwendung an die katholische Kirche, die in dem Bekenntnis für ein „wehrhaftes Christentum“ gipfelte, die provokantesten Änderungen auf dem Weg zu einem neuen Selbstverständnis der Partei, wobei dieser Bruch mit den Traditionen des dritten Lagers freilich nicht nur für Aufsehen außerhalb der Partei, sondern auch in den eigenen Reihen der FPÖ für gehörige Unruhe sorgte. Speziell die Wiener Landesgruppe der Freiheitlichen unter ihrem Obmann Rainer Pawkowicz machte sich zum Wortführer der innerparteilichen Kritiker, denen dieser neue Kurs, wie er in dem vom geschäftsführenden Klubobmann und Vorsitzenden der Programmkommission Ewald Stadler ausgearbeiteten FP-Programmentwurf festgeschrieben wurde, zu weit ging.

Neben den traditionellen Werten wie national und liberal sollte das neue Programm das geänderte Selbstverständnis der Partei um die Begriffskombination „christlich-sozial-demokratisch“ erweitern. Nach der selbstaufgelegten Rolle als wahrer Hüter der „christlich-abendländischen Wertegemeinschaft“ würden die Begriffe „sozial und demokratisch“ auf den Bereich der Wirtschaft angewendet werden, die stärker als bisher die Bedürfnisse und Probleme der Arbeitnehmer zu berücksichtigen hätte.<sup>95</sup> Offensichtlich versuchte sich die Partei nun auch auf programmatisch-ideologischer Ebene als wahre Interessensvertreterin sowohl der sozialdemokratischen Arbeiter als auch der christlich motivierten Wähler darzustellen und damit die entsprechenden Kernwählerschichten von SPÖ und ÖVP anzusprechen.

In Abgrenzung zu den früheren programmatischen Aussagen, die immer ein eindeutiges Bekenntnis zu einem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft ablegten, wurde nunmehr ein entsprechender Passus gestrichen. Das Europabekenntnis der früheren FPÖ sei, so Stadler als „Antithese zum drohenden Kommunismus“ zu verstehen gewesen, die Partei werde in Zukunft nach einer sich völlig veränderten weltpolitischen Situation für ein Europa der

---

<sup>95</sup> siehe Stadler (SN, 26.3.1997).

„unterschiedlichen Verdichtungen“ und der „Vielschichtigkeit“ eintreten.<sup>96</sup> In Akzeptanz des Beitritts Österreichs zur Europäischen Union erklärte der Parteichef die Haltung der Freiheitlichen gegenüber Europa, die gleichsam auch die traditionellen FPÖ Positionen in dieser Frage als überholt revidieren sollte. „Die Freiheitlichen werden das Ja zu Europa als Nein zu Maastricht darstellen und die Alternativen zum Maastricht-Zentralismus formulieren müssen. Das ist ein föderalistisches Europa der Vaterländer, wie es De Gaulle und Adenauer formuliert haben.“<sup>97</sup>

Im Zusammenhang mit der Europafrage wurde in dem Programmentwurf auch der neuentdeckte Österreichpatriotismus propagiert, der sich in vier verschiedenen Facetten darstellen sollte:

„Österreich-Patriotismus als Wille zur Eigenständigkeit und Zusammengehörigkeit in regionaler Vielfalt“, „Verfassungspatriotismus als Wille zur Aufrechterhaltung von Demokratie, Föderalismus, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit“, „Kulturpatriotismus als Wille zur Pflege des kulturellen Erbes“ und „Ökopatriotismus“ zur Erhaltung intakter Umwelt.<sup>98</sup>

Das traditionelle Bekenntnis zur „deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft“, das noch kurz zuvor fester Bestandteil des politischen Credos des Parteichefs war, wurde im Entwurf durch die Betonung der „Zugehörigkeit Österreichs zu den durch die jeweilige Muttersprache vorgegebenen Kulturgemeinschaften“ ersetzt.

Ebenfalls fallen gelassen wurde der umstrittene Begriff der „Dritten Republik“, der in dem Entwurf zum neuen Parteiprogramm auch nicht mehr zur Verwendung kam, auch wenn die damit verbundenen Ideen und Vorstellungen weitestgehend beibehalten wurden. „Es wurde so viel Kritik daran geübt, daß der Begriff verwirrt und mißgedeutet werden kann. Damit ist er für uns nicht mehr interessant“, so der Parteichef.<sup>99</sup> Für eine Partei, die sich als mögliche Regierungspartei darstellen wollte, war es zweifellos nicht opportun in ihrem offiziellen programmatischen Grundsatzkatalog zu Missverständnissen Anlass gebende Kampf- oder Reizworte zu verwenden.

Der Entwurf für das neue Parteiprogramm erregte allerdings aufgrund seiner zum Teil provokanten Thesen Kritik innerhalb der Partei, die sich insbesondere in der Wiener FPÖ ausdrückte, die auf ihrem Landesparteitag auch ihre Protesthaltung gegenüber der geplanten Neuformulierung der programmatischen Grundsätze der Partei offen zum Ausdruck brachte. Insbesondere die verordnete Annäherung an die katholische Kirche bei einer

---

<sup>96</sup> ebd.

<sup>97</sup> Kurier, 12.1.1997.

<sup>98</sup> Kurier, 4.4.1997.

<sup>99</sup> Kurier, 12.1.1997.

gleichzeitigen Abkehr des Prinzips der Trennung von Kirche und Staat (Laizismus) sowie die Eliminierung des Bekenntnisses zur deutschen Volksgruppe sorgten für Widerspruch und dementsprechend kontroverse Diskussionen. So wurden mehrere Resolutionen und Anträge gegen das neue Parteiprogramm verabschiedet, die auf einer Beibehaltung der bestehenden Grundlagen des Salzburger Programms von 1985 beharrten und sich damit gegen eine radikale Änderung des aktuellen Parteiprogramms aussprachen.

Schließlich konnten die inneren Spannungen im Rahmen einer Parteivorstandssitzung durch einen Kompromiss weitgehend aufgelöst werden. Durch entsprechende Abänderungen in den umstrittenen Kapiteln III („Vaterland Österreich“) und VI („Werte- und Schicksalsgemeinschaft Europa“) des ursprünglichen Programmtextes wurden nunmehr Formulierungen geprägt, die als endgültiger Text eines neuen Parteiprogramms Bestand haben sollten: Der Begriff des „wehrhaften Christentums“ wurde zugunsten eines Bekenntnisses zum Christentum, „das bereit ist, seine Werte zu verteidigen“ ersetzt, die aus dem Entwurf übernommene Behauptung, wonach „Antiklerikalismus und übertriebener Laizismus überholt sind“ wurde insofern entschärft, als sie aus den Thesen in den programmatisch unverbindlicheren Teil der Erläuterungen verschoben wurde.

Auch der Begriff deutsch wurde in Form der Definition der „historisch ansässigen Volksgruppen“, also „Deutsche, Kroaten, Roma, Slowaken, Slowenen, Tschechen und Ungarn“ in den Bereich der Erläuterungen (der im Gegensatz zu den verbindlichen Grundsatzthesen jederzeit abgeändert werden kann) versetzt, eine Änderung, der der hauptverantwortliche Autor der ursprünglichen Programmfassung Stadler allerdings nicht zustimmen konnte, da damit erstmals Zweifel am „deutschen Charakter“ des FP-Parteiprogramms aufkommen würden, „jetzt kommt nämlich in den Thesen der Begriff ‚deutsch‘ kein einziges Mal vor“,<sup>100</sup> eine Befürchtung, die vom Obmann der Wiener Landesgruppe Pawkowicz umgehend zurückgewiesen wurde, da in den Erläuterungen ebenfalls „die deutsche Mehrheitsbevölkerung gegenüber den zu schützenden Minderheiten vom Gesetz denklogisch vorausgesetzt“ wird.

Die Heftigkeit der Programmdebatte führte schließlich auch zu einer Verschiebung des Programmparteitages, auf dem das neue Programm zur endgültigen Beschlussfassung gebracht werden sollte, um einige Monate, die dann auch bis zuletzt mit Diskussionen, Zusatz- und Abänderungsanträgen um endgültige Formulierungen einzelner Positionen ausgefüllt waren.

Der Widerstand einzelner Teile der Wiener Landesgruppe führte dabei sogar soweit, als Alternative ein sogenanntes Parallelprogramm zu erstellen. Der Wiener FPÖ-Gemeinderat Rüdiger Stix dachte dabei an die Ausarbeitung eines „Jubiläumsprogramms 1848-1998“,

---

<sup>100</sup> Kurier, 24.4.1997.



das in Erinnerung an das für die freiheitliche Tradition so wichtige Revolutionsjahr 1848 als „Orientierung für alle freisinnig ausgerichteten Freiheitlichen“ dienen sollte.<sup>101</sup>

### **Das Linzer Programm – Analyse und Kritik**

Trotz so mancher Unstimmigkeiten, die aber am Prinzip des Neuentwurfs der programmatischen Grundsätze der Partei nichts ändern konnten, wurde das freiheitliche Parteiprogramm im Oktober 1997 auf einem Parteitag in Linz („Linzer Programm“) offiziell beschlossen.

Bei näherer Analyse der in 17 Kapiteln unterteilten Programmaussagen kann festgestellt werden, dass sich trotz einzelner umstrittener Passagen – wie der Annäherung an die christlichen Kirchen oder der Abschwächung des traditionellen deutsch-nationalen Bekenntnisses – am grundsätzlichen Charakter freiheitlicher Ideen und Leitpositionen nur wenig geändert hat. Auch die innerparteilichen Differenzen um die in den Kapiteln „Recht auf Heimat“ und „Christentum-Fundament Europas“ behandelten Inhalte konnten im endgültig vorliegenden Text weitgehend ausgeglichen werden, sodass es auf dem Parteitag selbst zu keiner kontroversiellen Debatte mehr kam und sich auch die bisher schärfsten Kritiker wie Rüdiger Stix in Zurückhaltung übten.

So wurden Befürchtungen, die FPÖ würde ihren „deutschen Charakter“ verlieren, mit dem Hinweis, die Österreicher seien Angehörige des Mehrheitsvolkes zerstreut, indem ein entsprechender Passus in den Text reklamiert wurde, wonach „denklogisch vorausgesetzt wird, dass die überwiegende Mehrheit der Österreicher der deutschen Volksgruppe angehört.“ (Kap.IV, Art.1), ein Zusatz, der zuvor nur in den Erläuterungen aufschien und nun durch die Erwähnung an prominenter Stelle seine entsprechende Aufwertung erfuhr. Um die ethnische und kulturelle Vielfalt Österreichs zu erfassen, wird der Begriff „Volksgruppe“ verwendet, wobei die „deutsche Volksgruppe“ sich nicht geographisch auf Österreich beschränkt und damit die deutschnationale Tradition gewahrt bleibt.

Auch das vielfach als mit den freiheitlichen Traditionen nicht zu vereinbarende kritisierte Naheverhältnis zum Christentum wurde insofern etwas entschärft, als seine Monopolstellung als Fundament Europas durch die Betonung der Antike relativiert wurde. „Die vom Christentum und antiker Welt geprägte Wertordnung bildet das wichtigste geistige Fundament Europas.“ (Kap.V, Art.1) Dennoch erfuhr der Bereich, der sich mit dem Christentum und seiner Wertordnung befasst, durchaus eine Ausweitung, die auch im Kapitel VI „Schicksalsgemeinschaft Europa“ zum Ausdruck kommt und damit angesichts des eher beschränkten Umfangs des Programms einen überproportionalen Anteil am Gesamtprogramm ausmacht.

---

<sup>101</sup> Die Presse, 30.8.1997.

Andere Abänderungsvorschläge, denen diese Formulierungen im Sinn einer Bewahrung und Fortführung traditioneller Kernstücke freiheitlicher Programmatik noch nicht weit genug gingen, fanden hingegen keine Berücksichtigung. So fand etwa der Vorschlag, den neuen Begriff „Österreichpatriotismus“ im Kapitel III „Österreich zuerst“ durch „Heimatliebe“ zu ersetzen ebenso wenig Zustimmung wie der Wunsch die ersten beiden Artikel des Kapitels V „Christentum-Fundament Europas“ zu streichen.

Gerade im Kapitel III, in dem sich die FPÖ als die erklärte Partei des Österreichpatriotismus präsentierte, hielt sich der Widerstand innerhalb der Partei noch am ehesten zurück, wurden doch gerade in diesem Teil des Programms kämpferische Töne angeschlagen, die hauptsächlich darauf abzielten, dem Land kritisch gegenüber stehende Personen als missliebige Vaterlandsbeschmutzer zu verurteilen, derartige Tendenzen müssten nun von der FPÖ als der selbsternannten „Hüterin und Wahrerin des Österreichpatriotismus“ bekämpft werden. „Patriotismus verpflichtet zu einer selbstbewußten österreichischen Politik und zu Widerstand gegen die kulturelle Verflachung, gegen die stets stärker werdenden Bestrebungen, Traditionen zu verunglimpfen und Österreich mutwillig herabzusetzen.“ (Kap.III, Art.4) Ein entsprechender Abänderungsantrag, der die ersatzlose Streichung dieses Passus vorsah, wurde freilich von Seite der Bundesparteileitung zur „Ablehnung empfohlen“. Überlegungen oder Gedanken, die dazu geeignet sein mochten, den für die Partei problematischen Österreichbegriff oder das gestörte Verhältnis zur österreichischen Nation neu zu definieren, fanden sich jedoch wie angesichts eines Programmteiles, der sich dem Österreichpatriotismus widmete, durchaus vermutet werden konnte, nicht.

Als weiteres Charakteristikum dieses Programms gelten die Ausführungen im Kapitel zur Demokratiereform, die im Sinne der Vorstellungen zur Dritten Republik eine „neue österreichische Verfassungsurkunde“ forderten, welche nunmehr freilich unter dem unumstritteneren Titel Freie Republik als „wehrhafter Grundrechtskatalog“ (Kap.VIII Art.2, Abs.3) die verfassungsmäßige Grundlage für eine Erneuerung der Republik in Richtung eines freiheitlichen Rechtsstaates bilden sollte. (Es ist bemerkenswert, dass auf den Begriff „wehrhaft“, der im Zusammenhang mit dem Christentum auf heftigen Widerstand in der Partei gestoßen ist und daher wieder zurückgenommen werden musste, offensichtlich nicht verzichtet werden konnte).

Dass ein Parteiprogramm nur sehr bedingt das tatsächliche Zustandsbild einer politischen Partei wiederzugeben in der Lage ist, ist eine allgemeine Weisheit, die auch auf diesem Parteitag wieder eindrücklich bestätigt wurde. Der Parteichef verteidigte zwar die ideologischen Modifikationen des Programms, betonte aber gleichzeitig die relative Bedeutung solcher Grundsatzdiskussionen für die praktische politische Arbeit. „Wir haben nicht die Zeit, die Minderwertigkeitskomplexe des Dritten Lagers in ein Programm zu fassen.

Österreicher zu sein ist eine wunderbare Möglichkeit für uns. Nationale Romantik ist im 21. Jahrhundert schon deshalb unangebracht, weil es im 20. Jahrhundert so viele negative Erfahrungen mit dem Nationalen gegeben hat [...] die FPÖ will einen historischen Frieden mit den Kirchen, mit der katholischen und der evangelischen...“<sup>102</sup>

Im Vordergrund seiner Parteitage-Rede stand neben den schon zur Gewohnheit gewordenen Angriffen auf die Regierungsparteien, die vehemente und selbstbewusste Forderung nach einer Regierungsbeteiligung („Wir Freiheitlichen können regieren!“), wofür ein möglichst breit abgestütztes Parteiprogramm die geistig-ideologische Grundlage liefern sollte.

Neben diesem Anspruch würde das neue Programm auch dem Umstand Rechnung tragen, dass sich die Partei in den Jahren der Obmannschaft Haiders von einer kleinen Oppositionspartei mit einer nur geringen Wählerschaft zu einer Mittelpartei mit einem stark angestiegenen Wähleranteil gewandelt hat, wobei aus Gründen der Maximierung von Wählerstimmen immer wieder „Anpassungen“ hinsichtlich des ideologischen Erscheinungsbildes der Partei vorgenommen wurden. In dieser Tradition bildet auch das neue Parteiprogramm keine Ausnahme. Die Zustimmung für die programmatischen Grundsätze oder ideologischen Traditionen der Partei spielten bei den bisherigen Wahlgängen als Wahlmotiv jeweils nur eine untergeordnete Rolle. So hatte die Verabschiedung des neuen Grundsatzpapiers auch eher den Charakter eines wahlprogrammatischen Hilfsmittels, das nicht so sehr eine Aussage über die geistige Befindlichkeit der Partei treffen sollte, als vielmehr das „Werben der FPÖ um die politische Mehrheit“ verstärkt zum Ausdruck zu bringen. „Es soll zwar eine Leitlinie vorgeben, aber möglichst viele Abzweigungen offen halten. Eine politische Mehrheit im Land ist nicht mit ideologischen Angeboten zu gewinnen, sondern allenfalls mit konkreten Vorschlägen, um die gerade dringlichen Probleme zu lösen.“<sup>103</sup>

Die Bedeutung dieses Grundsatzdokuments lag also in erster Linie wohl darin, die Partei für eine im strategischen Szenario der FPÖ konkret in Aussicht genommene Regierungsbeteiligung salonfähig erscheinen zu lassen. Daneben war es für das Selbstverständnis der „Haider-FPÖ“ von nicht unerheblicher Bedeutung erstmals ein eigenes Programm vorzulegen, welches das bisher nach wie vor gültige Parteiprogramm aus der Zeit der Administration Steger ablöste, womit nun auch formal sämtliche Erinnerungen an diese Ära abgeschüttelt werden konnten!

Die Neuformulierung der programmatischen Grundsätze änderte auch nichts an der Tatsache, dass in erster Linie das Wort des Parteichefs gehört wurde und damit mehr Gültigkeit besaß als alle grundsatzpolitischen Manifeste; ein Umstand, der im Sinn zuneh-

<sup>102</sup> siehe SN, 31.10.1997; Der Standard, 31.10.1997; Die Presse, 31.10.1997.

<sup>103</sup> NZZ, 31.10.1997.

mender symbolischer Politik und der damit verbundenen Personalisierung als wesentlichem Kennzeichen allgemein konstatiert wurde und in der Person des Jörg Haider als Parteiobermann der FPÖ (der Parteichef selbst ist das Programm) seinen deutlichsten Ausdruck fand.

Der Umstand, dass Haider just eine Woche vor dem Programmparteitag sein neuestes politisches Manifest mit dem Titel „Befreite Zukunft jenseits von links und rechts“ der Öffentlichkeit vorstellte und damit gleichsam die Präsentation des offiziellen Grundsatzprogramms relativierte, wobei er sich, wie er selbst nicht ohne Koketterie bemerkte, mit seinem Buch „nicht völlig in Gegensatz zum neuen Programm“<sup>104</sup> bringen wolle, mochte wiederum die besonders exponierte Stellung des freiheitlichen Parteiobermannes in seiner Partei verdeutlichen.

Ziel beider programmatischer Manifeste sollte jedenfalls die Korrektur des Images der Partei und seines Obermannes sein als einer in Zukunft gemäßigten und staatsmännisch auftretenden politischen Kraft, die bereit ist, auch Verantwortung als Regierungs- oder Kanzlerpartei wahrzunehmen.

### **Zusammenfassung**

Mit der Übernahme der FPÖ durch Jörg Haider wurden in der medialen und politischen Öffentlichkeit heftige Debatten um einen damit verbundenen deutlichen Rechtsruck in Inhalt und Ideologie der Partei ausgelöst. Trotz diesbezüglich zunehmend radikalerer Rhetorik und auch entsprechender Willenskundgebungen hat sich jedoch offiziell am programmatischen Charakter der FPÖ nichts wesentliches verändert. Das unter dem gestürzten Vorgänger und bald zur Unperson stilisierten Norbert Steger ausgearbeitete Parteiprogramm behielt weiterhin seine Gültigkeit, Veränderungen wurden zunächst keine vorgenommen, wohl auch ein weiteres Indiz für den relativen Bedeutungsgehalt derartiger Grundsatzpapiere.

Wenn auch de facto keine Neugründung präsentierte sich die Partei in vielfacher Hinsicht als „neue“ Partei, was aber weniger die ideologische Ebene betraf. Die FPÖ wollte keine Partei mehr im herkömmlichen Sinn sein mit einer eindeutigen auf festen ideologischen Grundsätzen basierenden Programmatik, sondern eine auf möglichst breiter Basis agierende Bewegung, die in der Lage sein sollte, über die Ausnutzung und Bindung diffusen Unmuts und ressentimentgeladener Protesthaltungen in der Bevölkerung Stimmopotential zu sammeln und schließlich in spektakuläre Wahlerfolge umzumünzen. Tatsächlich war es der Partei gelungen, in nur wenigen Jahren durch das Schüren von Ängsten, der Mobilisierung von Unzufriedenheit für sich Stimmung zu machen und damit bundesweit zur Mittelpartei aufzusteigen mit einer ständig wachsenden und in ihrer sozialen

---

<sup>104</sup> profil 44, 27.10.1997.

Zusammensetzung heterogenen Wählerschaft. Vor dem Hintergrund sich verändernder politischer Rahmenbedingungen und einer damit im Wandel begriffenen Wählerschaft fand die Partei von nun an ihre Gefolgschaft bei einer zunehmenden Zahl an Protest- und Wechselwählern im Land.

Was den politischen Anspruch und die Rhetorik einer „moralischen Erneuerungsbewegung“ anbelangt, waren die Parallelen zu den historischen Anfängen der FPÖ nicht zu übersehen und durchaus beabsichtigt. Eine verstärkte Identifikation mit der Gründergeneration der Partei wurde auch in der zunehmend radikaleren Auseinandersetzung mit den politischen Kontrahenten in Form der großen Koalition sichtbar. In einem Artikel der Salzburger Nachrichten wurde aus Anlass des 40-jährigen Bestehens der FPÖ im Jahr 1996 der Parteitag 1986, als Jörg Haider an die Macht gelangte, sogar als Neuauflage des Gründungsparteitags von 1956 bezeichnet, „denn auch jetzt wurde durch neue, radikalere Führungskader eine neue Partei geformt, mit dem Unterschied zu 1956, daß sie sich (zunächst) nicht umbenannte [...]“<sup>105</sup>

Auch wenn die traditionellen programmatischen Wurzeln des nationalliberalen Lagers nicht verlassen wurden, so sollten von nun an ideologische Überlegungen wenn möglich keine Rolle mehr spielen bei der Profilierung und Selbstdarstellung der Partei. Programmatisches Denken wurde zugunsten einer Pragmatik der Stimmenmaximierung ersetzt. Mit den Mitteln populistischer Rhetorik, die weniger an die Vernunft ihrer Adressaten gerichtet war als vielmehr an deren Stimmungen, Gefühle und Vorurteile sollte eine möglichst große Zahl von Wählern mobilisiert werden, wobei kaum noch Rücksicht auf angestammte Stammwählergruppen bezüglich deren ideologischer Traditionen genommen wurde. Der Erfolg dieser instinktsicheren Protestorientierung hatte inhaltliche und ideologische Debatten innerhalb der Partei, solange sie nicht von taktischen Überlegungen geprägt waren, ganz in den Hintergrund treten lassen und die Partei organisatorisch zu einer Mittelpartei anwachsen lassen.

Das politisch inhaltliche Konzept, das eine zeitlang unter der Marke „Dritte Republik“ propagiert wurde und in seiner Schärfe durchaus als fundamentale Kritik an der Rolle des Wohlfahrtsstaates und somit in gewisser Weise auch als Systembruch verstanden werden konnte, bestand in wesentlichen Punkten darin, generell für einen Rückbau des Staates, also für mehr privat und weniger Staat einzutreten und damit den Begriff der Freiheit immer in Verbindung mit der Befreiung von staatlichen Ansprüchen zu verwenden. Der Parlamentarismus, die traditionelle Rolle der Parteien und insbesondere das Establishment der Regierung sowie die Institutionen der Sozialpartner wurden mit Skepsis bedacht und sollten

---

<sup>105</sup> SN, 6.4.1996.

zugunsten eines Ausbaus der direkten Demokratie und ihrer plebiszitären Elemente eingeschränkt werden.

Die Ablehnung von Einwanderung, die vielfach als „Fremdenfeindlichkeit“ gedeutet wird, und das Auftreten gegen „multikulturelle Experimente“, die Besinnung auf einen konservativen Wertekatalog mit den Stichworten Heimat, Familie, Recht und Ordnung, und schließlich eine Wiederbelebung des Kulturkampfes, der sich in diversen Vergangenheitsdiskussionen (insbesondere der NS-Ära), einer kritischen bis ablehnenden Haltung gegenüber Ausdrucksformen der modernen Kunst sowie in Angriffen gegen die Freiheit der Kritik äußert, sind die weiteren (gesellschaftspolitischen) Elemente eines solchen Konzepts der populistischen Rechten.

Aufgrund dieser politischen Ausrichtung unter der bewussten und provokanten Ausnutzung bestimmter Anti-reflexe (antiliberal, antistädtisch, antisemitisch, antiausländer...) in einem in Österreich nach wie vor vorhandenen Klima des latenten Alltagsfaschismus musste sich die Partei freilich auch auf Grund ihrer Geschichte und dem fehlenden Willen sich von entsprechenden politischen Gruppierungen und Strömungen glaubhaft abzugrenzen, von Kritikern den Vorwurf gefallen lassen, dem Rechtsextremismus anzuhängen. So bezeichnen die Mitarbeiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes die Politik der „Haider-FPÖ“ als rechtsextrem, da sie alle wesentlichen Definitionskriterien des Rechtsextremismus wie Volksgemeinschaftsideologie, Ethnozentrismus und Xenophobie, autoritäre Staatsvorstellungen (Stichwort „Dritte Republik“), Aufbau und Pflege von Feindbildern, Ablehnung des Wertepluralismus (keine „multikulturellen Experimente“), starker Mann und Führerkult, Ablehnung von Frauenemanzipation, "nationales" Geschichtsbild (das Volk als Träger subjektiver Rechte) sowie einen aggressiven politischen Verhaltensstil erfülle und den Parteiobmann als gefährlichen Rechtsaußenpolitiker, der eine demokratie-, österreich- und europafeindliche Politik verfolge.

Auch wenn tatsächlich Versatzstücke rechtsextremer Ideologie – wenn auch in modernisierter Form – in die Rhetorik der Partei Eingang gefunden haben, blieb die offizielle Programmarbeit davon weitgehend unberührt. Die immer wiederkehrenden FPÖ immanen Rückgriffe auf die Zeit des Nationalsozialismus sind nicht Parteiprogramm, sondern oft genug unbedachte Entgleisungen der Betroffenen aufgrund ihrer persönlichen und politischen Sozialisation, aber auch gezielt eingesetzte taktische Provokationen, um entsprechende Emotionen wach zu rufen und für eigene Ziele nutzbar zu machen. Trotz aller im Einzelfall vorgebrachter Kritik kann aber die FPÖ seit Haider nicht so ohne weiteres als rechtsextreme oder neofaschistische Partei bezeichnet und in diesem Zusammenhang gar von einer Renaissance des Nationalsozialismus in Österreich gesprochen werden.

Vielmehr hatte sich die Partei unter der kongenialen Führung ihres Obmannes einer Strategie des rechtspopulistischen Protests verschrieben, die die Zeichen der Zeit er-

kennend (Auflösung traditioneller Lagerbindungen, starkes Ansteigen von Wechselwählern, zunehmende kritische Distanz zu den politischen Parteien und ihrer Vorfeldorganisationen, Desintegration traditioneller Milieus, Modernisierungsängste) sich am raschesten auf diese seit der Mitte der 1980er Jahre stattfindenden politischen und gesellschaftlichen Veränderungsprozesse und der damit verbundenen Bewegungen in der Wählerschaft eingestellt hat.

Der Aufstieg der „Haider-FPÖ“ muss als deutliches Symptom dieser Transformation des österreichischen politischen Systems angesehen werden, dessen bestimmende Determinanten nach 1945 wie Parteienkonzentration (SPÖ und ÖVP), Konkordanz- oder Proporzdemokratie und eine in der Politikwissenschaft als Hyperstabilität bezeichnete Dominanz politischer Entscheidungen bei den Eliten der beiden traditionellen Lager (sozialistisch und christlich-konservativ) sowie eine unterentwickelte Oppositionskultur zum Angriffspunkt einer sich dagegen als Protestbewegung etablierenden FPÖ wurden. Haider und seine Partei können in diesem Zusammenhang weniger als Repräsentanten eines traditionellen Rechtsextremismus von gestern angesehen werden, sondern vielmehr als erfolgreiches Projekt der Rechten, das seine adäquate Antwort auf die gesellschaftlichen Zustände und Probleme des Landes gefunden hat, obwohl selbst historisch fest in der Tradition des österreichischen Parteiensystems integriert und verankert.<sup>106</sup>

Die FPÖ hatte sich seit der Mitte der 1980er Jahre von einer vorwiegend honoratiorenmässig strukturierten Weltanschauungspartei, deren Programmatik nur auf eine Minderheit ausgerichtet war, zu einer modernen populistischen Partei der Rechten vom Typus einer breite Wählerschichten ansprechenden Volkspartei mit einem weitgehend unbestimmten Programm der Mitte gewandelt.

Zu den wichtigsten programmatischen Ergebnissen in der Ära Haider sind im Zuge dieser Entwicklung das spätestens mit der Gründung einer eigenen liberalen Partei und dem Ende der Mitgliedschaft bei der Liberalen Internationalen definitive Ende des liberalen Experiments, wie es von den Vorgängern Peter und Steger präferiert wurde, sowie das Ende der FPÖ als ideologisch fundamentierte nationalliberale Lagerpartei zu nennen.

War es bisher schon schwierig genug, das ideologische Profil der Partei anhand der Begriffe national und liberal zu bestimmen, so reichten diese nun auf keinen Fall mehr aus, das programmatische Wesen der FPÖ zu beschreiben, zumal sich die „Haider-FPÖ“ gar nicht mehr uneingeschränkt zu diesen ihren ideologischen Grundpfeilern bekennen wollte. Zu sehr hat der Erfolg als Protestpartei alle diesbezüglichen Spannungen und Widersprüche

---

<sup>106</sup> So wird gerne auf eine lange historische Tradition des freiheitlichen Lagers im Vergleich zu den anderen politischen Lagern Österreichs hingewiesen: „diese Tradition, diese Wurzeln, diese Geschichte reichen am allerweitesten zurück.“

Kroupa, Der Freiheitliche Beitrag zur Geschichte Österreichs S.6f.; siehe auch Anm.21. (Seite 15).

überdeckt und in den Hintergrund treten lassen. Die FPÖ wurde unter der Führung Jörg Haiders von einer ihre politischen Traditionen im Sinne des sogenannten dritten Lagers pflegenden Programmpartei zu einer weitgehend ideologiefreien Protest- und Wählerpartei transformiert; und als solche wurde sie in der Öffentlichkeit wahrgenommen und schließlich auch gewählt.

Dabei ist die Entwicklung zur Protestpartei durchaus geprägt von Widersprüchen, Sprunghaftigkeit und Beliebigkeit, zumal die verschiedenen programmatischen Aktivitäten und inhaltlichen Schwerpunktsetzungen jeweils nach opportunistischen Gesichtspunkten ausgerichtet waren, ohne dabei noch besondere Rücksicht auf traditionelle Kernstücke freier Weltanschauung zu nehmen.

Inhaltlich bot die Partei dabei immer mehr das Bild einer „ideologischen Gemischtwarenhandlung“, in der für die potentiellen Kunden/Wähler ein möglichst breit- und buntgefächertes Angebot an politischen Ideen und Vorstellungen zur Verfügung stehen sollte. So bezeichnete das Nachrichtenmagazin „profil“ die Partei unter dem Eindruck der Debatten im Vorfeld der Ausarbeitung des neuen offiziellen Parteiprogramms ironisch als „konservative, austronationalistische Protestpartei proletarischen Zuschnitts“,<sup>107</sup> die oben- und unten noch jenseits jeder Tradition des dritten Lagers ihre Sympathien für den streng konservativen Kirchenflügel entdeckte; da war also für jeden etwas dabei.

Waren es in den ersten Jahren der Parteiführerschaft Haiders noch die stark leistungs- und aufstiegsorientierten Mittelschichten, die der Partei zusprachen, so näherte sich die Partei zugleich auch immer mehr dem Typus einer protestorientierten Arbeiterpartei, die darauf abzielte, die sogenannten Modernisierungsverlierer zu ihrer vornehmlichen Wählerklientel zu erklären, mit dem Erfolg, dass die Partei aufgrund der entsprechenden Wählerzusammensetzung um das Jahr 2000 sogar zur führenden Arbeiterpartei des Landes aufgestiegen war.<sup>108</sup>

Was die soziale Struktur der Wählerschaft betrifft, hatte sich die FPÖ in den eineinhalb Jahrzehnten ihres Aufstiegs von einer bürgerlichen zu einer proletarischen Partei gewandelt.

Bei aller Differenzierung ist aber allen diesen gesellschaftlichen und sozialen Gruppen als gemeinsames Merkmal der Protest in Form von Politik(er)verdrossenheit und Ablehnung von Proporz, Parteibuchwirtschaft und Privilegien; eine Missstimmung, die konkret als auch diffus auftretend offensichtlich quer durch das ideologische Spektrum des Landes

---

<sup>107</sup> profil 14, 29.3.1997.

<sup>108</sup> siehe entsprechende Analysen der Ergebnisse der Nationalratswahlen 1999: Fritz Plasser – Peter A. Ulram – Franz Sommer, Nationalratswahl 1999: Transformation des österreichischen Wahlverhaltens. In: ÖJP (1999) S.67f. ; ebenso Kurier, 5.10.1999.



wahrzunehmen ist. Und die Nutzung dieses wachsenden Potentials wurde zur obersten Maxime der „neuen“ FPÖ.

In der Tat ist aber die „Haider-FPÖ“ formell keine neugegründete Partei, die sich so ohne weiteres von ihrer Vergangenheit hätte lossagen können. Trotz des stark angestiegenen Wähleraufkommens und der damit verbundenen organisatorischen Veränderungen für eine nunmehr zur Mittelpartei aufgestiegenen Partei sind die Strukturen, was ihre Funktionäre und Mitglieder betrifft, im wesentlichen die gleichen geblieben. Versuche, dies zu ändern, wie die Bestrebungen aus der freiheitlichen Partei eine F-Bewegung zu machen, sind schließlich glatt gescheitert.

Statt ideologische Debatten zu führen, präsentierte die Partei in erster Linie den Kampf gegen Proporz und Privilegien und das Eintreten für die Interessen des „kleinen Mannes“ als ihre inhaltlichen Kernkompetenzen, die das Selbstverständnis der Partei in dieser historischen Phase des populistischen Protests ganz entscheidend prägen sollten.

Die Frage schließlich nach der Qualifizierung der „Haider-FPÖ“ als entweder rechtsextrem bis gar (neo)faschistisch oder rechtspopulistisch als postmodernes Phänomen, die sich die politischen Beobachter und Analytiker stellten, konnte auch der von den EU XIV aus Anlass der Regierungsbeteiligung der FPÖ in Auftrag gegebene Untersuchungsbericht über die politische Natur der FPÖ nicht mit Bestimmtheit beantworten. Der Bericht, der freilich keine neuen Erkenntnisse lieferte, war lediglich dazu geeignet, mit seinem Urteil, wonach die FPÖ als „rechtspopulistische Partei mit extremistischer Ausdrucksweise“ zu bezeichnen sei, den vorherrschenden Interpretationen und Erklärungsmustern gleichwohl gerecht zu werden.

## **VI. ZWISCHEN POPULISMUS UND PRAGMATISMUS: DIE REGIERUNGSBETEILIGUNG DER „HAIDER-FPÖ“ (2000-2005)**

Der Eintritt der FPÖ in eine rechts-konservative Regierung mit der ÖVP im Februar 2000 markierte nicht nur für die politische Landschaft der Republik, sondern auch für die FPÖ selbst, zumindest was die Bundesebene betrifft (auf Länder- und Gemeindeebene waren freiheitliche Politiker in der Vergangenheit bereits mehrfach in Regierungspositionen vertreten) eine historische Zäsur.

Im Unterschied zur ersten Regierungsbeteiligung, als die Partei sich mit der weitgehend ohne Einfluss bleibenden Rolle des Juniorpartners in der Koalition mit der SPÖ zufrieden geben musste, befand sich die FPÖ mit ihrem Obmann Jörg Haider nunmehr in einer Position der Stärke – sie wurde bei der Nationalratswahl im Oktober 1999 nach der SPÖ mit knapp 27 Prozent der Stimmen zweitstärkste Kraft im Land – die ihr einen ungleich höheren Handlungsspielraum ließ. Allerdings bedingte die veränderte Situation einen grundlegenden Strategiewandel, um glaubwürdig zu bleiben.

Das bisher gültige Rezept, griffige Kernwahlthemen wie politische Korruption, Proporzwirtschaft, Kriminalität, Zuwanderung in aggressiv-kämpferischer Manier zu kommunizieren, welches in den Jahren der Opposition so erfolgreich und beinahe zur Perfektion betrieben wurde, konnte nun nicht mehr fortgesetzt werden, da man sich nun selbst in der Position des Regierenden befand.

### **Richtungstreit und Führungskrise**

Schon bald stellte sich die Frage, wie eine mit einem so hohen Protestwähleranteil ausgestattete Partei, die quasi als Verkörperung des populistischen Protests galt, mit der nunmehr ungewohnten Rolle der Regierungsverantwortung umgehen würde. Für kritische Beobachter war klar, dass der Übergang von einer ihrem Selbstverständnis nach klassischen Oppositionspartei zu einer in erster Linie Sachpolitik verpflichteten und staatspolitisch verantwortungsvoll agierenden Regierungspartei ein Grunddilemma des historischen freiheitlichen Lagers, das sich ja stets als Sammelbewegung der mit den Regierenden Unzufriedenen verstand, bedeutete, das auch nicht überraschend allmählich zur existenziellen Nagelprobe für die Partei werden sollte.

Die glaubhafte Positionierung der FPÖ als Regierungspartei bedingte daher ein Bündel an strategischen Änderungen, um eine entsprechende Imagekorrektur herbeizuführen. Dabei war es nicht nur notwendig, einen der geänderten Situation angepassten neuen Stil der politischen Auseinandersetzung in Abkehr einer bisher praktizierten aggressiven Oppositionsrhetorik, pauschaler Rundumverdächtigungen und negativer Kampagnisierungen zu finden, sondern auch inhaltlich Modifikationen vorzunehmen. So stand und

steht noch die Frage im Mittelpunkt, ob und inwieweit es möglich ist nach wie vor als Interessensvertreterin des „kleinen Mannes“ aufzutreten und als solche gegen „die da oben“ zu wettern, also sich als Instanz des sozialen Gewissens gegenüber den Mächtigen zu präsentieren, als auch pragmatische Wirtschaftsinteressen im Sinne neoliberaler Vorstellungen (repräsentiert durch den Wirtschaftssprecher Prinzhorn und den jungen Finanzminister Grasser) zu vertreten. Auch wenn der Kampf gegen Privilegien und das Eintreten für eine Entpolitisierung des öffentlichen Dienstes in der Wahrnehmung der Bevölkerung nach wie vor zu den Kernkompetenzen der Partei gezählt wurden, war es ihr in den ersten Jahren der Regierungsphase gelungen, zugleich ein Image als Wirtschaftspartei und Interessensvertreterin der Industrie, des freien Unternehmertums und des internationalen Großkapitals zu erlangen.<sup>1</sup> Dieser grundsätzliche Zwiespalt sollte dann auch die Situation der FPÖ als Regierungspartei charakterisieren. Die Doppelstrategie Regierung und Opposition gleichsam in einem zu spielen, war zwar eine zeitlang durchaus erfolgreich, doch auf längere Sicht nicht durchzuhalten, ohne dass es zu einer ernsthaften Diskussion um die Frage nach einer einheitlichen Richtung zur Sicherung einer längerfristigen Zusammenarbeit in der Regierung kommen musste. Außerdem funktionierte diese Strategie nur solange wie der Regierungspartner ÖVP es zuließ. Hier rächte es sich, dass in den Jahren der sehr erfolgreichen Fundamentalopposition keine produktiven Ideen und langfristigen Konzepte zur Gestaltung des Landes entwickelt wurden, es also nach einer primär nach Stimmungslagen ausgerichteten und oftmals von Beliebigkeit geprägten opportunistischen Politik, die eben den schnellen Erfolg im Visier hatte, zu keiner Bildung einer klaren, konsequenten und erkennbaren inhaltlichen Linie der Partei gekommen war.

Mit der Übernahme der Rolle als Regierungspartei und des bald darauf erfolgten Rücktritts Jörg Haiders als Bundesparteiohmann<sup>2</sup> – wohl um die Wogen der Erregung rund um die Regierungsbildung und seine Person zu glätten – schien das erfolgreichste rechts-populistische Projekt Europas beendet zu sein, was auch die zum Teil empfindlichen Niederlagen bei den folgenden Regionalwahlen zu bestätigen schienen.

Wie sich herausstellen sollte, stellte die Frage nach der inhaltlichen strategischen Positionierung ein Glaubwürdigkeitsproblem ersten Ranges dar und führte in rascher Konsequenz zu einer Zerreißprobe zwischen den unterschiedlichen Kräften innerhalb der Partei, die nicht nur für die Überlebensfähigkeit der Partei, sondern selbstverständlich auch für die neu geschaffene sogenannte „Wendekoalition“ eine ernsthafte Bedrohung darstellte.

---

<sup>1</sup> siehe Profil der Parlamentsparteien, MARKET-Studienblätter 53/02, S.3.

<sup>2</sup> Als Nachfolgerin wurde die Vizekanzlerin und seit 1996 geschäftsführende Bundesparteiohfrau der FPÖ Susanne Riess-Passer designiert und auf dem 25.ordntl. Bundesparteitag am 1.Mai 2000 offiziell zur Parteiohfrau gewählt, wo sie sogleich beteuerte ("die FPÖ wird immer die Partei Jörg Haiders bleiben."), dass auch mit ihr an der Spitze der Partei Kontinuität gewahrt bleibe.

Verunsichert sowohl durch mehrere Personalwechsel in der freiheitlichen Ministerriege, als auch durch empfindliche Verluste bei mehreren Landtagswahlen,<sup>3</sup> die für die FPÖ eine negative wahlpolitische Trendumkehr bedeuteten, geriet die Partei zunehmend unter Druck, einerseits, was die innere Geschlossenheit der Partei betraf, als auch im Hinblick auf die Berechenbarkeit für den Koalitionspartner und somit für die Stabilität und den Weiterbestand der Regierung.

Jörg Haider, der um sein Lebenswerk, die in der Opposition groß gewordene FPÖ, die in der Hauptsache sein Projekt gewesen war, fürchtete, machte dafür die Regierungspolitik seiner Partei verantwortlich, die ihre Rolle als „Schutzpatronin der kleinen Leute“ aufgeben hätte. Als Spitze einer Gruppe von Politikern vorwiegend der mittleren Funktionärssebene in einigen Landesorganisationen fungierte der von seinen bundespolitischen Parteiämtern formal zurückgetretene Kärntner Landeshauptmann als Sprachrohr einer innerparteilichen Opposition. Durch die Fortsetzung des radikalen Oppositionskurses zwangsläufig auch gegen die eigene Regierungsmannschaft erhoffte man sich, dem in sinkenden Umfragewerten und Wahlergebnissen abzulesenden Sympathie- und Stimmenverlust der Partei entgegenwirken zu können.

Mit seiner ohne Absprache mit der Parteiobfrau Riess-Passer absolvierten Reise zum irakischen Diktator Saddam Hussein und dem Treffen mit Vertretern europäischer nationaler Rechtsparteien brüskierte der ehemalige Parteichef offen die Parteiführung in Wien und erregte damit heftige innerparteiliche Turbulenzen. Der Konflikt wurde verschärft, als die durch die allgemein akzeptierte sachpolitische Arbeit der freiheitlichen Regierungsmannschaft an politischem Selbstbewusstsein gewonnene Parteichefin es ablehnte, Jörg Haider, der wieder an die Spitze der Partei zurückkehren wollte, ihre Führungsrolle abzugeben. Der Richtungsstreit innerhalb der Partei zwischen der Parteiführung und Regierungsmannschaft in Wien, personifiziert als „Riess-Passer Grasser FPÖ“ und den Anhängern eines regierungsfeindlichen und weiter in der Fundamentalopposition ihr Heil suchenden Kurses musste schließlich einer Entscheidung zustreben.<sup>4</sup>

### **„100 Prozent freiheitlich!“: Knittelfeld und die Folgen**

In der Frage der Steuerreform kam es dann zur Eskalation des parteiinternen Konflikts. Nach der Hochwasserkatastrophe vom August 2002 wurde die für das Jahr 2003 geplante Steuerreform auch mit Zustimmung der freiheitlichen Minister und des

<sup>3</sup> Steiermark im Oktober 2000 (-4,7%), Burgenland im Dezember 2000 (-1,9%) und besonders die Wiener Gemeinderatswahl im März 2001 (-7,8%).

<sup>4</sup> Eine Chronologie der turbulenten Ereignisse des Jahres 2002 bietet Walter Hämmerle, Sonderteil: Die Krise der FPÖ und der Weg zu Neuwahlen. In: ÖJP (2002) S.577-582.  
aus freiheitlicher Sicht: Helmut Golowitsch, Drittes Lager, wohin? In: Die Aula 5, 6 (2003).

Bundesparteivorstandes der FPÖ um ein Jahr aufgeschoben. Haider kritisierte diese Entscheidung heftig und kündigte die Einberufung eines Sonderparteitages an, der allein berechtigt wäre, die Reform zu verschieben. Daraufhin drohten die Parteichefin Riess-Passer und ihre Stellvertreter mit ihrem Rücktritt. Unterdessen sammelten die Anhänger Haiders in mehreren Landesorganisationen Unterschriften für das Zustandekommen eines FPÖ-Sonderparteitages. Dieser kam zwar nicht zu Stande, stattdessen wurde in Knittelfeld in der Obersteiermark ein Delegiertentreffen vereinbart. Als „basisdemokratische Aktion“ sollte diese Versammlung dazu dienen, „die Parteiführung wieder auf den rechten Weg zu bringen.“ Die sogenannte „Knittelfelder Vereinbarung“, die die sofortige Einsetzung einer Steuerreformkommission, keine Zahlungen für Abfangjäger vor einer Steuerreform, die Knüpfung von bestimmten Bedingungen an eine Zustimmung für die EU-Osterweiterung (was für den Regierungspartner ÖVP unannehmbar war) und die Rückkehr Jörg Haiders in die Bundesgremien der FPÖ forderte, würde nicht den geringsten Widerspruch zum Regierungsprogramm darstellen und wäre zu „100 Prozent freiheitlich!“ Obwohl in einem abschließenden Punkt des Papiers die Unterstützung der eigenen Mitglieder in der Bundesregierung, insbesondere der Frau Vizekanzlerin betont wurde, geriet das in aufgeheizter Atmosphäre abgehaltene Treffen dann doch hauptsächlich zur Demonstration gegen die freiheitliche Regierungsmannschaft. Parallelen zum Innsbrucker Parteitag von 1986, als Jörg Haider an die Macht „geputscht“ wurde, scheinen durchaus angebracht zu sein; die Vizekanzlerin und Parteichefin Riess-Passer, Finanzminister Grasser und der Klubobmann der Partei Westenthaler zogen die Konsequenzen aus den Beschlüssen von Knittelfeld und erklärten mit dem Argument, ihre staatspolitische Verantwortung nicht länger wahrnehmen zu können, ihren Rücktritt. Einen Tag später wurde die Koalition von Bundeskanzler Schüssel gekündigt und Neuwahlen ausgerufen.

Die „Rebellen von Knittelfeld“ hatten zwar ihr Ziel, die eigene Regierungsspitze zu stürzen erreicht, aber zugleich die Partei am Höhepunkt ihrer politischen Macht implodieren lassen und in einen Zustand der Instabilität und Unberechenbarkeit geführt, der sie wieder zunehmend in die Isolation trieb. Knittelfeld, inzwischen bereits zum Synonym für politische Selbstzerstörung geworden, markierte für viele politische Beobachter das Ende der Ära Haider, so wie Innsbruck für ihren Anfang gestanden war.

Befürchtungen, dass die FPÖ bei den bevorstehenden Neuwahlen infolge eines massiven Vertrauensverlustes der Wähler ein Debakel erleben würde, haben sich nur zu sehr bewahrheitet: Die FPÖ, die noch bei den Nationalratswahlen 1999 knapp 27 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte und damit zweitstärkste Partei wurde, verlor diesmal drei Fünftel ihrer Stimmen und wurde auf einen Anteil von 10 Prozent, womit sie nur

mehr knapp vor den Grünen blieb,<sup>5</sup> zurückgeworfen. Damit war die Partei, auch was das Wählerstimmenniveau betrifft, in etwa auf den Stand von 1986 zurückgefallen.

Richtungsstreit und Führungskrise in der FPÖ, die übrigens auch während der Phase des Wahlkampfes nicht bereinigt werden konnte, hatten die größte Wählerbewegung in der Geschichte der Zweiten Republik ausgelöst. Rund die Hälfte der Wähler von 1999, also über 630.000 Stimmen gingen diesmal an die ÖVP verloren, und mit einer Behalterate von nur 30 Prozent war der Anteil derjenigen Wähler, die 1999 die Partei gewählt haben und nun dieser Partei wieder ihre Stimme gaben, am niedrigsten von allen Parlamentsparteien. Der ÖVP war es gelungen, durch eine wohlwollende Behandlung der Repräsentanten der sogenannten „Riess-Passer Grasser FPÖ“ bei gleichzeitiger Ablehnung der „Rebellen von Knittelfeld“ um Jörg Haider die Sympathisanten dieser politischen Linie für sich zu gewinnen. Zudem erwies sich der Vorstoß des Bundeskanzlers den von der FPÖ weitgehend entfremdeten und in der Öffentlichkeit mit hohen Sympathiewerten ausgezeichneten Finanzminister Karl Heinz Grasser als unabhängiges Mitglied in sein Kompetenzteam zu holen, als gelungener Coup, der ebenfalls zahlreiche FPÖ Wähler der ÖVP zutrieb.

### **Perspektiven für eine Post-Haider FPÖ**

Nach dem Wahldebakel, das von einem überwiegenden Teil der Bevölkerung in erster Linie dem Verhalten Jörg Haiders zugeschrieben wurde,<sup>6</sup> wurden vielfach Überlegungen angestellt, wie ein Neustart der Partei – sowohl personell, als auch politisch-inhaltlich – aussehen könnte.

Mit einem Wähleranteil von nur noch 10 Prozent wurde die Partei auf ihre treuesten Kernwählerschichten reduziert, hatte also das Gros der aus den anderen ideologischen Lagern gewonnenen Stimmen wieder verloren. Im Gegensatz zu den anderen Parteien war der Stammwähleranteil in der FPÖ in den Jahren der Regierung sogar angestiegen.<sup>7</sup> Neben der Gruppe der Deutschnationalen, gehörten lediglich nur mehr konservative Katholiken, Rechtsliberale, einige Freiberufler, Gewerbetreibende und Industrielle zur Stammklientel, die trotz aller Schwierigkeiten nach wie vor ihrer Partei die Treue hielten.

---

<sup>5</sup> Ein Rückfall hinter die Grünen würde zudem eine schwere Identitätskrise für die FPÖ in ihrem Selbstverständnis als dritter politischer Kraft in Österreich bedeuten.

<sup>6</sup> So lasteten in einer repräsentativen Umfrage 80 Prozent der Befragten die Schuld an der Wahlniederlage der FPÖ Jörg Haider an, und noch überragende 73 Prozent der FPÖ-Wähler waren der Meinung, dass der ehemalige Parteichef die Hauptverantwortung für die verheerende Wahlniederlage der FPÖ trägt. „Wählerreflexe auf den 24. November“, IMAS-Report Nr.26 (Nov.2002) S.1.

<sup>7</sup> siehe SWS, Repräsentative Umfrage zu Parteienbindung und Wahlverhalten Oktober 2003 (WZ, 4.11.2003).

Nach der Wahl formierten sich vereinzelt Kräfte in der Partei, die unter der Initiative des früheren Klubobmannes Norbert Gugerbauer ein sogenanntes „Freiheitliches Manifest“<sup>8</sup> herausgaben, das sich gegen die Bestrebungen von Knittelfeld und die Politik und Person des Altparteiobmannes Haider stellte und für einen „glaubwürdigen Neubeginn der FPÖ“ eintrat. Die Anhänger dieser Aktion mussten allerdings bald erkennen, dass die Zeit noch nicht gekommen war, um sich gänzlich von Jörg Haider zu emanzipieren, und gaben auf.<sup>9</sup>

Die Partei musste sich – so die Insider aus dem nationalen Lager – wieder ihrer traditionellen Rolle als dritte Kraft in Österreich zuwenden im Sinn der bewussten Pflege der ideologischen Grundlagen einer national freiheitlichen Gesinnungsgemeinschaft.

Der FPÖ Historiker und Experte der Geschichte des dritten Lagers Lothar Höbelt plädierte für eine „bürgerliche Partei, die wieder das dritte Lager verkörpert“ und der Parteiideologe und Publizist Andreas Mölzer meinte, „die künftige FPÖ wird Leute ansprechen, die weder rot noch katholisch sind.“<sup>10</sup> Zur Stärkung des dritten Lagers müssten die tragenden Grundsätze nationalfreier Ideologie, allen voran das Bekenntnis zum Deutschnationalismus wiederbetont werden, anstatt sie für die Option der Machtbeteiligung zum Zweck einer allgemein akzeptierten Regierungsfähigkeit bereitwillig zu opfern. „Entschließt sich die FPÖ nicht [...] an die anderen Ufer, nämlich die ihres deutschnationalen Auftrages von 1848, vorneweg die Grundfreiheiten eingeschlossen, zurückzukehren, wird die Neugründung einer Partei auf festen weltanschaulichen Fundamenten unvermeidbar sein.“<sup>11</sup>

Etwas moderater und weniger scharf in Richtung nationaler Reideologisierung äußerte sich der rechtskonservative Journalist Hans Pretterebner, der der Partei riet, sich „wertkonservativ und wirtschaftsliberal“ zu geben und zu einer „zukunftsorientierten, ideologisch offenen Reformbewegung“ zu werden.<sup>12</sup>

Ein Szenario, das den Liberalismus wieder in den Vordergrund freiheitlicher Programmatik und Politik stellen würde, schien hingegen nicht realistisch und wurde auch nirgends präferiert. Die Verwirklichung (neo)liberaler Ideen dürfte lediglich im Bereich der Wirtschafts- und Industriepolitik – wie bereits bewiesen – Aussichten auf Erfolg haben, was die Partei (wenn auch auf bescheidenem Niveau) wieder einigermaßen stabilisieren könnte.

Eine Klärung über eine glaubhafte und dauerhafte inhaltliche Erneuerung der FPÖ und damit über ihren ideologischen Standort scheint aber erst dann einzutreten, wenn der alles

---

<sup>8</sup> Die Presse, 29.11.2002.

<sup>9</sup> Der Standard, 4.12. 2002.

<sup>10</sup> Der Standard, 10.10.2002.

<sup>11</sup> Otto Scrinzi, Über die Erbsünde in der freiheitlichen Politik. In: Aula 6 (2003) S.24.

<sup>12</sup> Standpunkt. Hintergrundinformationen und Kommentare zum Zeitgeschehen: [www.wno.org/newpages/com38.html](http://www.wno.org/newpages/com38.html) (Wiener Nachrichten Online, 17.4.2005).

überstrahlende Übervater der Partei Jörg Haider nicht nur formal, sondern auch tatsächlich keinerlei politische Funktionen mehr ausübt und durch seine Aussagen und Taten nicht mehr für Irritationen unter den Vertretern des eigenen Lagers sorgen kann.

### **FPÖ versus BZÖ – Die Spaltung in „wahre“ und „echte“ Freiheitliche**

Nach den für die Freiheitlichen desaströsen Nationalratswahlen vom November 2002 war es trotz Vorbehalten auf beiden Seiten der Regierungsparteien zu einer Neuauflage der Koalition von ÖVP und FPÖ gekommen. Diesmal jedoch hatten sich die Machtverhältnisse aufgrund des eindeutigen Wahlergebnisses klar zugunsten der Volkspartei verschoben, und die FPÖ war stärker denn je in die Rolle des an Einfluss und Reputation verlierenden Juniorpartners gedrängt.

Aus der Sicht der FPÖ war die Weiterführung der schwarz-blauen Koalition in erster Linie aus den ganz pragmatischen Gründen der Selbsterhaltung von überlebensnotwendiger Bedeutung, denn von einer Beruhigung oder gar Konsolidierung der innerparteilichen Krise konnte auch in den Monaten nach dem Wahlschock vom Herbst 2002 keine Rede sein; und für die ÖVP war nunmehr ein deutlich dezimierter und damit in seine engen Schranken der Abhängigkeit verwiesener Partner von erheblichem Vorteil was die Arbeit und Selbstdarstellung der führenden Regierungspartei betrifft, auch wenn seither immer wieder eben aufgrund der offensichtlichen Schwäche der FPÖ von Kritikern dieser Regierungskonstellation deren Brüchigkeit und Labilität beschworen wird.

Die Regierungsbeteiligung der FPÖ konnte zwar den Erhalt von einzelnen Machtpositionen weiterhin garantieren, zu einer Beendigung der inneren Zerrissenheit der Partei bezüglich der nach wie vor offen bleibenden personellen und inhaltlichen Entscheidungsfragen konnte sie aber nicht beitragen. Das Bild von Uneinigkeit und Chaos, das die FPÖ der Öffentlichkeit bot, trug schließlich wesentlich dazu bei, dass die Partei auch bei den kommenden Wahlgängen empfindliche Niederlagen erleiden musste. Nach jedem wahlpolitischen Dämpfer wurden dann regelmäßig interne Diskussionen entfacht, in deren Verlauf immer wieder von einer Neupositionierung und einem Neubeginn die Rede war. Tatsächlich bewirkten diese ständig beschworenen rhetorischen Erneuerungsaufträge aber weder bei den Parteikadern noch bei der potentiellen Wählerschaft einen Stimmungswandel. Weder die Mitarbeiter der Partei noch das umworbene Wahlvolk konnten darüber Auskunft geben, wofür die FPÖ eigentlich steht bzw. warum sie überhaupt gewählt werden sollte.

Regelmäßige Wahlniederlagen und ständig sinkende Umfragewerte erweckten zuweilen Erinnerungen an die ernste Krisensituation der FPÖ in der Endphase der Ära Steger, als die damalige Regierungspartei FPÖ auch als willfähriges und weitgehend ohnmächtiges Anhängsel des großen Regierungspartners SPÖ angesehen wurde und einer nach den



demoskopischen Prognosen existenzgefährdenden Entwicklung zutrieb, über deren Bekämpfung innerhalb der Partei die alten Flügelkämpfe zwischen den liberalen Regierungsbefürwortern und der nationalen Basis ausgebrochen waren. Jörg Haider war zwar auch diesmal noch – wenn auch nicht mehr an vorderster Front – eine maßgebliche Größe in der Bundes FPÖ, aber seit seiner umstrittenen Rolle bei den Ereignissen von Knittelfeld schien der ehemalige Parteiobmann auch den Kredit bei seinen früheren Anhängern und Gefolgsleuten verspielt zu haben. Die Marke Haider hatte mittlerweile an Glaubwürdigkeit und damit auch als Zugkraft für einen erneuten Mobilisierungsschub für die Regeneration der FPÖ verloren. Die in der Öffentlichkeit wahrgenommenen parteiinternen Turbulenzen, Unklarheiten in mehreren die Regierungsarbeit betreffenden Sachfragen und schließlich die nie verstummenden Diskussionen um die personelle Zusammensetzung der Führungsmannschaft, bezeichneten auf dramatische Weise den Niedergang und Zerfall einer Partei, die noch wenige Jahre zuvor für Furore in der österreichischen Innenpolitik gesorgt hatte.

Der Selbstzerstörungsprozess der freiheitlichen Partei<sup>13</sup> wurde indessen konsequent fortgeführt und erreichte seinen finalen Höhepunkt, als unter dem Eindruck neuerlicher schwerer Wahlniederlagen<sup>14</sup> offen über eine Spaltung bzw. Neugründung der Partei gesprochen wurde. Als parteiinterne Sündenböcke für die Misere wurden diesmal die ohnehin eher am Rande der Partei agierenden nationalkonservativen Protagonisten ausgemacht, konkret in der Person von Andreas Mölzer, der in einem kritischen Artikel über die Geschichte des dritten Lagers aus Anlass des für 2006 bevorstehenden 50jährigen Gründungsjubiläums der FPÖ eine ernüchternde Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Situation der Partei lieferte.<sup>15</sup> Sein Ausschluss aus der Partei wegen „parteischildigenden Verhaltens“ erregte Empörung bei den Nationalen, die wie sie selbst mit Recht feststellten, seinerzeit viel zum Aufstieg und Erfolg der FPÖ beigetragen haben. Während zunächst noch einmal von einer „Neuorientierung auf allen Ebenen“ gesprochen wurde, kündigte Jörg Haider schon bald darauf die faktische Neugründung der FPÖ an und mit ihr eine Fortsetzung der Koalition und sprach zugleich von einer „Stilllegung der alten FPÖ“.

Tatsächlich verließen Haider und mit ihm die gesamte bisherige freiheitliche Regierungsmannschaft die FPÖ und gründeten mit dem „Bündnis für die Zukunft

---

<sup>13</sup> Detailreich beschrieben in den Büchern: Ralph Vallon, *Harakiri. Die Selbstzerstörung einer Partei* (Wien 2003) und Bernd Ender, *Der Jörg-Haider-Faktor und das Ende der Blauen* (Wien 2004).

<sup>14</sup> Seit der Neuaufgabe der VP/FP Koalition im Februar 2003 erlitt die FPÖ mit Ausnahme von Kärnten mit einem nur leichten Zugewinn (+0,37%) bei allen übrigen im Zeitraum vom März 2003 bis September 2004 stattfindenden Landtagswahlen (NÖ –11,59%, OÖ –12,23%, Tirol –11,64%, Salzburg –10,89%, Vorarlberg –14,47%) inklusive der Wahl zum Europaparlament (-17,09%) herbe Verluste allesamt im zweistelligen Prozentbereich.

<sup>15</sup> Andreas Mölzer, Was bleibt von der Dritten Kraft? Fünfzig Jahre FPÖ – fünf Jahre freiheitliche Regierungsbeteiligung. In: ZZ 9 (2005) S.16-19.

Österreichs“ (BZÖ) eine neue Bewegung,<sup>16</sup> die weder im Namen noch in der Ideologie Assoziationen zur bisherigen Vertreterin des dritten Lagers herstellen sollte. Haider, der selbst die Spitze des Bündnisses übernahm, sprach sich dezidiert gegen jegliche ideologische Traditionsanbindung aus; vielmehr sollte die neue Bewegung wohl in Anspielung an die internen Kritiker um den „harten ideologischen Kern“ in der FPÖ kein „ideologischer Museumsverein“ sein, sondern einen Weg beschreiten, der mit nach vorne gerichtetem Blick auf die kommenden Herausforderungen der Zukunft Antworten finden müsse und daher eben „kein Weg der sturen ideologischen Götzenanbetung“ sein dürfe.

Die Vertreter der FPÖ, die nun „FPÖ alt“ oder nach eigener Sichtweise „FPÖ original“ bezeichnet wird, bewerteten diese Entwicklung als die (längst fällige) Spaltung zwischen den „ideologischen Tiefwurzlern“ und den „pragmatischen (entideologisierten) Flachwurzlern“, wie sie eben jetzt im BZÖ ihre eigene Vertretung gefunden haben. Und für den dritten Nationalratspräsidenten Thomas Prinzhorn brachte sie die endgültige Trennung in einen liberalen und einen nationalen Flügel.

Auch wenn das BZÖ betont, auf keinen ideologischen Grundlagen zu beruhen, sieht es sich – wie in der Präambel der am Gründungskonvent präsentierten Bündnispositionen ausgeführt – dennoch in der Tradition der Revolution von 1848 stehend, was freilich die Kritik der Vertreter der traditionellen FPÖ hervorrief, die diesbezüglich von einer „frechen Irreführung und einem geplanten Wählerbetrug“ sprechen: „Haider war es nämlich, auf dessen Betreiben das Bekenntnis zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft aus dem FPÖ-Parteiprogramm gestrichen wurde und Haider hat die in der Tradition von 1848 stehenden rechten Parteimitglieder der FPÖ u. a. abwertend der "Deuschkümelei" bezichtigt und versuchte zuletzt sie aus der Partei auszuschließen.“<sup>17</sup> Trotz der Berufung auf das Jahr 1848 erklärte der BZÖ Obmann die Ideologien des 19. Jahrhunderts, auch die für das dritte Lager prägenden für überholt (so seien etwa die Ziele des klassischen Liberalismus bezüglich individueller Grund- und persönlicher Freiheitsrechte oder der Ausbildung des Verfassungsstaats heute weitgehend erreicht), und bezeichnet nach einer Definition für das weltanschaulich-ideologische Selbstverständnis gefragt, das BZÖ lieber als „freisinnig sozial“,<sup>18</sup> eine Charakterisierung, die eher auf eine programmatische Tradition politischer Parteien in der Schweiz zutreffen mag. Aber auch Andreas Mölzer verwendet diesen Begriff, wenn er

---

<sup>16</sup> APA, 4.4.2005. Der prompte Ausschluss Haiders aus der Bundes FPÖ drei Tage später sowie die Aberkennung seiner Ehrenmitgliedschaft in den freiheitlichen Vorfelddorganisationen RFJ und RFS beweisen die Dramatik und historische Dimension dieses Schrittes.

<sup>17</sup> <http://www.wno.org> (17.4.2005).

<sup>18</sup> ORF „Pressestunde“, 10.4.2005.

bei der Bewältigung der Probleme des Landes für die Zukunft „über die Notwendigkeit einer freisinnigen und patriotischen Kraft für Österreich im 21. Jahrhundert“<sup>19</sup> philosophiert.

### **FPÖ – Die soziale Heimatpartei**

Im Gegensatz zur demonstrativen Abgrenzung von jedweder ideologischen Konvention der neuen Bewegung, bekennen sich die verbliebenen Führungsexponenten der freiheitlichen Partei zu ihren historischen und programmatischen Wurzeln und verkünden dementsprechend selbstbewusst die „Wiedergeburt der FPÖ“. Unter dem Motto „zurück zu den Werten“ bekräftigte die FPÖ auf einem noch in der Phase der Spaltung einberufenen ordentlichen Bundesparteitag das Bekenntnis zu einer konservativen Kultur- und Wertegesellschaft, in der traditionelle Werte und Tugenden, für die die freiheitliche Gemeinschaft in der Vergangenheit gestanden sei (Familie, Staat, Heimat), wiederbelebt werden müssten. Dementsprechend würden auch wieder die ureigenen Themen aufgegriffen und die diesbezüglich konsequenten Positionen bezogen werden. So präsentierte die FPÖ, die in scharfer Abgrenzung zur neuen Konkurrenzbewegung und bemüht, um Missverständnisse zu vermeiden, ihr Parteienlogo um den Zusatz „echt freiheitlich“ erweiterte, einen Leitantrag, der im Zeichen des Österreich-Patriotismus u.a. kritische Distanz zur EU bzw. ihrer Erweiterung bekundete, die aktive Förderung der Lebensform Familie betonte und besonderes Gewicht auf Fragen der Sicherheit und Migration (Zuwanderungsstop, Kriminalitätsbekämpfung etc.) legte.

Mit der Rückbesinnung auf die klassische freiheitliche Themensetzung, dem Bekenntnis zu ideologischer Traditionspflege<sup>20</sup> und mit einem jungen neuen Parteiobmann an der Spitze, der versucht sich als Haider '86 zu präsentieren, entsteht der Eindruck die Zeit zurückdrehen zu wollen in die lichten Höhen des „populistischen Frühlings“, nur diesmal untermauert durch ein starkes ideologisches Fundament im Sinn der Fortführung der Tradition eines starken politischen dritten Lagers.

Tatsächlich war es der Partei trotz der schweren inneren Turbulenzen um die Abspaltung eines Teils der „freiheitlichen Familie“ gelungen, sich in der Rolle der angriffigen Opposition wieder einigermaßen zu konsolidieren. Bei den seit der Trennung als nächstes zu schlagenden Landtagswahlen in der Steiermark und dem Burgenland konnten die Verluste angesichts der für viele Beobachter dramatischen Situation der Partei in gerade noch erträglichen Grenzen gehalten werden, und bei den Gemeinderatswahlen in Wien erreichte

<sup>19</sup> Andreas Mölzer, Für Freiheit und Vaterland. Österreich braucht eine freisinnige und patriotische Kraft. In: ZZ 14 (2005) S.16-20.

<sup>20</sup> Eigentlich war in den letzten Jahren der nationale Flügel der einzige in der Partei mit einer klaren ideologischen Ausrichtung. Neben den freiheitlichen Programmatikern und ausgewiesenen Parteiideologen Andreas Mölzer und Ewald Stadler meldeten sich nun auch wieder ehemalige prononciert rechte Intellektuelle wie Otto Scrinzi zurück und bekundeten ihre Sympathie mit der „echten“ FPÖ.

die FPÖ aufgrund einer wieder verschärften und aus Zeiten des populistischen Protests bekannten Wahlkampfretorik, was die Agitation gegen die Zuwanderer in der Großstadt betrifft, knapp die 15 Prozent Marke, was ihr von den professionellen Wahlbeobachtern eher nicht zugetraut wurde.

Mit der Konzentration auf die Themen Ausländer, Sicherheit, Außen- und Europapolitik mit der Schwerpunktsetzung Einwanderungsstop, Kriminalitätsbekämpfung und Kritik an der EU Erweiterung, wobei die kategorische Ablehnung eines Beitritts der Türkei im Vordergrund stand, ging die FPÖ auch in den nächsten Nationalratswahlkampf des Jahres 2006 und konnte dank dieses zugespitzten „single issue“ Wahlprogramms erstmals wieder leichte Gewinne verzeichnen. Wider aller Erwartung war es auch dem BZÖ, das eher als Kärntner Regionalpartei Stärke erlangte, gelungen in den Nationalrat einzuziehen. Im direkten Vergleich mit der FPÖ konnten die „BZÖ Freiheitlichen“ (Die Freiheitlichen-Liste Westenthaler-BZÖ, so die offizielle Wahllistenbezeichnung) trotz ähnlicher Themensetzung im Wahlkampf allerdings nicht einmal die Hälfte der Stimmen der Mutterpartei erreichen. Immer wiederkehrende Versuche vonseiten des BZÖ eine Wiedervereinigung zu betreiben, um so gestärkt auftreten zu können, wurden von der FPÖ Führung jedes Mal mit harscher Unversöhnlichkeit als plumpe Anbiederungsgesten („keine Zusammenarbeit mit Verrätern“, so der Tenor) zurückgewiesen.

Die Folgen dieser Wahl, eine auf beiden Seiten unter massiven Vorbehalten zustandegewonnene Koalitionsregierung zwischen SPÖ und ÖVP und ihre dadurch immer wieder von Krisen und gegenseitigen Irritationen stark belastete Arbeit und demnach ein in der Öffentlichkeit angeschlagenes Erscheinungsbild führten in den folgenden Monaten zu einem erhöhtem Maß an Unzufriedenheit und besonders hoher Politikerverdrossenheit unter der Bevölkerung, was wiederum der FPÖ in den diversen seither durchgeführten Meinungsumfragen wieder erhöhte Zustimmungsraten bescherte, die an die 20 Prozent Marke heranreichen.<sup>21</sup> Mit der Selbstdarstellung als soziale Heimatpartei,<sup>22</sup> die österreichpatriotisch und als wertkonservative Gesinnungsgemeinschaft auftritt, inhaltlich schwerpunktmäßig den „Kulturkampf“ gegen Islamisierung predigt, globalisierungskritisch gegen einen „internationalen Kapitalimperialismus“ wettet, für ein Europa der Vaterländer und gegen einen „diktatorischen Einheitsstaat“ EU mit Massenzuwanderung und Multikulturalismus steht und sich auch wieder selbstbewusster für ein Selbstbestimmungsrecht für Südtirol stark macht, könnte die FPÖ die vorherrschende Krisenstimmung<sup>23</sup> im Land nutzen und sich

---

<sup>21</sup> Die Presse, 21/22.6.2008.

<sup>22</sup> "Wir sind die österreichischen Patrioten und die einzige soziale Heimat- und Umweltpartei." H.C. Strache (Die Presse, 4.6.2007).

<sup>23</sup> vgl. „Die politische Gefühlswelt im April '08“, IMAS-Report Nr.4 (April 2008).

wieder als erfolgreiche oppositionelle Protestpartei profilieren, die an die wahlpolitischen Glanzzeiten der Ära Haider erinnert.

## QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

### Freiheitliche Materialien

(Veröffentlichungen des Freiheitlichen Bildungswerkes)

Das Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs.  
Beschlossen am außerordentlichen Bundesparteitag im Design Center Linz am  
30. Oktober 1997

W:\fpoe\fpoe\_quelle\word\_docs\parteiprogramm-deutsch.doc

„Freiheit gilt uns als höchster Wert“. Für unsere Heimat Österreich. Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs (=FBW Informationen. Zeitung des freiheitlichen Bildungswerkes Folge 4/85).

Freiheitliches Manifest zur Gesellschaftspolitik, hrsg. Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) (Wien o.J.).

25 Jahre FPÖ (=Schriftenreihe des Freiheitlichen Bildungswerkes Heft 7, Wien o.J.)  
Festakt zum 25jährigen Bestehen der FPÖ am 16. Mai 1981 im Großen Saal des Mozarteums in Salzburg.

40 Jahre Zweite Republik – 30 Jahre Staatsvertrag (=Schriftenreihe des Freiheitlichen Bildungswerkes Heft 15, Wien o.J.)

Festakt des Bundesvorstandes der FPÖ am 16. April 1985 im Palais Pallfy, Figaro-Saal, 1010 Wien, Josefsplatz 6.

30 Jahre Freiheitliche Partei Österreichs (=Schriftenreihe des Freiheitlichen Bildungswerkes Heft 18, Wien 1986).

Festakt der FPÖ am 7. April 1986 im Palais Auersperg in Wien.

Die Programmatik der FPÖ. Lehr- und Arbeitsheft 1, hrsg. Freiheitliches Bildungswerk. Politische Akademie der Freiheitlichen Partei Österreichs (Wien o.J.).

Österreich – wohin? Franz Kreuzer im Gespräch mit Norbert Steger (=Schriftenreihe des freiheitlichen Bildungswerkes. Politische Akademie der FPÖ Heft 11, Wien o.J.).

ORF Fernsehinterview vom 23.9.1982.

Die Grünen Thesen. Ein Beitrag zu liberaler Politik und ökologischem Denken herausgegeben von der Grünen Plattform Österreich, hrsg. Freiheitliches Bildungswerk. Politische Akademie der FPÖ (Wien o.J.).

Freiheitliche Thesen. Zur politischen Erneuerung Österreichs, hrsg. Freiheitliches Bildungswerk (Wien 1994).

Österreich – Erklärung zur Nationalratswahl 1994, hrsg. Freiheitliche Partei Österreichs (Wien o.J.).

Protokoll des IV. ordentl. Bundesparteitages der FPÖ in Salzburg v. 12.-15. November 1959.

Protokoll des VII. ordentl. Bundesparteitages der FPÖ v. 11.-14. Juni 1964.

Liberale Marktwirtschaft 90, hrsg. Freiheitliches Bildungswerk. Politische Akademie der FPÖ (Wien 1982).

**FP- Publikationen / Periodika**

(ausgewählte Beiträge zum Thema „FPÖ“ aus: Tagblattarchiv der Arbeiterkammer Wien seit 2002 im Stadt- und Landesarchiv der Stadt Wien)

Aula. Das freiheitliche Magazin, Graz

Berichte und Informationen. Österreichisches Forschungsinstitut für Wirtschaft und Politik, Salzburg

Freie Argumente, freiheitliche Zeitschrift für Politik (vierteljährlich) seit 1974

Freiheitlicher Pressedienst

Neue Freie Zeitung, freiheitliche Wochenzeitung für Österreich seit 1973

Neue Front, „Zeitung der Unabhängigen“ 1949-1955, „Zeitung der Freiheitlichen“ seit 1955

**Sonstige Primärquellen, Dokumente, Quellensammlungen**

Die Freiburger Thesen der F.D.P. zur Gesellschaftspolitik (Bonn, o.J.).

Liberales Forum. Das Programm (Wien 1994).

Liberaler Aufruf 1981. Das neue Manifest der Liberalen Internationalen. Sonderdruck der B.u.l. Jubiläums-Nummer XI/XII/1981.

ORF „Politik am Freitag“ v. 31.5.1985: Studiogespräch mit Parteibmann Dr. Norbert Steger anlässlich des Programmparteitages der FPÖ.

ORF „Pressestunde“ v. 20.11.1988; 10.4.2005.

ORF „Wien Heute“, „Inlandsreport“, „Runder Tisch“ v. 4.2.1993.

ORF „Club 2“ v. 9.2.1993.

Das neue Parteiprogramm der SPÖ. Beschlossen am 20. Mai 1978 (Wien, o.J.).

Salzburger Programm. Das Grundsatzprogramm der ÖVP (Wien 1972).

Stenograph. Protokoll des Nationalrats,

XI. Gesetzgebungsperiode v. 19.10.1966, 28.6.1967

XV. Gesetzgebungsperiode v. 5.12.1979.

[www.wno.org](http://www.wno.org), Wiener Nachrichten Online (17.4.2005).

Martti Ahtisaari – Jochen Frowein – Marcelino Oreja, Bericht an die Französische EU-Präsidentschaft, angenommen am 8. September 2000 in Paris.

<http://www.austria.gv.at/bundesreg/Bericht.pdf>

Dokumentation zur österreichischen Zeitgeschichte 1945 – 1955, hrsg. Josef Kocensky (Wien/München 1970, 41984).

Dokumentation zur österreichischen Zeitgeschichte 1955 – 1980, hrsg. Peter Eppel – Heinrich Lotter (Wien/München 1981, 21982).

## Literatur

- Isabella *Ackerl*, Die Großdeutsche Volkspartei 1920-1934 (phil. Diss., Wien 1967).
- Christian *Allesch*, Zur aktuellen Situation des politischen Liberalismus. In: „Die Liberalen – auf der Suche nach der verlorenen Identität?“ Tagung der politisch-wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft ATTERSEEKREIS am 14./15.3.1987, S.11-22.
- Brigitte *Bailer-Galanda*, Die neue Rechte. Jörg Haider – ein Politiker der neuen oder der ganz alten Art? (=Zeitdokumente 52, Wien o.J.).
- Brigitte *Bailer-Galanda* – Wolfgang *Neugebauer*, Die FPÖ. Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus. In: Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, hrsg. Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Wien 1993) S.327-428.
- Brigitte *Bailer-Galanda* – Wolfgang *Neugebauer*, Haider und die „Freiheitlichen“ in Österreich (Berlin 1997).
- Holger *Bauer*, Die Idee der Freiheit. Interview. In: M. Das Magazin 7/8 (1985) S.22-27.
- Klaus *Berchtold*, Österreichische Parteiprogramme 1868-1966 (Wien 1967).
- Franz *Bittermann* – Albert *Kadan*, Das politische Bewusstsein der Österreicher. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 4 (1975) S.535-550.
- Erich *Bruckberger*, Jörg Haider: Eine Gefahr für Österreich? (Wien 1986).
- John *Bunzl* – Bernd *Marin*, Antisemitismus in Österreich. Sozialhistorische und soziologische Studien (Innsbruck 1983).
- Christian *Dickinger*, Die „Dritte Republik“. Freiheitliche „Reformvorschläge“ auf dem Wege zu einer autoritären Präsidialrepublik. In: SWS-Rundschau 4 (1996) S.367-379.
- Lothar *Döhn*, Liberalismus. In: Handbuch politischer Theorien und Ideologien, hrsg. Franz *Neumann* (Hamburg 1977) S.9-64.
- Christa *Eckert* – Andreas *Mailath*, „I bin Österreicher und sprech' deutsch!“ Die FPÖ auf dem Weg (zurück) zum Liberalismus? In: Die Republik. Beiträge zur österreichischen Politik 1 (1979) S.47-52.
- Bernd *Ender*, Der Jörg-Haider-Faktor und das Ende der Blauen (Wien 2004).
- Mario *Erschen*, Die Freiheitlichen nach der Wende: Liberalismus auf dem Rückzug. In: Europäische Rundschau 2 (1987) S.21-28.
- Mario *Erschen*, Liberal nur eine Fußnote zu freiheitlich? In: freie Argumente. Freiheitliche Zeitschrift für Politik 1 (1981) S.12-17.
- Wendelin *Ettmayer*, Der Stellenwert des Liberalen in der ÖVP (=Gesellschaftspolitische Informationen 24) 1981.
- Angela *Feldmann*, Landbund für Österreich (phil. Diss., Wien 1967).
- Friedhelm *Frischenschlager*, Was will der Liberalismus? In: freie Argumente. Freiheitliche Zeitschrift für Politik 10 (1976) S.10-27.
- Friedhelm *Frischenschlager*, Funktions- und Inhaltswandlungen von Parteiprogrammen am Beispiel der FPÖ-Programme. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 2 (1978) S.209-220.



Friedhelm *Frischenschlager*, Wie liberal ist die FPÖ? In: Österreichisches Jahrbuch für Politik (1980) S.135-181.

Friedhelm *Frischenschlager*, Programmentwicklung der FPÖ – aber wie? In: freie Argumente. Freiheitliche Zeitschrift für Politik 1 (1981) S.3-11.

Friedhelm *Frischenschlager* – Erich *Reiter*, Liberalismus in Europa (Wien/München 1984).

Friedhelm *Frischenschlager*, Die Freiheitliche Partei Österreichs. In: Politik in Österreich. Die Zweite Republik. Bestand und Wandel, hrsg. Wolfgang *Mantl* (Wien/Köln/Graz 1992) S.368-404.

Hermann *Fritzl* – Martin *Uitz*, Kritische Anmerkungen zur sogenannten Lagertheorie. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 3 (1975) S.325-332.

Albert *Fuchs*, Geistige Strömungen in Österreich 1867–1918 (Wien 1949; 1978).

Brigitte *Galanda*, Ein deutsches Land. Die rechte Orientierung des Jörg Haider. Eine Dokumentation (Wien 1987).

Ernst *Gehmacher*, Nicht Rechtsruck – Sondern Ungeduld. Optimistische Thesen zu den Landtagswahlen. In: Zukunft. Sozialistische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur 12 (1991) S.22-24.

Alfred *Gerstl*, Judentum und Liberalismus in Österreich (phil. Diss., Wien 1995).

Krzysztof *Glass* – Barbara *Serloth*, Das Selbstverständnis des österreichischen Liberalismus (=Sonderband aus der Reihe Zentraleuropa Mitteleuropa. Gemeinsamkeiten und Trennlinien, Wien/Poznan 1997).

Harald *Goldmann* – Hannes *Krall* – Klaus *Ottomeyer*, Jörg Haider und sein Publikum. Eine sozialpsychologische Untersuchung (Klagenfurt 1992).

Karl *Gruber*, Zwischen Befreiung und Freiheit. Der Sonderfall Österreich (Wien 1953).

Rudolf *Günther*, Norbert Steger und Alexander Götz – eine politische Analyse. In: Berichte und Informationen 1 (1980) S.6-10.

Alexander *Götz*, Bundesparteitag 1978 (=Schriftenreihe des Freiheitlichen Bildungswerkes. Politische Akademie der FPÖ Heft 1, Wien o.J.).

Antrittsrede von Bundesparteiobmann Bgm. Dipl.-Ing. DDR. Alexander Götz, gehalten am 1.10.1978 in der Kurhalle Oberlaa.

Walter *Hämmerle*, Sonderteil: Die Krise der FPÖ und der Weg zu Neuwahlen. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik (2002) S.577-582.

Jörg *Haider*, Liberalismus in Europa. In: freie Argumente. Freiheitliche Zeitschrift für Politik 10 (1976) S.1-9.

Jörg *Haider*, Rede am ordentlichen Bundesparteitag 1986 (=Schriftenreihe des Freiheitlichen Bildungswerkes. Politische Akademie der FPÖ Heft 21, Wien o.J.).

Antrittsrede des neugewählten Bundesparteiobmannes Dr. Jörg Haider auf dem ordentlichen Bundesparteitag am 14. September 1986 in Innsbruck.

Jörg *Haider*, Die Freiheit, die ich meine. Das Ende des Proporzstaates. Plädoyer für die Dritte Republik (Frankfurt a.M./Berlin 1993).

Jörg *Haider*, Befreite Zukunft jenseits von links und rechts. Menschliche Alternativen für eine Brücke ins neue Jahrtausend (Wien 1997).

- Josef *Hindels*, Deutschnational oder liberal? Zur Ideologie der Freiheitlichen Partei. In: Zukunft. Sozialistische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur 6 (1981) S.18-22.
- Lothar *Höbelt*, Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882-1918 (Wien 1990).
- Lothar *Höbelt*, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU (Graz 1999).
- Republik im Wandel. Die große Koalition und der Aufstieg der „Haider-FPÖ“, hrsg. Lothar *Höbelt* (München 2001).
- Norbert *Hölzl*, Propagandaschlachten. Die österreichischen Wahlkämpfe 1945-1971 (Wien 1974).
- Albert *Kadan*, Das Zustandsbild der österreichischen Parlamentsparteien. Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ). In: Die Republik. Beiträge zur österreichischen Politik 1 (1979) S.16-24.
- Umfrage: „Ist die FPÖ seit Alexander Götz eine neue, liberale Partei?“ S.29-40.
- Albert *Kadan* – Anton *Pelinka*, Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien. Dokumentation und Analyse (St. Pölten 1979).
- Herbert A. *Kraus*, Österreich zwischen 1945 und 1955 (= Schriftenreihe des freiheitlichen Bildungswerkes. Politische Akademie der FPÖ Heft 2, Wien o.J.)  
Referat vom 18.11.1978.
- Herbert A. *Kraus*, Untragbare Objektivität. Politische Erinnerungen 1917-1987 (Wien/München 1988).
- Herbert A. *Kraus*, Das neue Profil der FPÖ. In: Berichte und Informationen 4 (1979) S.13-14.
- Herbert A. *Kraus*, Das Bild der Parteien im Unterbewusstsein der Staatsbürger. III. Teil: Die Liberalen. In: Berichte und Informationen 12 (1979) S.7-10.
- Herbert A. *Kraus*, FPÖ verstärkt ihr liberales Profil. In: Berichte und Informationen 12 (1980) S.3-5.
- Herbert A. *Kraus*, Das geistige Erbe des VdU. Moralische Erneuerung und Europa. In: freie Argumente. Freiheitliche Zeitschrift für Politik 2 (1989) S.21-26.
- Bruno *Kreisky*, Im Strom der Politik. Der Memoiren zweiter Teil (Wien 1988).
- Felix *Kreissler*, Der Österreicher und seine Nation. Ein Lernprozeß mit Hindernissen (Wien/Köln/Graz 1984).
- Wilhelm F. *Kroupa*, Der Freiheitliche Beitrag zur Geschichte Österreichs (=FBW-Informationen. Zeitung des Freiheitlichen Bildungswerkes Folge 4/1984).
- Karl A. *Kubinzky*, Wie liberal ist die FPÖ? Überlegungen zur österreichischen Parteienlandschaft. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik (1981) S.183-187.
- Erinnerungen 2. Johannes *Kunz* im Gespräch mit Prominenten (Wien 1991).
- Erinnerungen 3. Johannes *Kunz* im Gespräch mit Prominenten (Wien 1994).
- Willi *Lasek*, Der „Lorenzener Kreis“ – „Das Gewissen der FPÖ“. In: DÖW Jahrbuch (1990) S.125-138.
- Kurt Richard *Luther*, Die Freiheitliche Partei Österreichs. In: Handbuch des politischen Systems Österreichs (Wien 1991) S.247-262.

- Alois *Mock*, Die österreichische Volkspartei als natürliche politische Heimat für den Liberalen. In: Österreichische Monatshefte 7/8 (1979) S.18-19.
- Margareta *Mommsen-Reindl*, Österreich. In: Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa, hrsg. Frank *Wende* (Stuttgart 1981) S.450-459.
- Andreas *Mölzer*, Jörg! Der Eisbrecher. Jörg Haider und die Freiheitlichen – Perspektiven der politischen Erneuerung (Klagenfurt 1990).
- Andreas *Mölzer*, Was bleibt von der Dritten Kraft? Fünfzig Jahre FPÖ – fünf Jahre freiheitliche Regierungsbeteiligung. In: Zur Zeit 9 (2005) S.16-19.
- Andreas *Mölzer*, Für Freiheit und Vaterland. Österreich braucht eine freisinnige und patriotische Kraft. In: Zur Zeit 14 (2005) S.16-20.
- Bruno *Müller*, Österreichs Freiheitliche im Schatten der Koalition. In: Politische Studien 157 (1965) S.28-32.
- Werner *Müller-Klingspor*, Die Neubegründung des freiheitlich-nationalen Lagers in Österreich von 1945 bis 1949 (phil. Diss., Wien 1972).
- Joachim *Neurieser*, Freiheitliche Parteiprogrammatik. Eine historisch-ideologische Standortbestimmung der FPÖ (unveröffentl. Seminararbeit am Institut für Politikwissenschaft der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Univ. Wien, Wien 1987).
- Walter *Ötsch*, Haider Light: Handbuch für Demagogie (Wien 2000).
- Walter *Oswalt*, Die FPÖ – ein Modell für Europa? In: „Die Rückkehr der Führer“. Modernisierter Rechtsextremismus in Westeuropa, hrsg. Martina *Kirfel* – Walter *Oswalt* (Wien/Zürich 1989) S.78-93.
- Klaus *Ottomeyer*, Die Haider-Show. Zur Psychopolitik der FPÖ (Klagenfurt 2000).
- Anton *Pelinka*, Die kleine Koalition SPÖ-FPÖ 1983-1986 (Wien/Köln/Graz 1993).
- Anton *Pelinka*, Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung. Zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 3 (2002) S.281-290.
- Bernhard *Perchinig*, National oder liberal: Die Freiheitliche Partei Österreichs. In: Zwischen Koalition und Konkurrenz. Österreichs Parteien seit 1945, hrsg. Peter *Gerlich* – Wolfgang C. *Müller* (Wien 1983) S.69-90.
- Armin *Pfahl-Traugher*, Der Populismus des Jörg Haider. Zu den Techniken eines Agitators. In: Zukunft. Sozialistische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur 5 (1991) S.14-16.
- Helfried *Pfeifer*, Österreichs Parteien und Parlament seit 1945. In: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart 11 (Tübingen 1962) S.417-477.
- Kurt *Piringer*, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik (Wien 1982).
- Kurt *Piringer*, 25 Jahre Dritte Kraft. In: freie Argumente. Freiheitliche Zeitschrift für Politik 2 (1974) S.39-55.
- Kurt *Piringer*, 25 Jahre Freiheitliche Partei Österreichs. In: freie Argumente. Freiheitliche Zeitschrift für Politik 2 (1981) S.14-18.

- Kurt *Piringer*, Der Sonderfall VdU. Eine vergebene Chance. In: freie Argumente. Freiheitliche Zeitschrift für Politik 2 (1989) S.27-32.
- Kurt *Piringer*, Der VdU. Verband der Unabhängigen 1949-1956 (Wien 1999).
- Kurt *Piringer*, Chronologie der FPÖ. Daten und Fakten. Band 1 / 1955 – 1979, hrsg. Freiheitliches Bildungswerk (Wien 1993).
- Kurt *Piringer*, Chronologie der FPÖ. Daten und Fakten. Band 2 / 1980 – 1986, hrsg. Freiheitliches Bildungswerk (Wien 1993).
- Fritz *Plasser* – Peter A. *Ullram* – Alfred *Grausgruber*, Vom Ende der Lagerparteien. Perspektivenwechsel in der österreichischen Parteien- und Wahlforschung. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 3 (1987) S.241-255.
- Fritz *Plasser* – Peter A. *Ullram*, Radikaler Rechtspopulismus in Österreich. Die FPÖ unter Haider (Wien 1994).
- Fritz *Plasser* – Peter A. *Ullram*, Rechtspopulistische Resonanzen: Die Wählerschaft der FPÖ. In: Das österreichische Wahlverhalten, hrsg. Fritz *Plasser* – Peter A. *Ullram* – Franz *Sommer* (=Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung 21, Wien 2000) S.225-242.
- Populismus in Österreich, hrsg. Anton *Pelinka* (Wien 1987).
- Populismus und Aufklärung, hrsg. Helmut *Dubiel* (Frankfurt a.M. 1986).
- Max *Preglau*, Rechtsextrem oder postmodern? Über Rhetorik, Programmatik, Interaktionsformen und ein Jahr Regierungspolitik der (Haider-) FPÖ. In: SWS-Rundschau 2 (2001) S.193-213.
- Oliver *Rathkolb*, NS-Problem und politische Restauration: Vorgeschichte und Etablierung des VdU. In: Verdrängte Schuld, verfehlt Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945-1955, hrsg. Sebastian *Meissl* et al. (Wien 1986) S.73-99.
- Viktor *Reimann*, Die Dritte Kraft in Österreich (Wien/München/Zürich/New York 1980).
- Erich *Reiter*, Der Attersee-Kreis innerhalb der Freiheitlichen Partei. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik (1982) S.103-124.
- Erich *Reiter*, Programm und Programmentwicklung der FPÖ (=Österreichische Schriftenreihe für Rechts- und Politikwissenschaft 5, hrsg. Felix *Ermacora*, Wien 1982).
- Max E. *Riedlsperger*, The Lingering Shadow of Nazism: The Austrian Independent Party Movement since 1945 (Boulder 1978).
- Max *Riedlsperger*, Heil Haider! Der Wiederaufschwung der Freiheitlichen Partei Österreichs seit 1986. In: freie Argumente. Freiheitliche Zeitschrift für Politik 4 (1991) S.5-25.
- Erwin *Riess* – Norbert *Winkler*, Die österreichischen Parteiprogramme seit 1945. In: Zwischen Koalition und Konkurrenz. Österreichs Parteien seit 1945, hrsg. Peter *Gerlich* – Wolfgang C. *Müller* (Wien 1983) S.201-221.
- Kurt *Sattlegger*, Der Erfolg der Haider FPÖ und die Defizite des österreichischen Parteiensystems (Wien 1992).
- Franz *Schandl*, Haiders Quantensprung. Auf dem Weg zur stärksten Partei Österreichs? In: Volksstimme (3.10.1996) S.4.

- Franz *Schandl*, Extremismus der Mitte. Haider und seine Gegner. In: Volksstimme (24.10.1996) S.5.
- Hans-Henning *Scharsach*, Haiders Kampf (München 1992).
- Adolf *Schärf*, Österreichs Erneuerung 1945–1955. Das erste Jahrzehnt der Zweiten Republik (Wien 1955).
- Hans Werner *Scheidl*, Die Ära Friedrich Peter. In: Die Republik. Beiträge zur österreichischen Politik 1 (1979) S.25-28.
- Otto *Scrinzi*, Das Nationale Lager nach 1945. Aufgaben – Entwicklung – Persönlichkeiten. In: Österreich und die deutsche Nation, hrsg. Andreas *Mölzer* (Graz 1985) S.233-244.
- Otto *Scrinzi*, Freiheitliche Partei. Wende oder Ende. In: neue Ordnung 10 (1986) S.7-8.
- Otto *Scrinzi*, Über die Erbsünde in der freiheitlichen Politik. In: Aula 6 (2003) S.23-24.
- Roland *Stäuber*, Der Verband der Unabhängigen VdU und die freiheitliche Partei Österreichs FPÖ. Eine Untersuchung über die Problematik des Deutschnationalismus als Einigungsfaktor einer politischen Partei in Österreich seit 1945 (phil. Diss., Zürich/St.Gallen 1974).
- Norbert *Steger*, Rede am außerordentlichen Bundesparteitag 1980 (=Schriftenreihe des Freiheitlichen Bildungswerkes. Politische Akademie der FPÖ Heft 4, Wien o.J.).  
Antrittsrede des neugewählten Bundesparteiobermannes Abg. Dr. Norbert Steger auf dem außerordentlichen Bundesparteitag am 2. März 1980 in der Brucknerhalle in Linz.
- Dieter *Stiefel*, Entnazifizierung in Österreich (Wien 1981).
- Alfred *Stirnemann*, Das neue Parteiprogramm der FPÖ – eine kritische Analyse. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik (1985) S.657-678.
- Alfred *Stirnemann*, Die Freiheitlichen – Abkehr vom Liberalismus? Zu einigen Aspekten der FPÖ unter Jörg Haider. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik (1987) S.165-201.
- Alfred *Stirnemann*, Gibt es einen Haider-Effekt? Der Aufstieg der FPÖ zu einer (kleinen) Mittelpartei 1986-1991. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik (1991) S.137-187.
- Gerulf *Stix*, Die nationale Bedeutung einer freiheitlichen Ordnung. In: freie Argumente. Freiheitliche Zeitschrift für Politik 3 (1974) S.1-7.
- Fritz *Stüber*, Ich war Abgeordneter. Die Entstehung der freiheitlichen Opposition in Österreich (Graz/Stuttgart 1974).
- Melanie A. *Sully*, The Haider Phenomenon (New York 1997).
- Kriemhild *Trattnig*, Neue Werte für Österreich. Besinnung auf zerstörte, verschüttete, aber bewährte alte Werte? In: Freiheit und Verantwortung. Jahrbuch für politische Erneuerung (1994) S.269-277.
- Ralph *Vallon*, Harakiri. Die Selbstzerstörung einer Partei (Wien 2003).
- Adam *Wandruszka*, Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen. In: Geschichte der Republik Österreich, hrsg. Heinrich *Benedikt* (Wien 1954; Nachdruck 1977) S.289-487.
- Werner *Wintersteiner*, Der Führer als Demokrat, der Reaktionär als Rebell, der Demagoge als Ombudsmann. Was macht Jörg Haider so erfolgreich? In: Aufrisse 3 (1990) S.33-37.

**Zeitungen und Zeitschriften**

(ausgewählte Beiträge zum Thema „FPÖ“ aus: Tagblattarchiv der Arbeiterkammer Wien seit 2002 im Stadt- und Landesarchiv der Stadt Wien)

Der Standard. Österreichs unabhängige Tageszeitung für Wirtschaft, Politik und Kultur

Die Furche. Wochenzeitung für Gesellschaft, Politik, Kultur, Religion und Wirtschaft

Die Presse. Unabhängige Tageszeitung für Österreich

Die Republik. Beiträge zur österreichischen Politik 1 (1979)

Extrablatt 4 (11/1986)

Forum 420-422 (Dezember 1988)

Journal für angewandte Sozialforschung 2, 3, 4 (1976)

Kurier. Unabhängige Tageszeitung für Österreich

M. Das Magazin 7/8 (1985)

Nationalzeitung. Deutsche Wochenzeitung (21.11.1986)

News. Österreichs größtes Nachrichtenmagazin. Politik. Geld. Szene. Leute

Oberösterreichische Nachrichten

Österreichische Monatshefte 7/8 (1979), 8 (1986)

Profil. Das Unabhängige Nachrichtenmagazin Österreichs

Salzburger Nachrichten. Unabhängige Zeitung für Österreich

Tiroler Tageszeitung

Volksstimme

Vorarlberger Nachrichten

Weg und Ziel. Monatsschrift für Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus

Wiener (Oktober 1984)

Wiener Zeitung

Wirtschaftswoche (17.8.1995)

Zukunft. Sozialistische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Zur Zeit

**Abkürzungen**

APA.... Austria Presse Agentur  
AZ..... Arbeiter Zeitung  
B.u.I.... Berichte und Informationen  
DÖW .. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes  
FA..... Freie Argumente  
FBW ... Freiheitliches Bildungswerk  
FPD.... Freiheitlicher Pressedienst  
NF ..... Neue Front  
NFZ .... Neue Freie Zeitung  
NZZ .... Neue Zürcher Zeitung  
ÖJP .... Österreichisches Jahrbuch für Politik  
ÖMH... Österreichische Monatshefte  
OÖN... Oberösterreichische Nachrichten  
ÖZP .... Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft  
SK ..... Sozialistische Korrespondenz  
SN ..... Salzburger Nachrichten  
SWS... Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft  
TT ..... Tiroler Tageszeitung  
VN ..... Vorarlberger Nachrichten  
WZ..... Wiener Zeitung  
ZZ..... Zur Zeit

**ANHANG**

- Programmentwicklung der Freiheitlichen Österreichs nach 1945  
    Vom VdU zur FPÖ  
    Die Parteiprogramme der FPÖ
- Das Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs (Kurzfassung)  
    [Beschlossen am außerordentl. Bundesparteitag, Linz am 30. Oktober 1997]
- Tabelle: Nationalratswahlen in Österreich 1945–2006. Freiheitliche Ergebnisse  
    Grafik: Nationalratswahlen in Österreich seit 1945
- Programmatische Gegenüberstellung – Übersicht  
    [Die Programmatik der FPÖ. Lehr- und Arbeitsheft 1, hrsg. Freiheitliches Bildungswerk. Politische Akademie der Freiheitlichen Partei Österreichs (Wien o.J.) S.5-7]
- FPÖ-Parteivorsitzende (1956–2006)



# PROGRAMMENTWICKLUNG DER FREIHEITLICHEN ÖSTERREICHS NACH 1945

## Vom VdU zur FPÖ

- Das Programm des Verbandes der Unabhängigen (30. Juli 1949)\*  
*„Recht, Sauberkeit, Leistung“*  
Der VdU veröffentlicht in seinem Parteiorgan "Neue Front" sein in 52 Punkte gegliedertes Programm unter dem Motto "Recht, Sauberkeit, Leistung".
- Das "Soziale Manifest" des VdU (20. Juli 1950)  
In diesem in 15 Punkte gegliederten Programm bezeichnet sich der VdU als "Rebellion gegen das soziale Unrecht".
- Das „Ausseer Programm“ des Verbandes der Unabhängigen (15. Mai 1954)\*  
Der ordentliche Bundesverbandstag des VdU beschließt das "Ausseer Programm". Es legt die programmatischen Zielsetzungen des VdU in fünf Punkten fest. Punkt 2 lautet: "Österreich ist ein deutscher Staat. Seine Politik muß dem gesamten deutschen Volk dienen".

## Die Parteiprogramme der FPÖ

- Das Kurzprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs (3. November 1955)\*  
Das zur Gründung der Freiheitlichen Partei Österreichs zusammengetretene Bundesproponentenkomitee beschließt das "Kurzprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ)". Es beschränkt sich auf einen in 15 Punkten gegliederten Schlagwortkatalog. Punkt 3: "Wir bejahen uneingeschränkt die Eigenstaatlichkeit Österreichs".
- „Richtlinien freiheitlicher Politik in Österreich“ (2. Juni 1957)\*  
*„Ziel der FPÖ ist eine nationale, freiheitliche und soziale Politik auf der Grundlage echter Volksgemeinschaft“.*  
Der zweite ordentliche Bundesparteitag der FPÖ in Klagenfurt beschließt die endgültige Fassung des Parteiprogramms, das nur geringfügig von dem vom Bundesproponentenkomitee beschlossenen Kurzprogramm abweicht. Punkt 14 dieses Kurzprogramms "Wir bekennen uns zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft" wird auf Platz 3 vorgereiht.

- Das „Salzburger Bekenntnis“ (14. Juni 1964)  
*„Einig und geschlossen – für Freiheit und Fortschritt“*  
 In diesem Programm, das als Ergänzung des Parteiprogramms gilt, wird erstmals auf die Tradition des politischen Liberalismus in der Geschichte des dritten Lagers Bezug genommen; es gilt als Versuch, an eine „hundertjährige Tradition der nationalfreiheitlichen Demokraten“ zu erinnern bzw. daran anzuknüpfen.
- Das Bad Ischler Programm (13. Oktober 1968)\*  
*„Ziel der FPÖ ist eine nationale, freiheitliche, soziale und europäische Politik auf der Grundlage echter Volksgemeinschaft“*  
 Der Landesparteiobmann der FPÖ-Steiermark und Grazer Vizebürgermeister Alexander Götz beantragt auf diesem ordentlichen Bundesparteitag die "Freiheitliche Aktion zur demokratischen Neuordnung-Ordnung 70". Für die Nationalratswahl 1970 werden einige Gedanken der "Ordnung 70" in das freiheitliche Wahlprogramm "Formel 70" für die Nationalratswahl am 1. März 1970 („damit die Richtung stimmt“) aufgenommen.
- "Ein politisches Konzept für die Freiheitliche Partei Österreichs" (Oktober 1970)  
 In dieser Denkschrift plädiert der damalige FPÖ-Nationalratsabgeordnete Gerulf Stix für eine verstärkt grundsatzorientierte Politik der FPÖ.
- „Freiheitliches Manifest zur Gesellschaftspolitik“ (6. September 1973)  
 Nach langer parteiinterner Diskussion beschließt die erweiterte Bundesparteileitung der FPÖ das Freiheitliche Manifest zur Gesellschaftspolitik. Es enthält Aussagen zur neuen gesellschaftspolitischen Entwicklung in Österreich. Als politisches Reifezeugnis soll das Manifest der FPÖ grundsätzliche Regierungsfähigkeit bescheinigen. Nach wie vor bleibt das Ischler Programm als offizielles Parteiprogramm in Kraft.
- „Freiheit gilt uns als höchster Wert“ (1. und 2. Juni 1985)\*  
 Ein außerordentlicher Bundesparteitag beschließt in Salzburg das neue Parteiprogramm der FPÖ. Es übertrifft an Umfang sowie an Zahl und Vielfalt der behandelten Themen alle bisherigen FPÖ-Programme. Es soll eine "Brücke aus der Vergangenheit in die Zukunft" sein und dient der Administration Steger vornehmlich als inhaltlicher Kompetenznachweis der FPÖ als Regierungspartei.

- Das Linzer Programm (30. Oktober 1997)\*

Das derzeit gültige aktuelle Parteiprogramm der FPÖ. Nach eingehender und kontroversieller Programmdiskussion wird im Rahmen eines Sonderparteitages im Linzer Design Center ein neues Parteiprogramm beschlossen. Es soll die Grundlage für eine mögliche Regierungsbeteiligung der FPÖ nach den nächsten Nationalratswahlen bilden.

Quelle: Abdruck der offiziellen Programmtexte vom ersten Programm des Verbandes der Unabhängigen 1949 bis zum Salzburger Bekenntnis der FPÖ von 1964

In: Klaus Berchtold, Österreichische Parteiprogramme 1868–1966, Kapitel Das liberal-deutschnationale Lager, 1919-1966 (Wien 1967) S.484-512.

\*offizielle Parteiprogramme

# **Das Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs**

- Kurzfassung -

Beschlossen am außerordentlichen Bundesparteitag im Design Center Linz am 30. Oktober 1997

## **Kapitel I: Freiheit als höchstes Gut**

Freiheit als höchstes Gut des Menschen steht jedem Einzelnen unverzichtbar zu. Freiheit bedeutet verantwortliche Selbstbestimmung, die jede Form der Unterdrückung, insbesondere staatliche Willkür, ausschließt und sich zur Verantwortung für den Anderen verpflichtet. Freiheit muß rechtlich geschützt und durch politische, soziale und wirtschaftliche Verhältnisse, etwa durch möglichst breite Streuung privaten Eigentums, gesichert werden.

## **Kapitel II: Die Menschenwürde ist unantastbar**

Jeder Mensch ist einzigartig und als Person unverwechselbar. Daraus erwächst seine persönliche unantastbare Würde, die Achtung und Respekt gebietet, Anstand, Ehre und Moral verlangt. Niemand hat das Recht, einen Menschen körperlich oder geistig zu verletzen, niemand darf durch Bevormundung oder staatliche Umerziehung gegen seinen Willen beeinflusst werden.

## **Kapitel III: Österreich zuerst!**

Wir haben den dauernden Auftrag, die Demokratie als Grundlage des Österreichpatriotismus weiterzuentwickeln und für die Selbständigkeit Österreichs und die Einhaltung der Verfassung einzutreten, sowie Bürgerrechte und Bürgerpflichten zu wahren. Das historisch-kulturelle Erbe Österreichs berechtigt zu Stolz und selbstbewußter Politik und verpflichtet zu Widerstand gegen kulturelle Verflachung und Verunglimpfung der Traditionen.

## **Kapitel IV: Recht auf Heimat**

Unsere Heimat ist die demokratische Republik Österreich mit ihren Bundesländern und historisch ansässigen Volksgruppen, wobei die Mehrheit der Österreicher der deutschen Volksgruppe angehören. Heimat ist in diesem räumlichen, ethnischen und kulturellen Sinne zu bewahren, zu schützen und zu gestalten. Österreich ist aufgrund seiner Topographie, Bevölkerungsdichte und Ressourcen kein Einwanderungsland.

## **Kapitel V: Christentum - Fundament Europas**

Die von Christentum und Antike geprägte Weltordnung bildet das wichtigste geistige Fundament Europas, dessen Bewahrung heute ein Christentum erfordert, das seine Werte verteidigt. Insoweit sehen sich die Freiheitlichen als ideelle Partner der Kirchen, auch bei unterschiedlichen politischen Standpunkten. Die institutionelle Trennung von Kirche und Staat garantiert die Autonomie der Kirchen und die Freiheit des Einzelnen.

## **Kapitel VI: Schicksalsgemeinschaft Europa**

Ein gemeinsames Europa muß die Vielfalt und Identität seiner Völker erhalten. Dies verlangt nach Formen der politischen Zusammenarbeit, wo die Eigenständigkeit der Staaten nur in unbedingt erforderlichem Ausmaß eingeschränkt wird. Bürgernähe und Demokratie können nur über möglichst föderalistischer Zuständigkeiten gestaltet werden.

Der innere Frieden Europas ist durch ein Volksgruppenrecht für angestammte ethnische Minderheiten zu sichern.

### **Kapitel VII: Selbstbewußte Außenpolitik - gemeinsame Sicherheitspolitik**

Ein selbstbewußtes Eintreten für Österreichs Interessen und Ansehen im Ausland ist von größter Bedeutung. Österreich muß Teil eines gesamteuropäischen Friedens- und Sicherheitssystems sein, dazu gehören der Beitritt zu NATO und WEU, sowie eine professionelle Armee aus Berufssoldaten und Freiwilligenmiliz. Die Neutralität ist bereits seit dem EU-Beitritt 1995 gegenstandslos.

### **Kapitel VIII: Demokratiereform - Freie Republik**

Wir brauchen eine Demokratiereform, die die Bürgerrechte und Einrichtungen der direkten Demokratie verstärkt zur Geltung bringt und die Einflußnahme von Parteien zurücksetzt. Der Staat soll auf seine ureigensten Aufgaben beschränkt werden. Eine neue freie Republik muß von der Direktwahl der obersten Staatsorgane, der Rechnungskontrolle als eigene 4. Gewalt, der Föderalisierung der Staatsaufgaben und vermehrter Mitbestimmung der Länder ausgehen.

### **Kapitel IX: Recht und Ordnung**

Es ist Aufgabe des Staates, die Rechtsordnung durchzusetzen und Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten. Rechtssprechung muß unabhängig sein, der Zugang zum Recht unkompliziert. Lebenslange Freiheitsstrafen sollen als solche vollzogen werden; die Todesstrafe wird abgelehnt. Eine besonders dringende Aufgabe ist es, die rechtliche Stellung der Opfer zu verbessern.

### **Kapitel X: Faire Marktwirtschaft**

Das freiheitliche Modell der fairen Marktwirtschaft sichert durch freien Wettbewerb in sozialer Verantwortung eine dynamische Wirtschaftsentwicklung, Chancengleichheit und Kostenwahrheit. Es verlangt niedrige Steuern, eine grundlegende Verwaltungsreform und die technische Entwicklung heimischer Unternehmen. Die uneingeschränkte Zuwanderung wird abgelehnt.

### **Kapitel XI: Solidarisch und gerecht**

Solidarität ist die Pflicht der Gemeinschaft, Schwachen und Bedürftigen zu helfen. Sozialleistungen sind nicht nach dem Gießkannenprinzip, sondern nach sozialer Treffsicherheit zu verteilen, kinderreiche Familien und Selbsthilfeeinrichtungen sind zu fördern, der Mißbrauch von Sozialleistungen wirksam zu bekämpfen. Die Freiheitlichen treten für eine Altersversorgung nach dem "3-Säulen-Modell" ein.

### **Kapitel XII: Familie - Gemeinschaft der Generationen**

Die Familie ist Kern und wichtigste soziale Grundlage einer freiheitlichen Gesellschaft. Der Staat hat sie zu schützen, steuer- und sozialrechtlich zu fördern und jeglicher Diskriminierung entgegenzutreten, bei Mißhandlungen und Mißbrauch von Kindern schärfstens einzugreifen und die Zeiten der Kindererziehung als auch der Angehörigenpflege pensionsbegründend zu werten.

### **Kapitel XIII: Umwelt**

Wir wollen die von unseren Vorfahren ererbte Natur bewahren um sie unseren Kindern lebenswert zu übergeben. Dazu bedarf es eines "ökologischen Generationenvertrages" nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit, der Festsetzung eines marktkonformen Preises von Ressourcenverbrauch und Umweltverschmutzung, einer Ökologisierung des Steuersystems und der Einbeziehung der Folgekosten von Umweltschäden im BSP

### **Kapitel XIV: Freie Bauern - Landeskultur**

Abgesehen von der land- und forstwirtschaftlichen Produktion und der Eigenversorgung mit gesunden Lebensmitteln sind unabhängige Bauern der Garant für unsere Kulturlandschaft und Landeskultur. Diese Leistungen für die Allgemeinheit müssen entsprechend abgegolten werden, wobei die EU-Zuständigkeiten wieder an Bund und Ländern zurückfallen sollen. Der Arbeitsplatz Bauernhof muß erhalten bleiben.

### **Kapitel XV: Weite Kultur - Freie Kunst**

Kunst unterliegt in einer freiheitlichen Gesellschaft keiner Beschränkung. Um die Freiheit der Kunst zu gewährleisten hat der Staat von Subventionsgängelung abzusehen und sich auf die Schaffung von Rahmenbedingungen und Infrastruktur zu beschränken. Eine öffentliche Aufgabe sind aber der Schutz und die Pflege der deutschen Sprache. Das vielfältige und große kulturelle Erbe Österreichs ist in Ehrfurcht zu bewahren.

### **Kapitel XVI: Recht auf Bildung**

Das Grundrecht auf Bildung sichert Chancengerechtigkeit, Freiheit und Teilnahme am demokratischen Leben. Daher ist der Ausbildung der Jugend als soziale, kulturelle und wirtschaftliche Zukunftsträger besondere Wichtigkeit beizumessen. Ein freiheitliches Bildungssystem ist frei von parteipolitischen Einflüssen. Wir treten entschieden für das Leistungsprinzip und breitere Begabtenförderung ein; die Einheitsschule wird abgelehnt.

### **Kapitel XVII: Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei**

Die Förderung von Wissenschaft und Forschung hat oberste Priorität. Es gilt der Grundsatz: Wissenschaft und ihre Lehre sind frei, abgesehen von ethische Schranken. Wissenschaftspflege ist Staatsaufgabe, wobei der Staat sich auf die Schaffung von Rahmenbedingungen zu beschränken hat. Der Zugang zu den Universitäten, die der Einheit von Forschung und Lehre verpflichtet sind, muß frei sein.

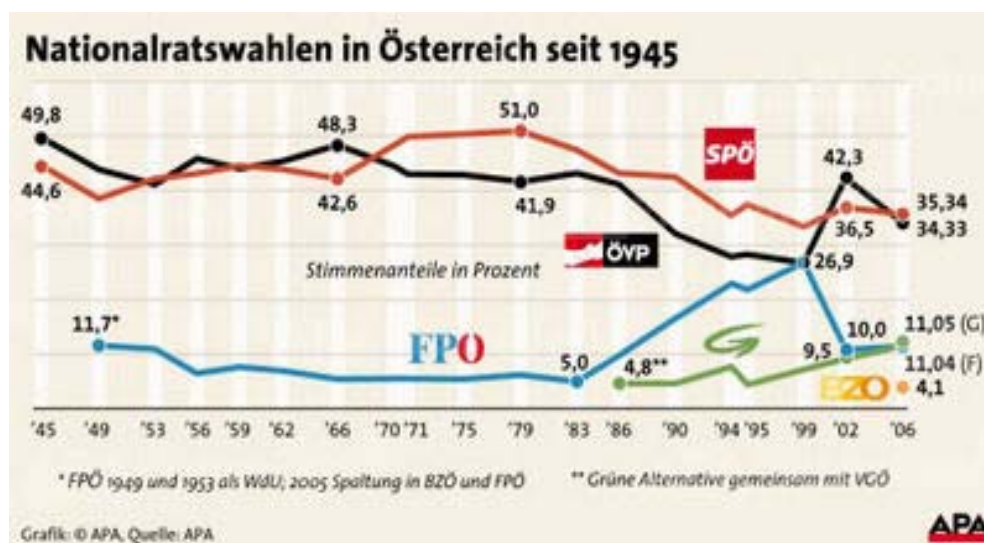
## Nationalratswahlen in Österreich 1945 – 2006 Freiheitliche Ergebnisse

Jahr	Partei	Parteiobmann	Stimmen	Prozent	Mandate
1945			noch nicht existent		
1949	WdU*	KRAUS	489 273	11,67	16
1953	WdU*	KRAUS	472 866	10,95 ▼	14
1956	FPÖ	REINTHALLER	283 749	6,52 ▼	6
1959	FPÖ	PETER	336 110	7,70 ▲	8
1962	FPÖ	PETER	313 895	7,04 ►	8
1966	FPÖ	PETER	242 570	5,35 ▼	6
1970	FPÖ	PETER	253 425	5,52 ►	6
1971	FPÖ	PETER	248 473	5,45 ►	10
1975	FPÖ	PETER	249 444	5,41 ►	10
1979	FPÖ	GÖTZ	286 743	6,06 ▲	11
1983	FPÖ	STEGER	241 789	<b>4,98</b> ▼	12
1986	FPÖ	HAIDER	472 205	9,73 ▲	18
1990	FPÖ	HAIDER	782 648	16,64 ▲	33
1994	FPÖ	HAIDER	1 042 332	22,50 ▲	42
1995	FPÖ	HAIDER	1 060 175	21,89 ▼	40
1999	FPÖ	HAIDER	1 244 087	<b>26,91</b> ▲	52
2002	FPÖ	HAUPT	491 328	10,01 ▼	18
2006	FPÖ	STRACHE	519 598	11,04 ▲	21
2006	BZÖ**	WESTENTHALER	193 539	4,11	7

Quelle: Bundesministerium für Inneres, Wien

\*1949, 1953 kandidiert als Wahlpartei der Unabhängigen

\*\*nach Abspaltung von FPÖ, kandidiert als Die Freiheitlichen-Liste Westenthaler-BZÖ



**B. Programmatische Gegenüberstellung – Übersicht**

5

FPÖ

SPÖ

ÖVP

**I. IDEOLOGIE**

Freiheit	Gleichheit	christliche Gleichheitsvorstellungen
Vorrang des Einzelmenschen	Vorrang des Kollektivs	Vorrang von Machtapparaten (Wirtschaftsbund, Bauernbund)
Bekenntnis zum deutschen Volk	Konstruktion einer österreichischen Volks- und Kulturnation	
Volkspartei	Kern: marxistische Klassenpartei	Ständepartei
Europaidee	Sozialistische Internationale	Christliche Internationale
Persönlichkeitspartei	sozialistische Massenpartei	christliche Massenpartei

**II. STAAT**

Rechtsstaat	Machtstaat Gewerkschaftsbund Staatskapitalismus Paritätische Kommission	Machtstaat Wirtschaftsbund Bauernbund
föderalistisch	zentralistisch	subsidiär (aus christlicher Soziallehre)
Vermenschlichtes Beamtentum	Oberbürokratie der Zentralstellen	Bürokratie der Körperschaften und Interessensgruppen
Der Mensch soll den Apparat beherrschen	– Der Apparat beherrscht den Menschen –	

**III. VERFASSUNG**

Verhältnismäßigwahlrecht entsprechend der Verfassung kein Fraktionszwang Praktisch verwirklichte Demokratie als Ziel	Wahlrecht als politisches Machtinstrument Fraktionszwang – Demokratie als politisches Machtmittel – für sozialistischen Machtstaat	Deutliche Tendenz zum Mehrheitswahlrecht Fraktionszwang für christlichen Machtstaat
--	---	---



**IV. GESELLSCHAFT**

Individualrecht  
Sinnvolle Ergänzung  
von Kapital und Arbeit  
Persönliche Vorsorge  
gleich wichtig wie Für-  
sorge für alle Hilfsbedürf-  
tigen, Anspruch auf Grund-  
versorgung, darüber hin-  
aus freiwillige Selbst-  
vorsorge

Soziale Sicherheit

leistungsfördernde Be-  
steuerung, Abschaffung  
leistungsfeindlicher  
Progression

Mitbestimmung mit  
Mitverantwortung

Betriebliche Partner-  
schaft

Eigentumsstreuung im  
Sinne persönlichen  
Eigentums

**V. WIRTSCHAFT**

Soziale Marktwirtschaft

Echter Leistungs-  
wettbewerb

Wirtschaftswachstum  
Vorrang

Persönliche Partner-  
schaft

Kollektivrecht

Kapital und Arbeit  
als Gegensätze

Fürsorge Vorrang  
Bürokratisierte  
Gesamtversorgung  
durch öffentliche  
Körperschaften  
ohne Rücksicht auf  
Leistungswille schafft  
Abhängigkeitsverhältnis

Versorgungs- und Wohl-  
fahrtsstaat

leistungshemmende  
Progression

Mitbestimmung durch  
betriebsfremde Insti-  
tutionen (Gewerk-  
schaftsbund)

Partnerschaft der  
Institutionen

Gegen Vermögens-  
bildung der Arbeit-  
nehmer

Funktionärsherrschaft

zentralgelenkte Wirt-  
schaft

Staatliche Allmacht

Umverteilung Vorrang

Partnerschaft des  
Apparates

Auffassungen ÖAAB-  
Wirtschaftsbund gespalten  
Subventionierung privater  
und öffentlicher Körper-  
schaften  
karitative Versorgung  
verursacht Abhängigkeit  
ÖAAB = Lizitationspolitik

Differenzierte Auffassung  
der drei Bünde  
Familienpolitik mit kle-  
rikalen Akzenten (Stellung  
zum unehelichen Kind,  
nichtkatholische Ehe,  
Diskriminierung der  
Lebensgemeinschaft)  
Besteuerung im Dienst  
der Machtpolitik

Mitbestimmung

Partnerschaft der  
Institutionen

Kammern, Verbände,  
Ständestaattendenzen

soziale Marktwirtschaft,  
vorherrschende Interessen  
der Großindustrie  
Protektionswirtschaft

ÖAAB-Lizitationspolitik  
widerstrebende Bünde-  
interessen

Partnerschaft von Gremien

**VI. KULTUR und BILDUNG**

<b>Forschung und Lehre frei und unabhängig</b>	<b>vom Staat abhängig und kontrolliert</b>	<b>kein Konzept</b>
<b>Objektive Kunstförderung</b>	<b>Kunstförderung unter Parteeinfluß</b>	<b>Kunstförderung unter Parteeinfluß</b>
<b>Offene, leistungsgerechte Schule</b>	<b>nivellierte Schule Verbürokratisierung aus gesellschaftspolitischen Gründen</b>	<b>weltanschaulich orientierte Schule (konfessionelle Internate)</b>
<b>Bessere Schule als bisher</b>	<b>andere Schule aus gesellschaftspolitischen Gründen</b>	<b>Hilfestellung für sozialistische Schulexperimente</b>
<b>Elternerziehung Vorrang</b>	<b>staatliche Erziehung</b>	

## **FPÖ-Parteivorsitzende (1956-2005)**

Anton **Reinhaller** (7.4.1956 bis 6.3.1958)

Friedrich **Peter** (13.9.1958 bis 30.9.1978)

Norbert **Steger** (2.3.1980 bis 14.9.1986)

Jörg **Haider** (14.9.1986 bis 1.5.2000)

Susanne **Riess-Passer** (ab 1.5.2000 bis 8.9.2002)

Herbert **Scheibner** (interimistisch 8.9.2002 bis 21.9.2002)

Mathias **Reichhold** (21.9.2002 bis 31.10.2002)

Herbert **Haupt** (31.10.2002 bis 3.7.2004)

Ursula **Haubner** (3.7.2004 bis 4.4.2005)

Hilmar **Kabas** (interimistisch 4.4.2005 bis 23.4.2005)

Heinz Christian **Strache** (seit 23.4.2005)

## **Kurzfassung**

Die vorliegende Arbeit stellt den Versuch dar, sich in einer kritischen Langzeitanalyse mit der Ideologie und Programmatik der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) als der bedeutendsten Vertreterin des nationalen, sogenannten dritten Lagers in Österreich auseinanderzusetzen.

Das ideologische Erscheinungsbild der Partei wird dabei in seinen verschiedenen historischen Entwicklungsphasen seit 1945 nachgezeichnet: Beginnend mit dem VdU, der sich unideologisch gebenden Vorgängerorganisation, über die marginalisierte am Rand des innenpolitischen Geschehens agierende Ghettopartei in den 1960er Jahren, die noch eine klassische und vom Deutschnationalismus geprägte nationalliberale Lagerpartei war und der Phase der politischen Normalisierung unter der Obmannschaft Friedrich Peters, in der die Partei erstmals fundierte programmatische Grundlagenarbeit leistete und damit in der Folge Akzeptanz im politischen System des Landes fand, bis zur überaus erfolgreichen Ära des populistischen Protests, als die Partei von einer nach ihrem Selbstverständnis reinen Weltanschauungspartei unter ihrem charismatischen Führer Jörg Haider zu einer weitgehend ideologiefreien (weltanschaulichen Fragen eher uninteressiert gegenüberstehenden) Bürgerrechts- und Wahlbewegung umfunktioniert wurde, bis schließlich zu dem Zeitpunkt, als sie am Höhepunkt ihres Wählerzuspruchs am Widerspruch zwischen Regierungsverantwortung und Fundamentalopposition fast zerbrach, um sich danach nach heftigen innerparteilichen Turbulenzen und einer für dieses politische Lager nicht untypischen offenen Spaltung als heimatbewusste und wertkonservative Oppositionspartei wieder konsolidieren zu können.

Ideologische Vorstellungen und (formale) programmatische Grundsatzpositionen bewegen sich dabei im Spannungsfeld zwischen Liberalismus und Nationalismus als den beiden geistesgeschichtlichen Säulen dieses politischen Lagers, das sich bis heute in der Tradition der Revolution von 1848 stehend sieht. Mit Blick auf die Wechselbeziehung zwischen ideologischem Anspruch (formalen Grundsatzbekenntnissen) und politischer Praxis (Chancen auf praktisch-politische Umsetzbarkeit und Realisierung) wird versucht, eine jeweilige ideologische Zustandsbeschreibung der Freiheitlichen auch hinsichtlich einer über alle Perioden innerhalb und außerhalb der Partei oftmals vehement und kontroversiell geführten Debatte über die grundsätzliche Vereinbarkeit beider ideologischen Grundkomponenten zu bieten. Deren jeweiliger Stellenwert wird dabei maßgeblich bestimmt von den handelnden Akteuren und ihren (macht)politischen Interessen, wobei feste Grundsatztreue und Gesinnungsstärke immer wieder auf eine harte Probe gestellt wurden, wenn es darum ging, seinen Platz im machtpolitischen Wechselspiel der Kräfte zu finden oder zu behaupten. So wurde die Entscheidung nach Regierungsverantwortung, sofern sie sich wahrarithmetisch stellte oder Opposition jedes Mal zur existenziellen Grundsatzfrage und Zerreißprobe für

den Zusammenhalt und das politische Überleben der Partei. Der Kampf gegen Proporz, Privilegien und Parteibuchwirtschaft der Regierenden war immer ein zentrales, das politische Selbstverständnis prägende Anliegen, das in Zeiten der Regierungsteilnahme zu einer nicht unerheblichen Belastung der Glaubwürdigkeit gegenüber der eigenen Anhänger- und potentiellen Wählerschaft führte.

Die offizielle Parteiprogrammatik vermag aber nicht das tatsächliche Meinungs- und Ideenspektrum innerhalb der Partei wiederzugeben, das sich in Mischformen von liberal über konservativ bis rechtsradikal erstreckt und dabei von ihren Protagonisten jeweils in zumeist oberflächlicher Art und Weise mit den historischen Traditionen des Liberalismus und Nationalismus begründet wird. Somit kann auch nicht von einer einheitlichen gefestigten Ideologie innerhalb der Freiheitlichen Partei gesprochen werden.

Was die Wechselwirkung zwischen liberalen und nationalen Ideen betrifft, kann bei einer Gesamtbetrachtung der von Brüchen und Widersprüchen geprägten programmatischen Entwicklung der FPÖ gesagt werden, dass ihr nationaler Standort in den verschiedenen Ausprägungen davon bestimmt war, wie sehr es ihr aus politstrategischen Überlegungen opportun erschien, sich vordergründig in der Öffentlichkeit als liberale Partei zu präsentieren. Liberalismus wird am Beispiel der FPÖ vorwiegend negativ definiert, also daran gemessen, wieweit das nationale Element zurückgedrängt wird. Liberal wurde die Partei immer dann genannt, wenn nationalistische Aussagen im Rückzug begriffen waren. Tatsächlich schien die innerparteiliche Kontroverse um nationale und liberale Werte und Vorstellungen und deren historisch-traditioneller Stellenwert im Lauf der programmatischen Entwicklung der Partei zuweilen als Vorwand für innerparteiliche Machtkämpfe und Auseinandersetzungen um Führungspositionen zu dienen.

Zum Wert der FPÖ als Programmpartei kann schließlich gesagt werden, dass eine gewisse stilistische Formelhaftigkeit die Aussagen und Erklärungen prägt, vieles bleibt diffus und unbestimmt. Eine inhaltliche Undifferenziertheit und Widersprüchlichkeit, intellektuelle Anspruchslosigkeit und eine unhistorische Betrachtungsweise können ebenfalls als charakteristische Kennzeichen freiheitlicher Programmarbeit angegeben werden.

## **Lebenslauf**

Joachim Neurieser

Geb. 26.11.1963 Leoben / Stmk.

### Ausbildung

- 1974–1982 BRG Leoben, Matura
- 1983 Studium der Geschichte und der Politikwissenschaften an der Universität Wien
- 1999–2001 Universitätslehrgang für Markt- und Meinungsforschung an der Universität Wien (akad. geprüft)
- 2000–2001 Ausbildungslehrgang für Informations- und Dokumentationsfachleute der ÖGDI (Österreichische Gesellschaft für Dokumentation und Information)  
diverse Weiterbildungsveranstaltungen im Bereich Kultur, Informationsmanagement, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

### Tätigkeiten

- Seit 1989 ständige freie Mitarbeit bei verschiedenen Marktforschungsinstituten: IFES, Gallup, Consent Betriebsberatung GmbH, u.a.
- derzeit E.V.A. Medien & Meinungsforschung:  
Klassischer Marktforschungsaufgabenbereich vom Fragebogendesign bis zur Präsentation der Ergebnisse, außerdem redaktionelle und organisatorische Aufgaben, Recherche und Dokumentation, Übersetzungen (engl. und franz.)
- Mitinitiator und ehrenamtlicher Mitarbeiter von JUNA, einer Plattform zur Dokumentation von Jugend & Jugendwiderstand im Nationalsozialismus (NPO): [www.juna.at](http://www.juna.at)  
mitverantwortlich für die inhaltliche Konzeption und Organisation der Wanderausstellung „406 Tage in der Todeszelle“ Geschichte der Jugend-Widerstandsgruppe Landgraf (Bezirksmuseum Wien Landstraße, in mehreren Schulen gezeigt)